

Hrsg. Elisa Gutsche

Triumph der Frauen?

The Female Face
of the Far Right in Europe

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft

Hrsg. Elisa Gutsche

Triumph — der — Frauen?

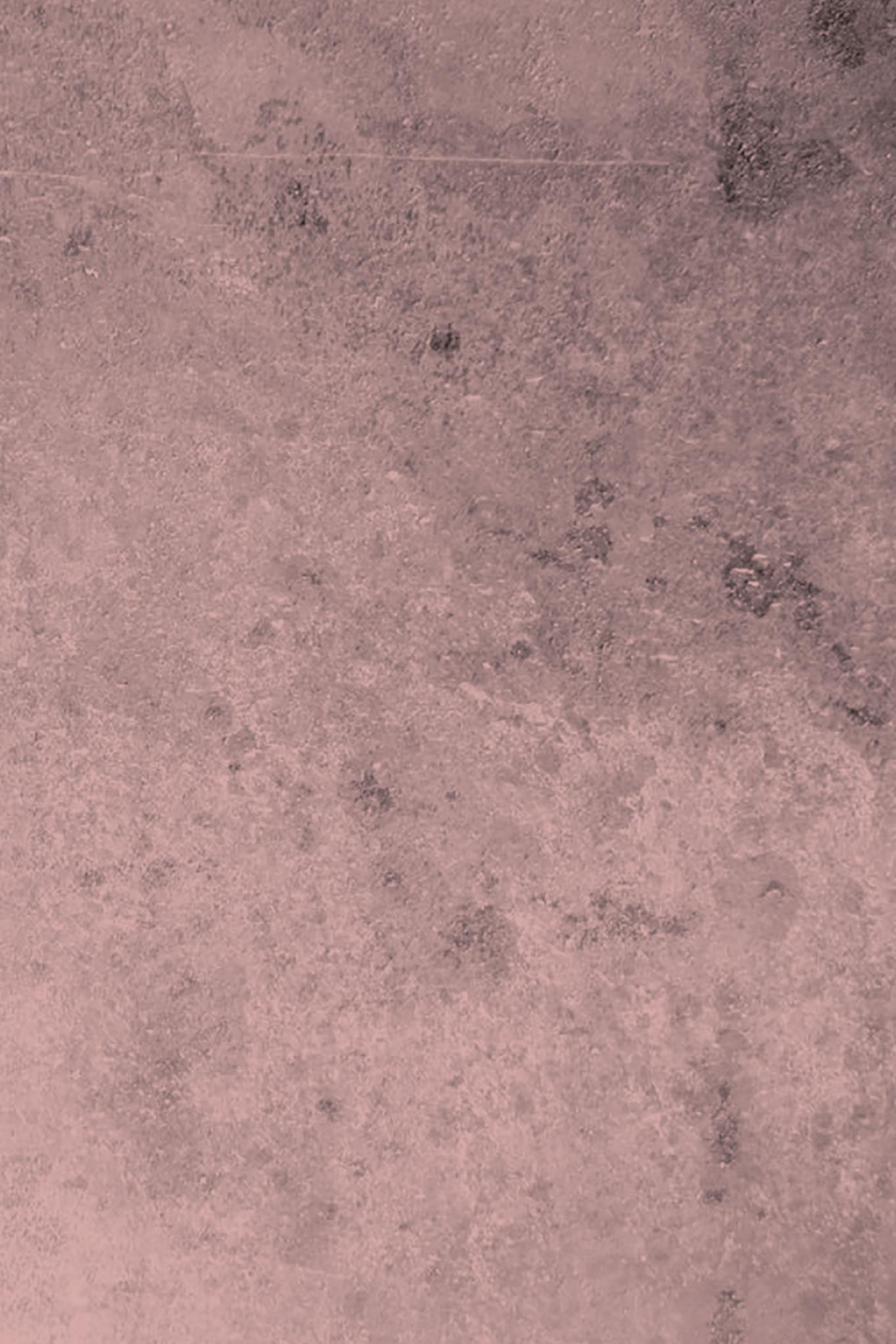
**The Female Face
of the Far Right in Europe**

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft

Inhaltsverzeichnis

1.	VORWORT	06
2.	WAS FOLGT FÜR PROGRESSIVE AKTEUR_INNEN?	10
3.	EINLEITUNG.....	18
4.	LÄNDERSTUDIEN.....	24
4.1	Deutschland	24
4.1.1	Programmatik im Bereich Frauen-, Geschlechter- und Familienpolitik.....	27
4.1.2	Frauen in der AfD: Von der Professoren- zur Protestpartei?.....	31
4.1.3	Gegenstrategien: Zwischen Realpolitik und Netzfeminismus	35
4.1.4	Tabelle 1: Wähler_innen nach Geschlecht bei AfD und SPD.....	40
4.1.5	Tabelle 2: Frauenanteil der AfD in Landtagen	42
4.1.6	Frauenanteil im AfD-Vorstand	44
4.1.7	Literatur und Quellen	46
4.2	Frankreich	50
4.2.1	Programmabsichten des Front National im Bereich der Frauenrechte und der Gleichstellungspolitik	53
4.2.2	Frauen und rechtspopulistische Parteien	57
4.2.3	Gegenbewegungen und Strategien zur Bekämpfung des rechtsextremen Populismus in Frankreich.....	67
4.2.4	Literatur und Quellen	68
4.3	Griechenland	70
4.3.1	Frauenbild und Frauenpolitik der „Goldenen Morgenröte“	74
4.3.2	Mitarbeit von Frauen in der „Goldenen Morgenröte“ und Unterstützerinnen der Partei	77
4.3.3	Gegenbewegungen gegen die „Goldene Morgenröte“	81
4.3.4	Literatur und Quellen	83
4.4	Polen	86
4.4.1	Ziele der Frauen- und Genderpolitik	89
4.4.2	Frauen und rechtspopulistische Parteien	92
4.4.3	Gegenbewegungen und (erfolgreiche) Strategien.....	96
4.4.4	Literatur und Quellen	97
4.5	Schweden	98
4.5.1	Frauen- und Genderpolitik	101
4.5.2	Frauen als Parteimitglieder und Wählerinnen der Schwedendemokraten	106
4.5.3.	Reaktionen und Gegenstrategien	108
4.5.4	Literatur und Quellen	110
4.6	Ungarn	112
4.6.1	Ziele der Frauen- und Genderpolitik	115
4.6.2	Frauen und rechtspopulistische Parteien	120
4.6.3	Gegenbewegungen und Gegenstrategien	124
4.6.4	Literatur und Quellen	126
5.	AUTOR_INNEN	130

01



Dorwort

Lange Zeit galten Wählerinnen als relativ immun gegenüber den Wahlangeboten rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien. Doch das hat sich geändert. Wenngleich der absolute Anteil weiblicher Wähler für die meisten dieser Parteien noch immer hinter dem männlichen zurückliegt, lässt sich doch erkennen, dass der Abstand sich verkürzt. Etliche Frauen haben Führungspositionen in rechts-populistischen Parteien, sind sozusagen ihr weibliches Gesicht – aber wie sieht es hinter der Fassade aus? Und was ist geschlechter- und familienpolitisch im Spiel – kann man hier einen Triumph für die Frauen verzeichnen, oder ist das Gegenteil der Fall?

Auch in Deutschland haben viele Frauen während der Bundestagswahl 2017 rechtspopulistisch gewählt: Siebzehn Prozent der ostdeutschen und acht Prozent der westdeutschen Frauen stimmten für die Alternative für Deutschland (AfD). Im Wahlkampf standen etliche Frauen an der Spitze der Kandidat_innenlisten und waren äußerst vernehmbar in TV-Talkshows. Während dort vor allem das Thema Flucht zur Sprache kam, entlarvte sich die AfD an vielen Stellen vor allem durch die Abwertung von Menschen mit Migrationshintergrund aber auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen, etwa den alleinerziehenden Müttern. Dahinter stecken regressive Vorstellungen von einer traditionellen Familien- und Geschlechterordnung, mitunter verbunden mit Forderungen nach weiteren Einschnitten reproduktiver Rechte von Frauen. Aus einer progressiven und feministischen Sicht erscheint es also unmöglich, als Frau in Deutschland die AfD zu wählen und doch passiert es.

Ähnliche Phänomene lassen sich auch in anderen Ländern Europas beobachten: Frauen stehen prominent an der Spitze dieser Parteien, die Zustimmung der Wählerinnen steigt, in Polen erhielt die rechtspopulistische PiS-Partei (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit) mit 39,7 Prozent mehr Stimmen von Frauen als von Männern und schränkt – seit sie in der Regierung ist – nach und nach demokratische Grundrechte und Bürgerinnenrechte von Frauen ein.

Warum also geben Frauen rechtspopulistischen Parteien ihre Stimme und engagieren sich dort? Nach den Wahlen in den USA und Deutschland beleuchtete die mediale und politische Debatte vor allem das Wahlverhalten des weißen (im Falle Deutschlands vor allem: des ostdeutschen) Arbeiters. Unzählige politische Analysen und Feuilleton-Artikel gingen der Frage nach, warum sogenannte Wende- oder Globalisierungsverlierer die Rechtspopulisten wählen. Was seit der Bun-

destagswahl jedoch wenig Aufmerksamkeit gefunden hat: Warum wählen Frauen rechts – obwohl Frauen, zumindest in Deutschland, seit den 1970iger Jahren in ihrem Wahlverhalten überwiegend nach links tendieren? Warum gibt es hier also einen Wandel? Das ist eine Frage, die insbesondere progressive Parteien beschäftigen sollte: Verfangen ihre Angebote für die weibliche Wählerschaft (noch)? Oder ist etwa das Gegenteil der Fall und ihre Politiken tragen sogar dazu bei, Frauen in die Arme der Rechtspopulisten zu treiben, die sie mit einfachen Wahrheiten und dem Bild einer heilen traditionellen Familie auffangen? Eines scheint deutlich zu werden: Eine Analyse, die nach den Ursachen des grassierenden rechtspopulistischen Gedankenguts in Europa fragt und dabei nur den weißen Arbeiter im Blick hat – ist unterkomplex und greift zu kurz.

Diese Vergleichsstudie betrachtet das *Female Face* des Rechtspopulismus in sechs europäischen Ländern – Deutschland, Frankreich, Griechenland, Polen, Ungarn, und Schweden unter zentralen Fragestellungen:

1. Die Programmatik der rechtspopulistischen Parteien und insbesondere das Verhältnis zu Frauenrechten und Geschlechterfragen.

Zum einen inszenieren sich rechtspopulistische Parteien europaweit als Schützer der Frauenrechte, insbesondere wenn es darum geht, weiße Frauen gegen angeblich frauenfeindliche (muslimische) Einwanderer zu verteidigen. Geht es jedoch darum, häusliche und sexualisierte Gewalt von weißen Tätern zu thematisieren, werden Forderungen oft mit dem Verweis auf „Gender-Gaga“ und einen ausufernden Staat abgeblockt. Auch bei anderen Themen zeigt sich mit einem Blick auf die Wahlprogramme und die Äußerungen der Akteur_innen: in den meisten Fällen vertreten rechtspopulistische Parteien deutlich anti-emanzipatorische Positionen.

Das zentrale Thema der Rechtspopulist_innen sind die Begrenzung der Zuwanderung und die Betonung des kulturell Eigenen gegen das Fremde. Dahinter steht meist eine mehr oder weniger offen völkische Ideologie: Das kulturell homogene Staatsvolk soll erhalten werden. Die Familienpolitik wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels damit zu einem zentralen Politikfeld. Auch die häufige Ablehnung reproduktiver Selbstbestimmung kann zum Teil vor diesem Hintergrund interpretiert werden, wobei sich hier in einigen Ländern auch Einflüsse (ultra-)konservativer christlicher Akteure zeigen, für die rechtspopulistische Parteien häufig eine Plattform bieten. Zudem eignen sich reproduktive Fragen mit ihrer moralisch-ethischen Komplexität zur Emotionalisierung und Polarisierung, ein zentrales Moment populistischer Politik.

2. Die Rolle der Frauen innerhalb rechtspopulistischer Parteien.

Zwar sind rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien personell zumeist männlich dominiert, es sind jedoch zunehmend Frauen, die als Gesicht der Partei wahrgenommen werden und wurden – zum Beispiel Beata Szydło in Polen; Alice Weidel und bis zur Bundestagswahl 2017 Frauke Petry in Deutschland und nicht zuletzt Marine Le Pen in Frankreich, die dem Front National¹ ein „freundlicheres“ Image gegeben hat, als es noch unter ihrem Vater der Fall war. Über ihre Rolle in Führungspositionen hinaus, stellt sich auch die Frage, warum sich Frauen in diesen Parteien engagieren? Liegt darin vielleicht auch ein Moment der persönlichen und politischen Emanzipation? Stehen Frauen wirklich in der ersten Reihe?

3. Das Wahlverhalten von Frauen in Bezug auf rechtspopulistische Parteien.

Sprechen die weiblichen Protagonistinnen der Parteien Frauen als potenzielle Wähler_innen explizit oder implizit an? Warum neigen Frauen diesen Parteien zu, und welche Erklärungsansätze gibt es dafür? Was hat sich im Wahlverhalten von Frauen in der letzten Zeit verändert?

4. Mögliche (Gegen-)Strategien progressiver Akteur_innen und feministischer sozialer Bewegungen.

Ein Blick auf die (Gegen-)Strategien progressiver Akteur_innen und feministischer sozialer Bewegungen

rundet die einzelnen Länderstudien ab. Wie betten sich diese im politischen Spektrum der jeweiligen Länder ein? Welche Reaktionen gibt es seitens (feministischer) sozialer Bewegungen und progressiver Parteien? Wurden bestimmte Positionen übernommen oder Gegenpositionen entwickelt? Gibt es Anzeichen dafür, welche Gegenstrategien erfolgreich waren?

Eines ist schon jetzt klar: Der Triumph der Frauen muss anders aussehen. Was können progressive Parteien und feministische Akteur_innen also tun? Die vorliegende Studie beinhaltet nur einige Länderbeispiele, viele weitere ließen sich anschließen. Sie liefert erste konkrete Ansatzpunkte für Lösungsstrategien, aber keine abschließenden Antworten. Klar ist: ein selbstkritisches Hinterfragen eigener Politiken, besonders im Hinblick auf die geschlechterpolitische Ausrichtung aber auch die Betonung der ökonomischen Sicherheit von Frauen, scheint geboten. Gleichzeitig ist es wichtig, solidarisch zu handeln, auch im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft, und offen Haltung zu zeigen.

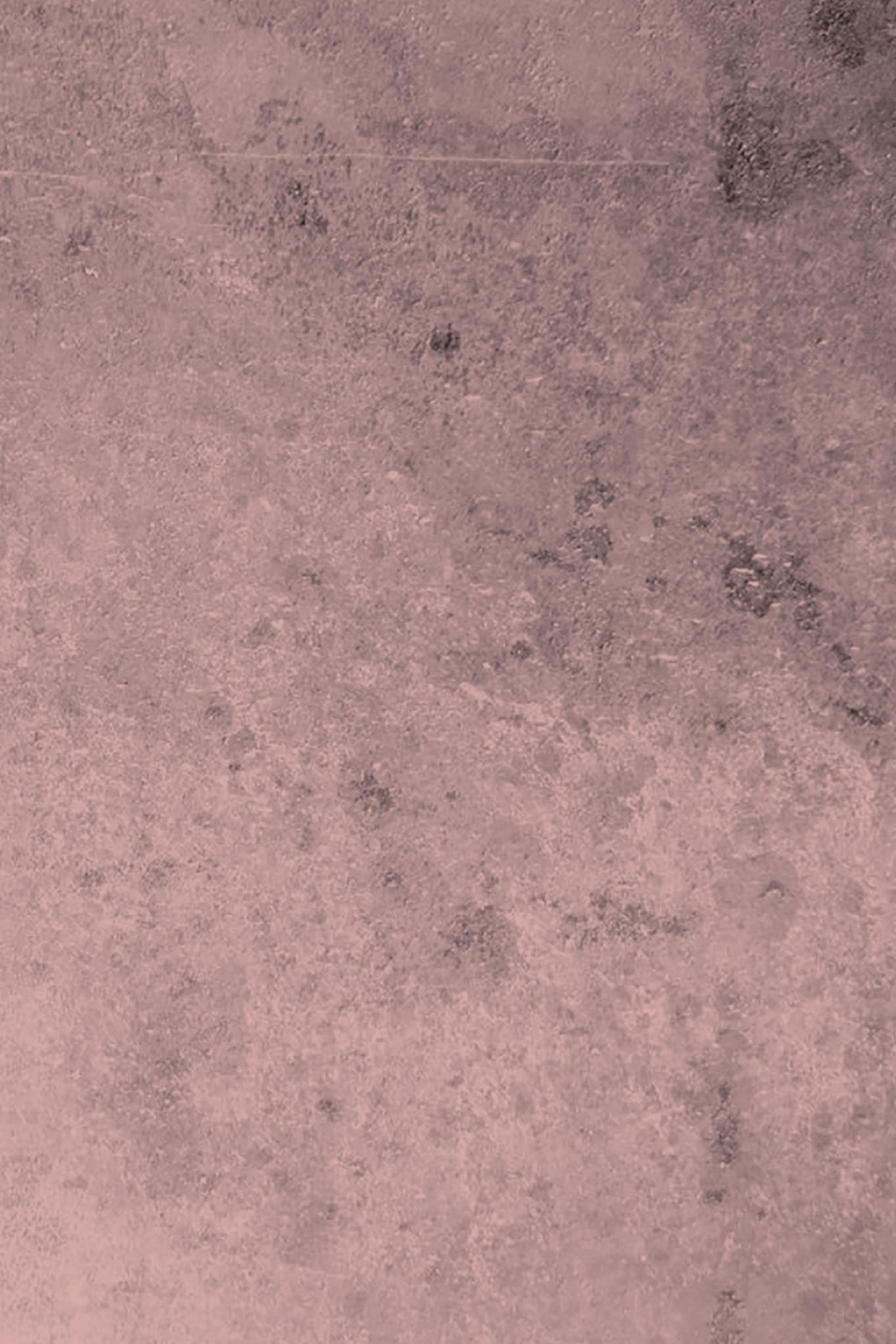
Wir hoffen, mit diesem Projekt einen Anstoß hierfür zu leisten. Letztlich ist es von entscheidender Bedeutung, wie sich Akteur_innen im progressiven Spektrum positionieren und länderübergreifend vernetzen. Nur so kann man den rechtspopulistischen Strömungen und Parteien wirksam etwas entgegen halten – nämlich das *Female Face*, das weibliche Gesicht, der Demokratie, der Menschenrechte, der Freiheit und der Solidarität.

Wir danken allen beteiligten Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge und ihr großes Engagement. Wir bedanken uns bei den Kolleg_innen der beteiligten FES-Büros, die dieses umfangreiche Projekt in den letzten Monaten begleitet haben. Dank gebührt zudem Susan Javad und Jonathan Menge, die das Projekt initiiert haben, sowie Björn Klein und Stephanie Tröder, ohne deren Unterstützung diese Studie nicht das Licht der Welt erblickt hätte.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre, die hoffentlich zur besseren Analyse unserer Gegenwart, zum Weiterdenken und Handeln anregt.

Dr. Stefanie Elies und Elisa Gutsche
Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

02



Was folgt für die progressiven Akteur_innen? ELISA GUTSCHE

Unsere Studien betrachten sechs Länder in Europa, die je unterschiedliche Ausgangssituationen aufweisen und in denen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen unterschiedlich stark und verschieden institutionell verankert sind. In Polen und Ungarn stellen rechtspopulistische Parteien die Regierung, in Deutschland bestimmt die AfD den öffentlichen Diskurs oder sie spielen, wie im Falle Griechenlands eine weniger starke Rolle. Trotz der Verschiedenheit lassen sich aufgrund unserer Analysen dennoch Handlungsempfehlungen für progressive zivilgesellschaftliche Akteur_innen und Parteien ableiten. Diese Handlungsempfehlungen haben weder universelle Geltung für alle Länder, dich sich mit dem Problem des Rechtspopulismus konfrontiert sehen, noch sind sie abschließend zu verstehen. Um wirksame Gegenstrategien zu entwickeln, sind immer die besondere Situation im jeweiligen Land, die Geschichte eines Landes, seine politischen Diskurse, Mehrheiten und Unterstützer_innennetzwerke sowie die Relevanz und Einflussphäre progressiver und feministischer Akteur_innen vor Ort zur berücksichtigen.

1. Für Antifeminismus sensibilisieren und Haltung zeigen

Im derzeitigen Diskurs um Flucht und Migration wird die in Teilen offen rückwärtsgewandte, antifeministische und misogynen Programmatik rechtspopulistischer Parteien und Akteur_innen – zumindest in Deutschland – nur am Rande diskutiert. Antifeministische und sexistische Positionen der Rechtspopulist_innen werden weniger stark verurteilt oder als Grenzüberschreitung wahrgenommen und finden sogar Widerhall in den Positionen anderer Parteien.

Was Rechtspopulist_innen untereinander eint ist die Tatsache, dass in ihren politischen Forderungskatalogen die (Wahl-)Freiheit von Frauen, ihr eigenes Leben selbstbestimmt, in Freiheit und Sicherheit zu leben, nicht vorgesehen ist. Mal sollen die Sozialleistungen für alleinerziehende Mütter eingeschränkt werden, mal der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und Verhütungsmitteln verhindert oder religiöse – meistens muslimische - Kleidung im öffentlichen Raum verboten werden.

Rückt der Flüchtlingsdiskurs an den Rand der öffentlichen Debatte, geraten die Rechte von Frauen, Familien- und Gleichstellungspolitik in den Fokus der Rechtspopulist_innen. Darauf müssen zivilgesellschaftliche Akteur_innen und progressive Parteien vorbereitet sein. Die Errungenschaften, die in den letzten Jahren erkämpft und erstritten wurden, sind keineswegs sicher. Hier ist Haltung und feministische Positionierung gefragt – nicht nur seitens feministischer Aktivist_innen, sondern auch seitens der Politik und der Gewerkschaften. Debatten um die Legitimation und die politische Priorisierung von feministischer Politik, um vermeintliche

Identitätspolitik und die politische Teilhabe von Frauen gibt es auch in progressiven Parteien und in den Reihen der Gegner_innen rechtspopulistischer Politik immer wieder. Insbesondere progressive Parteien sollten darauf achten – vor allem in Regierungsbündnissen mit konservativen Partnern – nicht deren antifeministische Agenda als Teil arbeitsmarkt-, sozial, frauen- und familienpolitischer Koalitionsvereinbarungen zu übernehmen, sondern solidarisch zu sein mit Frauen und queeren Menschen.

Auch für konservative Akteur_innen und diejenigen im liberalen und christlichen Lager gilt es, für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Miteinander einzutreten. Rechtspopulistische Strömungen stellen Menschenrechte und die Grundfeste unserer Demokratie in Frage. Daher sollten auch konservative Akteur_innen klare Linien ziehen und die Grundwerte unserer Gesellschaft entschieden verteidigen.

2. Eine neues Verständnis von Gleichstellungspolitik und konkrete Politikideen

Mit „Haltung zeigen“ und moralisierender Empörung allein ist es aber nicht getan. Um Wählerinnen zurückzuholen, sollte man die Gründe ihrer Wahlentscheidung nachvollziehen. Die Hans-Böckler-Stiftung hat 2018 in mehreren Studien¹ nach den Gründen für die Wahl der AfD im Zuge der Bundestagswahl 2017 gefragt. Auch wenn für die Studie der Hans-Böckler-

¹ Prof. Dr. Kohlrausch, Bettina: „Abstiegsängste in Deutschland: Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus“, Hans-Böckler-Stiftung 2018. Link: https://www.boeckler.de/pdf/p_foe_WP_058_2018.pdf.

Stiftung nur Deutschland beleuchtet wurde, sind doch Ergebnisse zu finden, die auch für andere Länder aufschlussreich sein könnten. So werden Rechtspopulistische Parteien häufig von Menschen mit Abstiegsängsten und der Sorge vor Kontrollverlust gewählt. Rund 63 Prozent der AfD-Wähler_innen sorgen sich um ihre finanzielle Absicherung im Alter, 60 Prozent um die Zukunft ihrer Kinder, 53 Prozent um ihre aktuelle finanzielle Situation und 62 Prozent äußerten große Sorge um Kriminalität und Gewalt im Wohnumfeld.

Neben rassistischen Vorurteilen und einer ablehnenden Haltung gegenüber Zuwanderung sind entscheidende Treiber bei Wähler_innen rechtspopulistischer Parteien also die sozialen Fragen. Fragen, die entweder zu wenig im Fokus aktueller progressiver und sozialdemokratischer Politik stehen oder in den letzten Jahren zu wenig ernst genommen wurden – was man auch an den einbrechenden Wählerinnenstimmen der letzten Jahre vor allem bei sozialdemokratischen Parteien in Ungarn, Polen, Frankreich, Griechenland und Deutschland erkennen kann.

Eine mögliche Interpretation der vorliegenden Länderanalysen knüpft an Nancy Fraser und ihre Ausführungen zum progressiven Neoliberalismus² an. Indem der Neoliberalismus einzelne Elemente des Feminismus aufgegriffen hat, entstand eine Form des progressiven Neoliberalismus, der vor allem an identitätspolitische Fragen angeknüpft hat (siehe die Debatten um Frauenquoten für Aufsichtsräte) aber grundlegende Fragen nach den Ursachen für soziale Ungleichheiten und Unsicherheiten außen vor lässt.

Hier ist es Aufgabe der Strateg_innen in den Parteizentralen und der „Gleichstellungsprofis“ in der Politik, Verwaltung und Gewerkschaften zu erfassen, was Frauen eigentlich bewegt und welche Politik dazu geeignet ist, Risiken im Lebensverlauf abzufedern und ein sicheres, gutes Leben für alle zu bieten – um somit Abstiegsängste und Ängste vor Kontrollverlust insbesondere in der für die sozialdemokratischen Parteien relevanten Stammwählerschaft einzuhegen. Die Studie „Was junge Frauen wollen?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt hier relevante Einsichten.³

² Fraser, Nancy: „Eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus“, Blätter für deutsche und internationale Politik, 2017.

³ Prof. Dr. Wippermann, Carsten: „Was junge Frauen wollen?“, Friedrich-Ebert-Stiftung 2016. Link: <https://www.fes.de/studie-was-junge-frauen-wollen/>.

Die derzeitige Marktorientierung der Gleichstellungspolitik, die vor allem darauf ausgerichtet ist, Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Vereinbarkeitsfragen zu beantworten – so wie es u.a. in Deutschland zu beobachten ist – kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein und führt unter den derzeitigen Rahmenbedingungen eher zu Unsicherheiten als zu ökonomischen Sicherheiten. Ein Höchststand an befristeten Arbeitsverträgen, schlechte Bezahlung von Frauen im Dienstleistungs- und Care-Sektor, explodierende Mieten in Ballungsräumen, fehlende Betreuungsplätze, ungelöste Fragen zu den Folgen von Digitalisierung, Globalisierung und Zuwanderung und Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie drohende Altersarmut führen nicht nur bei Frauen und Familien im wirtschaftlich starken Deutschland zu Überforderungen. An dieser Stelle kommt auch wieder die Debatte um Migration und Flucht ins Spiel: Am unteren Ende der sozialen Leiter konkurrieren die Menschen um prekäre Jobs und den wenigen günstigen Wohnraum – betroffen davon sind strukturell vor allem: Frauen.

Auch in Schweden, in dem das sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatsmodell noch immer fest etabliert ist, verzeichnen die Schwedendemokraten wenige Wochen vor der nächsten Wahl massiven Zulauf und liefern sich in den Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den regierenden Sozialdemokraten. Zentrale Strategie der SD in der Gleichstellungspolitik ist dabei der Vorwurf, dass sich Feministinnen in Schweden nicht um die Anliegen „normaler“ Frauen, die in Niedriglohnjobs im öffentlichen Sektor tätig oder arme Rentnerinnen sind, kümmern würden, sondern ausschließlich gutgebildete, weltoffene Frauen aus der Mittelschicht präsentieren. Zudem würden Feministinnen nicht die Errungenschaften der Geschlechtergleichstellung gegen die Auswirkungen der Zuwanderung verteidigen. Auch hier wird die Soziale Demokratie auf klassischen Politikfeldern angegriffen.

Feministische Akteur_innen und sozialdemokratische Parteien sollten daher wieder die soziale Frage stellen und Klassenverhältnisse stärker in den Blick nehmen. Tun sie das nicht, bereiten auch sie den Boden, auf dem die einfachen Antworten der Rechtspopulist_innen gedeihen können. Angelehnt an die strategischen Empfehlungen für Polen: Es braucht auch

seitens progressiver Parteien in den anderen Ländern wieder eine politische Agenda, welche den sozioökonomischen Ungleichheiten in den jeweiligen Ländern entgegenwirkt sowie umfassende und weitreichende soziale Sicherheitsnetze für Frauen in Aussicht stellt. Sonst wird es nicht gelingen, sich einem sozial ausgeprägten Rechtspopulismus entgegenzustellen.

Zudem gilt es – angesichts der anstehenden Europawahlen 2019 – die Debatte um soziale Sicherheit für Frauen und Familien auf europäischer Ebene nicht den Konservativen und Rechtspopulist_innen zu überlassen, sondern auch als progressive Akteur_innen tragfähige Ideen für die Zukunft zu entwickeln, welche die Wählerinnen in Europa überzeugen.

3. (Re-)Mobilisierung von Wählerinnen: Praktische vs. strategische Gender-Interessen

Besonders der Blick auf Polen und Frankreich lohnt sich, wenn man die Interessen und Beweggründe rechtspopulistischer Wählerinnen verstehen will.

So können die rechtspopulistische PiS in Polen und der Front National in Frankreich nicht pauschal als frauenfeindlich eingestuft werden, da sie nicht vollumfänglich den Interessen von Frauen entgegenstehen. Warum Frauen rechtspopulistisch wählen – trotz einer Programmatik, die ihren reproduktiven Rechten entgegensteht – lässt sich am besten anhand ihrer *praktischen und strategischen Gender-Interessen* erklären. Die praktischen Gender-Interessen der Frauen ergeben sich dabei aus den konkreten Bedingungen, denen Frauen im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ausgesetzt sind, die aber kein strategisches Ziel beinhalten. Die strategischen Gender-Interessen hingegen werden aus der Analyse der untergeordneten Stellung der Frau eher auf der theoretischen Ebene formuliert. Die PiS schafft es dabei sehr gut, vor allem die praktischen Gender-Interessen (Versorgung der Familie, Haushaltseinkommen, Verbesserung der ökonomischen Situation durch mehr Familienleistungen) zu bedienen. Strategische Interessen wie reproduktive Rechte geraten damit bei vielen Frauen ins Abseits.

In Frankreich lässt sich Ähnliches beobachten: Auch dort knüpft der Front National an die antizipierten Lebensumstände und Alltagssituationen der Wählerinnen an. In Umfragen geben Wählerinnen des Front National an, dass ihre persönlichen Erfahrungen und

konkreten Lebensumstände schwerer wiegen als die von Intellektuellen hochgehaltenen Ideale. Der Front National macht sich also auch in diesem Fall die praktischen Gender-Interessen der Frauen zu nutze. Im Präsidentschaftswahlkampf 2017 hatte Marine Le Pen keine eindeutig antifeministischen Maßnahmen in ihrem Programm, allerdings auch keine Ideen zur Gleichstellungspolitik. Was jedoch in dem Sinne funktioniert hat, als dass es Marine Le Pen in die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahlen geschafft hat: Die Ankündigung, einen nationalen Plan zur Lohngleichheit zu erstellen, wie auch prekäre Arbeitsverhältnisse und soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

4. Frauen in Führung – mehr als Fassade?

In einigen Ländern ist zu beobachten, dass einzelne Frauen tatsächlich die Female Faces rechtspopulistischer Parteien sind und dadurch mehr Frauen ansprechen: Zum Beispiel in Frankreich, Polen und Deutschland. Doch eine kurze Analyse der dahinterliegenden Strukturen zeigt: Es dominieren nach wie vor die Männer, auf allen Ebenen.

Im Deutschen Bundestag ist der Frauenanteil mit der letzten Bundestagswahl auf nur noch 30,7 Prozent gesunken – vor allem wegen des Einzugs von AfD und FDP, in deren Reihen sich kaum weibliche Abgeordnete finden. Ein ähnliches Phänomen lässt sich auch in Schweden beobachten: Mit dem Einzug der Schwedendemokraten (SD) ins schwedische Parlament ging auch dort der Frauenanteil zurück – von 47 Prozent in 2006 auf – vergleichsweise noch immer hohe – 43 Prozent in 2014. Auch im Parteivorstand der SD sind wenige Frauen zu finden: Nur fünf der 17 Vorstandsmitglieder sind Frauen. Progressive Akteur_innen sei daher nahegelegt, dass sie diesen Umstand immer wieder benennen und entlarven sollten – insbesondere der weiblichen Wählerschaft gegenüber. Progressive Parteien sollten sicherstellen, dass sie hier gut aufgestellt sind und sowohl in ihrer Mitgliedschaft, Führungsebenen und Mitarbeiter_innenschaft die Breite der Bevölkerung widerspiegeln und ein Ort sind, an dem politische Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger möglich sind. Nicht zuletzt geht es darum, auch die Dinge umzusetzen für die man inhaltlich steht. Denn wie soll man glaubhaft Politik für Frauen machen, wenn in einer Partei alle zentralen Posten von Männern besetzt sind und Frauen kaum politische Gestaltungsmacht besitzen?

5. Feministische Gegenbewegungen – national und in Europa

Welche Erkenntnisse lassen sich für zivilgesellschaftliche feministische Gegenbewegungen ableiten? Abgesehen von dem „schwarzen Protest“ Polen sind in keinem der untersuchten Länder feministische Mobilisierungen breiter Gesellschaftsschichten zu verzeichnen. Dies liegt an den unterschiedlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten in den einzelnen Ländern. In Ungarn beispielsweise wird Feminismus in breiten Teilen der Bevölkerung mit linksliberalen Parteien oder dem Kommunismus assoziiert, was es schwierig gestaltet, eine Vielzahl an Zielgruppen zu erreichen. Auch in anderen Ländern spielt Feminismus als zivilgesellschaftliche Bewegung gerade eine eher untergeordnete Rolle – so zum Beispiel in Griechenland, das noch immer mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen hat.

Was bei allen Analysen auffällt: Es gibt wenig strategische Zielformulierungen und Partnerschaften mit Gewerkschaften, progressiven Parteien und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen. Engagementfelder wie *Community Building* und *Community Organizing* – die Arbeit an der Basis – werden oft vernachlässigt. Das führt dazu, dass Feminist_innen und gleichstellungspolitisch engagierte Bürger_innen oft unter sich bleiben, in einzelnen stark voneinander abgegrenzten Zusammenhängen agieren und unterschiedliche oder gar entgegenstehende Forderungen vertreten. Empfehlenswert sind hier – wo es möglich ist – Bündnisse mit Parteien, Gewerkschaften und Verbänden einzugehen und eine gemeinsame Agenda zu entwickeln, die an die praktischen und strategischen Gender-Interessen von Frauen andockt – jenseits eines progressiven Neoliberalismus. Insbesondere in Deutschland lässt sich beobachten, wie wenig Austausch zwischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher feministischer Bewegung stattfindet: Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt über zwei Millionen Frauen – dieses Potenzial und diese Strukturen werden seitens der feministischen Bewegung in Deutschland kaum genutzt. Offen bleibt, warum? Eine Vermutung: Unterschiedliche „Sprachen“, Themenfelder und Zugänge.

Parallel zu einer gemeinsamen Agenda auf nationaler Ebene ist es wichtig, die Vernetzung der progressiven Akteur_innen, und gerade vor den Europawahlen 2019 im Angesicht der stärkeren Vernetzung rechter

Kräfte, auch auf europäischer Ebene voranzutreiben und in ihrer strategischen Ausrichtung zu stärken. Erste Ansatzpunkte hierfür haben Akteur_innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Workshops *The Female Face of the Far Right* beim *World Forum for Democracy* des Europäischen Rates im November 2017 in Straßburg diskutiert. Dort wurden progressive Strategieansätze formuliert, um dem sich ausbreitenden Rechtspopulismus entgegen zu wirken:

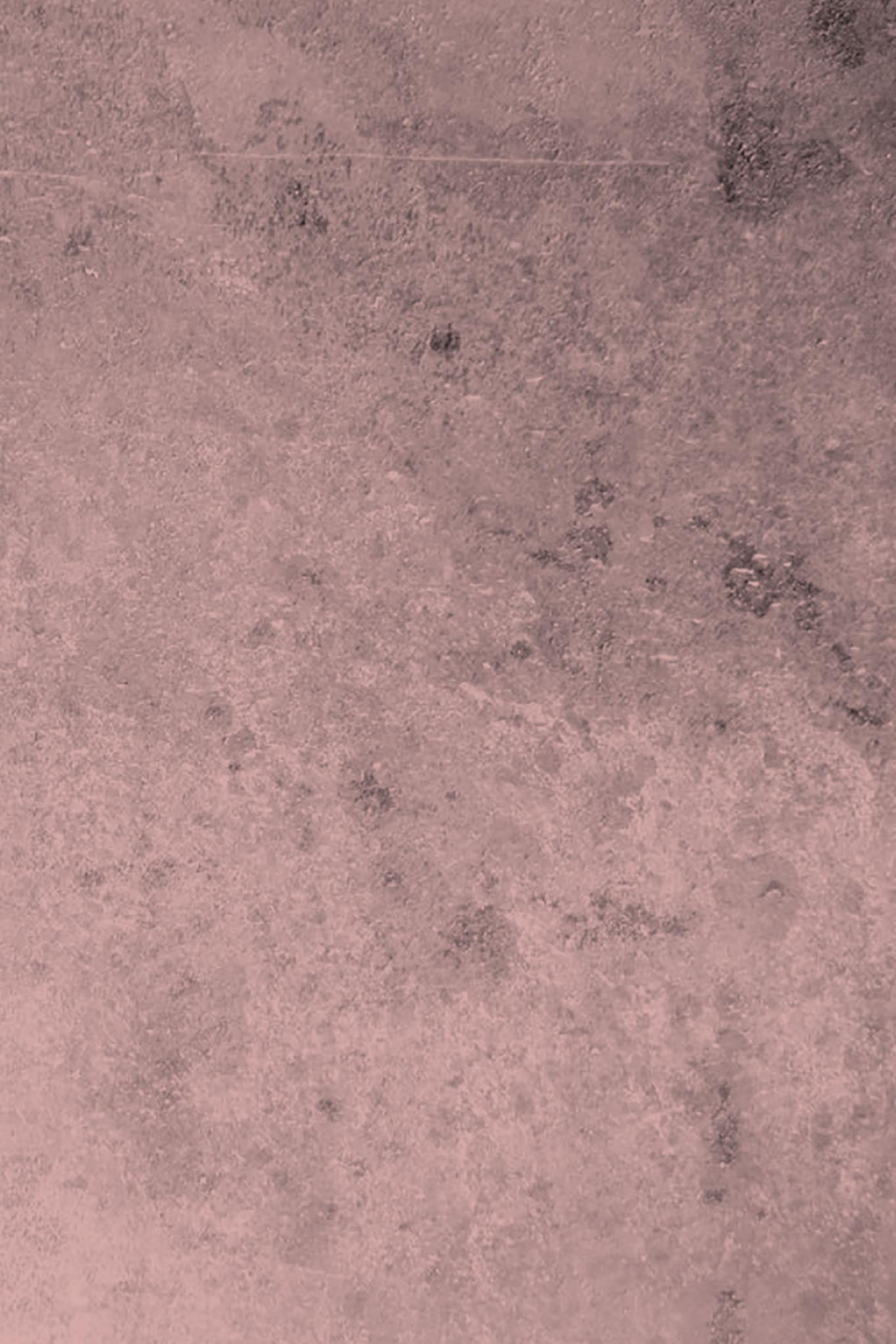
- Wichtig sind transnationale Allianzen zwischen progressiven Akteur_innen, Netzwerke und ein „Voneinander-Lernen“.
- Mehr Bildung: Vor allem in Geschlechterfragen, Demokratie und Mediennutzung.
- Es braucht mehr Aufmerksamkeit in der Zivilgesellschaft, mehr demokratisches Know-How und Verständnis, um progressive Gesetzgebung anzuschieben und zu unterstützen.
- Für Unterstützung und Netzwerke sollten Gewerkschafts- und Parteistrukturen genutzt werden.
- Männer sollten als feministische Akteure angesprochen und einbezogen werden.
- Soziale Fragen sind mit geschlechterpolitischen Fragestellungen eng verwoben und lassen sich nicht voneinander trennen. Dies sollte bei der politischen Kommunikation berücksichtigt werden.
- Gerade die *Communities*, die vom Rechtspopulismus angesprochen werden, sollten als Zielgruppen in den Blick genommen werden. Insbesondere sozialdemokratischen Akteur_innen kommt die Aufgabe zu, autoritäre Tendenzen in prekarierten und verunsicherten Communities durch eine auf soziale Sicherheit ausgerichtete Politik einzuhegen.
- Politiker_innen sind als feministische Rollenvorbilder gefragt. Zudem sollten Parteiprogramme feministischer & geschlechtergerechter ausgestaltet sein.
- Rechtspopulistische Parteien haben mittlerweile die Diskurshegemonie über Flucht- und Migrationsthemen – progressive Parteien sollten ihnen nicht auch noch die Debatte über Frauen- und Familienpolitik überlassen.

Nicht nur in Europa, sondern weltweit sehen sich Demokratien mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus konfrontiert. Neben den in der vorliegenden Studie beleuchteten Ländern lohnt sich der Blick auch darüber hinaus – um noch mehr zu lernen und den transnationalen Austausch über strategische Ansätze und kreative Ideen einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit anzustoßen. In Spanien gab es anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentages am 8. März einen Frauenstreik, an dem sich landesweit über 6 Millionen Frauen beteiligten – von Königin Letizia bis hin zu migrantischen Reinigungskräften. Im Januar 2017 mobilisierte der Women's March in den USA und weltweit mehrere Millionen Frauen und ihre Unterstützer, um ein Zeichen zu setzen für Frauenrechte, Arbeiter_innenrechte, gegen Rassismus und Homophobie.

Der Rechtspopulismus greift die Grundfesten unserer Demokratien an. Die Grenzen des Sag- und Machbaren sind schon weit ins rechte politische Spektrum verschoben. Auch wir als progressive Akteur_innen sollten uns fragen, welche Verantwortung wir dafür tragen: Wo gibt es blinde Flecken? Welche Fragestellungen werden ausgeblendet? Wen haben wir mit unserer Politik, Ideen und Ansichten nicht erreicht, die wir aber hätten erreichen müssen?

So ungemütlich die Zeiten vielleicht gerade sind: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sollten wir nicht nur als Bedrohung wahrnehmen, sondern auch als Chance sehen, eigene Haltungen kritisch zu reflektieren, neue Ideen zu entwickeln, uns transnational zu vernetzen und von anderen Ländern zu lernen. Letztendlich geht es nur gemeinsam: der Kampf gegen das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaften und der Kampf für das gute Leben für alle.

03



In Leni Riefenstahls Propaganda Film „Triumph des Willens“ – auf den der Titel dieser Studie anspielt – und der den Nürnberger Reichsparteitag 1934 der Nationalsozialisten in Szene setzte, gibt es die progressiven Frauen der Weimarer Republik nicht mehr.

In der Weimarer Republik gab es sehr heterogene und fluide Frauen- und Männerbilder. Diese wurden zu Anfang der 1930er Jahre zurechtgestutzt und formierten sich immer mehr entlang eines „deutsche Fräulein“-Typus. Frauen wurden wieder vermehrt verwiesen auf die Rolle als Mutter, die sich der ganztägigen Haushaltsarbeit zu verschreiben hatten (Sutton 2011). Männlichkeit formierte sich wieder zu einer (noch) zentraleren Position in sozialer, politischer und kultureller Hinsicht. Der Körper der Frauen wurde im Nationalsozialismus letztlich mythologisiert und nationalisiert.

Die Warnzeichen vor den „Weimarer Verhältnissen“ wurden in den letzten Jahren oftmals angeführt. Mit dem Einzug der Rechtspopulisten im letzten Jahr in den Bundestag, untersuchte zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung in mehreren Essays Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen der Weimarer Republik und den gegenwärtigen Verhältnissen. Und seit sich unzählige rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, mit regional ausgeprägten faschistischen Akteur_innen, auch im Europäischen Parlament und in den Länderparlamenten wiederfinden, sind diese oftmals affekthaft erscheinenden Vergleiche nicht weniger geworden.

Geschichte wiederholt sich allerdings nicht einfach, und Gesetzmäßigkeiten lassen sich ebenso wenig aus einem Rückblick vergangener Prozesse ableiten. Die aktuellen reaktionären Tendenzen zeigen aber, dass es anscheinend bestimmte wiederkehrende Denkformen und Normen gibt, die unsere Gesellschaften prägen, und die sich wiederum ablagern in ganz konkreten Worten, Bildern und Vorstellungen. Wenn wir nun die erstarkenden rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen in Europa in den Blick nehmen, fehlt in den aufgestellten Analogien zwischen Gegenwart und Vergangenheit oftmals ein ganz zentraler verbindender Zusammenhang: Die Geschlechterpolitik.

Diese vorliegende Studie analysiert daher eine zentrale Verschränkung einhergehend mit der Verände-

rung rechter Parteien in Bezug auf die Geschlechterpolitik in den letzten Jahren: Die Frauen in – sowie, das Frauenbild von – rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und deren Umfeld in Deutschland, Ungarn, Polen, Frankreich, Schweden und Griechenland. Die zentralen Fragen lauten: Wie und unter welchen Prämissen, betreiben rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien Frauen, Geschlechter- und Familienpolitik und welche Rolle nehmen Frauen in diesen Parteien ein?

Alice Weidel, Marine LePen, Beata Szydło, Ildikó Pelczné Gáll und Dóra Dúró – in vielen rechten Parteien in Europa haben oder hatten Frauen inzwischen führende Positionen inne. Auch diesen Parteien nahestehende Akteur_innen wie Pegida und die Identitäre Bewegung haben in Deutschland mit Tatjana Festerling und Melanie Schmitz Frauen in ihren Führungsreihen. Frauen stehen an prominenter Stelle in ihren Parteien. Zudem sind sie auch jenseits der Parteienlandschaft, zum Beispiel auf Demonstrationen und im Netz inzwischen sichtbar, und bieten somit Identifikationsangebote für andere Frauen, um rechte Parteien zu wählen.

Diese Frauen betreiben – in jeweils sehr unterschiedlichen Ausprägungen in den einzelnen Ländern – eine antifeministische Politik und wirken in Parteien oder Gruppen die zum größten Teil sehr männlich geprägt sind. Sie fordern Haftstrafen für Abtreibungen; der Zugang zu Verhütungsmethoden wird erschwert, dämonisiert und zum Teil verboten und das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper wird wieder in Frage gestellt. Andererseits funktioniert diese rechte Parteienpolitik aber auch – das legt insbesondere die polnische Länderstudie nahe – denn sie bringt für bestimmte Frauen reale ökonomische Verbesserung mit sich. Das wirkt nur auf den ersten Blick widersprüchlich, die einzelnen Studien zeigen, dass dies Strategien sind, um rechte Positionen salonfähig zu machen. Hier gelöscht: Die rechten Frauen haben – wie die Studie weiterhin zeigt – für diese regressive, reaktionäre und chauvinistische Politik einen hohen Stellenwert.

Auch die aktuellen rechten Interventionen, die vorgeben sich für das politische Subjekt Frau einzusetzen, unterscheiden sich in den einzelnen Länderstudien stark. Aber was sie eint ist, dass es nicht mehr ausreicht, dieses rechte Verständnis als ein einfaches „Frauen zurück in die Küche“ Programm abzutun, oder rechte Frauen schlicht als „Akteurinnen des Patriachats“ einzuordnen. Es ist vor allem nicht ausreichend, angesichts der gegenwärtigen Ausweitung und Ausdifferenzierung rechter Bewegungen, die sich auf das weibliche rechte Akteurinnenspektrums und deren (geschlechter-)politischer Positionen erstreckt (Rahner 2018).

Die polnischen Autorinnen Weronika Grezbalska und Elena Zacharenko untersuchen diese Ausdifferenzierung am Beispiel der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) und der kleineren politischen Auffangbewegung Kukiz'15, über die mehrere Mitglieder kleinere rechtsextremer Parteien ins Parlament einziehen konnten. Anikó Félix untersucht in der Ungarn-Studie ebenfalls zwei Regierungsparteien, die Fidesz und die christdemokratischen Koalitionspartner, KDNP. Darüber hinaus wird die Rolle der neonazistischen Jobbik Partei beleuchtet, die „Bewegung für ein besseres Ungarn“. Aleandros Sakelariou rückt die neonazistische und faschistische Partei Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi) in Griechenland in den Fokus der Betrachtung, die seit den Parlamentswahlen – wenn auch mit großem Abstand – die drittgrößte Partei im Parlament ist. Ann-Cathrin Jungar wiederum untersucht die Erfolge der Schwedendemokraten in Schweden, einer von ihr als der populistischen radikalen Rechten zugeordneten Partei, die nach neuesten Umfragen zum Zeitpunkt der Studie zur zweiten Kraft hinter den Sozialdemokraten im Parlament aufgestiegen ist. Christèle Marchand-Lagiers Studie analysiert den Konnex zwischen dem Front National, den Frauen in der Partei, dem Frauenbild und den potentiellen Wählerinnen in Frankreich. Für die Länderstudie Deutschland hat die Amadeu-Antonio Stiftung, mit der Expertise von Enrico Glaser, Marius Hellwig, Simone Rafael, Judith Rahner, Jan Riebe und Rachel Spicker, den Aufstieg der 2013 gegründeten und sich in den letzten Jahren von einer nationalliberalen zur nationalkonservativen Partei entwickelnde „Alternative für Deutschland“ analysiert.

Die Fragen die wir uns stellen müssen – und die wir auch den Autor_innen gestellt haben, sind:

Welche Gegenbewegungen gibt es?

Und darüber hinaus:

Wie können diese in Zukunft aussehen? Was ist zu tun?

Wie muss eine Politik aussehen, die eine weitere Stärkung antifeministischer Politik verhindern kann?

Eine zentrale Antwort aus dieser Studie weist insbesondere auf die gravierenden Versäumnisse der Einhegung autoritärer Tendenzen durch die neoliberale Politik in den letzten Jahrzehnten hin. Eine Politik die binäre Kategorisierungen und Wertvorstellungen von Geschlecht nur neoliberal-feministisch, oder wie Nancy Fraser es nennt, progressiv-neoliberal, in Frage stellt, kann keine Antwort auf diese Fragen geben.

In den Begriffen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus lagern sich Geschichten und Machtinteressen ab. Wenn diese mitsamt den betreffenden Bewegungen, nicht hinterfragt werden – und diesen im schlimmsten Fall nicht mehr als Empörung und Moralisation entgegen gesetzt wird – dann schadet dies einer feministischen und aufgeklärten Geschlechter- und Frauenpolitik. Und: es fördert neonazistische und faschistische Normalisierungen, die die Grenzen des Sagbaren verschieben.

Die nationalkonservativen, nationalliberalen, neonazistischen und neofaschistischen Parteien, Bewegungen und Initiativen in Europa nutzen dieses Abhandenkommen von Alternativen zu neoliberaler Politik gekonnt aus, indem sie einen „Genderwahn“ oder eine sogenannte „Gender-Ideologie“ konstatieren. Die Studien zeigen, dass der Kampf von Rechts für Frauenrechte, Familienpolitik und Mutterschaft insbesondere über den Begriff Gender geführt wird. Gender funktioniert daher also zugleich als diskursiver Knoten (Mayer, Ajanovic, Sauer 2017) und symbolischer Klebstoff (Petö 2015). Unterschiedlichste Akteur_innen von Katholiken, Evangelikalen, über sogenannte besorgte Eltern, nationalkonservativen und nationalliberalen, bis hin zu neo-nazistischen, faschistischen und verstärkt auch islamnahen Gruppen wie zum Beispiel der BIG Partei (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit) finden sich im „Anti-Genderismus“ zusammen, der als eine moderne Spielart des Antifeminismus gelten kann (Lang, Peters 2017).

Es ist unter diesen Voraussetzungen nicht mehr ausreichend von einem rechten Backlash zu sprechen. Wie Weronika Grzebalska und Elena Zacharenko zu Recht anmerken ist dies unterkomplex. Frauen an exponierter Stelle gibt es schon lange in rechtspopulistischen, rechtsextremen und faschistischen Parteien und Bewegungen. Die Motivationen sind vielfältig und gehen und gingen in den meisten Fällen mit einer Aufwertung des Selbstbilds und teilweise mit realen ökonomischen Verbesserungen des Lebens einher.

Eine erfolgreiche progressive Politik muss daher nicht nur Antworten finden auf einen marktorientierten Feminismus und dessen Gleichstellungs- und Familienpolitik. Sie muss erkennen, dass diese Auseinandersetzung zentral ist. Sie muss vor allen die soziale Frage wieder in den Vordergrund stellen, ohne darüber erneute Ausschlüsse rassistischer und fremdenfeindlicher Art zu reproduzieren.

Und etwas Weiteres ist wichtig:

Die progressiven Akteur_innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft müssen sich unterhaken – ideell und physisch – um den rechtspopulistischen Strömungen gemeinsam etwas entgegen setzen zu können. Das wäre der wahre Triumph der Frauen, die ein demokratisches und geschlechtergerechtes Europa wollen.

Literatur und Quellen

Juliane Lang, Ulrich Peters: „Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens,“ in: Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hg.: Juliane Lang, Ulrich Peters, Hamburg: Marta Press 2018.

Eszter Kováts, Maari Põim: „Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilizations in Europe, Brüssel: Foundation for European Studies/ Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest 2015.

Nancy Fraser: „The End of Progressive Neoliberalism“ in Dissent Magazine, 2. Januar, 2017. https://www.dissentmagazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser

Katie Sutton: The Masculine Woman in Weimar Germany, New York: Berghahn 2011.

Judith Rahner: „Weiblich, bewegt und ‚knallrechts,“ in Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 5, 2018.

Stefanie Mayer: Edma Ajanovic, Birgit Sauer, „Kampfbegriff ‚Gender-Ideologie‘. Zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreich,“ in: Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hg.: Juliane Lang, Ulrich Peters, Hamburg: Marta Press 2018.

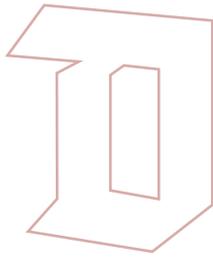
04

Quartz

4.1 Länderfallstudie Deutschland

VON ENRICO GLASER, MARIUS HELLWIG, SIMONE RAFAEL,
JUDITH RAHNER, JAN RIEBE, RACHEL SPICKER

In Deutschland formiert sich und erstarkt seit einigen Jahren eine Neue Rechte. Sie lässt sich unterschiedlichen ideologischen Strömungen zuordnen, wie vor allem antiliberalen und antimodernen, neoliberalen, rechtskonservativen und rassistischen, völkisch-nationalistischen und in Teilen auch neofaschistischen Richtungen. Deren Vertreter_innen können dabei auf teils prominente Stichwortgeber_innen aus den Wissenschaften, unterschiedlichen Parteien oder Funk und Fernsehen zurückgreifen. Eingebettet ist diese rechte Formation in eine gegenwärtige gesellschaftliche Stimmung und Normalisierung von Rassismus und Antifeminismus, zu denen zahlreiche Anschläge auf Geflüchtete, deren Unterkünfte und Moscheegemeinden, Gewalt und Einschüchterungen gegen Minderheiten wie Muslim_innen, Jüdinnen und Juden, Personen of Color, „politischen Gegner_innen“ oder Feminist_innen auf der Straße oder im Netz gehören.



Die Bekämpfung von Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und vielfältigen Lebensentwürfen von Frauen und Familien, die Bekämpfung von Gender-Forschung und die Ablehnung der Gleichberechtigung von LSBTI*¹ sowie eine permanente Diffamierung der Emanzipation gesellschaftlicher Gruppen als „Political Correctness“ gehören dabei zu den Grundlagen neurechter und rechtspopulistischer Politiken. Letztere funktionieren über das Schüren rassistischer und islamfeindlicher Ressentiments oder einen Ton der Bewahrung vermeintlich traditioneller, konservativer oder christlicher Werte, und haben so auch hohe Resonanz und Anschlussfähigkeit in der Gesamtgesellschaft.

Die 2013 gegründete Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist zum wichtigsten parteipolitischen Akteur der Neuen Rechten in Deutschland geworden. Die AfD gründete sich unter dem Eindruck der Eurokrise, sie nahm hier eine klare Opposition gegen die Regierung ein und befürwortete einen Austritt Griechenlands aus der EU und einen Austritt Deutschlands aus dem Euro. Mit der starken Migrationsbewegung nach Europa und insbesondere Deutschland löste das Thema Flucht und Migration die Eurokrise als zentrales Thema ab. Innerhalb der Partei gewannen rassistische und teils rechtsextreme Positionen an Zustimmung. In Wahlen zeigt sich, dass die klare Positionierung gegen Geflüchtete und den Islam in Deutschland die Themen sind, mit denen die AfD auf viel Zustimmung stößt. Frauen- und Genderthemen sind fester Bestandteil von Ideologie und Programmatik, häufig jedoch nicht als eigenständiges Thema, sondern als wesentlicher Bestandteil in Äußerungen über Geflüchtete und den Islam. Insbesondere an Frauen gerichtet sind anti-moderne Familienthemen, eine angebliche Entstehung von (Un-)Sicherheit für Frauen und Kinder durch Migration und die Betonung einer „Naturhaftigkeit“ von Ge-

schlechterunterschieden, die es zu erhalten gelte. Mittlerweile ist die AfD in 14 Landesparlamenten vertreten und konnte am 24. Oktober dieses Jahres mit 94 (nach zwei Austritten aktuell 92) teils stark umstrittenen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Neben Verschwörungsideolog_innen, Holocaustzweifel_innen und Islamhasser_innen werden dort auch Antifeminist_innen Einfluss nehmen und versuchen, emanzipatorische Geschlechterpolitiken rückgängig zu machen. Um zu verstehen, welche antifeministischen Positionen innerhalb der Neuen Rechten oder rechtspopulistischer Gruppierungen vertreten werden, werden diese im Folgenden, unter besonderer Berücksichtigung der AfD, analysiert. Aufgezeigt werden unterschiedliche frauen- und geschlechterpolitische Positionen aus den Programmatiken, wie Wahl- und Grundsatzprogrammen und öffentlichen Verlautbarungen von Spitzenpolitiker_innen. Darüber hinaus wird auf Frauen und deren Haltungen innerhalb der Parteien und rechten Gruppierungen geschaut sowie nach geschlechtsspezifischen Motiven im Wählerinnenverhalten gefragt. Abschließend werden Gegenbewegungen und empowernde und emanzipatorische Strategien aus unterschiedlichen (feministischen) sozialen Bewegungen dargestellt, die sich den erstarkenden rechten Geschlechterpolitiken erfolgreich widersetzen.

1. Programmatik im Bereich Frauen-, Geschlechter- und Familienpolitik

Antifeministische, sexistische, rassistische und völkisch-nationalistische Ideologien, die im Rechtspopulismus² vertreten werden, sind in der Programmatik der AfD³ zentral gesetzt. Sie finden sich im Grundsatz-

² Rechtspopulismus wird verstanden als „volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“, die sich „mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile aktionsorientiert als ‚Anwälte des Volkes‘ inszeniert“ (vgl. Häusler 2008). Zwei rhetorische Abgrenzungen sind dafür zentral: eine von „wir hier unten“ gegen „die da oben“ sowie die von „wir“ gegen „die Anderen“. Eine rechtspopulistische Orientierung wird in der Einstellungsforschung gekennzeichnet durch erstens menschenfeindliche Einstellungen, insbesondere gegenüber Menschen, die als „Fremde“, Muslim_innen, Asylsuchende, Sinti und Roma usw. wahrgenommen oder markiert werden, zweitens durch rechtsgerichtete autoritäre Orientierungen sowie drittens durch Misstrauen in die Demokratie und Abgrenzung gegenüber beliebig definierbaren Eliten (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2016b: 6).

³ Im Folgenden wird sich auf die AfD konzentriert, obwohl es vor ihrer Gründung bereits einige regionale und bundesweite Versuche gab, rechtspopulistische Parteien in Deutschland zu etablieren. Diese scheiterten jedoch oder blieben deutlich hinter dem Einfluss und Erfolg der AfD der letzten Jahre zurück.

¹ Die Abkürzung LSBTI* steht für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans* und Inter* und umfasst die Vielfalt von Geschlechtern, Identitäten und Sexualitäten.

programm 2016, in Wahlprogrammen zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 und den jeweiligen Landesparlamenten, und werden in öffentlichen Auftritten oder in einschlägigen Publikationsorganen und via Social-Media-Kanäle kommuniziert. Die dort vertretenen Geschlechterbilder sind anschlussfähig an völkische und nationalistische Ideale, in denen eine patriarchale und autoritäre Gesellschaftsordnung propagiert wird.⁴ So stehen traditionelle Familien, verstanden als heterosexuelle Verbindung zwischen „einheimischem“ Mann und Frau sowie ihren Kindern, im Zentrum dieser Ideale und werden als „schützenswerte Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft“ beschrieben. Die AfD beschreibt seit ihrer Gründung Strategien und Instrumente, um einerseits den vermeintlichen „demografischen Niedergang zu beeinflussen“, der das deutsche Volk vor dem Aussterben bewahren soll und verkoppelt dieses Thema mit einer vermeintlichen „Überfremdung“ durch den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern, den es gleichermaßen zu bekämpfen gilt. Damit greift die Partei ein im (völkischen) Rechtsextremismus seit je her zentrales Ideologem auf (vgl. Botsch 2017, S.53ff). Als Maßnahmen schlägt die Partei dazu vor, das „Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend“ in ein „Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung“ umzuwandeln (AfD 2017, S.49). Mit einer „Willkommenskultur für Kinder“ setzt das Wahlprogramm schon rein sprachlich darauf, die Aufnahme und Versorgung von Menschen auf der Flucht gegen die Interessen von in Deutschland geborenen Kindern gegeneinander auszuspielen. Es dürfte kein Zufall sein, dass mit der Zwischenüberschrift „Deutschland nicht abschaffen“ auf den fast gleichlautenden Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ des Mitglieds der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin aus 2010 verwiesen wird. Sarrazin verband darin Sozial- und Bevölkerungspolitik mit rassenbiologischen Theorien und ebnete dadurch rechtspopulistischen Argumentationen in Deutschland maßgeblich den Weg. Auch die AfD schürt diese rassistische „Angst vor Überfremdung“ und setzt ihre Vorstellungen der einheimischen Bevölkerungspolitik

bzw. „ein kinderarmes Europa“ in Zusammenhang mit einer kolonial-rassistischen Interpretation eines Afrika, in dem die Bevölkerungszahlen explodieren würden (AfD 2017: 28). Aufhalten will die AfD einen daraus vermeintlich zwangsläufig folgenden Migrationsstrom nach Europa durch Abschottung an den staatlichen Außengrenzen (vgl. AfD 2017:20) – notfalls durchgesetzt durch den Gebrauch von Schusswaffen auch gegen Frauen und Kinder (vgl. epd 2016). Und eben durch eine aktive innerstaatliche Bevölkerungspolitik, die einer „Überfremdung“ entgegengewirkt und gleichzeitig dem „Erhalt des Staatsvolks“ dient (vgl. AfD 2017:49).

Welche Rolle Frauen innerhalb der geplanten Bevölkerungspolitik zukommen soll, zeigt sich auf der Internetpräsenz des AfD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (NRW): „Der ideale Betreuungsplatz für ein Kleinkind ist auf Mamas Schoß“ (Mieruch 2014). Eine außerfamiliäre Betreuung müsse „als Notbehelf statt als gesellschaftlich gewollter Regelfall angesehen werden“ (ebd.). Die konservative und an stereotypen Geschlechterrollen ausgerichtete Grundhaltung der AfD geht seit ihrer Gründung von der – teilweise als Kritik an einer neoliberalen Verwertungslogik getarnten - Annahme aus, dass ein „falsch verstandener Feminismus einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die ‚nur‘ Mutter und Hausfrau sind“ (AfD 2017: 41f) schätzt und damit ausschließlich der Wirtschaft nutze und gleichfalls verantwortlich für kinderlose Familien sei (ebd.). Politische Regelungen und Instrumente zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die beide Elternteile in die Verantwortung nimmt, soll zugunsten einer Familienpolitik aufgelöst werden, in welchem Frauen Sorge- und Erziehungsarbeiten leisten und berufliche Wünsche zurückstellen. Im Wahlprogramm werden „Maßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“ beschrieben. So soll „der Mutter eine Kindspauschale von 25.000 Euro ausbezahlt werden“. Familienväter sind nicht berücksichtigt. Zudem ist diese Maßnahme beschränkt auf Mütter, die „in geordneten Verhältnissen leben“, worunter Mindestalter, abgeschlossene Berufsausbildung und festes Arbeitsverhältnis verstanden werden. Die Familienpolitik der AfD richtet sich ebenfalls gegen „Einelternfamilien“, womit in Deutschland statistisch gesehen überwiegend alleinerziehende

⁴ Für eine ausführliche Analyse unterschiedlicher Strömungen innerhalb der AfD und ihrer Anschlussstellen zu geschlechterpolitischen Positionen (vgl. Kemper 2014).

Frauen gemeint sind. Denn vermeintlich negative Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung durch Allein-erziehende seien alarmierend (vgl. AfD 2017: 40). Dazu passt, dass sich die Partei zudem für eine Wiedereinführung des Schuldprinzips bei Ehescheidung einsetzt. Eine Frau dürfe nicht „selbstverschuldet“ in die Situation (Scheidung) hineingekommen sein. „Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen eheliche Solidarität“ soll wieder bestraft werden (vgl. AfD 2017: 38). Damit bereits Kinder und Jugendliche lernen, wie „anerkannte Regeln zu Partnerschaft und Familie, Haushaltsführung, Lebensschutz und Kindererziehung“ aus Sicht der AfD aussehen, sollen diese „in Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemeinbildenden Schulen wieder fester Bestandteil werden“ (AfD 2017: 37). Die AfD will zudem Schwangerschaftsabbrüche eindämmen und damit die körperliche Selbstbestimmung und Reproduktionsrechte von Frauen einschränken. Verbündete und breite Unterstützung findet die AfD hier auch bei Akteuren aus rechtskonservativen, fundamentalchristlichen und antifeministischen Kreisen, die z.B. in Berlin seit 2010 jährlich unter dem Motto „Marsch für das Leben“ demonstrieren. Wie eng diese Akteure mit der AfD verbunden sind, zeigte sich z.B. 2014, als die damalige AfD-Abgeordnete im Europaparlament Beatrix von Storch das Fronttransparent trug und 2015 den Marsch zusammen mit anderen anführte (vgl. Klapsa 2015).

Zur Bevölkerungspolitik der AfD gehört auch, dass Familien von LSBTI* abgelehnt werden. Trotz dieser familienpolitisch eindeutig homosexuellenfeindlichen Position der AfD ist die Parteiloyalität nicht eindeutig: Die rechtliche und soziale Gleichstellung von Homosexuellen wurde in der Vergangenheit von progressiven Akteur_innen und Parteien vorangetrieben. Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle waren für rechtspopulistische Akteur_innen und Politiken hingegen Zielscheibe homosexuellen- und trans*feindlicher Rhetoriken und Gewalt. Mit der Ausdifferenzierung rechter Akteur_innen und Gruppierungen ist dieses Verhältnis in den letzten Jahren komplexer geworden. Dies schlägt sich auch in öffentlichen Äußerungen von Spitzenpolitiker_innen der AfD sowie deren Ausführungen im Parteiprogramm nieder. So lassen sich einerseits zahlreiche homosexuellen- und trans*feindliche Äußerungen von AfD-Politiker_innen finden: Der Ab-

geordnete Andreas Gehlmann forderte beispielsweise im Landtag von Sachsen-Anhalt Gefängnisstrafen für Homosexualität (vgl. Denkler 2016). Corinna Herold von der AfD Thüringen wollte im Landtag wissen, wie viele Homo-, Bisexuelle und Trans*personen im Bundesland leben und warum sie „besonders schutzbedürftig“ sind (vgl. Klages 2015) und Kay Nerstheimer, ein direkt gewählter AfD-Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, der aufgrund rechtsextremer und homosexuellenfeindlichen Äußerungen „freiwillig“ verzichtete Teil der AfD-Fraktion zu werden, bezeichnete Homosexuelle als „degenerierte Spezies“ (vgl. McMinn 2016). Das Adoptionsrecht für Homosexuelle lehnte darüber hinaus AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst mit der Begründung ab, dass es unter homosexuellen Männern mehr Pädophile gebe.⁵ Die homosexuellenfeindliche Diskussion in konservativen und rechtspopulistischen Kreisen hat noch einmal an Aktualität und Schärfe zugenommen, als der Bundestag beschloss, dass Schwule und Lesben ab Oktober 2017 in Deutschland heiraten dürfen. Die ehemalige Parteivorsitzende Frauke Petry bezeichnete via Facebook einen Tag nach der Bundestagswahl die „Ehe für alle“ als „ideologisches Experiment“.⁶

Andererseits gibt es offen homosexuell und einige wenige offen transsexuell lebende AfD-Politiker_innen – auch in Spitzenpositionen –, die Homosexuellenfeindlichkeit innerhalb der Partei leugnen und sich als Sprachrohr der bürgerlichen Homosexuellen verstehen. Dabei wird sehr häufig die Forderung laut, die eigene sexuelle Orientierung auf den privaten Bereich zu beschränken. Eine Forderung nach weiteren Rechten für LSBTI* sei darüber hinaus hinfällig, da eine Gleichstellung bereits erfolgt sei. Auffällig oft wird die Gleichstellung ausschließlich durch „äußere Feinde“, worunter „der Islam“ oder Geflüchtete verstanden werden, als bedroht erachtet. Die Existenz von queeren Migrant_innen und Homosexuellen oder Trans*personen of Color wird dabei abgestritten. Selbst homosexuellenfreundliche Kampagnen oder öffentliche Äußerungen mit Bezug zu LSBTI*-Themen werden ständig mit rassistischen und islamfeindlichen Haltungen ver-

⁵ vgl. https://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/nahe_artikel,-goettenbachgymnasiasten-heizen-kandidaten-kraeftig-ein-arid,1696082.html.

⁶ Vgl. <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/1543239092373091:0> (aufgerufen am 20.11.2017)

knüpft. So ist die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben angesichts der Untergangsszenarien von angeblicher „Überfremdung“ seitens der Spitzenkandidatin Alice Weidel als unwichtig abgetan worden. Diese lässt sich auf der Facebook-Seite des Bundesvorstands mit den Worten zitieren: „Ehe für alle, während das Land islamisiert wird“⁷. Es dürfte kein Zufall sein, dass ausgerechnet Alice Weidel als offen lesbisch lebende Frau dieses Statement abgibt, die über jeden Verdacht der Homosexuellenfeindlichkeit erhaben scheint und als Kronzeugin für die Homosexuellenfreundlichkeit ihrer Partei fungiert.

Trotz des zum Teil offensiven Werbens um homosexuelle Wähler_innen setzt sich die AfD in ihrer Programmatik nicht für die Rechte von LSBTI* ein. Ganz im Gegenteil: Darin wird beispielsweise eine Kinder- und Familienpolitik den Interessen und Rechten von LSBTI* gegenübergestellt: „Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes ‚Familie‘ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszuweiten und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen“ (AfD 2017: 40). Diese Sichtweise blendet die Lebensrealität zahlreicher Kinder und Jugendlicher aus, die bei gleichgeschlechtlichen Partner_innen aufwachsen. Die AfD spricht sich darüber hinaus gegen eine Modernisierung des Sexualkundeunterrichts an Schulen aus, durch die Themen wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt behandelt und sichtbar gemacht werden sollen. Unter dem Begriff „Frühsexualisierung“ wird eine Sexualpädagogik der Vielfalt als „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität“ abgelehnt und als „unzulässiger Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder“ verstanden (AfD 2017: 41).

In ähnlicher Weise verfährt die AfD mit Geschlechterforschung und Gender Studies, denn sämtliche Verweise auf das Thema Gender finden sich im AfD-Wahlprogramm 2017 unter der Kapitelüberschrift „Willkommenskultur für Kinder“ und werden damit, so scheint es, bewusst in künstliche Opposition gebracht – als wäre das Thema Gender eine Gefahr für Kinder. In dem Kapitel wird an diversen Stellen eine biologis-

tische und komplementär verstandene Geschlechterordnung aufgegriffen: „Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz (...)“ (AfD 2017: 40). Die Kampagne „Equal Pay Day“, die über Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern aufklärt sowie feministische Forderungen nach gendersensibler Sprache werden als „Propagandaaktionen“ abgewertet (ebd.). Im Wahlprogramm wird Gender-Forschung durchgehend in Anführungszeichen gesetzt und als unwissenschaftlich und ideologisch motiviert bezeichnet. Dazu heißt es: „Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.“ (AfD 2017: 40). Folgerichtig wird die Abschaffung von „Gender-Professuren“ (AfD 2017: 41) gefordert. Obwohl dies in Deutschland nur vier Prozent aller Professuren betrifft und die öffentliche Forschungs- und Projektförderung der Bundesregierung in Gleichstellungs- und Geschlechterforschung zwischen 2010 und 2017 nur 0,24 Prozent des Gesamtfördervolumens umfasst, findet sich die Forderung unter dem Thema „Steuerverschwendung“. Die bestehenden Förderlinien sollen beendet werden und „(...) die der ‚Gender-Ideologie‘ verpflichteten ‚Gleichstellungsbeauftragten‘ an den Universitäten sind abzuschaffen.“ (ebd.)

Die Möglichkeit der konkreten Einflussnahme auf die Gestaltung von Frauen- und Gleichstellungsarbeit wird bereits rege genutzt: Im Bundestag hielt die AfD-Abgeordnete Nicole Höchst am 01. März 2018 eine Rede zum Weltfrauentag und diffamierte die Bemühungen, Benachteiligungen für Frauen weiter abzubauen als „Gleichstellungtotalitarismus“. Strukturelle Benachteiligung wie bspw. Gender-Gap oder einen geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen würde es nicht geben. Das sei „wie ein Yeti. Jeder redet darüber, aber keiner hat sie je gesehen.“ Und ergänzt: „Apropos Gleichstellungsbeauftragte. Diesem Instrument zur systematischen Männerbenachteiligung können wir nichts abgewinnen.“⁸

⁷ vgl. <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/1543239092373091/?type=3&theater> (aufgerufen am 20.11.2017)

⁸ vgl. Plenarprotokoll 19/17, S. 11.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Frauen-, Geschlechter- und Familienpolitik wesentlicher Bezugspunkt rechtspopulistischer Verlautbarungen sind. Sie werden instrumentalisiert und sollen gleichzeitig unterminiert und abgeschafft werden: Sie werden nämlich nur dann zitiert, wenn sie den „westlichen Werten“, einer „deutschen Leitkultur“ oder dem Schüren rassistischer Ressentiments dienlich sind. Hingegen werden aktuelle Frauen- und Homosexuellenrechte und gegenwärtige feministische Forderungen als unnötig oder übertrieben abgelehnt.

2. Frauen und die AfD:

Von der Professoren- zur Protestpartei?

Im Folgenden wird untersucht, welche Rolle Frauen in der Partei spielen, inwieweit die AfD als eine Partei mit dezidiert antifeministischem Profil Frauen als Wählerinnen gewinnen kann und es wird diskutiert, aus welchem Grund diese die AfD wählen.

Frauke Petry, Alice Weidel und Beatrix von Storch standen bisher zentral für das Erscheinungsbild der AfD, obwohl in den Parlamenten und den hohen Ämtern Männer die Partei dominieren. Bis zum Austritt von Frauke Petry direkt nach der Bundestagswahl 2017 gehörten somit drei Frauen zum Führungszirkel der Partei. Diese geben ihrer Partei ein feminines und damit „friedfertiges“ Gesicht. Auffällig ist, dass alle drei nicht dem radikalen, völkisch-nationalen Flügel der Partei zugerechnet werden, auch wenn sie sich völkisch und nationalistisch geäußert haben. Generell gehört dem engeren Führungspersonal des national-völkischen Kreis keine Frau an.

Dieser Gender-Gap spiegelt sich auch bei den Mandatsträger_innen der Partei wider.⁹ In jedem Landesparlament, in dem die AfD vertreten ist, sind Frauen in den AfD-Fraktionen eindeutig in der Minderheit. Während in einzelnen Länderparlamenten bis zu 25 Männer für die AfD hereingewählt wurden, erzielte die AfD mit vier Frauen ihren höchsten Anteil an weiblichen Abgeordneten in Sachsen. In Parlamenten, in denen die AfD nur mit kleinen Fraktionen vertreten ist, wie im Saarland oder in Bremen, beträgt der Frauenanteil sogar null Prozent. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo die AfD mit 18 Abgeordneten eine

große Fraktion stellte, war nur eine weibliche Abgeordnete der AfD im Landtag vertreten (5,56 Prozent). Nach deren Austritt besteht auch die AfD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern nur aus Männern. In keiner ihrer 14 Fraktionen schafft die AfD es, annähernd auf einen Frauenanteil von einem Drittel zu kommen. Ihren Spitzenwert erreichte die AfD in Sachsen, wo sie bei der Wahl auf einen Frauenanteil von knapp 28,6 Prozent kam. Auch in der Thüringer AfD-Fraktion hat sich der Frauenanteil durch Austritte verändert: Nachdem drei Männer die Fraktion verlassen hatten, stieg dieser von 18,2 auf 25 Prozent. Somit ist die Thüringer AfD-Fraktion aktuell (Stand Mitte Mai 2018) diejenige mit dem höchsten Frauenanteil unter den AfD-Fraktionen, da sich in Sachsen durch Austritte der Frauenanteil verringert hat. Im Bundestag sitzen nach dem Austritt von Frauke Petry und Mario Mieruch für die AfD 92 Abgeordnete, wovon zehn Frauen sind. In allen Landesparlamenten und im Bundestag liegt der Frauenanteil der AfD-Fraktionen unter dem jeweiligen Parlamentsdurchschnitt.

Ein Gender-Gap ist auch bei den Mitgliederzahlen erkennbar. Laut Eigenangaben aus dem Jahr 2016 sind nur 16 Prozent der AfD-Mitglieder weiblich (vgl. Niedermayer 2017). Damit ist keine im Bundestag vertretene Partei stärker von Männern dominiert als die AfD. Die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) hat einen Frauenanteil von 20,3 Prozent, bei der Freien Demokratischen Partei (FDP) sind es 22,6 Prozent (vgl. Geyer 2017) und die SPD hat aktuell circa 32 Prozent weibliche Mitglieder.

Auch die Vorstände der AfD sind männerdominiert.¹⁰ Den höchsten Frauenanteil gibt es in Berlin mit etwas über 27 Prozent, den niedrigsten in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, wo keine Frau dem jeweiligen Landesvorstand der Partei angehört. In Sachsen (Frauke Petry¹¹) und in Berlin (Beatrix von Storch¹²) stellten bis bis Herbst 2017 Frauen die Landesvorsitzende der Partei. Aktuell stehen in Schleswig-Holstein (Doris von Sayn-Wittgenstein) und im benachbarten Niedersachsen (Dana Guth) Frauen an der Spitze eines AfD-Landesverbands. Auch die Posten der Bundesspre-

⁹ Vgl. Tabelle 2 Frauenanteil der AfD in Landtagen.

¹⁰ Vgl. Tabelle 3 Frauenanteil AfD-Vorstände.

¹¹ Durch den Austritt von Frauke Petry aus der AfD ist der Vorsitz aktuell vakant.

¹² Auf dem Parteitag der AfD Berlin am 4.11.2017 wurde Beatrix von Storch als Vorsitzende nicht wiedergewählt.

cher_innen¹³ sind seit dem Abgang Frauke Petrys ausschließlich männlich besetzt. Auf Bundesebene ist lediglich das Amt des Fraktionsvorsitzes paritätisch besetzt.

Im Vergleich der Bundestagswahlen 2013 und 2017 lässt sich die Entwicklung der AfD auch anhand ihrer Wähler_innen ablesen: 2013 waren 40 Prozent ihrer Wähler_innen Frauen, 2017 waren es 35,7 Prozent. Dass unter den AfD-Wähler_innen prozentual am meisten Frauen waren, als Bernd Lucke noch Parteisprecher war, zeigen auch die Ergebnisse der Landtagswahlen. Die vier Landtagswahlen (Thüringen, Sachsen, Hamburg und Brandenburg), bei denen der Frauenanteil bei den Wähler_innen der AfD am höchsten war, fanden alle vor dem Sturz Bernd Luckes im Juli 2015 statt. Mit der Abwahl Luckes im Jahr 2015, der Wahl Frauke Petry's zum Parteivorsitz und der damit verbundenen Radikalisierung der AfD sank der prozentuale Anteil weiblicher Wähler_innen bei der AfD. Jedoch erzielte die AfD nach der Abwahl Luckes ihre größten Wahlerfolge, sodass die AfD in ganzen Zahlen Frauen als Wähler_innen dazugewann.

Während bei der Bundestagswahl 2013 die Anteile der AfD-Wähler_innen mit Realschulabschluss, Abitur und Hochschulabschluss nahezu identisch waren (je sechs Prozent) und der Anteil von Hauptschulabsolventen um die Hälfte niedriger lag (sueddeutsche.de 2017a), bildeten bei der Bundestagswahl 2017 Menschen mit Hauptschulabschluss (14 Prozent) und Menschen mit Mittlerer Reife (17 Prozent) die stärksten Wähler_innengruppen der AfD. Unter den Wähler_innen mit Abitur (11 Prozent) und mit Hochschulabschluss (sieben Prozent) fiel ihr Wähleranteil signifikant niedriger aus. 2013 galt die AfD mit Bernd Lucke noch als Professorenpartei, 2017 gilt sie eher als rechtspopulistische bis rechtsextreme Protestpartei. Konstant geblieben ist hingegen, dass sie die größte Zustimmung bei 30-59-Jährigen und Wähler_innen aus den östlichen Bundesländern findet. Bezogen auf die Tätigkeit sind Arbeiter_innen und Arbeitslose bundesweit die stärksten Wähler_innen-Gruppen der AfD. Aber auch unter Angestellten, Beamt_innen und Selbstständigen erhält die AfD zehn bis zwölf Prozent Zustimmung (vgl. Naumann 2017).

Die AfD ist aktuell in 14 von 16 Länderparlamenten vertreten. Bei allen Wahlen wählten sie prozentual mehr Männer als Frauen: Beispielsweise erzielte die AfD 2016 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ihr stärkstes Ergebnis bisher (24 Prozent), aber nur ein Drittel der AfD-Wählenden war weiblich – der geringste weibliche Anteil bisher (vgl. Landtagswahl NRW: ca. 34 Prozent, Bundestagswahl 2017: 35 Prozent, Landtagswahl Thüringen 42,5 Prozent). Beim Geschlechterverhältnis der AfD-Wähler_innen gibt es keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die AfD überwiegend von Männern gewählt wird. Zudem spiegelt sich der prozentuale Wähler_innenanteil von 33-42 Prozent meist nicht mal im Ansatz in der Besetzung von Parteiämtern wider. Durch medial sehr präsente Führungsfiguren wie Frauke Petry, Alice Weidel und Beatrix von Storch schlägt sich die Männerdominanz jedoch bei Weitem nicht in gleicher Weise in der öffentlichen Wahrnehmung nieder. Dies kann auch ein Erklärungsansatz sein, warum der Anteil der Wählerinnen prozentual weit höher ist, als es die Zahl weiblicher Kandidierenden, Abgeordneter oder Funktionsträgerinnen vermuten lassen würden. Den hier deutlich werdenden Zusammenhang haben unter anderem Untersuchungen aus Dänemark belegt, und zwar dass weibliche Parteispitzen einer rechtsextremen Partei dazu führen, dass Wählerinnen stärker angesprochen werden (vgl. Kosiara-Pedersen/Hansen 2015: 26-48).

Mit dem Austritt von Frauke Petry verliert die AfD eine ihrer wichtigsten weiblichen Führungsfiguren und eine für AfD-Wähler_innen bedeutsame Identifikationsfigur. Es bleibt abzuwarten, ob Alice Weidel, AfD-Fraktionsvorsitzende neben Alexander Gauland, diese Rolle übernehmen und Frauen an die AfD binden kann. Jedoch deuten auch die überraschende Abwahl von Beatrix von Storch vom Parteivorsitz der AfD Berlin und die Tatsache, dass aktuell 14 der 16 Landesvorsitzende und der Bundessprecher der AfD durch Männer gestellt werden, darauf hin, dass mit der Radikalisierung und dem zunehmenden Erfolg Frauen aus den Führungspositionen der Partei gedrängt werden.

Die AfD wird vielfach als Protestpartei gesehen. Empirische Erhebungen lassen hier aber durchaus Raum für Interpretationen zu. Deren Ergebnisse weisen zudem auf eine vollzogene inhaltliche Radikalisierung

¹³ Allerdings ist aktuell (08.11.2017) auch hier, durch den Austritt Frauke Petrys, der Posten der Bundessprecher_innen alleinig mit Jörg Meuthen männlich besetzt.

hin. 31 Prozent der AfD-Wähler_innen gaben in Umfragen zur Bundestagswahl 2017 am Wahltag an, die AfD aus politischer Überzeugung gewählt zu haben. 60 Prozent sagten, sie täten dies aus Protest gegen und Enttäuschung über die etablierten Parteien. Mit Protestverhalten alleine ist der Erfolg jedoch nicht zu erklären: Themen wie Innere Sicherheit verbunden mit Islam, Geflüchteten und deutscher Identität sind entscheidend für den Wahlerfolg der AfD. Laut Umfrage sorgten sich AfD-Wähler_innen „um den Verlust deutscher Kultur“ (95 Prozent), „dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird“ (92 Prozent) und „dass die Kriminalität künftig massiv zunimmt“ (91 Prozent). Zudem sagen 99 Prozent der AfD-Wähler_innen: „Ich finde es gut, dass die AfD den Einfluss des Islam in Deutschland verringern will“. 96 Prozent von ihnen stimmen der Aussage zu: „Ich finde es gut, dass die AfD den Zuzug von Flüchtlingen stärker begrenzen will“ (wahl.tagesschau.de 2017). Dies zeigt, dass die AfD keine reine Protestpartei ist, sondern auch wesentlich aus inhaltlicher Überzeugung gewählt wird.

Mit Blick auf das Wahlergebnis der AfD bei der Bundestagswahl 2017 werden folgende Erklärungsansätze öffentlich diskutiert, warum die AfD gewählt wird: Grundsätzlich werden neue Konfliktlinien zwischen Modernisierungsskeptiker_innen und -befürworter_innen gesehen. Zwei Drittel der AfD-Wähler_innen seien „modernisierungsskeptisch“ (Bertelsmann Stiftung 2017). Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer führt Desintegrationserfahrungen und Demokratie-Entleerung im globalisierten autoritären Kapitalismus als Erklärungsansatz an. In Teilen der Bevölkerung werde das als Kontroll- und Anerkennungsverlust erfahren: Menschen hätten das Gefühl, dass sie oder die Gruppe, der sie sich zugehörig fühlen, in der Politik keine Stimme haben, dass sie überhaupt nicht wahrgenommen werden. Die AfD verspreche denen, die ein Gefühl der Ohnmacht haben, dass sie wieder die Kontrolle zurückbekommen und kann so „individuelle, wutgetränkte Apathie in kollektive Machtfantasien verwandeln“ (sueddeutsche.de 2017b). Ähnlich dazu werden die hohen Wahlergebnisse in sozialen Brennpunkten mit „Gefühlen des Vergessen-Seins“ und Perspektivarmut in Verbindung gebracht (vgl. Keller/Strauß 2017, Fiebig 2017). In ländlichen, entleerten und abgehängten Regionen mit starker Abwanderung und Rückbau

öffentlicher Infrastruktur wird eine „Wut der Zurückgebliebenen“ konstatiert (vgl. u. a. Bangel 2017), die gewissermaßen als „Rache der Peripherie“ die AfD wählen (Rada 2017). Mit Blick auf den wirtschaftlich starken Südwesten wird darauf hingewiesen, dass dafür weniger objektive Faktoren als subjektive Empfindungen „des Benachteiligtseins“ zugrunde liegen (Vgl. Gerlach/Götz/Maas 2017). Schließlich werden spezifische ostdeutsche postsozialistische Transformationserfahrungen angeführt, die gesellschaftliche Veränderungen im Kontext der Globalisierung und globaler Fluchtbewegungen als bedrohlich wahrnehmen (Prof. Dr. Dorothee de Nève in *daserste.de* 2017; Gerlach/Götz/Maas 2017). Der Soziologe Andreas Kemper verweist dementsprechend darauf, dass die Wahlerfolge regionalspezifisch und unter Beachtung der unterschiedlichen Milieus, aus denen sich die Wähler_innenschaft der AfD zusammensetzt, betrachtet werden müssen: Regionale Analysen zeigten einen Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit als Grundmuster, vor allem im Norden und Westen Deutschlands (mit lokalen Spitzenwerten insbesondere in „sozialen Brennpunkten“), sowie eine spezifische „Ost-Mentalität“. Hinzu kommen regionale Einflüsse eines christlichen Fundamentalismus als Überlagerung dieses Grundmusters (Andreas Kemper 2017) sowie eine starke Hinwendung der „Russlanddeutschen“ zur AfD (Vgl. Gerlach/Götz/Maas 2017).

Die Wahl der AfD durch Frauen ist dabei vor dem Hintergrund der Einstellungsforschung nicht überraschend. Diese zeigt bereits seit mehreren Jahren, dass Frauen Elementen der sogenannten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mindestens genauso zustimmen wie Männer. In den vergangenen Jahren neigten sie eher als Männer zu „Fremdenfeindlichkeit“, Rassismus und Islamfeindlichkeit (Küpper/Zick 2011: 187-210). Im letzten Erhebungsjahr 2016 ist die Zustimmung von Frauen zu Vorrechten für Etablierte signifikant weiter verbreitet als bei Männern. Die Einforderung von Etabliertenvorrechten geht dabei vor allem mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Asylsuchenden und der Zustimmung zu islamfeindlichen Meinungen einher. Bezüglich „neurechter Einstellungen“ stimmen Frauen diesen etwas stärker zu (Männer: 26 %, Frauen: 30 %) (Vgl. Zick/Krause/Küpper 2016: 143ff).

Eine Studie aus dem Jahr 2005 untersuchte die stärkere Feindseligkeit von Frauen gegen Gruppen, die vermeintlich von außerhalb der eigenen, deutschen Gesellschaft kommen – also ebenfalls „fremdenfeindliche“, rassistische und islamfeindliche Einstellungen. Es zeigten sich erhöhte Werte bei niedriger qualifizierten Frauen aus Ostdeutschland, die in besonderem Maße von Desintegration betroffen oder bedroht sind. Ergebnisse, die Geschlechterunterschiede erklären, sind die Wahrnehmung einer „unkonkreten, diffusen Bedrohung durch fremde Männer“ sowie die Betonung einer „demonstrativen Zugehörigkeit“ des „Deutsch-Seins“, insbesondere bei der Gruppe der ostdeutschen Frauen. Deren ebenfalls stärkere Betonung von kapitalistischen Leistungsimperativen äußere sich in einer durchsetzungsbereiten Haltung. „Feindselige Frauen“ versuchten danach auf einem höheren Niveau als Männer, die eigene soziale, politische und ökonomische Gleichwertigkeit innerhalb der Gesellschaft über Ungleichwertigkeit, das heißt Abwertung schwächer Gruppen, zu erreichen – vor allem, wenn sich eigene Lebensentwürfe nicht umsetzen lassen (vgl. Küpper/Heitmeyer 2015: 108-127).

Ein wesentliches Motiv für Frauen (aber auch für Männer) ist die Instrumentalisierung geschlechterpolitischer Fragestellungen und feministischer Forderungen. „Gewalt gegen unsere Frauen und Kinder“ ist aktuell eines der zentralen Mobilisierungsthemen für rechtspopulistische Akteure, welches sich auch in den westlichen Bundesländern als zugkräftig zeigt. Anlass sind medial breit rezipierte Gewaltverbrechen. Unter den Labels „Mütter gegen Gewalt“ (Bottrop/ Duisburg), „Eltern gegen Gewalt“ (Essen), „Frauenbündnis Kandel“, „Marsch der Frauen“ (Berlin) sind hier Politiker_innen der AfD-bzw. solche aus dem Umfeld der Partei aktiv in Organisation, Bewerbung und als Redner_innen eingebunden. Themenwahl, Labeling, die Repräsentation der Veranstaltungen durch (migrationserfahrene) Frauen sowie auch Aufrufe, Symbole der AfD zuhause zu lassen, stehen dabei für eine erhoffte möglichst große Anschlussfähigkeit (vgl. Keßel 2018, Prothmann 2018, Rafael 2018, Sommerfeld 2018).

Die Verknüpfung von Rassismus und Sexismus wird dabei mindestens in dreifacher Hinsicht formuliert. Zentral ist das Feindbild „übergriffiger Fremder“ gerade in den Debatten um Flucht und Asyl. Mit einer Eth-

nisierung des Sexismus und mit dem Mechanismus der Verdrängung und der Projektion kann eigener – erlebter und ausgelebter – Sexismus externalisiert und verschleiert werden. Gleichzeitig können rassistische, insbesondere antiislamische Argumentationsweisen legitimiert werden. Am Stereotyp der (sexuell) unterdrückten muslimischen Frau kann zweitens die Fortschrittlichkeit und Selbstversicherung „unserer Kultur“ illustriert werden. Drittens schließlich erscheint jene wegen ihrer „Gebärfreudigkeit“ auch als bevölkerungspolitische Gefahr – verbunden mit Demografiediskursen. Diese Denkweisen verbinden sich in den völkisch-rassistischen Protesten mit der verschwörungsideologischen Vorstellung eines vermeintlich bevorstehenden oder bereits laufenden „Bevölkerungsaustauschs“ (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2016a/2016b). Die Instrumentalisierung feministischer Themen zeigt sich auch, wenn im Zuge der Diskussion um Geflüchtete befürchtet wird, dass durch eine „Islamisierung“ „die mühsam erkämpfte Gleichberechtigung der Frauen wieder aufgegeben wird“ (Hähnig 2017). Im gleichen Zusammenhang inszeniert sich die AfD als „die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland“ (rundschau-online.de 2017).

Rechtspopulistische Parteien sind mit ihrer Haltung, mit dem bisherigen System müsse endlich „Schluss sein“ und jetzt helfe nur noch Protest der „schweigenden Mehrheit“, insbesondere für verunsicherte, wütende Männer attraktiv, stellt der Politikwissenschaftler Lars Geiges heraus. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht verweist darauf, dass der Gedanke des „Widerstands“, der in der AfD und bei Pegida (sogenannte „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) mit einer „Propaganda der Tat“ eine starke physische Komponente besitzt, insbesondere Männer anspricht (vgl. Greven 2016).

Dennoch sind Frauen sowohl bei den Anti-Asyl-Protesten als auch in rechtspopulistischen Bewegungen aktiv und dies oft an prominenter Stelle, ebenso in der AfD. Sie haben die wichtige öffentliche Funktion, das Bild zu vermitteln, dass die AfD keine rechte Partei von gestern sei, sondern vielmehr offen für Frauen und damit eine moderne Partei. Zudem wirken sie als Vorbilder für andere Frauen (vgl. Schroeder et al. 2017). Frauen eignen sich als „Postergirls“ eines Imagewandels: „Sie spielen ihre Rollen überzeugender – auch weil es von Frauen ohnehin erwartet wird, zwischen Alltag, Familie

und Beruf stets mehrere Rollen einzunehmen.“ Sie können darüber hinaus in der Debatte um Geflüchtete glaubhafter Ängste schüren als Männer. Frauke Petry beschrieb das Deutschland früherer Tage einmal als ein Land „ohne islamischen Terror und explodierende Gewalt“, als ein Land, „in dem es undenkbar war, dass Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden“ (Hensel 2017).

Die meisten der rechten Aktivistinnen sehen die rechtspopulistischen Bewegungen trotz ihrer Programmatik nicht als frauenfeindlich an: „Einige bezeichnen sich als Differenz- oder konservative Feministinnen, andere lehnen den Begriff Feminismus völlig ab, aber alle sehen eine Form von staatlich unterstützter Gleichstellungspolitik als die wahre Bedrohung einer freien Lebensgestaltung von Frauen und Männern“ (Heß 2015). Hierbei gilt Mütterlichkeit als starkes Identifikationsangebot für Frauen. Die Thematisierung vermeintlicher „Frühsexualisierung von Kindern“ oder des „Erhaltes der Familie“ artikuliert eine Vorstellung, die „Frauen gerade aufgrund ihrer vermeintlichen Fähigkeit zur Sorge, Pflege und familialen Rolle Präsenz und Mitsprache in der öffentlichen Diskussion zuspricht. Im Kontext einer nationalkonservativen Ideologie wird so eine ‚fürsorgende‘, wiewohl ‚starke Weiblichkeit‘ propagiert“, die anschlussfähig an viele Lebenserfahrungen von Frauen ist (Hajek 2017).

Ein Bezug auf biologische Geschlechtervorstellungen, aber auch auf neoliberale Leitbilder ermöglicht eine Mitarbeit von Frauen – auf Grundlage geteilter rassistischer Einstellungen sowie der Privatisierung von Lebensmodellen. Deutlich wird das auch am scheinbar widersprüchlichen Engagement offen lesbisch lebender Funktionärinnen in der AfD. Alice Weidel sieht in der „Sexualpädagogik der Vielfalt“ „einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung“ (rundschau-online.de 2017). Jana Schneider (Junge Alternative Thüringen) führt an, dass sie sich nicht anmaße, „als Lesbe einen Vater ersetzen zu können“. Ebenso lehnt sie Gleichstellungspolitiken als „positive Diskriminierung“ ab (Boeselager 2016).

Wichtig scheinen schließlich die Möglichkeiten für politisches Engagement und Vergemeinschaftung zu sein, die die AfD an der Basis Frauen bietet und es wird eine „Freude darüber, umworben worden zu sein“ konstatiert (Hähnig 2017).

3. Gegenstrategien: Zwischen Realpolitik und Netzfeminismus

Neben dem Anwachsen antifeministischer Äußerungen lassen sich derzeit auch Errungenschaften progressiver Kräfte in der Gesellschaft erleben. So fallen wegweisende politische Entscheidungen in Bezug auf Gender und sexuelle Vielfalt in die Legislaturperioden von 2009 bis 2017. Das Bundesverfassungsgericht erklärte 2011 Teile des Transsexuellengesetzes (TSG) erneut für verfassungswidrig. Trans*personen müssen nun nicht mehr geschlechtsangleichende Operationen durchführen, um eine personenstandrechtliche Anerkennung im empfundenen Geschlecht zu erlangen (vgl. Prantl 2011). Schließlich forderte auch der Bundesrat im Juni 2017 den Bundestag auf, das veraltete TSG aufzuheben und zu ersetzen, um die Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung zu stärken (vgl. Bundesrat 2017).

Im selben Monat wurde auch der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus, an dessen Erarbeitung diverse Interessensverbände beteiligt waren, um die Diskriminierungsformen der Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit erweitert und von der Bundesregierung beschlossen (vgl. BMFSFJ 2017).

Auch der feministische Grundsatz „Nein heißt Nein“ hat es in das Strafgesetzbuch geschafft, als der Bundestag im Juli 2016 eine Verschärfung des Sexualstrafrechts beschloss. Nun wird bestraft, wer gegen den erkennbaren Willen einer dritten Person sexuelle Handlungen an dieser vornimmt (vgl. Bundestag 2016). Die Reformierung des Sexualstrafrechts hat jedoch gezeigt, wie die feministische Forderung nach dem Schutz von Frauen auch von Rechtspopulist_innen instrumentalisiert werden kann, indem sie diese mit rassistischen Ressentiments verknüpfen und den als muslimisch markierten Mann zur alleinigen Gefahr stilisieren. So wurde gleichzeitig mit dem neuen Sexualstrafrecht eine Asylrechtsverschärfung durchgesetzt, nach der Asylbewerber_innen, die sich eines besonders schweren Vergehens wie Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung schuldig gemacht haben, künftig schon bei einer Bewährungsstrafe abgeschoben werden können (vgl. tagesschau.de 2017).

Nach der teilweisen Rehabilitierung homosexueller Männer im März 2017, die nach dem § 175 des Strafgesetzbuchs wegen sexuellen Handlungen zwischen

Männern verurteilt worden waren (vgl. Warnecke 2017), wurde mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eine weitere Form der institutionalisierten Diskriminierung abgebaut. Zuletzt entschied das Bundesverfassungsgericht im November 2017, dass im Geburtenregister die Option hinzugefügt werden soll, ein drittes Geschlecht anzugeben (vgl. Berttram 2017).

Auch wenn diese wichtigen Entscheidungen von Regierungen getroffen wurden, die von einer Kanzlerin der Christlich Demokratischen Union (CDU) angeführt wurden, lässt sich in dieser Partei keine einheitliche Strategie gegen Antifeminismus oder für Geschlechtergerechtigkeit und die Durchsetzung gleicher Rechte für Homosexuelle und Trans*personen feststellen. Eine deutliche Nähe zu rechtspopulistischen Ansichten ist hingegen bei der CSU zu verzeichnen. 2016 nahm diese negativ konnotierte Begriffe antifeministischer Akteur_innen wie „Frühsexualisierung“ oder „Gender-Ideologie“ in ihr Grundsatzprogramm auf (vgl. CSU-Landesleitung 2016: 10). Auch bei der FDP lässt sich keine klare Abgrenzung zu antifeministischen Positionen erkennen. Zum einen war die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare seit 2012 Teil ihres Grundsatzprogramms, zum anderen werden aber Maßnahmen der aktiven Gleichstellungspolitik wie Frauenquoten abgelehnt (vgl. Oestreich 2017).

Klare Gegenpositionen zu rechtspopulistischen und antifeministischen Forderungen lassen sich hingegen bei den Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke finden.

Die SPD bezog in der Diskussion um die „Ehe für alle“ deutlich Stellung und machte diese im Mai 2017 zur Bedingung einer Koalitionsbeteiligung (vgl. dpa 2017). Zuvor waren Anträge zur „Ehe für Alle“ jedoch auch aufgrund der Blockade von SPD-Abgeordneten gescheitert, die mit einem Koalitionszwang gegenüber der CDU/CSU argumentierten. Die Parteien Die Grünen und Die Linke vertreten gleichermaßen feministische Haltungen und grenzen sich durch klare Positionierungen und Forderungen in Grundsatzpapieren und in der praktischen politischen Arbeit deutlich ab. So werden beispielsweise im Programm der Grünen für die Bundestagswahl 2017 „gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen“ gefordert (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2017). Die Lin-

ke sprach von einem „linken Feminismus“ und kritisierte explizit die Instrumentalisierung feministischer Anliegen für rassistische Parolen (vgl. Die Linke 2017). Dennoch spielten feministische Themen im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 kaum eine Rolle. Angesichts der hohen Zugewinne der AfD und den gleichermaßen deutlichen Verlusten der CDU und CSU kann jedoch der Versuch letzterer, Positionen der AfD zu kopieren, um deren Wähler_innen zu gewinnen, als gescheitert angesehen werden.

Für die demokratischen Parteien ergibt sich die Frage, wie sie mit der rechtspopulistischen Herausforderung umgehen sollen. Forscher_innen unterscheiden hier drei Strategien: „Ausgrenzung/Sanktionierung“, „Ignoranz“ und „Auseinandersetzung/Abgrenzung“ (Schroeder et al. 2017: 52). Formen der Ausgrenzung und Sanktionierung zeigten sich insbesondere in westdeutschen Landtagen, zum Beispiel in Form von Änderungen der Geschäftsordnungen und parlamentarischen Abläufen. So wurde in Baden-Württemberg das Amt eines_einer weiteren Landtagsvizepräsidenten_in abgeschafft, damit die AfD das Amt nicht bekleiden konnte (vgl. Otto Brenner Stiftung 2017: 50, Rieger 2016). Auch auf Bundesebene wurde im Vorfeld der Bundestagswahl beschlossen, dass nicht wie früher der_die älteste Abgeordnete_r Alterspräsident_in wird, sondern wer die längste Diensterfahrung hat (vgl. Pokrakra 2017). Nach der Bundestagswahl konnte der Kandidat der AfD für den Posten des Bundestagsvizepräsidenten, Albrecht Glaser, in drei Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit erlangen. Der Posten bleibt daher bis auf weiteres unbesetzt (vgl. dpa 2018). Die Grenzen der strategischen Ausgrenzung der AfD zeigten sich jedoch bereits bei den Wahlen der Ausschussvorsitzenden im Bundestag, bei denen sich mehrere Abgeordnete anderer Parteien dazu entschlossen, für die AfD-Kandidaten zu stimmen, wohl um der Partei nicht die Möglichkeit zu geben, sich als Opfer zu inszenieren (vgl. Süddeutsche Zeitung 2018).

Die Strategie der „Ignoranz“ zeigte sich unter anderem darin, dass auf AfD-Anträge nur ein_e Abgeordnete_r der anderen Fraktionen antwortete, so zum Beispiel in Hamburg und Bremen (vgl. Machowecz 2016, Otto Brenner Stiftung 2017: 50, Schroeder et al. 2017: 52). Beide Strategien führen jedoch dazu, dass sich die AfD als „wahre Demokraten“ und Opfer

der etablierten Parteien inszenieren kann, weil sie in ihren parlamentarischen Rechten eingeschränkt wird. Der Partei wird damit eine Bühne geboten – auch mit der Opferinszenierung lassen sich Wähler_innen mobilisieren.

Ähnliche Erfahrungen machten Landtagsabgeordnete zuvor mit Mitgliedern rechtsextremer Parteien. Mittlerweile wird sich in vielen Landtagen und in den Parteien mehrheitlich darauf verständigt, sich von der AfD abzugrenzen – bei „gleichzeitiger inhaltlicher Auseinandersetzung“ (ebd.: 52). Sowohl die SPD, CDU, Die Linke und Die Grünen haben öffentlich betont, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben werde (vgl. Lehmann/Am Orde 2017). Vereinzelt haben Parteien eigene Strategiepapiere zum Umgang mit der AfD erarbeitet, so beispielsweise Die Linke oder die SPD (vgl. Die Linke 2017, Scholz 2016). An die Strategie halten sich jedoch nicht alle Abgeordneten in den Landtagsfraktionen: In Sachsen-Anhalt stimmten Teile der CDU-Fraktion für einen Antrag der AfD, im Berliner Senat legten CDU, FDP und AfD einen gemeinsamen Antrag vor (vgl. Berliner Zeitung 2017, Wolfskämpf 2017). Es gibt aber auch fraktionsübergreifende Zusammenschlüsse zur inhaltlichen Abgrenzung von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien. Beispielsweise einigten sich die CDU, SPD, Die Grünen, Die Piratenpartei und die FDP vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 auf den „Berliner Konsens“. Dieser positioniert sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und -populismus und betont die Solidarität mit Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt. Auffällig ist, dass sowohl Strategiepapiere einzelner Parteien als auch gemeinsame überparteiliche Zusammenschlüsse keine Positionierungen zu vielfältigen und demokratischen Familien- und Geschlechterpolitiken beinhalten. Lediglich die Partei Die Linke erwähnt in ihrem Strategiepapier, dass antifeministische Positionen der AfD nicht verhandelbar sind (vgl. Die Linke 2016).

Vereinzelt gab es in den Landtagen überparteiliche inhaltliche Auseinandersetzungen und Abgrenzungen von antifeministischen Anträgen. So beantragte die AfD in Brandenburg 2017 die Abschaffung der Förderung von LSBTI*Projekten. Die demokratischen Fraktionen reagierten geschlossen: In den Stellungnahmen begründeten sie sachlich die Ablehnung des Antrags,

solidarisierten sich mit den Betroffenen von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit und stimmten gemeinsam gegen den Antrag (vgl. Falencyk 2017). In Rheinland-Pfalz hat die AfD mit mehreren Anträgen die Arbeit von Pro Familia, die unter anderem Schwangerschaftskonfliktberatung anbietet, in Frage gestellt und als „Abtreibungsorganisation“ angegriffen. Die Frauempolitischen Sprecherinnen der FDP, der Grünen und der SPD erklärten in einer gemeinsamen Stellungnahme, dass das Selbstbestimmungsrecht von Frauen nicht verhandelbar sei und verteidigten die Arbeit von Pro Familia (vgl. Lerch et al. 2016). Auch im Bundestag ist der Umgangston rauer und die Debatten schärfer geworden. Die Fraktionen unterschiedlicher Parteien setzen bei Debatten auf die Strategie der inhaltlichen Auseinandersetzung und Abgrenzung gegenüber der AfD. Dies geschieht beispielsweise dadurch, dass in Plenardebatten die Redebeiträge der AfD durch die folgenden Beiträge anderer Parteien kritisch mit den inhaltlichen Punkten aus dem AfD-Wahlprogramm gegengelesen bzw. korrigiert werden. Dabei lässt sich beobachten, dass sich die Fraktionsmitglieder von FDP, CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke häufig in ihren Reden aufeinander beziehen und sich inhaltlich in ihrer Abgrenzung unterstützen. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung sind andere Formen der Kommunikation als abgrenzende oder unterstützende Elemente der Debattenkultur zu sehen, so z.B. Zwischenrufe als Zeichen der Empörung und des Widerspruchs über getätigte Äußerungen von AfD-Abgeordneten oder unterstützender Beifall für die Auseinandersetzung mit ihren Positionen durch andere Fraktionskolleg*innen. Sowohl die inhaltlichen Auseinandersetzungen als auch andere Kommunikationselemente sind wichtig, um zu verdeutlichen, dass demokratische Grundwerte und Positionen nicht verhandelbar sind. Zusätzlich kann auf diese Weise der Normalisierungstendenz von menschenfeindlichen Äußerungen und Einstellungen, die durch die AfD-Abgeordneten getätigt werden, entgegengewirkt werden (vgl. Brunner/Ebitsch/Gierke/Schories 2018, Bundestag 2018).

Auch in der queerfeministischen Zivilgesellschaft formiert sich ein breiter Protest gegen rechtspopulistische Strömungen und antiemanzipatorische Erzählungen. Dieser findet besonders unter dem Label des „Netzfeminismus“ Ausdruck. Unter dem Hashtag #auf-

schrei beispielsweise twitterten tausende Personen im Januar 2013 über ihre Erfahrungen mit Alltagssexismus. 60 000 Tweets in den ersten beiden Wochen markierten den Beginn einer breiten gesellschaftlichen Debatte über Sexismus (vgl. Caspari 2014). In Reaktion auf die Debatte um die sexualisierten Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16¹⁴, die sich deutlich auf die Herkunft der Täter fokussierte, gründete die #aufschrei-Initiatorin Anne Wizorek gemeinsam mit weiteren feministischen Aktivist_innen das Bündnis #ausnahmslos. Das Bündnis kritisierte, dass sexualisierte Gewalt nur dann thematisiert werde, wenn die Täter vermeintlich „Andere“ seien und feministische Anliegen durch Populist_innen und Rechtsextreme vereinnahmt würden¹⁵. Eine ähnliche Dynamik entwickelte der Hashtag #metoo, unter dem weltweit Millionen Menschen von ihren Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt berichteten. Mit Bezug auf die Twitter-Beiträge hat sich in Deutschland eine neue Debatte über sexualisierte Gewalt in verschiedenen Arbeitsfeldern entwickelt.¹⁶

Auch außerhalb des Internets gab es gruppenübergreifenden, queerfeministischen Protest gegen derartige Vereinnahmungen der Übergriffe an Silvester. Mit dem Slogan „Unser Feminismus bleibt antirassistisch – Reclaim feminism“ demonstrierten in Köln über 4 000 Menschen gegen eine Verschiebung der Debatte über sexualisierte Gewalt, die nicht mehr die Betroffenen im Fokus hat, sondern auf die Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes für Geflüchtete abzielt (vgl. epd 2016). Auch das Aktionsbündnis „Demo für Alle“, das in vielen Städten gegen Lehrpläne für Akzeptanz und Vielfalt mobilisiert (vgl. Fedders 2016), stößt auf breiten Gegenprotest. So wird auch der antifeministische „Marsch für das Leben“ in Berlin seit 2008 sowie die „Frauenmärsche“ 2018 in Kandel und Berlin von Ge-

genprotesten begleitet (vgl. Götz 2016).

Überdies wurde der Bundestagswahlkampf 2017 vom kreativen Gegenprotest einzelner Akteur_innen begleitet: Hier ist unter anderem die Plakatkampagne „Travestie für Deutschland“¹⁷ oder die Videokampagne „Frauen* gegen die AfD“ zu nennen, bei der kurze Videostatements von Personen zu sehen sind, welche die AfD aufgrund ihrer Frauenfeindlichkeit für unwählbar halten.¹⁸ Auch der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland¹⁹, die Bundesvereinigung Trans*²⁰, der Deutsche Hebammenverband und der Deutsche Frauenrat²¹ positionierten sich im Vorfeld der Bundestagswahl eindeutig gegenüber den antifeministischen Aussagen der AfD (Belltower News 2017). Bereits zur Senatswahl in Berlin 2016 wurde von zahlreichen Akteur_innen des zivilgesellschaftlichen und politischen Spektrums das „Berliner Manifest“ verabschiedet, das sich gegen die „Instrumentalisierung von LSBTI* durch Rechtspopulist_innen“ wendet.²²

Insgesamt zeigt sich, dass die AfD sowohl von anderen Parteien als auch allgemein von der Öffentlichkeit vor allem als rassistisch-islamfeindliche Partei charakterisiert und kritisiert wird. Ihre antifeministischen, sexistischen, homosexuellen- und trans*feindlichen Statements hingegen werden weniger stark verurteilt und teilweise sogar unterstützt. Antifeministische Positionen scheinen von anderen Parteien weniger als Grenzüberschreitung wahrgenommen zu werden als rassistische und rechtsextreme. Daraus ergibt sich für die AfD die Möglichkeit, ihre völkische Weltanschauung in einem scheinbar harmlosen Kontext der Geschlechter- und Familienpolitik auf eine Weise zu äußern, die lediglich als konservativ bezeichnet wird. Wenn die progressiven Parteien es versäumen, antifeministische Positionen konsequent zu kritisieren und rechtspopulistische Argumentationen als solche zu benennen, eröffnen sie Räume, die Rechte nutzen um die „Grenze des Sagbaren“ zu verschieben und somit ihre menschenfeindlichen Positionen zu normalisieren.²³

¹⁴ In der Silvesternacht 2015/2016 kam es in mehreren deutschen Städten zu Übergriffen mit sexualisierter Gewalt. Da ein Großteil der Tatverdächtigen aus Nordafrika und dem Nahen Osten kam, wurde die „Kölner Silvesternacht“ zu einer Chiffre, mit der auf der einen Seite sexualisierte Gewalt kritisiert und diese auf der anderen Seite mit rassistischen Vorurteilen des Bildes des „übergriffigen Fremden“ aufgeladen wurde.

¹⁵ Das Bündnis #ausnahmslos wiederum wurde u.a. von der Amapu Antonio Stiftung kritisiert. Die Stiftung begrüßte zwar die Kampagne insgesamt, problematisierte jedoch eine nicht ausreichende Sensibilisierung beim Thema Antisemitismus bei den Initiator_innen der Kampagne. Dies wurde anhand einiger Erstunterzeichner_innen festgemacht, die antisraelische und antisemitische Aktionen unterstützen.

¹⁶ Siehe www.twitter.com/hashtag/metoo?lang=de.

¹⁷ Siehe www.travestie-fuer-deutschland.org.

¹⁸ Siehe www.frauengegendieafd.org.

¹⁹ Siehe www.lsvd.de/politik/afd-eine-unberechenbare-alternative.html.

²⁰ Siehe www.bv-trans.de/2017/07/31/du-hast-die-wahl-die-haltung-der-parteien-zu-trans-belangen-bei-der-bundestagswahl-2017/.

²¹ Siehe www.frauenrat.de/themen/bundestagswahl-2017.

²² Siehe www.berliner-manifest.de.

²³ Ein besonderer Dank für die Anregung gilt Olga Kedenburg.

Strategien, die darauf abzielen, parlamentarische Abläufe und Ordnungen zu verändern, bieten Rechtspopulist_innen eine Bühne und die Möglichkeit, sich als Opfer zu inszenieren. Vielmehr sind parteiübergreifende Zusammenschlüsse und gemeinsame inhaltliche Positionierungen gegenüber rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräften sinnvoll. Sie verdeutlichen, dass die Grund- und Menschenrechte und eine vielfältige, offene Gesellschaft nicht verhandelbar sind. Es ist ein wichtiges Signal an Wähler_innen und die in Deutschland lebenden Menschen, dass sich demokratische Parteien gemeinsam für diese Werte einsetzen, sie verteidigen und sich mit Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt solidarisieren sowie die zivilgesellschaftlichen Akteur_innen und Interessenverbände in ihrem Engagement für die Rechte von Frauen und LSBTI* unterstützen. So zeigen sie, dass Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik sowie (rechtliche) Errungenschaften der Frauenbewegungen demokratische Grundwerte sind, die nicht zur Disposition stehen.

Tabelle 1

Wähler_innen nach Geschlecht bei AfD und SPD (Stand 15.05.2018)

Bundesland	Wahltermin	AfD-Wahlergebnis	Geschlecht Anteil die AfD gewählt haben	Frauenanteil am AfD-Wahlergebnis	SPD Wahlergebnis
Baden-Württemberg	3/13/2016	15,10%	12% der Frauen und 18 % der Männer	39,70%	12,70%
Bayern					
Berlin	9/18/2016	14,20%	11% der Frauen 18% der Männer	38,70%	21,60%
Brandenburg	9/14/2014	12,20%	10% der Frauen 15%, der Männer	41%	31,90%
Bremen	5/10/2015	5,50%	4% der Frauen 6% der Männer	36,40%	32,80%
Bund 2013		4,70%	4% der Frauen 6% der Männer	40%	
Bund 2017	9/24/2017	12,60%	9% Frauen 15% Männer	35,70%	20,50%
Europawahl	5/25/2014	7,10%	5% der Frauen 9% der Männer	35,21%	27,30%
Hamburg	2/15/2015	6,10%	5% der Frauen 7% der Männer	41%	45,70%
Hessen					
Mecklenburg-Vorpommern	9/4/2016	20,80%	16% der Frauen 25% der Männer	38,50%	30,60%
Mecklenburg-Vorpommern 2006	9/17/2006	7,3% NPD	4% der Frauen 10% der Männer	20%	30,20%
Mecklenburg-Vorpommern 2011	9/4/2011	6% NPD	3% Frauen 7% Männer	21,43%	35,60%
Niedersachsen	10/15/2017	6,20%	4% der Frauen 8 % der Männer	32,26%	36,90%
NRW	5/14/2017	7,40%	5% der Frauen 9% der Männer	33,80%	31,20%
Rheinland-Pfalz	3/13/2016	12,60%	9% der Frauen 15% der Männer	35,70%	36,20%
Saarland	3/26/2017	6,20%	5% der Frauen 8% der Männer	40,30%	29,60%
Sachsen	8/31/2014	9,70%	8% der Frauen 11% der Männer	41,20%	12,40%
Sachsen 2004	9/19/2004	9,2% NPD	6% Frauen, 12% Männer	32,60%	9,80%
Sachsen 2009	8/30/2009	5,6% NPD	4% der Frauen, 8% der Männer	35,71%	10,40%
Sachsen Anhalt	3/13/2016	24,30%	18% der Frauen, 27% der Männer	33%	10,60%
Thüringen	9/14/2014	10,60%	9% der Frauen, 13% der Männer	42,50%	12,40%

beendete Legislaturperiode

Geschlecht Anteil die SPD gewählt haben	Wahlbeteiligung	Bemerkungen	Quellen
13% Frauen 12 % Männer,	66% Frauen 74,2% Männer	Bei den Landtagswahlen zuvor war die Wahlbeteiligung Männer u Frauen immer nahezu identisch. These: AfD hat vor allem Männer unter Nichtwählern mobilisiert.	http://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag16_06_05.pdf und https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-werwas.shtml
			Ohne AfD
23 % der Frauen	66,90%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/index.shtml
34% der Frauen 29% der Männer	47,90%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/umfrage-werwas.shtml
34% der Frauen 31% der Männer 20 % der Männer	50,10%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/index.shtml
21% Frauen 20 % Männer	51,20%		http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-werwas.shtml
27% Männer 27% Frauen	48,10%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/index-content.shtml
47% der Frauen 45% der Männer			https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/umfrage-afd.shtml
			Ohne AfD
34% der Frauen 27% der Männer	61,60%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/index.shtml
33% der Frauen 27% der Männer	59,10%		https://www.ipv.uni-rostock.de/fileadmin/uni-rostock/Alle_WSF/IPV/Forschung/Graue_Reihe/grauereihe27.pdf
39% Frauen 33% Männer	51,50%		
37% der Frauen 36% der Männer	63,10%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-10-15-LT-DE-NI/index.shtml
32% der Frauen 30% der Männer	65,20%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/umfrage-werwas.shtml
40% der Frauen 33% der Männer	70,40%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-werwas.shtml
30% der Frauen 29% der Männer	69,70%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/index.shtml
13% der Frauen 12% der Männer	49,10%	Sachsen ist das einzige Bundesland in dem der Wählerinnen-Anteil der AfD ungefähr dem Anteil der AfD-Frauen im Landesparlament entspricht, sonst wählen prozentual viel mehr Frauen AfD, als dass Frauen AfD-Abgeordnete werden	https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/index.shtml
10% Frauen 10% Männer (gerundet)	59,60%		http://www.kas.de/wfi/doc/kas_5343-544-1-30.pdf?070605133702
10% Frauen 10% Männer	52,20%		https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/leftparties/pdfs/wahlen_090830/2009_SN_LTW_Wahlbericht.pdf
11% Frauen 10% Männer	61,10%		AfD_Wahlanalyse 2016 in M:\AAS_Thema_AfD_Pegida\Wahlanalysen und https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/index.shtml
13% der Frauen 11% der Männer	52,70%		https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/index.shtml

Tabelle 2 Frauenanteil der AfD in Landtagen (Stand 15.05.2018)

Bundesland	Wahltermin	Aktuell: Frauenanteil AfD in Prozent	Aktuell: Frauenanteil AfD in Zahlen	Am Wahltag: Frauenanteil AfD in Prozent	Am Wahltag: Frauenanteil AfD in Zahlen	Parlaments- durchschnitt	Frauen in der Fraktion	Abweichung Frauenanteil
Sachsen	8/31/2014	22,22%	2 von 9	28,57%	4 von 14	31,70%	Silke Grimm, Karin Wilke	-4,00%
Rheinland-Pfalz	3/13/2016	21,43%	3 von 14	21,43%	3 von 14	24,50%	Iris Nieland, Dr. Sylvia Groß, Gabriele Bublies-Leifert	-3,20%
Schleswig-Holstein	5/7/2017	20%	1 von 5	20%	1 von 5	30,10%	Doris von Sayn-Wittgenstein	-9,90%
NRW	5/14/2017	15,38%	2 von 13	12,50%	2 von 16	27,10%	Iris Dworeck-Danielowski, Gabriele Walger-Demolsky	-14,60%
Baden-Württemberg	3/13/2016	10,00%	2 von 20	13,64%	3 von 23	24,50%	Christina Baum, Carola Wolle	-14,50%
Thüringen	9/14/2014	25%	2 von 8	18,20%	2 von 11	40,60%	Wiebke Muhsal, Corinna Herold	-15,60%
Brandenburg	9/14/2014	20%	2 von 10	18,20%	2 von 11	36,40%	Birgit Bessin (parlamentarische Geschäftsführerin), Christina Schade	-16,40%
Niedersachsen	10/15/2017	11%	1 von 9	11,11%	1 von 9	27,73%		-16,62%
Mecklenburg-Vorpommern	9/4/2016	0,00%	0 von 13	5,56%	1 von 18	25,30%		-19,70%
Bundestag	9/24/2017	11%	10 von 92	11,70%	11 von 94	31,00%	Dr. Alice Weidel, Beatrix von Storch, Joana Cotar, Franziska Gminder, Mariana Harder-Kühnel, Verena Hartmann, Nicole Höchst, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Corinna Miazga, Ulrike Schielke-Ziesing	-20,00%
Berlin	9/18/2016	13%	3 von 23	12,00%	3 von 25	33,10%	Dr. Kristin Brinker, Jeannette Auricht, Jessica Bießmann	-20,10%
Sachsen Anhalt	3/13/2016	4,50%	1 von 22	8%	2 von 25	26,40%		-21,90%
Hamburg	2/15/2015	14,30%	1 von 7	12,50%	1 von 8	37,20%	Andrea Oelschläger	-22,90%
Bremen	5/10/2015	0%	0 von 1 (fraktionslos)	0%	0 von 4	33,70%		-33,70%
Saarland	3/26/2017	0%	0 von 3	0%		35,30%		-35,30%
Mecklenburg-Vorpommern 2006	9/17/2006	Legislaturperiode beendet	0 von 7 NPD	0%				
Mecklenburg-Vorpommern 2011	9/4/2011	Legislaturperiode beendet	0 von 5 NPD	0%				
Sachsen 2004	9/19/2004	Legislaturperiode beendet	1 von 12 NPD	8,33%				
Sachsen 2009	8/30/2009	Legislaturperiode beendet	1 von 8 NPD	12,50%				
Europaparlament	5/25/2014	0%	0 von 1	28,57%	2 von 7		Beatrix von Storch	

beendete Legislaturperioden mit NPD-Abgeordneten

Bemerkungen

Quellen

Austritt aus Fraktion:

Stefan Dreher, Fraktionsaustritt und Niederlegung des Landtagsmandats aus privaten Gründen am 1. September 2015
 Nachrücker_in: Karin Wilke
 Frauke Petry, ehemalige Fraktionsvorsitzende, AfD-Bundes- und Landesvorsitzende, Fraktionsaustritt am 26. September 2017
 Kirsten Muster, Einzug über Listenplatz 11; ehemalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Fraktionsaustritt am 26. September 2017
 Uwe Wurlitzer, Einzug über Listenplatz 2; ehemaliger Generalsekretär und Parlamentarischer Geschäftsführer, Fraktionsaustritt am 26. September 2017.
 Andrea Kersten (Einzug über Listenplatz 13; Fraktionsaustritt am 29. September 2017)[6]
 Gunter Wild (Einzug über Listenplatz 6; Fraktionsaustritt am 13. Oktober 2017)

<http://www.landtag.sachsen.de/de/abgeordnete-fraktionen/statistik/geschlecht.cshtml>

<https://www.afd-fraktion.berlin/abgeordnete>

Im September 2017 verließen Alexander Langguth und Marcus Pretzell die AfD-Fraktion.
 Am 10. Oktober 2017 Frank Neppe.

https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_III.1/Abgeordnete/abg_ausgabe.jsp?typ=fraktion&k=AfD

Wolfgang Gedeon, Austritt aus der Fraktion am 5. Juli 2016
 Claudia Martin, Austritt aus Fraktion und Partei am 16. Dezember 2016
 Heinrich Kuhn, Alterspräsident; Austritt aus der Fraktion und Niederlegung des Mandats am 31. Dezember 2016 aus Alters- und Gesundheitsgründen. Nachrücker: Klaus Dürr

<http://afd-fraktion-bw.de/abgeordnete>

Siegfried Gentele; seit 15. April 2015 fraktionslos; Parteiaustritt am 7. Juli 2015
 Oskar Helmerich, seit 23. Mai 2015 fraktionslos; Parteiaustritt am 10. Juli 2015; seit 13. April 2016 Mitglied der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
 Jens Krumpke, seit 29. Mai 2015 fraktionslos; Parteiaustritt am 10. Juli 2015

https://de.wikipedia.org/wiki/AfD_Th%C3%BCrtingen#Mitglieder_der_Landtagsfraktion

Ehemalige AfD-Fraktionsmitglieder: Stefan Hein, Ausschluss aus der Fraktion am 6. Oktober 2014 seitdem fraktionslos

https://de.wikipedia.org/wiki/AfD_Brandenburg#Landtagsfraktion_28seit_2014.29

Dana Guth (Platz 1 der Landesliste)

http://www.landesfrauenrat-nds.de/files/pi_fauenanteil_im_landtag_16-10-2017.pdf und http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtagswahl_2017/Maenner-und-Frauen-im-neuen-Landtag,landtagswahl1506.html

Holger Arppe, bis dato Fraktionsvize (Listenplatz 3), trat am 31. August 2017 aus der Partei und AfD-Fraktion aus.
 Fraktions-Austritt 25.09.17 2017: Matthias Manthei, Christel Weißig, Bernhard Wildt, Ralf Borschke

<http://afd-fraktion-mv.de/index.php/fraktion/>

Frauke Petry erklärte am 25.09.17 nicht Mitglied der AfD-Fraktion werden zu wollen. Mario Mieruch am 4. Oktober 2017

http://www.huffingtonpost.de/2017/09/25/weniger-frauen-im-neuen-bundestag_n_18095616.html

Kay Nerstheimer, erklärte schriftlich seinen Verzicht auf eine Fraktionsmitgliedschaft.
 Andreas Wild wurde im Juli 2017 aus der Fraktion ausgeschlossen.

<https://www.afd-fraktion.berlin/abgeordnete>

Sarah Saueremann, am 28. Mai 2017 aus der Fraktion ausgetreten
 Gottfried Backhaus am 2. Juni 2017 aus der Fraktion ausgetreten
 Jens Diederichs; am 6. Juni 2017 aus Fraktion und Partei ausgetreten

https://de.wikipedia.org/wiki/AfD_Sachsen-Anhalt#Landtagsfraktion

Bernd Baumann, Fraktionsaustritt und Niederlegung des Mandats nach Einzug in den Bundestag am 26. September 2017
 Ludwig Flocken; Fraktionsaustritt am 10. Februar 2016

<https://alternative-hamburg.de/afd-in-der-buergerschaft/>

Nach dem Bundesparteitag in Essen Anfang Juli 2015 traten Piet Leidreiter, Klaus Remkes und der ehemalige Landessprecher Christian Schäfer aus der Partei aus

[https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_der_Bremischen_B%C3%BCrgerschaft_\(19._Wahlperiode\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_der_Bremischen_B%C3%BCrgerschaft_(19._Wahlperiode))

<https://www.landtag-saar.de/abgeordnete-und-fraktionen/fraktionen/afd>

<http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/NPD-in-MV-Die-Herren-von-der-Fensterfront,npdverbot208.html>

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/2011_MV_LTW_Wahlbericht.pdf

https://de.wikipedia.org/wiki/NPD_Sachsen#Landtagsfraktion_Sachsen_von_2004_bis_2014

https://de.wikipedia.org/wiki/NPD_Sachsen#Landtagsfraktion_Sachsen_von_2004_bis_2014

Fünf AfD-Abgeordnete (Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius) traten nach Spaltung der AfD 2015 aus. 2017 folgte Markus Pretzell. Beatrix von Storch wechselte in den Bundestag

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/afd-im-europaparlament-ist-die-afd-erledigt/13441760.html>

Tabelle 3

Frauenanteil im AfD-Vorstand (Stand 15.05.2018)

Bundesland	Frauenanteil Vorstand	in ganzen Zahlen	welche Frauen im Vorstand
Baden-Württemberg	9%	1 von 11	Anastasija Koren, Landesgeschäftsführerin
Junge Alternative	15%	2 von 13	Lydia von Wangenheim, Beisitzerin Alischa Marczinczik, Beisitzerin
Sachsen	7,69%	1 von 13	Martina Jost, Vorstandsmitglied
NPD	0%	0 von 10	
Rheinland-Pfalz	0%	0 von 11	
Mecklenburg-Vorpommern	0%	0 von 6	
NRW	8,33%	1 von 12	Heliane Ostwald, Beisitzerin
Hessen	11,11%	1 von 9	Mary Khan, Beisitzerin
Hamburg	11,11%	1 von 9	Elke Zimmermann, Beisitzerin
Sachsen Anhalt	11,11%	1 von 9	Lisa Lehmann, Schriftführerin
Saarland	5,00%	1 von 20	Aline Schubert, Beisitzer
Brandenburg	15,38%	2 von 13	Birgit Bessin, MdL (Stellvertretende Vorsitzende) Kerstin Schotte (Schriftführerin)
Niedersachsen	15,38%	2 von 13	Dana Guth, Landesvorsitzende Evelyn Witerzens, Schatzmeisterin Andrea Obeck, Geschäftsstelle
Bund	14,29%	2 von 14	Beatrix von Storch (Beisitzerin), Alice Weidel (Beisitzerin)
Schleswig-Holstein	22,22%	2 von 9	Doris v. Sayn-Wittgenstein (Landessprecher) Barbara Janitzek (Stellvertretender Schatzmeister)
Berlin	27%	3 von 11	Beatrix von Storch (Stellvertretende Landesvorsitzende) Jeannette Auricht (Stellvertretende Landesvorsitzende) Sarah-Emanuela Leins (Beisitzerin)
Thüringen	16,67%	2 von 12	Nadine Hoffmann, Beisitzerin Tosca Kniese; Beisitzerin Nadine Scheller; Beisitzerin
PRO NRW	28,57%	4 von 14	Katja Engels (stellv. Vorsitzende) Tina Öllig (Schatzmeisterin) Susanne Kutzner (Beisitzer) Aganeta Jess (Beisitzer)
Bayern	23,07%	3 von 13	Katrin Ebner-Steiner (1. Stellv. Landesvorsitzende) Ingrid Maier-Kilian (Stellv. Schatzmeisterin) Iris Wassil (Stellv. Schriftführerin)
Bremen	unbekannt		

Bezeichnung der Tätigkeit nach Angaben der Partei (ob Bezeichnung gegendert oder nicht)

Bemerkung	Quelle
Stand 15.05.18	https://afd-bw.de/partei/landesvorstand
Stand 15.05.18	https://www.jungealternative.com/vorstand/
Stand 15.05.18	http://www.afdsachsen.de/landesverband/landesvorstand-sachsen.html
Stand 15.05.18	https://npd.de/personen/
Stand 15.05.18	https://www.alternative-rlp.de/afd-in-rheinland-pfalz/vorstand
Stand 15.05.18	https://www.afd-mv.de/partei/vorstand/
Stand 15.05.18	https://afd.nrw/partei/vorstand/
Stand 15.05.18	https://www.afd-hessen.org/vorstand/
Stand 15.05.18	https://alternative-hamburg.de/afd-hamburg-landesvorstand/
Stand 15.05.18	https://afd-lsa.de/partei/vorstand/
Ehemalige Beisitzerin Jeanette Ihme wurde wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt; Stand 15.05.18	https://www.merkur.de/politik/hetze-auf-facebook-afd-politikerin-jeanette-ihme-zu-geldstrafe-verurteilt-zr-9405632.html
Stand 15.05.18	http://www.afd-brandenburg.de/landesverband/vorstand/
Stand 15.05.18	http://afd-niedersachsen.de/partei/organisation
Stand 15.05.18	https://www.afd.de/partei/bundesvorstand/
Stand 15.05.18	http://www.afd-sh.de/index.php/landesverband/landesvorstand
Stand 15.05.18	http://afd.berlin/partei/landesvorstand/
Stand 15.05.18	http://afd-thueringen.de/vorstand/
aktuell keine verlässlichen Angaben	https://pro-nrw.net/pro/menschen-2/
Stand 15.05.18	https://www.afdbayern.de/partei/landesvorstand/

Literatur und Quellen

- Alternative für Deutschland (2017):** Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017; www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (aufgerufen am 11.10.2017).
- Amadeu Antonio Stiftung (2016a):** Das Bild des „übergreifigen Fremden“ – Warum ist es ein Mythos?; www.gender-und-rechtsextremismus.de/w/files/pdfs/fachstelle/broschuere-mythos-web.pdf.
- Amadeu Antonio Stiftung (2016b):** Peggy war da! Gender und Social Media als Kitt rechts populistischer Bewegungen; www.gender-und-rechtsextremismus.de/w/files/pdfs/fachstelle/pegida-internet.pdf.
- Bangel, Christian (2017):** Ganz hinten, ganz unten, in: Zeit Online (03.10.2017); www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/afd-sachsen-zittau-wahlergebnis (aufgerufen am 11.10.2017).
- Belltower.News (2017):** „Die familienpolitischen Positionen der AfD widersprechen den ethischen Grundsätzen des Berufsstandes Hebammen“ (22.09.2017); www.belltower.news/artikel/hebammen-gegen-afd-281718 (aufgerufen am 11.10.2017).
- Berliner Konsens (2016):** Berliner Konsens. Öffentliche Erklärung der Berliner demokratischen Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Piratenpartei und FDP; www.mbr-berlin.de/berliner-konsens/ (aufgerufen am 04.10.2017).
- Berliner Zeitung (2017):** Empörung über gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und AfD, in: Berliner Zeitung (23.3.2017); www.berliner-zeitung.de/berlin/abgeordnetenhaus-empoeung-ueber-gemeinsamen-antrag-von-cdu-fdp-und-afd-26247444 (aufgerufen am 4.10.2017).
- Bertelsmann Stiftung (2017):** Wahlanalyse Bundestagswahl 2017: Wahlergebnis zeigt neue Konfliktlinie der Demokratie. <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/oktober/bundestagswahl-2017-wahlergebnis-zeigt-neue-konfliktlinie-der-demokratie> (aufgerufen am 10.11.2017).
- Bertram, Ingrid (2017):** Das dritte Geschlecht: Ich, in: tagesschau.de (8.11.2017); <https://www.tagesschau.de/inland/intersexuelle-geschlecht-105.html> (aufgerufen am 8.11.2017).
- BMFSFJ (2017):** Bundesregierung beschließt neuen „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ (14.06.2017); www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundesregierung-beschliesst-neuen-nationalen-aktionsplan-gegen-rassismus-116806 (aufgerufen am 6.10.2017).
- Boeselager, Matern (2016):** „Ich würde mir nicht anmaßen, als Lesbe einen Vater ersetzen zu können.“ (27.09.2016); <https://www.vice.com/de/article/av8w5e/interview-jana-schneider-lesbische-landesvorsitzende-der-jungen-alternative> (aufgerufen am 10.11.2017).
- Brunner, Katharina/ Ebitsch, Sabrina/Gierke, Sebastian/ Schories, Martina (2018):** Das gespaltene Parlament; <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/die-afd-im-bundestag-e362724/> (aufgerufen 23.05.2018).
- Bundesrat (2017):** Beschluss des Bundesrates, Entschließung des Bundesrates zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes sowie zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung (2.6.2017); [www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0301-0400/362-17\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0301-0400/362-17(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1) (aufgerufen am 6.10.2017).
- Bundestag (2018):** Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der AfD Freiheit und Gleichheit von Frauen stärken – Grundgesetz statt Parallelgesellschaft. Protokoll der 7.Sitzung des Deutschen Bundestages der 19. Wahlperiode Berlin, Donnerstag, den 18. Januar 2018; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19007.pdf> (aufgerufen am 23.05.2018).
- Bundestag (2016):** Bundestag entscheidet „Nein heißt Nein!“ (7.7.2016); www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw27-de-selbstbestimmung/434214 (aufgerufen am 06.10.2017).
- Bundesverband Queere Bildung (2016):** Pressemitteilung. „Cool, dass wir endlich unsere Fragen stellen konnten!“ (30.4.2016); www.queere-bildung.de/media/publikationen/PM_2016-06-21_Jahreszahlen_2015.pdf (aufgerufen am 9.10.2016).
- Bündnis 90/Die Grünen (2017):** Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017; www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf (aufgerufen am 11.10.2017).
- Caspari, Lisa (2014):** Der #aufschrei und seine Folgen, in: Zeit Online (23.1.2014); www.zeit.de/politik/deutschland/2014-01/sexismus-debatte-folgen (aufgerufen am 06.10.2017).
- CSU-Landesleitung (2016):** Die Ordnung. Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union, München; http://www.csu.de/common/download/CSU_Grundsatzprogramm_Parteitag_MUC_2016_ES.pdf (aufgerufen am 11.10.2017).
- daserste.de (2017):** Faktencheck zu „Wutwahl gegen Merkel & Co.“ (27.09.2017); <http://www.daserste.de/information/talk/maischberger/faktencheck/faktencheck-Wutwahl-gegen-Merkel-und-Co-Haben-Volksparteien-ausgedient-100.html> (aufgerufen am 10.11.2017).
- Debes, Martin (2016):** AfD-Abgeordnete geht vollverschleiert in den Erfurter Landtag, in: Hamburger Abendblatt (1.9.2016); www.abendblatt.de/politik/article208166847/AfD-Abgeordnete-geht-vollverschleiert-in-Erfurter-Landtag.html (aufgerufen am 4.10.2017).
- Denkler, Thorsten:** AfD-Politiker: Homosexuelle ins Gefängnis stecken, in: Süddeutsche Zeitung (03.06.2016); www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-afd-politiker-homosexuelle-ins-gefaengnis-stecken-1.3019169.
- Die Linke (2017):** Zum Umgang der Partei die Linke mit der Rechtspartei AfD. Beschluss des Parteivorstandes vom 25. September 2017 www.die-linke.de/themen/no-afd/news/zum-umgang-der-partei-die-linke-mit-der-rechtspartei-afd-1/ (aufgerufen am 4.10.2017).
- Die Linke (2016):** Zum Umgang der Partei die Linke mit der Rechtspartei AfD. Beschluss des Parteivorstandes vom 20. Februar 2016; www.archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2014-2016/beschlusse/zum-umgang-der-partei-die-linke-mit-der-rechtspartei-afd/ (aufgerufen am 4.10.2017).
- dpa (2017):** Maas: „Ehe für alle“ ist Bedingung der SPD, in: Frankfurter Rundschau (17.05.2017); www.fr.de/politik/gleichstellung-maas-ehe-fuer-alle-ist-bedingung-der-spd-a-1280600 (aufgerufen am 11.10.2017).
- dpa (2018):** AfD-Kandidat Glaser endgültig gescheitert, in: SPIEGEL ONLINE (18.01.2018); <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-kandidat-albrecht-glaser-als-bundestagsvizepraesident-endgueltig-gescheitert-a-1188652.html> (aufgerufen am 22.05.2018).
- epd (2016):** 4.000 holen den Feminismus zurück, in: taz (13.3.2016); www.taz.de/!5286273/ (aufgerufen am 06.10.2017).
- epd (2016):** Waffengewalt auch gegen Kinder, in: taz (31.01.2016); <http://www.taz.de/!5274496/> (aufgerufen am 10.11.2017).
- Falencyk, Tanya (2017):** Wenn der Köder nicht mehr anlockt, in: taz (28.9.2017); www.taz.de/!5450851/ (aufgerufen am 4.10.2017).
- Fedders, Jonas (2016):** Moral-Panik gegen Sexualekunde, in: Tagesspiegel (14.11.2016); www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/proteste-der-demo-fuer-alle-moral-panik-gegen-sexualekunde-14836532.html (aufgerufen am 9.10.2016).
- Fiebig, Mike (2017):** AfD-Wähler befragt – Unterwegs in vergessenen Vierteln, in: Westfalenpost (08.10.2017); www.wp.de/staedte/hagen/afd-waehler-befragt-unterwegs-in-vergessenen-vierteln-id212159115.html (aufgerufen am 10.11.2017).

- Galaktionow, Barbara (2017):** Bundestag beschließt die „Ehe für alle“, in Süddeutsche Zeitung (30.6.2017); www.sueddeutsche.de/politik/eil-bundestag-wird-ueber-ehe-fuer-alle-abstimmen-1.3567554 (aufgerufen am 6.10.2017).
- Gensing, Patrick (2017):** AfD kann nicht gegen Ehe für alle klagen, in tagesschau(02.07.2017); www.faktenfinder.tagesschau.de/inland/afd-klage-ehe-fuer-alle-101.html (aufgerufen am 06.10.2017).
- Gerlach, Alexandra / Götz, Uschi & Maas, Stefan (2017):** Wie die AfD in den Bundestag kam, in Deutschlandfunk (29.09.2017); www.deutschlandfunk.de/protest-im-osten-sorgen-im-sueden-wie-die-afd-in-den-724.de.html?dram:article_id=397145 (aufgerufen am 11.10.2017).
- Geyer, Steven (2017):** Mitgliederboom bei der AfD, Volksparteien auf Schrumpfkurs, in Berliner Zeitung (07.07.2017); www.berliner-zeitung.de/politik/studie-mitgliederboom-bei-der-afd-volksparteien-auf-schrumpfkurs-27925728 (aufgerufen am 10.10.2017).
- Götz, Melanie (2016):** Gottergeben bis völkisch-national, in taz (17.9.2016); www.taz.de/!5335523/ (aufgerufen am 9.10.2016).
- Greven, Ludwig (2016):** Männersache, in: Die Zeit (25.01.2016); www.zeit.de/politik/deutschland/2016-01/afd-pediga-warum-wenig-frauen-miitmachen (aufgerufen am 11.10.2016).
- Hähnig, Anne (2017):** Die Wut der Frauen, in: Die Zeit (25.03.2017); www.zeit.de/2017/11/rechtspopulismus-frauen-ostdeutschland-afd-fremdenfeindlichkeit (aufgerufen am 11.10.2017).
- Hajek, Katharina (2017):** Die Reproduktionskrise feministisch politisieren. Zwischen neoliberaler Humankapitalproduktion und rechter Refamilialisierung in: Zeitschrift Luxemburg, Online-Sonderausgabe (August 2017); www.zeitschrift-luxemburg.de/die-reproduktionskrise-feministisch-politisieren-zwischen-neoliberaler-humankapitalproduktion-und-rechter-refamilialisierung/ (aufgerufen am 11.10.2017).
- Häusler, A. (2008):** Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Springer VS, S. 43ff.
- Hensel, Jana (2017):** Sind Frauen die besseren Rechtspopulisten?, in: Die Zeit (23.07.2017); www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/rechtspopulismus-frauen-marine-le-pen-frauke-petry (aufgerufen am 11.10.2017).
- Heß, Cordelia (2015):** Rechte Frontkämpferinnen, in Die Zeit (28.09.2015), www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/frauen-dominieren-spitze-rechtspopulistische-parteien (aufgerufen am 11.10.2017).
- Keller, Gabriela / Strauß, Stefan (2017):** Warum Linke und AfD in Marzahn so viele Stimmen bekamen, in: Berliner Zeitung (26.09.2017); www.berliner-zeitung.de/28487164 (aufgerufen am 11.10.2017).
- Kemper, Andreas (2014):** Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung; <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf> (aufgerufen am 11.10.2017).
- Kemper, Andreas (2017):** Wer wählt die AfD? (31.10.2017); <https://andreaskemper.org/2017/10/31/wer-waehlt-die-afd/> (aufgerufen am 10.11.2017).
- Klages, Robert:** AfD will Homosexuelle in Thüringen zählen lassen, in: Der Tagesspiegel (12.10.2015); www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/anfrage-von-corinna-herold-afd-will-homosexuelle-in-thueringen-zaehlen-lassen/12438312.html (aufgerufen am 19.10.2017).
- Kaja Klapsa:** „Willkommenskultur auch für Babys“. In: Die Welt, 19. September 2015. (aufgerufen am 19.10.2017).
- Keßel, Alexander (2018):** „Eltern gegen Gewalt“: Was wirklich hinter der Initiative steckt. <https://www.derwesten.de/staedte/essen/eltern-gegen-gewalt-essen-steele-demonstration-initiative-id214201741.html> (aufgerufen am 22.05.2018).
- Kosiara-Pedersen, Karina / Hansen, Kasper M. (2015):** Gender Differences in Assessments of Party Leaders, in: Scandinavian Political Studies, Oxford (38)2015, H. 1, S.26-48.
- Küpper, Beate / Zick, Andreas (2011):** Geschlecht und Vorurteile. Eine empirische Analyse, in: Ursula Birsil (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender, S.187-210.
- Küpper Beate / Wilhelm, Heitmeyer (2005):** Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie, in ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 3, S.108-127.
- Lerch, Helga/Rauschkolb, Jaqueline/Blatzheim-Roegler (2016):** Pressemitteilung: Koalitionsfraktionen stehen hinter Pro Familia (16.12.2016); www.fdp-fraktion-rlp.de/sites/default/files/2016-12/PM%20Koalitionsfraktionen%20stehen%20hinter%20Pro%20Familia.pdf (aufgerufen am 4.10.2017).
- Lehmann, Anna/Am Orde, Sabine (2017):** Keine Bühne für die AfD, in: taz.de (19.9.2017); www.taz.de/!5445524/ (aufgerufen am 4.10.2017).
- Die Linke (2017):** Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. Die Zukunft, für die wir kämpfen; www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf (aufgerufen am 10.11.2017).
- Machowecz, Martin (2016):** AfD in Sachsen-Anhalt, Wir sind dagegen, in: Die Zeit(08.09.2016), S. 13-15.
- McMinn, Lisa (2016):** AfD-Abgeordneter Nerstheimer hetzt gegen Homosexuelle, in: tagesspiegel 20.09.2016); <http://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/homo-hass-in-der-afd-berlin-afd-abgeordneter-nerstheimer-hetzt-gegen-homosexuelle/14575694.html> (aufgerufen 10.11.17).
- Mieruch, Mario (2014):** Grundpositionen zum Thema „Familie“; www.afd.nrw/beschluesse-des-landesverbandes-zur-programmatik/2014/04/grundpositionen-zum-thema-familie/ (aufgerufen am 11.10.2017).
- Naumann, Florian (2017):** Fast 13 Prozent bei der Bundestagswahl: Wer hat die AfD gewählt?, in Merkur (25.09.2017); www.merkur.de/politik/wer-hat-afd-gewaehlt-fast-13-prozent-bei-bundestagswahl-2017-zr-8715057.html (aufgerufen am 11.10.2017).
- Niedermayer, Oskar (2017):** Parteimitglieder in Deutschland; <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT17-NEU.pdf> (aufgerufen am 10.10.2017).
- Oestreich, Heide (2017):** FDPler gründen Männergruppe, in taz (11.06.2017); <http://www.taz.de/!5416261/> (aufgerufen am 11.10.2017).
- Otto Brenner Stiftung (2017):** Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition.
- Prantl, Heribert (2011):** Das gefühlte Geschlecht, in Süddeutsche Zeitung (28.2.2011); www.sueddeutsche.de/politik/verfassungsgericht-kippt-transsexuellengesetz-das-gefuehlte-geschlecht-1.1052344 (aufgerufen am 6.10.2017).
- Prokrakra, Daniel (2017):** Erfahrung von Alter, in: tagesschau.de (2.6.2017); www.tagesschau.de/inland/bundestag-alterspraesident-105.html (aufgerufen am 04.10.2017).
- Prothmann, Hardy (2018):** Verschleierte Verhältnisse und gezielte Instrumentalisierung. Demo in Kandel durch AfD-nahes Umfeld organisiert; <https://rheinneckarblog.de/29/demo-in-kandel-durch-afd-nahes-umfeld-organisiert/135986.html> (aufgerufen am 22.05.2018)
- Rada, Uwe (2017):** Die Rache der Peripherie, in taz (01.10.2017); www.taz.de/!5448611/ (aufgerufen am 11.10.2017).
- Rafael, Simone (2018):** „Mütter gegen Gewalt“, „Eltern gegen Gewalt“ - woher kommt das rechte Interesse an Müttern und Eltern?; <http://www.belltower.news/artikel/m%C3%BCtter-gegen-gewalt-eltern-gegen-gewalt-133333> (aufgerufen am 22.05.2018).

- Rieger, Arnold (2016):** Ein Vorgeschmack auf Gift und Galle, in: Stuttgarter Zeitung (12.5.2016); www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/landtagseroeffnung-in-stuttgart-ein-vorgeschmack-auf-gift-und-galle.420bc6a1-c6a2-4788-a09c-7cdec27400d7.html (aufgerufen am 04.10.2017).
- rundschau-online.de (2017):** Laut Alice Weidel schützt nur die AfD Schwule und Lesben (20.09.2017); Kölnische Rundschau <https://www.rundschau-online.de/28446416> (aufgerufen am 10.11.2017).
- Scholz, Olaf (2016):** Die Partei der schlechten Laune – Zum Umgang mit der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD); www.olafscholz.hamburg/main/pages/index/p/5/2869 (aufgerufen am 04.10.2017).
- Schutzbach, Franziska (2017):** „Gender raus!“ Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik, hrsg. v. Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung; https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Gender_Raus.pdf (aufgerufen am 11.10.2017).
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/ Neusser, Christian/Berzel, Alexander (2017):** Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Berlin; <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf> (aufgerufen am 11.10.2017).
- Sommerfeld, Ney (2018):** Berlin: Blockaden zwingen rechten „Frauenmarsch“ zur Auflösung; https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/02/20/berlin-blockaden-zwingen-rechten-frauenmarsch-zur-aufloesung_25671 (aufgerufen am 22.05.2018).
- sueddeutsche.de (2017a):** Wählerwanderungen und Statistiken (22.09.2013); <http://www.sueddeutsche.de/politik/waehlerwanderung-und-statistiken-woher-die-union-millionen-waehler-bekam-1.1777776> (aufgerufen am 10.10.17).
- sueddeutsche.de (2017b):** Soziologe zur AfD. Erwachen aus wutgetränkter Apathie (04.10.2017); www.sueddeutsche.de/politik/soziologe-zur-afd-erwachen-aus-wutgetraenker-apathe-1.3687762!amp (aufgerufen am 11.10.2017).
- sueddeutsche.de (2018):** Umstrittene AfD-Politiker werden Ausschussvorsitzende im Bundestag (31.01.2018); <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-ausschuss-vorsitzende-bundestag-1.3847925> (aufgerufen am 22.05.2018).
- tagesschau.de (2017):** Verschärfung des Aufenthaltsrechts gebilligt, in: [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) (22.08.2017); www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-abschiebung-gesetz-103.html (aufgerufen am 11.10.2017).
- Vorländer, Hans / Herold, Maik & Schäller, Steven (2016):** PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung.
- Vorsamer, Barbara (2016):** #ausnahmslos - ein neuer Aufschrei nach Köln, in *Süddeutsche Zeitung* (11.1.2016); www.sueddeutsche.de/panorama/feminismus-ausnahmslos-ein-neuer-aufschrei-nach-koeln-1.2813048 (aufgerufen am 06.10.2017).
- wahl.tagesschau.de (2017):** Umfragen zur AfD; www.wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml (aufgerufen am 10.11.2017).
- Warnecke, Tilmann (2017):** Kabinett beschließt Rehabilitierung verurteilter Homosexueller, in *Tagesspiegel* (22.3.2017); www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/opfer-des-paragrafen-175-kabinett-beschliesst-rehabilitierung-verurteilter-homosexueller/19553036.html (aufgerufen am 6.10.2017).
- Wolfskämpf, Vera (2017):** CDU-Abstimmung stellt die Koalition in Sachsen-Anhalt auf die Probe (31.8.2017); www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/cdu-mit-afd-linke-fordert-vertrauensfrage-100.html (aufgerufen am 4.10.2017).
- Zick, Andreas / Krause, Daniela / Küpper, Beate (2016):** Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: dies. (Hrsg.): *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände*, S. 143ff.; http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_16/Gespaltene%20Mitte_Feindselige%20Zust%C3%A4nde.pdf (aufgerufen am 11.10.2017).



प्राज्ञाना

4.2 Länderfallstudie Frankreich

VON CHRISTÈLE MARCHAND-LAGIER

Die vorliegende Analyse des Populismus in Frankreich konzentriert sich auf die Partei Front National (FN), die im rechtsextremen Spektrum fest verankert ist. Tatsächlich konnte der FN immer wieder die verschiedensten Unterstützer aus rechtsextremen Bewegungen wie dem „Ordre nouveau“, „Œuvre française“ oder der neuen Rechtsbewegung „GRECE“¹, dem „Club de l’horloge“, den „Groupes nationalistes révolutionnaires“, der „Unité radicale“ oder der „Groupe Union Défense“ sowie in jüngster Zeit auch der Gruppe „Egalité et Réconciliation“ oder dem Identitären Block² hinter sich versammeln. Trotz ihrer zum Teil konfliktreichen Beziehungen können diese Gruppierungen den FN, der seit mehr als 40 Jahren eine Art Vorherrschaft in diesem Bereich des politischen Spektrums ausübt, kaum ignorieren. Diese Vorherrschaft ist die Folge eines zunächst langsamen, dann aber unter dem Vorsitz von Jean-Marie Le Pen und noch bis zur Spaltung der Partei im Jahr 1998 andauernden Aufstiegs der Partei. Obwohl die Spaltung zum Weggang zahlreicher führender Parteimitglieder um Bruno Mégret führte, konnte sich Jean-Marie Le Pen für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von 2002 qualifizieren.



adurch dass die Konservativen viele Themen der Rechtsextremen für sich vereinnahmten und Nicolas Sarkozy 2007 zum Präsidenten gewählt wurde, verzeichnete der FN zunächst einen deutlichen Rückgang, konnte aber ab 2010, insbesondere bei den Kommunal- und Zwischenwahlen³, seine Ergebnisse wieder stetig verbessern. Dieser Trend setzte sich nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Marine Le Pen, die Tochter von Jean-Marie Le Pen, im Jahr 2011 fort. Dass sie sich nun an der Spitze des FN befand, wurde als vermeintliche „Entdiabolisierung“ oder Banalisierung der Partei kommentiert. Diese könnte ein Hauptgrund für die in letzter Zeit zu beobachtende Annäherung von weiblichen Wählern an die Partei sein. Es stellt sich die Frage, ob dies das Ende des sogenannten „Radical right gender gap“⁴ bedeutet. Die Ergebnisse unserer Arbeit⁵, speziell zur rechtsextremen Wählerschaft in Südfrankreich sind in diesem Punkt etwas differenzierter. Trotz eines Stimmenzuwachses in absoluten Zahlen stagnierten die prozentualen Ergebnisse des FN bei den Präsidentschaftswahlen 2017 und erst recht bei den Parlamentswahlen im selben Jahr. Diese Wahlen haben eine innerparteiliche Krise ausgelöst, die schließlich zum Rücktritt des stellvertretenden Vorsitzenden Florian Philippot, aber auch mehrerer 2014 gewählter Gemeinderäte geführt hat.

¹ AdÜ: GRECE = Groupement de Recherche et d'Etudes pour la Civilisation européenne (etwa „Forschungs- und Studienverbund für die europäische Zivilisation“)

² Lebourg, Nicolas, 2015. « Le Front national et la galaxie des extrêmes droites radicales », in Crépon, Sylvain, Dezé, Alexandre, Mayer, Nonna, Les Faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique, Presses de Sciences Po, Paris, S. 121-139. Igounet, Valérie, 2014. Le Front national de 1972 à nos jours. Le parti, les hommes, les idées, Seuil.

³ AdÜ: Damit sind alle zwischen den großen landesweiten (Präsidentschafts- oder Parlaments-) Wahlen stattfindenden Wahlen gemeint, d.h. Regional-, Departments- und Kommunalwahlen

⁴ Die Theorie des „radical right gender gap“ wurde von Givens Terry E. aufgestellt (2004. „The Radical Right Gender Gap“, Comparative political studies, Band 37, Nr. 1, S. 3054), sie beschreibt das Phänomen, dass Frauen im Vergleich zu Männern rechtsextremen Strömungen seltener ihre Stimme geben.

⁵ Marchand-Lagier, Christèle, 2017. Le Vote FN. Pour une sociologie localisée des électors frontistes, De Boeck supérieur.

In einem ersten Abschnitt zeigen wir, wie wenig sich das Wahlprogramm des Front National in Bezug auf Frauenrechte und Gleichstellungspolitik geändert hat. Es scheint in großen Teilen eher Kommunikations- und Marketingerfordernissen unterworfen zu sein. Nachdem wir erläutert haben, wie schwierig es ist, die Zustimmung zum FN mittels Befragungen zu erfassen, versuchen wir im zweiten Abschnitt, das soziologische Profil der Frauen zu beschreiben, die in einer Umfrage nach Verlassen der Wahllokale der Präsidentschaftswahl 2017 erklärten, für Marine Le Pen gestimmt zu haben. Schließlich beleuchten wir im letzten Abschnitt die Gründe für die Zustimmung der Frauen zum FN, die wir 15 Jahre lang begleitet haben, und zeigen, wie wenig diese über das Wahlprogramm der Partei wissen und dass die Rolle von Marine Le Pen für die hohe Zustimmungsrates relativ unbedeutend ist..

1. Programmabsichten des FN im Bereich der Frauenrechte und der Gleichstellungspolitik

Ein aufgefrishtes Programm und widersprüchliche Aussagen

Im Gegensatz zu den Behauptungen über das Entstehen eines neuen Front National, der durch seine „weibliche Anführerin“ Marine Le Pen verkörpert wird, hat sich das Programm der Partei in Bezug auf Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern kaum geändert. Zwar wurden veraltete Maßnahmen wie das Familienwahlrecht, das Elterngeld oder der Erziehungsscheck, die in den von Jean-Marie Le Pen 1995 vorgelegten „300 Vorschlägen für Frankreich“ enthalten waren, nach und nach aufgegeben. Unter den Wahlversprechen von Marine Le Pen zur Präsidentschaftswahl 2017 - 144 Maßnahmen, die in einem 25-seitigen Dokument ausführlich dargelegt und mit dem von Populisten beanspruchten Titel „*Im Namen des Volkes*“ überschrieben sind - findet sich immerhin keine eindeutig „antifeministische“ Maßnahme. Allerdings befasst sich kein eigener Abschnitt des Programms mit der Gleichstellungsproblematik. Nur eine einzige Maßnahme betrifft überhaupt Frauen unmittelbar. Sie findet sich im ersten Teil des Programms unter dem Titel „*Ein freies Frankreich*“ im Unterabschnitt „*Aus Frankreich wieder ein Land der Freiheiten machen*“:

„Verteidigung der Rechte der Frauen: Kampf gegen den Islamismus, der ihre Grundfreiheiten untergräbt; Erstellung eines nationalen Plans für Lohngleichheit und Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen und sozialer Unsicherheit.“ (Vorschlag Nr. 9)

Abgesehen von der mehr als ungewöhnlichen Verbindung dieser beiden künstlich nebeneinander gestellten Maßnahmen fällt auf, dass der Kern des Vorschlags eigentlich die Frage des radikalen Islamismus betrifft, vor dem Frauen (genauso wie andere Franzosen) geschützt werden sollen, und nicht die Sorge um Gleichberechtigung.

Entgegen allen Erwartungen, die von einer rechts-extremen Partei ausgehen, achtet die FN-Kandidatin aber in ihrer informellen Kommunikation in Reden und verschiedenen Beiträgen darauf, weibliche oder sogar feministische Symbole herauszustellen:

- 30. Juni 2017: Erklärung zur Würdigung von Simone Veil, der verstorbenen Ikone der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Frankreich
- Präsidentschaftskampagne 2017: Verteilung eines Flugblatts nach Art eines Fotoromans, der das Leben von Marine Le Pen als berufstätige Frau und Mutter nachzeichnet
- 8. März 2016: Brief an die weiblichen Mitglieder des Front National, in dem Marine Le Pen die Vergewaltigungen in Köln in der Silvesternacht 2015/2016 verurteilt
- 11. Dezember 2015: Marine Le Pen stellt die guten Wahlergebnisse ihrer Partei als Durchbrechen einer „gläsernen Decke“ dar

Diese Signale stehen jedoch in großem Widerspruch zu bestimmten Äußerungen zu den Grundsätzen der Partei, wie dieser Auszug aus der Rede anlässlich der Ehrung von Jeanne d'Arc am 1. Mai 2015 belegt:

„Wir beim Front National lieben Jeanne d'Arc, weil sie eine Heldin ist, die die Schicksalhaftigkeit ihrer Lage nicht akzeptiert hat. Sie hat den für sie als Frau vorgegebenen Rahmen und ihre bescheidene Herkunft hinter sich gelassen, um ihre Mission zu verfolgen. Sie brauchte keine absurde Gender-Theorie, um sich die Haare abzuschneiden und ein männliches Gewand anzuziehen. Sie hat nicht auf die Gleichmacherei der Geschlechter gewartet, um ein Pferd zu besteigen und das Schwert zu führen. Sie hat nicht auf Gleichstellung

gehofft, um Männer zu befehligen und die Führung einer Armee zu übernehmen. Sie hat nicht auf die Befreiung der Frau gewartet, um ihr Leben für die Befreiung Frankreichs zu opfern.“

Der Tonfall ist hier mit Blick auf zahlreiche Fortschritte bei den Frauenrechten sowohl verächtlich als auch ironisch: Anprangerung einer „absurden Gender-Theorie“; „Gleichmacherei der Geschlechter“ statt Gleichberechtigung; die „Befreiung der Frau“ wird durch die große Bedeutung der „Befreiung Frankreichs“ gleich wieder herabgesetzt; immerhin wird die erwähnte Gleichstellung nicht schlecht gemacht, wohl weil dies für die FN-Chefin eher schwierig wäre. Marine Le Pen instrumentalisiert ihre Weiblichkeit, um Modernität vorzugaukeln, weicht aber nicht von der prinzipiellen Feindseligkeit gegenüber dem Feminismus ab, die in den Reihen der FN-Aktivistinnen - auch der jungen Generation - weit verbreitet ist. Dann wieder bezieht sie sich in der Rede auch auf Olympe de Gouge, eine wichtige Figur des Feminismus. Sie lobt allerdings auch die Zurückhaltung der Frauen. All diese Widersprüche sind nach Sylvain Crépon *„in einer nationalistischen Perspektive miteinander vereinbar, da sie alle zu einer - wenn auch unterschiedlichen - Form der Ablehnung des Anderen führen. Während der traditionelle Nationalismus den Anderen im Namen antiuniverseller Vorstellungen ablehnte - die Juden wurden zum Beispiel (nach dem Vorbild von Maurras) mit der Begründung abgelehnt, dass sie der katholischen Tradition Frankreichs fremd seien -, lehnt der heutige, vom Front National neu definierte Nationalismus den Anderen mit der Begründung ab, dass er den universellen Formen der modernen Kultur entgegenstehe.“*⁶.

Familienpolitik

Pierre-André Taguieff zitierte 1997 noch die Worte von Jean-Marie Le Pen: *„Wir leiden ... in Bezug auf die Frauen unter der von allen Parteien betriebenen Demagogie. Man kann einer Frau kaum noch sagen: 'Um die Zukunft unserer Gesellschaft und unser individuelles und kollektives Leben zu sichern, müssen Frauen Kinder bekommen, sie müssen akzeptieren, dass*

⁶ Crépon, Sylvain, 2015. « La politique des mœurs au Front national », in Crépon, Sylvain, Dezé, Alexandre, Mayer, Nonna, Les Faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique, Op. cit., S. 196.

diese Kinder möglicherweise dienen und vielleicht sterben, um die Freiheit des Vaterlandes zu verteidigen, es muss eine Autorität geben, und wir glauben, dass die geeignetste Autorität in einem Haushalt die des Mannes ist.⁷“ Diese Worte können im heutigen Kontext natürlich nicht mehr verwendet werden, und so sind die Verweise auf Familienpolitik im Programm von Marine Le Pen von 2017 weit verstreut, ohne dass dem Thema ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Die ersten drei finden sich im Unterkapitel „Sicherung des Sozialsystems“ im Abschnitt III „Ein blühendes Frankreich“:

- „Schrittweise Anhebung der Deckelung des Familienquotienten, Wiedereinführung des halben Freibetrags für Verwitwete und Steuerbefreiung der Rentenanpassung für Eltern mit vielen Kindern.“ (Vorschlag Nr. 54)
- „Einführung einer echten Geburtenpolitik, die französischen Familien vorbehalten ist, durch Wiedereinführung der allgemeinen Familienzulagen und ihre Angleichung an die Lebenshaltungskosten. Wiedereinführung der freien Verteilung von Elternzeit zwischen beiden Elternteilen.“ (Vorschlag Nr. 55)
- „Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen, indem jedem Elternteil gestattet wird, alle fünf Jahre (statt bisher alle 15 Jahre) eine steuerfreie Schenkung von 100.000 Euro an jedes Kind zu machen, und indem die Obergrenze für die ebenfalls alle fünf Jahre möglichen steuerfreien Schenkungen an Enkel auf 50.000 Euro erhöht wird.“ (Vorschlag Nr. 56)

Im Unterkapitel „Entschlossene und schnelle Strafverfolgung“ im Abschnitt II „Ein sicheres Frankreich“:

- „Bekämpfung der Jugendkriminalität, indem durch die Streichung der Sozialhilfe an Eltern von rückfällig gewordenen Jugendlichen bei offensichtlichen Erziehungsdefiziten die Eltern zur Verantwortung gezogen werden.“ (Vorschlag Nr. 18)

Im Unterkapitel „Schützende Grenzen und Beendigung der unkontrollierten Einwanderung“ im Abschnitt II „Ein sicheres Frankreich“:

- „Begrenzung der legalen Zuwanderung auf ein Jahressaldo von 10.000. Abschaffung der automatischen Familienzusammenführung und des

Familiennachzugs sowie des automatischen Erwerbs der französischen Staatsangehörigkeit durch Eheschließung. Vermeidung von Anreizen für die Zuwanderung.“ (Vorschlag Nr. 26)

Im Unterkapitel „Aus Frankreich wieder ein Land der Freiheiten machen“ im Abschnitt I „Ein freies Frankreich“:

- „Gewährleistung der freien Schulwahl bei gleichzeitig strengerer Kontrolle der Einhaltung der Werte der Republik durch die in außervertraglichen Privatschulen angestellten Lehrer.“ (Vorschlag Nr. 11)

Abgesehen von Vorschlag Nr. 55 geht es eigentlich nicht um Familien, sondern um steuerliche Regelungen, die Abschaffung der Sozialhilfe insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund, die Infragestellung des automatischen Familiennachzugs oder die Aufwertung der Privatschulen, indem man sich gegen konfessionelle - offenkundig nicht katholische - Schulen absichert. Die Familie in ihrer traditionellen Form wird nicht erwähnt. Das Ideal der kinderreichen Familie wird gelegentlich betont, aber ohne konkrete Vorschriften zu machen. Wie auch im Bereich der Frauenrechte macht der FN nur sehr wenige konkrete Vorschläge zur Familienpolitik, insbesondere wenn sie die jüngeren Generationen vor den Kopf stoßen könnten. In diesem Punkt lässt sich ein klarer Unterschied zu den Vorschlägen von Marion Maréchal Le Pen, der Nichte von Marine Le Pen und wichtigen Vertreterin des FN im Südosten Frankreichs, bei der Frage der Familienpolitik feststellen. Sie ist sehr viel traditioneller eingestellt und steht den katholisch-fundamentalistischen und identitären Splittergruppen im Umfeld des FN nahe.

Aufgrund der Lebensläufe ihrer Mitglieder verkörpert die Familie Le Pen kaum die traditionelle Familie (Marine Le Pen ist genau wie ihre Eltern geschieden, Marion Maréchal Le Pen ist ebenfalls vom Vater ihres kleinen Kindes getrennt) und keine der angekündigten Maßnahmen oder Vorschläge zielt darauf ab, die traditionelle Familienordnung wiederherzustellen. Zwar gibt es zahlreiche Meinungsverschiedenheiten zwischen Marion Maréchal Le Pen, die eine traditionellere Haltung vertritt, und den „modernereren“ Positionen von Marine Le Pen und Florian Philippot, aber auch hier verschieben sich mit dem Rücktritt von Maréchal Le Pen im Frühjahr und dem von Philippot im Herbst allmählich die Gleichgewichte. Unter den Stichworten auf der offiziellen Website von Marine Le Pen ist „gleichgeschlechtliche Ehe“

⁷ Taguieff, Pierre-André, 1998, « La métaphysique de Jean-Marie Le Pen », in MAYER (N), PERRINEAU (P) (dir.), Le Front national à découvert, 1996, S. 176.

der einzige Begriff aus den Bereichen Familie, Frauenrechte und Gleichberechtigung. Die Führungsriege des FN setzt auf Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen und Familienpolitik ist nicht das Thema, bei dem sie klare Positionen vertreten will. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern erschwert es die fortschrittliche Familienpolitik in Frankreich einer (politische Verantwortung anstrebenden) Partei wie dem FN, in dieser Frage allzu rückwärtsgewandte Positionen zu vertreten.

Infragestellung der Reproduktionsrechte und Angriffe auf die LSBTI*-Gemeinschaft in Frankreich

Auch zu diesen Themen macht der FN einen eher schwachen Vorstoß. Bereits 2002 hat sich Marine Le Pen von der offiziellen Linie der damals noch von ihrem Vater geführten Partei distanziert, der sich für die Abschaffung der abtreibungsfreundlichen Gesetze einsetzte: *„Die Abtreibung stellt die eine dritte Person, das ungeborene Kind, in Frage und kann daher nicht rechtmäßig sein; das Volk muss für seinen langfristigen Fortbestand Sorge tragen. Da die Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch also gegen das Gemeinwohl unseres Landes verstoßen, müssen sie abgeschafft werden“*, erklärte das Programm von 2002 *„Für eine französische Zukunft“*. Marine Le Pen dagegen hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sie nichts an der Zulässigkeit von Abtreibungen und der Kostenerstattung durch die Krankenkassen ändern will⁸, selbst wenn sie bei einigen Gelegenheiten „Wohlfühlabtreibungen“ angeprangert hat. Ihre Grundsatzposition ist es, die Zahl der Abtreibungen zu reduzieren, ohne aber das Gesetz außer Kraft zu setzen. 2012 enthielt das Programm des Front National einen Abschnitt zu diesem Thema: *„Die Entscheidungsfreiheit für Frauen muss auch die Möglichkeit beinhalten, sich gegen eine Abtreibung zu entscheiden: Dafür sind bessere Prävention und Information notwendig, Eltern müssen Verantwortung übernehmen, die Möglichkeit der vorgeburtlichen Adoption sollte eröffnet und die Leistungen für kinderreiche Familien müssen verbessert werden“*. Auch heute noch wird dieses Thema innerhalb der Partei, vor allem bei den Anhängern von Bruno Gollnisch⁹, heftig diskutiert.

⁸ <http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/2016/12/12/25001-20161212ARTFIG00210-comment-marine-le-pen-a-evolue-sur-l-avortement.php>

⁹ Bruno Gollnisch ist derzeit Mitglied des Europäischen Parlaments (franktionslos) und hochrangiger Vertreter der Partei Rassemblement National

Unter den 144 Vorschlägen des Programms zur Präsidentschaftswahl 2017 findet sich im Unterabschnitt *„Jeder soll die Chance haben, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden“* im Abschnitt IV *„Ein gerechtes Frankreich“* folgendes zur Frage der Reproduktionsrechte:

- *„Trotz des Drucks überstaatlicher Behörden sollte das Verbot der Leihmutterchaft aufrechterhalten und die künstliche Befruchtung auf Fälle der Unfruchtbarkeit beschränkt werden.“ (Vorschlag Nr. 87)*

Im gleichen Punkt Nr. 87 schlägt Marine Le Pen vor, *„eine Lebenspartnerschaft (einen verbesserten PACS¹⁰) zu entwickeln, die die Bestimmungen des „Gesetzes Taubira“¹¹ ohne rückwirkende Kraft ersetzt.“* Hinsichtlich der Bedingungen dieser Partnerschaft bleibt der Vorschlag allerdings vage, es wird angenommen, dass er sich auch auf homosexuelle Paare erstreckt. Dennoch veröffentlichte sie auf ihrer Website am 4. Januar 2013 anlässlich der Ankündigung der *„Manif pour tous“*¹² vom 13. Januar 2013, an der der FN offiziell nicht teilnahm (Marion Maréchal Le Pen nahm im eigenen Namen teil) folgendes Statement:

- *„Der Front National wiederholt bei dieser Gelegenheit, dass er die Möglichkeiten der Ehe, der Adoption und der künstlichen Befruchtung für Homosexuelle ablehnt - zumal diese ohnehin nur von einer absoluten Minderheit gefordert werden. Die gleichgeschlechtliche Ehe wird selbst von der Mehrheit der Homosexuellen nicht befürwortet und Adoption und künstliche Befruchtung stellen das ‚Recht auf ein Kind‘ über die heiligen Rechte des Kindes, vor allem sein Recht auf einen Vater und eine Mutter.“*

Genderstudien: ein zweitrangiges Problem abseits des medienwirksamen Agendasetting

Auch in diesem Punkt ist es schwierig, schriftliche Aussagen (Programme oder Reden) zu finden, die sich konkret gegen Genderstudien richten, diese werden

¹⁰ AdÜ: PACS = Pacte civil de solidarité (Lebensgemeinschaft zweier nicht verheirateter Personen)

¹¹ AdÜ: das nach der damaligen Justizministerin benannte und am 19. Mai 2013 in Kraft getretene Gesetz, das die gleichgeschlechtliche Ehe ermöglicht

¹² AdÜ: „Manif pour tous“ = „Demo für alle“ (Bewegung, die in Frankreich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe demonstriert)

eher ignoriert. Allerdings hat Marine Le Pen anlässlich der 2014 ausgelösten Kontroverse um das von der Ministerin für Frauenrechte, Najat Vallaud-Belkacem, vorgestellte „ABC der Gleichstellung“ Gerüchte über den Einsatz von LSBTI*-Vertretern in Schulen verbreitet und die Zahl der von der Regierung durchgeführten Projekte deutlich übertrieben.¹³ In einigen Äußerungen prangern Vertreter des FN wie z.B. Nicolas Bay im Europäischen Parlament am 12. März 2015 – anlässlich seiner Ablehnung des Panzeri-Berichts¹⁴ – klar eine „Gender-Ideologie“ an, die zu kommunitaristischen Auswüchsen führen und die Demokratie gefährden könne. Wenn man zudem über die offizielle Website von Marine Le Pen auf die Stellungnahmen von FN-Funktionären zu diesem Thema zugreift, erscheinen Verknüpfungen zu anderen einschlägigen Websites, insbesondere zu „Die Gender-Ideologie“ von Alain de Benoist. Die Seite ist außerdem eine Plattform für dem FN nahestehende Gruppen, wie z.B. das Kollektiv „Racine“, das am 31. Januar 2014 eine Pressemitteilung¹⁵ mit dem erklärten Ziel veröffentlichte, ein Gerücht zu zerstreuen, in der aber in Wirklichkeit die angeblichen Missstände an staatlichen Schulen nur umso stärker angeprangert werden, die die Schüler „erziehen statt unterrichten“ wollten.

Zweckentfremdung des republikanischen Symbols der Laizität¹⁶

Ein Konzept ist vom Front National und seiner Vorsitzenden in den letzten Jahren überstrapaziert worden, nämlich das der Laizität, die meist zur Zweckentfremdung bestimmter feministischer Argumente ins Feld geführt wird. Unter dem Deckmantel der Laizität hat Marine Le Pen zahlreiche Angriffe auf den sogenannten Kommunitarismus unternommen, die in erster Linie

¹³ http://www.huffingtonpost.fr/2014/02/04/theorie-du-genre-marine-le-pen-relaye-folle-rumeur_n_4721545.html.

¹⁴ Der vom Europäischen Parlament im März 2015 angenommene Panzeri-Bericht zielt unter anderem darauf ab, die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen in der gesamten Europäischen Union voranzutreiben und enthält verschiedene Bestimmungen für eine bessere Berücksichtigung von Geschlechteridentitäten.

¹⁵ <http://www.frontnational.com/2014/01/savoir-raison-garder/>

¹⁶ Der Grundsatz der Laizität meint neben der strikten Trennung von Staat und Kirche sowie der Vermeidung jeglicher Einflussnahme seitens der Religionen auch die Achtung aller Religionen, Weltanschauungen und Überzeugungen. Der Grundsatz der Laizität gilt als bedeutend für die historische Entwicklung der französischen Republik. (Quelle: <https://de.ambafrance.org/Laizitat-Trennung-von-Kirche-und-Staat-in-Frankreich>)

auf die muslimische Gemeinschaft abzielten. Zum Beispiel in Abschnitt V „Ein stolzes Frankreich“ des Programms zur Präsidentschaftswahl 2017:

Vorschlag Nr. 95 im Unterkapitel „Verteidigung der Einheit und der nationalen Identität Frankreichs“:

- „Förderung der Laizität und Bekämpfung des Kommunitarismus. Einführung des Verfassungsprinzips: ‚Die Republik erkennt keine Religionsgemeinschaften an.‘ Umfassende Wiederherstellung der Laizität, Ausdehnung auf den gesamten öffentlichen Raum und Aufnahme in das Arbeitsrecht.“

Vorschlag Nr. 102 im Unterkapitel „Ein Frankreich, das Wissen und Traditionen vermittelt“:

- „Die Schule zu einem ‚unverletzlichen Ort machen, an dem die Auseinandersetzungen der Menschen keinen Platz haben‘ (Jean Zay), und damit nicht nur Laizität, sondern auch Neutralität und Sicherheit durchsetzen.“

Oder auch Vorschlag Nr. 117 im Unterkapitel „Ein Frankreich, das gestaltet und strahlt“ :

- „Unterstützung kleiner Sportvereine, damit möglichst viele französische Spieler in den Profivereinen vertreten sind, und Kampf gegen die Finanzialisierung des Profisports. Stärkere Maßnahmen gegen Gewalt im Amateursport und Durchsetzung einer strengen Einhaltung der Laizität und Neutralität in allen Sportvereinen.“

Wie in vielen anderen Bereichen bemüht Marine Le Pen historische Persönlichkeiten, wie den ehemaligen Bildungsminister und Widerstandskämpfer der Résistance Jean Zay, die nicht zum geschichtlichen Erbe der extremen Rechten gehören. Dies trägt zum Verwischen der Linien und des politischen Vermächtnisses bei, über die die jüngeren Generationen ohnehin nur sehr unzureichendes Wissen haben.

2. Frauen und rechtspopulistische Parteien

Frauen in der Führung des FN?

Angaben über Mitgliederzahlen sind immer schwer zu beurteilen¹⁷, da sie sowohl interne Ziele (Benennung der wichtigsten Leitungsgremien) als auch externe Ziele (Demonstration der Stärke nach außen) verfolgen.

¹⁷ Igounet, Valérie, Op.cit, p. 408.

Der FN sprach im November 2014 von 83.000 Mitgliedern¹⁸, was dem höchsten Stand seit seiner Gründung und mehr als einer Verdreifachung seit der Wahl von Marine Le Pen zur Parteivorsitzenden im Jahr 2011 (22.000) entspräche.

Der FN zeichnet sich dadurch aus, dass er von einer Frau angeführt wird, allerdings trifft das auch auf andere populistische Parteien in Europa zu, wie im Fall von Pia Kjaersgaard, der Vorsitzenden der Dänischen Volkspartei, oder Siv Jensen an der Spitze der norwegischen Fortschrittspartei. In Frankreich ist dies aber umso bedeutsamer, da keine andere große Partei von einer Frau angeführt wird und es Marine Le Pen unbestreitbar eine hohe Sichtbarkeit verleiht. Ihre Besonderheit liegt auch darin, dass sie die Tochter von Jean-Marie Le Pen, dem ehemaligen Parteichef, ist. Nachdem dieser sie trotz der langjährigen Treue ihres direkten Konkurrenten Bruno Gollnisch bei ihrem Aufstieg in die Parteiführung unterstützt hatte, befand er sich plötzlich in der Minderheit und wurde nach einigen radikalen Äußerungen sogar aus der Partei ausgeschlossen. Marine Le Pen wollte sich damit von diesen Äußerungen, die ein Markenzeichen ihres Vaters waren, eindeutig distanzieren.

Der Rest der FN-Hierarchie ist jedoch sehr männlich geprägt, nachdem die für soziale Angelegenheiten zuständige stellvertretende Vorsitzende Marie-Christine Arnautu 2016 wegen ihrer Teilnahme an der von Jean-Marie Le Pen organisierten Veranstaltung zum 1. Mai von ihrem Amt ausgeschlossen wurde. Marion Maréchal Le Pen, die ebenfalls Mitglied des politischen Vorstands, des Präsidiums und des Zentralkomitees der Partei war, hat sich im Frühjahr 2017 aus der Politik zurückgezogen. Die Leitungsgremien der Partei sind auf dem XVI. Parteitag, der am 10. und 11. März 2018 in Lille stattfand, neu besetzt worden: Marine Le Pen bleibt Vorsitzende, das Präsidium besteht neben ihr nur aus Männern und die Landeszentrale umfasst bei 41 Mitgliedern 12 Frauen.

Es sei noch darauf hingewiesen, dass Martine Lehideux, seit 1972 Mitglied des FN und Gründerin des „Cercle national des femmes d'Europe“, einer dem FN angeschlossenen Organisation, die ein sehr konservatives Familienbild vertritt und gegen Abtreibung und den PACS ist, den FN verlassen hat, um sich Anfang der 2010er Jahre der „Partei Frankreichs“ von Carl Lang anzuschließen.

Welche Frauen stimmten 2017 für den FN¹⁹?

Marine Le Pen war als Vorsitzende des Front national also die einzige weibliche Kandidatin, die sich für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2017 qualifizieren konnte. Einige sehen darin ein wesentliches Argument für die vermeintliche Annäherung weiblicher Wähler an die Partei. Noch 2002 wäre die Qualifizierung von Jean-Marie Le Pen für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen gegen Jacques Chirac nicht möglich gewesen, wenn nur Frauen gewählt hätten.²⁰ Seitdem aber schwächt sich der „Radical right gender gap“ offensichtlich ab: „Bei den Präsidentschaftswahlen 1988 und 1995 gab es noch sieben Prozentpunkte Unterschied zwischen Frauen und Männern, 2002 sechs Punkte und 2007 nur noch drei Punkte. 2012 bleibt wahrscheinlich nur noch ein Punkt Unterschied übrig“.²¹ Tatsächlich „stimmten bei gleichem Alter, Beruf, Bildungsabschluss, gleicher Religionszugehörigkeit und ideologischer Orientierung Frauen genauso häufig für den FN wie Männer“.²² Zwar lässt sich dieser schwindende Unterschied nicht unbedingt bei Regionalwahlen feststellen, bei denen Frauen seltener für den FN stimmen und sich tendenziell eher der Stimme enthalten, doch scheinen bei den Präsidentschaftswahlen 2017 erste Analysen zu bestätigen, dass Frauen im gleichen Umfang wie Männer für Marine Le Pen stimmten.

Wir beziehen uns hier auf eine Umfrage, die nach Verlassen der Wahllokale im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2017 durchgeführt wurde.²³ Diese Art der Befragung gehört nach wie vor zu den zuver-

¹⁹ Dieser Abschnitt ist die Vorabversion (vorläufige Ergebnisse, die noch ausgewertet werden müssen) eines Artikels, der 2018 in der Zeitschrift „Travail, genre et société“ veröffentlicht werden soll. Ich beziehe mich hier auf eine noch auszuwertende Umfrage, die in verschiedenen französischen Gemeinden (insbesondere Paris, Amiens und Avignon) während der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2017 im Rahmen der ANR ALCoV (vergleichende lokale Wahlanalysen: Misstrauen, Enthaltung und politische Radikalisierung im heutigen Frankreich) durchgeführt wurde. Dieses Projekt wird von Eric Agrikolianski vom interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut (IRISSO - UMR 7170 - Université Paris Dauphine/PSL) geleitet.

²⁰ Sineau, Mariette, 2004, « Les paradoxes du gender gap à la française », dans Bruno Cautrès, Nonna Mayer (dir.), *Le nouveau désordre électoral*, Presses de Sciences Po, Paris, p. 207-228.

²¹ Sénac Réjane, Parodi Maxime, 2013, « « Gender gap à la française » : recomposition ou dépassement ? L'élection présidentielle 2012 », *Revue française de science politique*, 2013/2 (Vol. 63), p. 225-248.

²² Mayer Nonna, 2016, « Les constantes du vote FN », *Revue Projet*, 5 (n° 354), p. 11-14.

²³ ALCoV-Umfrage, s.o. Fußnote 12.

¹⁸ http://www.huffingtonpost.fr/2014/10/30/front-national-83000-adherents-plus-haut-fondation_n_6077574.html

Tabelle 1

Geschlecht

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Geschlecht	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	Keine Antwort	Keine Antwort (%)	Summe	Summe (%)
Frauen	186	57,4	1142	57,4	208	54,9	199	62,8	1735	57,6
Männer	136	42,0	836	42,1	171	45,1	116	36,6	1259	41,8
Keine Antwort	2	0,6	10	0,5	0	0,0	2	0,6	14	0,5
Summe	324	100,0	1988	100,0	379	100,0	317	100,0	3011	100,0

lässigsten, um die Zusammensetzung der Wählerschaft einer Kandidatin oder eines Kandidaten zu ermitteln. Dennoch sind es freiwillige Angaben und gerade unter FN-Wählern ist der Anteil derer, die keine Angabe zu ihrer Stimmabgabe machen, besonders groß (weniger als die Hälfte der FN-Wähler steht zu seiner Entscheidung, die Abweichung von den tatsächlichen Wahlergebnissen ist bei solchen Wahllokalen besonders hoch, in denen der FN sehr hohe oder sehr niedrige Ergebnisse erzielt). Die Analyse basiert auf 3011 erfassten (davon 2694 verwertbaren) Fragebögen mit der Frage „Für wen haben Sie gerade gestimmt?“

→Tabelle 1: **Geschlecht:** Trotz der umfangreichen Befragung – und entgegen dem Eindruck, der durch die zahlreichen Meinungsumfragen vor und nach den Wahlen entsteht – ist es nach wie vor sehr schwierig, repräsentative Stichproben der FN-Wählerschaft und insbesondere seiner weiblichen Wählerschaft zu erheben. Die Stichproben werden oft pauschal hochgerechnet, was wir allerdings ablehnen, da die Gruppe der Befragten, die die Frage beantworteten, nicht mit der Gruppe vergleichbar ist, die eine Antwort verweigert. Wir präsentieren daher hier eine Analyse von etwas mehr als 200 erklärten Stimmabgaben für Le Pen, d.h. 7% der verwertbaren Antworten aus allen erfassten Fragebögen. Diese Angaben werden anschließend anhand einer Analyse der Wählerlisten beleuchtet, so dass die Profile der Wähler von denen der Nichtwähler abgegrenzt werden können.

Einige Hinweise zur Vorsicht beim Lesen der Ergebnisse: Die Wählerinnen, die angeben, im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl Marine Le Pen gewählt zu haben, sind nicht unbedingt die gleichen wie im ersten Wahlgang. Unsere qualitativen Erhebungen

legen nahe, dass die Stimmabgabe für den FN genau wie andere Wahlpräferenzen häufig schwankt. Anhand unserer Umfragedaten können aber die Wählerwanderungen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen dargestellt werden

→Tabelle 2: **Wählerwanderungen:** Von den Befragten, die erklärten, dass sie in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen Marine Le Pen gewählt haben, sagten 61,7%, dass sie auch in der ersten Runde für sie gestimmt haben. Und zwar 62 % bei den Frauen und nur 50 % bei den Männern, d.h. die Frauen blieben ihrer Wahl des ersten Wahlgangs eher treu. Sie scheinen diese Entscheidung nicht mehr als problematisch zu empfinden, nachdem sie sie einmal getroffen haben. Nur 6,6% der Le Pen-Wähler gaben an, dass sie im ersten Wahlgang Mélenchon gewählt haben, und 7,1%, dass sie sich der Stimme enthalten haben. Bei den Wählern von François Fillon scheint es eine gewisse Stimmenreserve für Marine Le Pen zu geben: 12,9% erklärten, sich im ersten Wahlgang für Fillon, im zweiten für Le Pen entschieden zu haben. Wahrscheinlich sind es noch mehr, denn auch hier macht ein großer Anteil gar keine Angaben zur Stimmabgabe. Nur 3,4% der Wähler von Nicolas Dupont-Aignan haben sich nach der Umfrage ebenfalls Marine le Pen zugewandt. Die Zugewinne von Marine Le Pen im zweiten Wahlgang stammen also aus sehr unterschiedlichen Wählerschaften, was zum Teil sicher erklärt, warum sie ihr Ergebnis kaum verbessern konnte.

Diese Ergebnisse müssen jedoch mit Vorsicht behandelt werden, da die Befragten gerne einen konsequenten Eindruck vermitteln möchten und daher dazu neigen, ihre Zustimmung zu Le Pen im ersten Wahlgang zuzugeben, wenn sie dies auch im zweiten Wahl-

Tabelle 2

Wählerwanderungen zwischen dem 1. und 2. Wahlgang

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Wahlverhalten im 1. Wahlgang	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	Keine Antwort	Keine Antwort (%)	Summe	Summe (%)
Enthaltung	24	7,4	102	5,1	27	7,1	17	5,4	170	5,7
Arthaud	3	0,9	3	0,2	3	0,8	1	0,3	10	0,3
Asselineau	4	1,2	3	0,2	2	0,5	0	0,0	9	0,3
Anderer nicht genannter Kandidat	0	0,0	0	0,0	1	0,3	0	0,0	1	0,0
Leerer oder ungültiger Stimmzettel	30	9,3	16	0,8	4	1,1	3	0,9	53	1,8
Cheminade	1	0,3	3	0,2	0	0,0	0	0,0	4	0,1
Dupont Aignan	11	3,4	26	1,3	13	3,4	6	1,9	56	1,9
Fillon	56	17,3	272	13,7	49	12,9	19	6,0	396	13,2
Hamon	14	4,3	227	11,4	3	0,8	4	1,3	248	8,3
Lassalle	3	0,9	11	0,6	2	0,5	2	0,6	18	0,6
Le Pen	8	2,5	7	0,4	234	61,7	6	1,9	255	8,5
Macron	4	1,2	704	35,5	8	2,1	12	3,8	728	24,2
Mélenchon	148	45,8	575	29,0	25	6,6	33	10,4	781	26,0
Keine Antwort	12	3,7	26	1,3	7	1,8	213	67,4	258	8,6
Poutou	5	1,5	10	0,5	1	0,3	0	0,0	16	0,5
Gesamtsumme	323	100,0	1985	100,0	379	100,0	316	100,0	3003	100,0

gang tun. Zudem hat die Qualifizierung von Marine Le Pen für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen ihr eine Form von Legitimität bzw. Anerkennung verschafft, die es vielen in der zweiten Runde leichter gemacht hat, ihre Stimmabgabe zu ihren Gunsten zuzugeben. Schließlich haben Frauen auch lange Zeit über ihre Stimmabgabe häufiger geschwiegen als Männer, vermutlich aufgrund einer stärkeren Verinnerlichung von bürgerlichen Normen oder aufgrund weniger extremer Einstellungen.²⁴ Das ist sicher einer der Gründe, warum der Effekt der „Banalisierung“ des FN auf Frauen eine größere Wirkung hat. Frauen erklären heute zu gleichen Anteilen wie Männer, für den FN gestimmt zu haben, was aber nicht zwangsläufig bedeutet, dass sie nun zahlreicher für den FN stimmen als früher, sondern lediglich, dass sie eher dazu stehen.

Die in der folgenden Analyse verwendeten Parameter sind klassische soziologische Faktoren, die zur Beschreibung des Profils der Wählerinnen verwendet werden. Die in den Schaubildern angegebenen Zahlen sind Bruttowerte und Prozentangaben.

→ **Tabelle 3: Geschlecht/Familienstand:** Von den Frauen und Männern, die erklärten, für Marine Le Pen gestimmt zu haben, ist eine Mehrheit verheiratet, was auf eine gewisse soziale Stabilität hindeutet. Diese wiederum ist ein typisches Merkmal von Wählern im Gegensatz zu Nichtwählern. In der Literatur zu diesem Thema wird häufig betont, dass soziale Isolation bei der Stimmenthaltung eine große Rolle spielt. Über die Frage des Familienstands hinaus kommen wir später noch einmal darauf zurück, wenn wir die Gründe für die Wahl im Einzelnen darlegen. Dann muss nämlich der Einfluss des Beziehungsgeflechts in der Ehe auf die Wahl des FN untersucht werden.

→ **Tabelle 4: Alterskohorten:** In der Alterskohorte der 18- bis 29-Jährigen, zu der auch die Erstwählerinnen gehören, scheinen die Frauen ihre Vorliebe für den FN eher zu offenbaren als die Männer. Ein Unterschied lässt sich auch zwischen den jüngeren und den älteren Frauen beobachten. Letztere haben deutlich häufiger für Emmanuel Macron gestimmt. Mindestens zwei Gründe spielen bei diesem Unterschied eine Rolle. Erstens eine generell niedrigere Zustimmung zum FN bei der älteren Generation, was die Annahme eines „gen-

²⁴ In dieser Frage kann bezüglich Frankreich auf die Arbeiten von Janine Mossuz-Lavau, Mariette Sineau oder Maurice Duverger verwiesen werden.

Tabelle 3

Geschlecht / Familienstand

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Geschlecht/Familienstand	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	Keine Antwort	Keine Antwort (%)	Summe	Summe (%)
Frauen	186	100	1139	100	208	100	199	100	1732	100
Ledig oder verwitwet	86	46,2	533	46,8	88	42,3	106	53	813	46,9
Verheiratet oder in eheähnlicher Lebensgemeinschaft	96	51,6	588	51,6	116	55,8	88	44	888	51,3
Keine Antwort	4	2,2	18	1,6	4	1,9	5	3	31	1,8
Männer	136	100	836	100	171	100	116	100	1259	100
Ledig oder verwitwet	61	44,9	274	32,8	69	40,4	45	39	449	35,7
Verheiratet oder in eheähnlicher Lebensgemeinschaft	73	53,7	549	65,7	99	57,9	68	59	789	62,7
Keine Antwort	2	1,5	13	1,6	3	1,8	3	3	21	1,7
Gesamtsumme	322	100	1975	100	379	100	315	100	2991	100

Tabelle 4

Geschlecht / Alter

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Geschlecht/Alter	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	Keine Antwort	Keine Antwort (%)	Summe	Summe (%)
Frauen	186	100,0	1142	100,0	208	100,0	199	100,0	1735	100,0
18–29	42	22,6	264	23,1	53	25,5	23	11,6	382	22,0
30–59	93	50,0	569	49,8	108	51,9	91	45,7	861	49,6
60 und älter	51	27,4	309	27,1	47	22,6	85	42,7	492	28,4
Männer	136	100,0	836	100,0	171	100,0	116	100,0	1259	100,0
18–29	34	25,0	195	23,3	40	23,4	18	15,5	287	22,8
30–59	72	52,9	459	54,9	92	53,8	55	47,4	678	53,9
60 und älter	30	22,1	182	21,8	39	22,8	43	37,1	294	23,4
Summe	322	100,0	1978	100,0	379	100,0	315	100,0	2994	100,0

der generation gap“²⁵ innerhalb der weiblichen Wählerschaft des FN bestätigen würde. Dies mag auf eine stärkere Zurückhaltung der Älteren bei der Wahl einer rechtsextremen Partei mit „vergifteten“ historischen Wurzeln zurückzuführen sein, da die jüngsten Mitglie-

der dieser Gruppe unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden. Zweitens die nach wie vor größere Zurückhaltung der älteren Generationen bei Angaben zu ihrem Stimmverhalten, da diese Generation noch stärker am Wahlgeheimnis festhält.

Dennoch ist es die Alterskohorte der Erwerbstätigen (30-59 Jahre), die sich am deutlichsten dem FN zuwenden, Frauen (51,9%) genauso wie Männer (53,8%).

²⁵ Norris, Pippa, 1999, « A gender generation gap ? » in Geoffrey Evans, Pippa Norris (eds), *Critical elections : British Parties and voters in long term perspective*, Londres/Thousand Oaks Calif., Sage.

Tabelle 5

Geschlecht / Sozioprofessionelle Kategorie

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Sozioprofessionelle Kategorie	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	Summe	Summe (%)
Landwirte	2	100	0	0	1	33,3	3	100
Handwerker, Kaufleute, Unternehmer	39	92,9	3	7,1	5	10,6	47	100
Leitende Angestellte	279	95,9	12	4,1	26	8,2	317	100
Arbeitsuchende	26	70,3	11	29,7	1	2,6	38	100
Angestellte	181	72,7	68	27,3	39	13,5	288	100
Fachkräfte	162	89,5	19	10,5	30	14,2	211	100
Rentner	197	86,8	30	13,2	40	15	267	100
Summe	886	86,1	143	13,9	142	12,1	1171	100

→ **Tabelle 5: Beruf:** Um die Verzerrungen bei der statistischen Analyse eines eher kleinen Befragtenkreises zu verringern und in Anbetracht der allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten sowie der sehr hohen Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Kategorien, wurden sie hier neu gruppiert. In die Kategorie Angestellte wurden nun auch die Arbeiter mit aufgenommen (187 aus der gesamten Stichprobe und nur 46 aus der Stichprobe der Wähler von Marine Le Pen, darunter 19 Frauen).

In dieser Wählerkategorie der Angestellten im weiteren Sinne hat der Kandidat Macron sein schlechtestes Ergebnis erzielt: Fast ein Drittel von ihnen erklärte, für Marine Le Pen gestimmt zu haben.

Laut der seit einigen Jahren durchgeführten Studien neigen schließlich die leitenden Angestellten am wenigsten dazu, den FN zu wählen. Allerdings kann man sich hier die Frage stellen, ob sich diese Wähler nicht einfach dessen bewusst sind, dass in ihrem sozialen Umfeld eine solche Wahl als nicht legitim angesehen werden würde - ob sie also tatsächlich seltener für den FN stimmen oder einfach nur weniger darüber sprechen. Auch hier zeigt sich die Problematik der freiwilligen Angaben bei solchen Erhebungen. Über die sozioprofessionellen Kategorien hinaus ist es interessant, die berufliche Stellung der Befragten zu betrachten, die erklärten, für den FN gestimmt zu haben.

→ **Tabelle 6: Berufliche Stellung:** Eine Mehrheit der FN-Wählerinnen und -wähler ist berufstätig, genau wie die überwiegende Mehrheit der Wähler insgesamt.

8,7% der Frauen, die angaben, für den FN gestimmt zu haben, sind arbeitslos, während dies in der gesamten Stichprobe auf 4,2% der Befragten zutrifft. Arbeitslose Frauen sind also unter den Befragten, die erklärten, für den FN gestimmt zu haben, kaum überrepräsentiert. Die arbeitslosen Männer liegen sogar weit unter dem Durchschnitt der Befragten. Arbeitslose gehören übrigens generell am ehesten zu den Nichtwählern - dem FN gelingt es nicht besser als den anderen Parteien, sie zur Wahl zu motivieren.

9,6% der Frauen, die erklärten, für den FN gestimmt zu haben, sind Gymnasiastinnen oder Studentinnen, was der Gesamtstichprobe der Befragten entspricht. Bei den Männern sind es 4,1%. Bereits 2012 war zu beobachten, dass 10% der Erstwähler für den FN waren. Bei der jüngeren Generation tragen Frauen wesentlich zum Erfolg des FN bei, wobei dies je nach Schulabschluss variiert.

→ **Tabelle 7: Bildungsstand:** 27,4% der Frauen, die für den FN gestimmt haben, sind Inhaberinnen eines CAP²⁶ oder BEP²⁷. Rechnet man die Zahl der Frauen ohne Berufsabschluss hinzu, haben mehr als 40% der Frauen, die erklärten, für den FN gestimmt zu haben, keinen oder einen Bildungsabschluss der Stufe V, also unterhalb des Abiturs.

²⁶ AdÜ: CAP = Certificat d'aptitude professionnelle (zweijähriger berufsbildender Abschluss)

²⁷ AdÜ: BEP = Brevet d'études professionnelles (zweijähriger berufsbildender Abschluss als Vorstufe zum baccalauréat professionnel)

Tabelle 6

Geschlecht / Berufliche Stellung

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Geschlecht/ Berufliche Stellung	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	Keine Antwort	Keine Antwort (%)	Summe	Summe (%)
Frauen	186	100,0	1142	100,0	208	100,0	199	100,0	1735	100,0
Hausfrauen/-männer	8	4,3	47	4,1	14	6,7	14	7,0	83	4,8
Arbeitslose	6	3,2	44	3,9	18	8,7	5	2,5	73	4,2
Berufstätige	107	57,5	643	56,3	106	51,0	96	48,2	952	54,9
Invalide	0	0,0	0	0,0	1	0,5	0	0,0	1	0,1
Gymnasiasten oder Studierende	20	10,8	117	10,2	20	9,6	11	5,5	168	9,7
Keine Antwort	4	2,2	33	2,9	7	3,4	9	4,5	53	3,1
Rentner	40	21,5	246	21,5	38	18,3	62	31,2	386	22,2
Männer	136	100,0	836	100,0	171	100,0	116	100,0	1259	100,0
Hausfrauen/-männer	0	0,0	2	0,2	1	0,6	1	0,9	4	0,3
Arbeitslose	9	6,6	33	3,9	10	5,8	7	6,0	59	4,7
Berufstätige	81	59,6	567	67,8	116	67,8	63	54,3	827	65,7
Gymnasiasten oder Studierende	17	12,5	71	8,5	7	4,1	6	5,2	101	8,0
Keine Antwort	1	0,7	21	2,5	8	4,7	5	4,3	35	2,8
Rentner	28	20,6	136	16,3	26	15,2	33	28,4	223	17,7
Summe	322	100,0	1978	100,0	379	100,0	315	100,0	2994	100,0

Tabelle 7

Geschlecht / Bildungsstand

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Geschlecht/ Bildungsstand	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	Keine Antwort	Keine Antwort (%)	Summe	Summe (%)
Frauen	185	100,0	1144	100,0	208	100,0	199	100,0	1737	100,0
Kein Abschluss	13	7,0	88	7,7	27	13,0	37	18,6	165	9,5
CAP / BEP	29	15,7	123	10,8	57	27,4	39	19,6	248	14,3
Abitur	41	22,2	199	17,4	44	21,2	42	21,1	328	18,9
Abitur + 2 / 3 Jahre Studium	56	30,3	335	29,4	57	27,4	41	20,6	490	28,2
Master	44	23,8	379	33,2	21	10,1	34	17,1	476	27,4
Keine Antwort	2	1,1	20	1,8	2	1,0	6	3,0	30	1,7
Männer	137	100,0	836	100,0	171	100,0	116	100,0	1260	100,0
Kein Abschluss	13	9,6	92	11,0	24	14,0	18	15,5	146	11,6
CAP / BEP	25	18,4	109	13,0	49	28,7	27	23,3	211	16,7
Abitur	31	22,8	133	15,9	37	21,6	25	21,6	226	17,9
Abitur + 2 / 3 Jahre Studium	35	25,7	173	20,7	32	18,7	21	18,1	261	20,7
Master	31	22,8	315	37,7	24	14,0	19	16,4	389	30,9
Keine Antwort	2	1,5	14	1,7	5	2,9	6	5,2	27	2,1
Gesamtsumme	322	100,0	1980	100,0	379	100,0	315	100,0	2997	100,0

21,2% der Frauen, die erklärten, für den FN gestimmt zu haben, besitzen das Abitur und 27,4% einen Abschluss „Bac+2“²⁸ oder „Bac+3“. Sie sind in dieser Kategorie weitaus zahlreicher als die Männer. Allerdings fehlt hier die Unterscheidung zwischen Abitur und Fachabitur, zumal sich die Stufen „Bac+2“ und „Bac+3“ oft auf berufsqualifizierende Abschlüsse wie das BTS²⁹, das DUT³⁰ oder die Licence professionnelle beziehen.

Bei den Absolventen eines Master gaben nur 10% der Frauen und 14% der Männern an, für Le Pen gestimmt zu haben, während in dieser Kategorie 23,8 bzw. 22,8% erklärten, Macron ihre Stimme gegeben zu haben. Aber auch hier stellt sich die Frage, wie viele der Befragten dieser Kategorie, die eigentlich für Le Pen gestimmt haben, keine Angaben gemacht haben.

²⁸ AdÜ: Bac+2 = Abitur plus 2 Jahre Studium

²⁹ dÜ: BTS = Brevet de Technicien Supérieur (Abschluss nach einem zweijährigen dualen Studium an einer Fachhochschule)

³⁰ AdÜ: DUT = Diplôme Universitaire de Technologie (einem technischen Fachschulabschluss vergleichbar)

→ **Tabelle 8: Einkommensniveau:** Die männlichen Befragten, die angaben, für den FN gestimmt zu haben, haben im Durchschnitt höhere Einkommen als die weiblichen Befragten, die diese Angabe machten. Allerdings muss hier die sogenannte Paarvariable berücksichtigt werden, die auf Grundlage qualitativer Erhebungen nahelegt, dass Paare oft gemeinsam für den FN stimmen - und bekanntermaßen sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt oft schlechter gestellt (tendenziell schlechter bezahlt, häufiger in Teilzeitarbeit usw.). Nur 9,1% der Frauen (und 7% der Männer), die für den FN gestimmt haben wollen, verfügen über ein Einkommen von weniger als 800 Euro, was einmal mehr bestätigt, dass der FN die wirtschaftlich schwächsten Schichten nicht überproportional anzieht, unter denen sich im Übrigen ohnehin viele Nichtwähler befinden.

Um diesen Punkt abzuschließen, lassen sich unsere Ergebnisse wie folgt zusammenfassen:

Tabelle 8 **Geschlecht / Einkommen**

Abstimmung 2. Wahlgang Präsidentschaftswahlen 2017

Geschlecht/ Einkommen	leerer oder ungültiger Stimmzettel	leerer oder ungültiger Stimmzettel (%)	E. Macron	E. Macron (%)	M. Le Pen	M. Le Pen (%)	Keine Antwort	Keine Antwort (%)	Summe	Summe (%)
Frauen	186	100,0	1142	100,0	208	100,0	199	100,0	1735	100,0
Mehr als 8000 Euro netto	3	1,6	45	3,9	1	0,5	5	2,5	54	3,1
Zwischen 5000 und 8000 Euro netto	16	8,6	89	7,8	7	3,4	2	1,0	114	6,6
Zwischen 2500 und 5000 Euro netto	46	24,7	289	25,3	34	16,3	24	12,1	393	22,7
Zwischen 1600 und 2500 Euro netto	42	22,6	271	23,7	47	22,6	44	22,1	404	23,3
Zwischen 800 und 1600 Euro netto	46	24,7	252	22,1	80	38,5	63	31,7	441	25,4
Weniger als 800 Euro netto	12	6,5	78	6,8	19	9,1	12	6,0	121	7,0
Keine Antwort	20	10,8	114	10,0	17	8,2	49	24,6	200	11,5
Männer	136	100,0	836	100,0	171	100,0	116	100,0	1259	100,0
Mehr als 8000 Euro netto	1	0,7	80	9,6	5	2,9	3	2,6	89	7,1
Zwischen 5000 und 8000 Euro netto	12	8,8	101	12,1	11	6,4	8	6,9	132	10,5
Zwischen 2500 und 5000 Euro netto	32	23,5	229	27,4	36	21,1	19	16,4	316	25,1
Zwischen 1600 und 2500 Euro netto	35	25,7	179	21,4	54	31,6	34	29,3	302	24,0
Zwischen 800 und 1600 Euro netto	31	22,8	143	17,1	47	27,5	23	19,8	244	19,4
Weniger als 800 Euro netto	8	5,9	36	4,3	12	7,0	5	4,3	61	4,8
Keine Antwort	16	11,8	64	7,7	5	2,9	24	20,7	109	8,7
Summe	322	100,0	1978	100,0	379	100,0	315	100,0	2994	100,0

Die junge Generation wählt nicht häufiger den FN als andere Parteien, aber sie enthält sich häufiger der Stimme. Fast 42% der 18- bis 25-Jährigen haben in keinem Wahlgang der Präsidentschafts- und der Parlamentswahlen 2017 in den vier ausgewählten Wahllokalen in Avignon abgestimmt. Die Wahlmüdigkeit fällt je nach sozialer Lage in den untersuchten Regionen und der Art der Wahl zum Teil sogar noch deutlicher aus: Bei den Regionalwahlen 2015 lag der Prozentsatz der Nichtwähler in derselben Altersgruppe im größten untersuchten Wahllokal bei 60%. Diese lokalen Daten werden durch die jüngste vom französischen Statistikamt INSEE durchgeführte Umfrage zur Wahlbeteiligung bestätigt, nach der unter den 18- bis 29-Jährigen weniger als zwei von zehn registrierten Wählern in sämtlichen Wahlgängen der Wahlen von 2017 gewählt haben.³¹ Bis vor den Parlamentswahlen 2017 kam diese große Stimmenthaltung dem FN zugute, indem sie ihm zu überproportionalen Ergebnissen verholfen hat; bei der letzten Wahl allerdings wurde der FN selbst ihr Opfer und verlor zwischen den Präsidentschafts- und den Parlamentswahlen allein in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur – dem Stamm-land der Partei, wenn es denn ein solches gibt – mehr als die Hälfte seiner Stimmen.

Junge Frauen unter 30 Jahren, die wählen gehen, stimmen in der Regel häufiger für den FN als Männer derselben Altersgruppe. Dies gilt zweifelsfrei für beruflich schlechter gestellte junge Frauen.

Die Bevölkerungsgruppe, die einer Wahl des FN am offensten gegenübersteht, das sind jedoch nach wie vor meist Angestellte aus sozial stabilen Verhältnissen - und nicht die finanzschwachen Bevölkerungsgruppen. Entgegen der Rhetorik der Spitzenpolitiker des FN ist die Partei bei weitem nicht die der Ausgeschlossenen, der Arbeiterklasse oder der prekär Beschäftigten, die sich nämlich viel häufiger der Stimme enthalten als den FN zu wählen.

Aus welchen Gründen³² wählen Frauen den FN?

Die untersuchten Wählerstimmen für den FN - sowohl die der Männer als auch die der Frauen - zeugen von einem geringen politischen Sachverstand: wenig

Interesse an Politik, kein oder kaum politisches Engagement, wenig politisches Wissen, keine Kenntnis von Programmen und politischen Akteuren, sowie Mühe, sich politisch links oder rechts zu verorten. Diese Stimmen entstehen in einem dem FN wohlgesinnten Umfeld und entspringen häufig einer Art Delegation der Entscheidung an den Ehepartner, die Eltern, die Kinder, Freunde usw. Diese Delegation erfolgt jedoch nicht systematisch und geht bei Paaren auch nicht immer von der Frau aus. Ein geringer politischer Sachverstand liegt oft bei beiden Ehepartnern vor. Dies gilt nicht nur für FN-Wähler und beruht vor allem auf dem von amerikanischen Forschern³³ untersuchten Einfluss des Beziehungsgeflechts in der Ehe auf politische Entscheidungen. Statt eines Unterschieds in der politischen Kompetenz zwischen Frauen und Männern lassen sich bei den Geschlechtern unterschiedliche Beziehungen zur Politik feststellen. Dieser Unterschied beruht eher auf dem „Machtverhältnis der Geschlechter“³⁴ (z.B. häufigeren Wortmeldungen des Mannes) als auf einer größeren politischen Kompetenz der Männer. Tatsächlich lässt sich selbst bei den engagiertesten weiblichen Befragten beobachten, dass sie eine geschlechtsspezifische Rollenverteilung verinnerlicht haben³⁵, die man auch bei anderen politischen Parteien findet. Im Gegensatz zu den Männern, die wir auch begleitet haben, scheinen sich Frauen häufiger auf subjektivere Formen des politischen Engagements zurückzuziehen, die von kürzerer Dauer und vielleicht stärker den Wechselfällen des Lebens unterworfen sind als die objektiveren Formen des Engagements ihrer Partner oder Ehemänner (z.B. Kandidaten, Wahlplakate).

Ange-sichts dieses geringen politischen Sachverstands verfolgen FN-Wähler mit ihrer Entscheidung oftmals eher private Zwecke. Eine solche Wahl kann in der Tat eine Gelegenheit sein, seine Unabhängigkeit innerhalb des Paares zu behaupten. Sie kann aber auch aus einer Abhängigkeit heraus stattfinden und - mit dem Ziel, die Paar- und/oder Familienbeziehung zu

³¹ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3138704#titre-bloc-4>

³² Die hier aufgestellten Hypothesen basieren auf 15 Jahren qualitativer Befragungen von FN-Wählerinnen und Wählern, vgl.: Christèle Marchand-Lagier, *Le vote FN. Pour une sociologie localisée des électors frontistes*, De Boeck Supérieur, 2017

³³ Zuckerman, Alan S., Dasovic, Josip et Fitzgerald, Jennifer, 2007. *Partisan Families. The social logic of bounded partisanship in Germany and Britain*, Cambridge University press.

³⁴ Elias, Norbert, *Les transformations de la balance des pouvoirs entre les sexes*, Politix, Vol. 13/n°51, 2000.

³⁵ Fillieule, Olivier, Roux, Patricia, 2009. *Le sexe du militantisme*, Les Presses de Science po.

bewahren - als Anpassung verstanden werden. Einige wählen den FN, um in der Partnerschaft ihren Frieden zu haben, um in der Beziehung andere Dinge des gemeinsamen Lebens besser verhandeln zu können, die Verbundenheit mit den Eltern zu bewahren, sich in konfliktreichen Beziehungen für den Partner oder die Eltern zu entscheiden usw. Auch wenn die rationale Wahlentscheidung nicht aus politischen Gründen erfolgt, ist ein solches Verhalten dennoch nicht weniger rational.

Unter den jungen Erstwählerinnen konnten wir beobachten, wie gesellschaftliche Fragen in den Hintergrund gedrängt werden, die für frühere Generationen, die für die Anerkennung von Minderheiten, sexuelle Freiheit oder bestimmte Rechte kämpfen mussten, noch ganz zentral waren. Das gleiche gilt scheinbar auch für das Wahlrecht selbst, das von den jüngeren Generationen vernachlässigt wird, aber auch für das Recht auf Abtreibung, das für selbstverständlich gehalten wird, oder die Todesstrafe, für die sich vor allem einige der 2013 befragten jungen Wählerinnen ausgesprochen haben. Diese Distanz zu den gesellschaftlichen Fragen, die die politischen Parteien heute am meisten voneinander unterscheiden, zeigt, dass solche Fragen allein nicht mehr ausreichen, um die Wähler dazu zu motivieren, eine gemäßigte Partei zu wählen. Die persönlichen Erfahrungen (aber manchmal auch nur die antizipierten Lebensumstände) der befragten Wählerinnen und Wähler des FN wiegen bei ihrer Entscheidung schwerer als irgendwelche Ideale, die im Übrigen oft von Intellektuellen hochgehalten werden, von denen sich FN-Wähler ohnehin sehr weit entfernt fühlen. Dabei geht es hier nicht um Ignoranz, sondern um die Auseinandersetzung mit Alltagssituationen, die schlicht zu anderen Prioritäten führt. Hinzu kommt bei den jüngeren Wählern das Gefühl, eine Machtbeteiligung des FN könne den Lauf der Dinge gar nicht zum Schlechten verändern, denn gesellschaftliche Errungenschaften erscheinen ihnen bereits so selbstverständlich, als könnten sie im heutigen Kontext gar nicht mehr in Frage gestellt werden.

Aufgrund der geringen politischen Kenntnisse und der Vermischung mit ganz privaten Gründen beruht eine Entscheidung für den FN im Übrigen selten auf einer genauen Kenntnis des Wahlprogramms oder auf einem vermeintlichen „Marine Le Pen-Effekt“. Tatsächlich bezieht sich keine der Antworten der durchgeführ-

ten Befragungen auch nur einmal auf die Vorschläge des FN zugunsten oder zuungunsten von Frauen: weder bei unserer ersten Befragung zur Jahrtausendwende, die großes Unwissen über Maßnahmen wie Elterngeld, Erziehungsscheck und Familienwahlrecht aus dem FN-Programm von 1995 zutage förderte, noch bei den in 2010 und 2013 durchgeführten Interviews.

Was Marine Le Pen angeht, so wird diese nicht in erster Linie als Frau betrachtet, sondern es zählt vor allem ihre Zugehörigkeit zur Familie Le Pen. Ein ausgeprägter „Marine Le Pen-Effekt“ auf Frauen ist nicht festzustellen. Diese weit verbreitete Vorstellung beruht auf der spekulativen Annahme, dass Frauen eher für Frauen stimmen, was aber durch keine seriöse empirische Studie untermauert wird. Die Daten, die uns vorliegen, scheinen sie sogar eher zu widerlegen. Zumindest für die betrachtete Wählerstichprobe gilt, dass das positive Bild von Marine Le Pen vor allem durch den Vergleich zum sehr negativen Bild ihres Vaters zustande kommt. Ihre Wähler sind von Marine Le Pens politischer Wirkungskraft nicht wirklich überzeugt und wählen sie weitgehend ohne jede Illusion.

Wenn Wählerinnen und Wähler überhaupt Themen zur Rechtfertigung ihrer Wahl des FN ins Feld führen, sprechen sie oft von „Arbeit“, einem typischen Bestandteil konservativer Symbolik.³⁶ Daneben wird oft eine ebenfalls aus dem konservativen Diskurs übernommene Steuerrhetorik verwendet. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die FN-Wählerinnen und -Wähler großes Misstrauen gegenüber dem Ausstieg aus dem Euro hegen. Die jüngste - allerdings sehr uneindeutige - Kehrtwende von Marine Le Pen zu dieser Frage sollte diese Zweifel wahrscheinlich zerstreuen. Natürlich bringen die Wählerinnen und Wähler auch das Thema Einwanderung zur Sprache, bei dem auch die selbsternannten „republikanischen“ Konservativen immer wieder die politischen Grenzen verwischen. Dies ist jedoch nie der einzige Beweggrund und überdeckt oft einfach Alltagsprobleme, die eher den Ausschlag geben. Viel mehr als vom Hass auf Zuwanderer zeugen die Stimmen für den FN von Selbstbezogenheit bzw. von lokalen oder sogar sublokalen Sorgen („mein Viertel“, „meine Straße“, „meine indi-

³⁶ Michelat, Guy, Simon, Michel, « Déterminations socio-économiques, organisations symboliques et comportement électoral », *Revue Française de Sociologie*, 1985.

viduelle Situation“ usw.), denen der FN eine Stimme verleiht - und zwar eine, die in der derzeitigen politischen Landschaft am lautesten ertönt.

Marine Le Pen verkörpert - ausreichend vage - eine revolutionäre oder systemfeindliche Haltung, die bei einer schwachen primären und sekundären politischen Sozialisation verführerisch sein kann. Tatsächlich zieht sie in erster Linie unideologische Wählerinnen und Wähler an, die, wie wir vorhin feststellen konnten, ziemlich unkritisch gegenüber ihren zahlreichen widersprüchlichen Anspielungen sind.

Der zunehmende Wahlerfolg des FN beruht im Wesentlichen auf dem Argument „*Wir haben sie noch nie ausprobiert*“, das wir in zahlreichen Gesprächen mit FN-Wählerinnen und -Wählern zu hören bekommen haben. Dieser Ansatz verfängt perfekt bei den von der Politik am weitesten entfernten Wählern. Er wurde aber durch zwei Ereignisse erheblich geschwächt. Zum einen durch das Ausscheiden der beiden großen Parteien *Parti socialiste* und *Les Républicains* aus dem Rennen um die Präsidentschaft (die zusammen vom FN als „*UMPS*“ verhöhnt wurden, als die LR noch UMP hießen). Zum anderen durch die Herabstufung des FN auf den Rang einer „alten Partei“ durch die Bewegung *En Marche* von Emmanuel Macron, über deren Erfolg oder Beständigkeit man heute noch nichts sagen kann.

3. Gegenbewegungen und Strategien zur Bekämpfung des rechtsextremen Populismus in Frankreich

Die letzte große Mobilmachung gegen den Aufstieg des FN in Frankreich fand 2002 statt und betraf nicht ausdrücklich die Rechte der Frauen. Die jüngsten und spektakulärsten Proteste sind die von den Femen angeführten.³⁷ Dass sich Marine Le Pen für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl qualifiziert hat, war erwartet worden und hat nicht zu großen Demonstrationen geführt. Ihr unter den Erwartungen liegendes Ergebnis ist von ihren Gegnern mit Erleichterung aufgenommen worden.

37 Femen ist eine feministische Gruppe aus der Ukraine, die 2008 von Anna Hutsol, Oksana Chatchko und Alexandra Chevtchenko in Kiew gegründet wurde. Die Gruppe organisiert aufsehenerregende Aktionen, meist oben ohne, bei denen sie den weiblichen Körper als Medium für politische Botschaften nutzt. Zum Beispiel ihre Aktionen auf: <https://www.youtube.com/watch?v=xIThRkKXWw>

Die Frage der Frauenrechte steht nicht im Mittelpunkt des Wettstreits zwischen den gemäßigten Parteien auf der einen und dem FN auf der anderen Seite - abgesehen von einzelnen Fällen, in denen die Frauenrechte gezielt auf die Medienagenda gesetzt wurden („*ABC der Gleichstellung*“, *Abtreibungsrecht*, *Leihmutterchaft*). Die Parteien reagieren meist auf zwei Arten auf den Vormarsch des Front National, die aus unserer Sicht beide gleichermaßen wirkungslos sind:

- Auf der rechten Seite findet ein programmatisches Überbieten bei Themen wie Einwanderung und innerer Sicherheit statt, das Nicolas Sarkozy 2007 vorgemacht und das im von den Terroranschlägen geprägten Klima noch einmal erheblich zugenommen hat. Kurzfristig konnten damit zwar gewisse Wahlerfolge erzielt werden, doch letztendlich hat sich diese Strategie für den Wettbewerb zwischen den Konservativen und der extremen Rechten als verheerend erwiesen. In diesem Zusammenhang dokumentiert eine regionale Analyse des Aufstiegs des FN im Süden Frankreichs in bestimmten Gebieten sogar das allmähliche Verschwinden der Konservativen zugunsten des FN.
- Auf der linken Seite herrscht die Tendenz, die Debatten über Einwanderung vom politischen ins religiöse Spielfeld zu verlagern. Manche sprechen von der Entwicklung eines „linken Islamo-Radikalismus“, der das linke Lager tief spaltet (vgl. hierzu die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den Presseorganen *Charlie Hebdo* und *Médiapart*).

Hinzu kommt die unverhältnismäßig hohe Medienpräsenz, von der der FN in Wahlkampfphasen, aber auch sonst profitiert, sowie die Tatsache, dass die vom FN beanspruchten Themen (Einwanderung, innere Sicherheit) regelmäßig in den Mittelpunkt politischer Debatten gerückt werden, ohne dass es seinen politischen Gegnern gelingt, den Streit auf andere Themen (Bildung, Kultur usw.) zu lenken.

Der FN kann sich vor allem dort durchsetzen, wo sich viele Wähler der Stimme enthalten. Wähler, die dann erneut wählen gehen, geben tendenziell dem FN ihre Stimme, insbesondere in Regionen, in denen das politische Personal durch Affären und Korruption diskreditiert ist. Wie erfolgreich der FN daher in ein-

zelen Gegenden ist, kann selbst zwischen benachbarten Gemeinden stark voneinander abweichen.

Zudem ist die Tendenz festzustellen, dass vor allem diejenigen Bevölkerungsgruppen verstärkt für den FN stimmen, die unter unsicheren Arbeitsbedingungen leiden (Fachkräfte, Arbeitnehmer, Arbeiter). Dies sollte Anlass zu Überlegungen geben, wie solche Arbeitsplätze gesichert statt weiter gefährdet werden können und wie diesen Gruppen eine größere berufliche Anerkennung entgegengebracht werden kann.

Literatur und Quellen

- Crépon, Sylvain (2015):** « La politique des mœurs au Front national », in Crépon, Sylvain, Dezé, Alexandre, Mayer, Nonna, *Les Faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique*, S. 185-205.
- Elias, Norbert (2000): « Les transformations de la balance des pouvoirs entre les sexes », *Politix*, Band 13/Nr. 51.
- Fillieule, Olivier, Roux, Patricia (2009): *Le sexe du militantisme*, Les Presses de Science po.
- Givens Terry E. (2004): « The Radical Right Gender Gap », *Comparative political studies*, Band 37, Nr. 1, S. 3054.
- Igounet, Valérie (2014): *Le Front national de 1972 à nos jours. Le parti, les hommes, les idées*, Seuil.
- Lebourg, Nicolas (2015): « Le Front national et la galaxie des extrêmes droites radicales », in Crépon, Sylvain, Dezé, Alexandre, Mayer, Nonna, *Les Faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique*, Presses de Sciences Po, Paris, S. 121-139.
- Marchand-Lagier, Christèle (2017): *Le Vote FN. Pour une sociologie localisée des électors frontistes*, De Boeck supérieur.
- Mayer Nonna (2016): « Les constantes du vote FN », *Revue Projet*, 5 (Nr. 354), S. 11-14.
- Michelat, Guy, Simon, Michel (1985): « Déterminations socio-économiques, organisations symboliques et comportement électoral », *Revue Française de Sociologie*.
- Norris, Pippa (1999): « A gender generation gap ? » in Geoffrey Evans, Pippa Norris (Hrsg.), *Critical elections: British Parties and voters in long term perspective*, Londres/Thousand Oaks Calif, Sage.
- Taguieff, Pierre-André (1996): « La métaphysique de Jean-Marie Le Pen », in Mayer, Nonna, Perrineau, Pascal, (dir.), *Le Front national à découvert*, S. 173-194.
- Sénac Réjane, Parodi Maxime (2013): « « Gender gap à la française » : recomposition ou dépassement ? L'élection présidentielle 2012 », *Revue française de science politique*, 2013/2 (Band 63), S. 225-248.
- Sineau, Mariette (2004):** « Les paradoxes du gender gap à la française », in Cautrès, Bruno, Mayer, Nonna (dir.), *Le nouveau désordre électoral*, Presses de Sciences Po, Paris, S. 207-228.dcdc
- Zuckerman, Alan S., Dasovic, Josip et Fitzgerald, Jennifer (2007): *Partisan Families. The social logic of bounded partisanship in Germany and Britain*, Cambridge University press.



Qumran

4.3 Länderfallstudie Griechenland

VON ALEXANDROS SAKELLARIOU

Das Verhältnis von Frauen zu rechtsextremer Politik ist erst in den letzten drei Jahrzehnten in den Fokus der Wissenschaft gerückt. Die bisherige Forschung hat sich in erster Linie mit dem historischen Faschismus beschäftigt und einige umfassende Studien hervorgebracht, bei denen die Stellung und Rolle von Frauen im italienischen Faschismus (Gori 2004; de Grazia 1992; Pickering-Iazzi 1995), in der Weimarer Republik und im Dritten Reich (Bridenthal, Grossman und Kaplan 1984; Moser-Verrey 1991; Lower 2013) oder in beiden Ländern (Durham 1998) im Mittelpunkt stand. Diese Studien kommen zu den gleichen Schlussfolgerungen in Bezug auf die in faschistischen Regimen vorherrschenden Vorstellungen zur Rolle der Frau: In allen Regimen wurde die Mutterschaft auf eine Weise unterstützt und gefördert, die den Körper von Frauen insofern mythologisierte und nationalisierte (de Grazia 1992), als die Bestimmung der Frauen darin bestand, Gebärmaschinen der Nation zu sein.¹



orschung und Studien auf dem Gebiet des Rechtsextremismus fokussierten sich bis Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrtausends fast ausschließlich auf Männer. Die in der extremen Rechten engagierten Frauen wurden übersehen oder als unwichtig erachtet; zumindest wurde ihnen keine aktive Rolle beim Aufbau der rechtsgerichteten Ideologie und der Mobilisierung für rechte Bewegungen und Parteien zugeschrieben. Untersuchungen zum organisierten Rassismus waren – gewissermaßen unmerklich – sehr geschlechtsspezifisch: Der überzeugte und aktive Rassist erschien gewöhnlich als Mann, während Rassistinnen nur im Schatten, hinter ihren Männern und Partnern verborgen, existierten (Blee 1996: 680). Aus der Fülle an Literatur, die in den letzten Jahren zu rechtsextremen Frauen erschien, geht jedoch deutlich hervor, dass rechtsgerichteter Aktivismus fast nie eine ausschließliche Männerdomäne war (Blee und Deutsch 2012: 1; Bacchetta und Power 2002, Meret 2015, Kötting, Bitzan und Petö 2017). Diese Schriften scheinen zu bestätigen, dass sich die in den Studien zum historischen Faschismus identifizierten ideologischen Grundsätze zur gesellschaftlichen Rolle der Frau in den heutigen rechtsextremen Gruppierungen und Bewegungen wiederfinden.²

¹ Die Verbindung zwischen Frauen und Nation/Nationalismus ist nicht neu; sie wurde von Wissenschaftlern aus einer Reihe von Perspektiven – feministischen und anderen – erörtert und analysiert.

² Trotz der offensichtlichen Veränderung in den letzten Jahren zeigen vorliegende Studien, dass nicht alle rechtsextremen Parteien Frauen in großer Zahl als Mitglieder und Wählerinnen anziehen (Mudde 2007: 6). Beispielsweise hieß es (Goodwin 2011: 87, 137, 180), die British National Party habe erfolglos versucht, Frauen mit der Bildung eines Familienzirkels für die Partei zu gewinnen.

In diesem Beitrag wird die Stellung von Frauen in der griechischen Neonazi-Partei »Chrysi Avgi« (Goldene Morgenröte, im Folgenden GM),³ in ihrer Parteideologie und in ihrem politischen Programm umrissen. Die Erfolge der GM in den Kommunalwahlen seit 2010 und ihr anschließender Einzug als drittstärkste Partei in das griechische Parlament nach den nationalen Wahlen von 2012 haben die Aufmerksamkeit auf ein Problem gelenkt, das man zuvor nicht für sonderlich bedeutsam hielt. Es ist allerdings anzumerken, dass faschistische Vorstellungen in der griechischen Gesellschaft nicht neu, sondern tief verwurzelt sind (die Zeit der nationalsozialistischen Besetzung, der Bürgerkrieg, die Diktatur von 1967 bis 1974).⁴ Die GM wurde 1980 gegründet und ist eine Organisation mit neonazistischer bzw. faschistischer Ideologie (Psarras 2012; Koronaïou et al. 2015; Koronaïou, Lagos, Sakellariou 2015). Als sie sich 2012 als drittstärkste Partei etablieren konnte, war das Anlass für viele Wissenschaftler, unter anderem ihre Ideologie, Organisation und ihr politisches Programm genauer unter die Lupe zu nehmen (Georgiadou 2013; Paraskeva-Veloudogianni 2015; Vasilopoulou und Halikiopoulou 2015; Sakellariou 2015; Ellinas und Lamprianou 2016). Ein entscheidender und auch in diesem Kapitel im Mittelpunkt stehender Aspekt dieser Untersuchungen ist zwangsläufig die Rolle, die Frauen in der Ideologie und Organisation der Partei spielen.

³ Auch wenn die GM in der Regel in eine Reihe mit populistischen oder rechtsextremen Parteien wie der Alternative für Deutschland, dem französischen Front National oder anderen rechtsextremen Parteien gestellt wird, ist sie doch mit diesen Parteien nicht zu vergleichen, abgesehen vielleicht von der ungarischen Jobbik. Auf der Grundlage von R. Griffins generischem Faschismusbegriff könnte die GM als eine Partei mit faschistischer Ideologie bezeichnet werden, die unter anderem auf eine Neugeburt (Palingenese) der verfallenden Nation abzielt, mit dem Faschismus zusammenhängende Symbole verwendet, das nationalsozialistische Deutschland und faschistische Italien anpreist sowie dem Führerprinzip und dem Aufbau militanter Gruppen folgt (Koronaïou et al 2015: 234-236).

⁴ In dieser Diskussion darf auch nicht vergessen werden, dass ein Teil der griechischen Bevölkerung mit den nationalsozialistischen Besatzungskräften kollaborierte, dass auch das 20. Jahrhundert hindurch faschistische Parteien existierten, auch wenn sie unbedeutend waren, und dass die Menschen, die am griechischen Bürgerkrieg beteiligt waren, nie bestraft wurden. Dazu kommt, dass viele Menschen die Militärdiktatur (1967–1974) unterstützten und sich für das Regime aussprachen. Diese historischen und soziologischen Rahmenbedingungen sind wirklich bedeutsam, weil es Menschen gibt – auch jüngere –, die in einem solchen ideologischen Umfeld aufwuchsen und heute unter anderem in der GM einen fruchtbaren Boden gefunden haben, ihr Gedankengut zum Ausdruck zu bringen. Mit der Krise, die zur Veränderung der politischen Landschaft in Griechenland beitrug, weil zwei der Volksparteien einen Großteil ihrer parlamentarischen Macht verloren, wurde ein Milieu geschaffen, in dem Ansichten und Ideen in Erscheinung treten konnten, die zuvor nie so deutlich in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht wurden.

1. Frauenbild und Frauenpolitik der »Goldenen Morgenröte«

Ein Blick auf die Webseite der Partei mit ihrer Fülle an Material gewährt erste Einblicke in die Ideologie und politischen Standpunkte der Partei.⁵ Weitere Informationen lassen sich aus der parlamentarischen Arbeit der Partei erschließen, beispielsweise aus schriftlichen Anfragen an Minister zu einer Vielzahl an sozialen, politischen und finanziellen Problemen sowie aus Reden während der Parlamentssitzungen.⁶

Familie, Mutterschaft und Nation

Im Jahr 1989 gab die GM das Buch *National Socialism: The Biological World View* des dänischen Neonazis Povl Heinrich Riis-Knudsen in griechischer Übersetzung heraus. Zu Frauen hieß es in dem Buch, dass es keine biologische Gleichwertigkeit zwischen Männern und Frauen gebe, dass die Idee, eine Frau könne sich durch ihre Beteiligung am Produktionsprozess und auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen, ein Verbrechen und die Emanzipation von Frauen törichter Unsinn seien (Riis-Knudsen 1989: 21-22). Neben den Beweisen für die nationalsozialistische Vergangenheit der GM ist auch dies Beleg dafür, dass das Frauenbild der Partei, das im Folgenden erörtert wird, keineswegs selbst ersonnen wurde, sondern sich auf nationalsozialistisches Gedankengut stützt (Psarra 2014). Einer der wichtigsten Aspekte der GM-Ideologie in Bezug auf Frauen ist die Mutterschaft, die daher auf ihren Webseiten auch einen großen Raum einnimmt. In einem der ersten Texte, die auf die Webseite der Frauenorganisation der Partei hochgeladen wurde, wird die niedrige Geburtenrate als ein Hauptproblem der griechischen Gesellschaft herausgestellt und die Familie angepriesen:

»Männer werden das Gefühl haben, dass ihre Existenz in dieser Welt ein Bedeutung erhält, wenn sie eine

Familie gründen und sich der Herausforderung stellen, ihre Kinder zu erziehen und ihre Bedürfnisse zu erfüllen. [Dagegen] werden Frauen [durch die Gründung einer Familie] ihre Natur akzeptieren: Die einzig wahre Befreiung besteht darin, Kinder auf die Welt zu bringen und großzuziehen.« (WF 2007a; Übersetzung ins Englische von A.S.)

In obigem Auszug ist das Wort »Natur« von zentraler Bedeutung, denn es bildet die Grundlage der GM-Ideologie zu Frauen. In den Augen der GM gilt die Familie, die als »Heim«, »Zuflucht«, als die »Flamme« und das »Licht« bezeichnet wird, als erstes und grundlegendstes Verbindungsglied einer jeden Gesellschaft, in der die Ideale von »Blut und Ehre« vorherrschen. Die Familie sei das oberste Ziel aller Menschen, aber vor allem der Frauen (WF 2011), und die Werte der Familie werden häufig erörtert und gepriesen (Alexandrakis 2011). Für die GM bedeutet das, dass Frauen als Gebärmaschinen verehrt werden, durch die der Fortbestand der Rasse und Nation gewährt sei (WF 2008a). Auch die folgende Erklärung von der Webseite der GM-Jugendorganisation Antepithesi veranschaulicht diese Position:

»Wir Frauen müssen stolz auf unser Geschlecht und auf das Geschenk sein, das die Natur uns mitgab: Leben zu erzeugen. (...) Die größte Energie, die eine Frau einer nationalen Gesellschaft und ihren Menschen bieten kann, sind ihre Kinder. (...) Wir müssen uns erst als Ehefrauen und dann als Mütter als würdig erweisen. Für gute Ehemänner, bessere Kinder und eine gesunde Nation.« (Antepithesi 2016; Übersetzung ins Deutsche von I.G.)

Und wieder nimmt das Wort »Natur« eine zentrale Position ein. Es überrascht daher nicht, dass die Anerkennung derjenigen, die mehr als drei Kinder haben, ein weiterer wichtiger Aspekt im GM-Diskurs ist (Skarlatou 2010) und dass die niedrigen Geburtsraten nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa mit der Zunahme der Immigration in Verbindung gebracht werden (WF 2010a). Insbesondere bei Anlässen wie dem Internationalen Frauentag steht die Mutterschaft immer wieder im Mittelpunkt der Parteidiskussion. Bei einer dieser Gelegenheiten gab Eleni Zaroulia, die Frau des Parteivorsitzenden und GM-Abgeordnete im nationalen Parlament, folgende Erklärungen ab: »Im Nationalismus werden Frauen respektiert und anerkannt« und »Mutterschaft ist eine heilige Pflicht, eine Aufgabe und eine Ehre« (Goldene Morgenröte 2016a).

⁵ Dieses Kapitel stützt sich in erster Linie auf das Material von der Webseite der Frauenorganisation der Partei, die sich ΜΕΤΩΠΙΟ ΓΥΝΑΙΚΩΝ (Métopo Gynaikón/Frauenfront) bzw. White Women's Front (WF) nennt (<http://whitewomenfront.blogspot.gr/>), aber auch auf Material von der offiziellen Webseite der GM (<http://www.xryshaygh.com/>) und der Webseite der Jugendorganisation der Partei (Antepithesi/Gegenangriff) (<http://www.antepithesi.gr/>). Auf all diesen Seiten finden sich Artikel zur Rolle der Frau in der Ideologie der GM, zu ihrer Rolle in der gegenwärtigen Gesellschaft und in einer zukünftigen idealen nationalsozialistischen Gesellschaft sowie zur Beteiligung von Frauen an den Aktivitäten der Partei.

⁶ Das Material zur Rolle der Frau in der GM-Ideologie ist so umfangreich, dass hier nur eine Auswahl berücksichtigt werden kann, in der die wichtigsten Positionen und politischen Grundsätze der Partei dargelegt werden (siehe Koronaoui und Sakellariou 2016).

Wie in anderen rechtsextremen Parteien und Organisationen (Lesselier 1991; Perry 2004; Rogers und Litt 2004) ist die Mutterschaft die wichtigste den Frauen zugeschriebene Rolle, weil Frauen durch die Mutterschaft dafür sorgen, dass die griechische Nation sich fortpflanzt. Das ist ein im historischen Faschismus verwurzelttes Paradigma, das aber die Mutterschaft durch die »Nationalisierung der Frauen« (de Grazia 1992, 1–16) wieder in den öffentlichen Raum rückt. In diesem Sinne sind die Gründung einer Familie und die Geburt von Kindern nicht mehr eine reine Privatangelegenheit, sondern spielen eine entscheidende Rolle für den Schutz der Nation. So haben Frauen der Nation zu dienen und sind für einen vermeintlich höheren Zweck bestimmt. Gleichzeitig dient das ideologische Narrativ von »Rasse-Familie-Partei-Staat« als Vermittler eines historisch ererbten Faschismus und als starker Mechanismus einer Normativität, die von der ständigen Negierung anderer Formen von Sexualität genährt wird (Macciocchi, 1976).

Dass GM-Frauen diese Ideologie offensichtlich internalisiert haben und mit dem Frauenbild der GM übereinstimmen, wird in Interviews deutlich, in denen sie äußern, es zu bereuen, zu viel gearbeitet und die Gelegenheit verpasst zu haben, ihre Kinder selbst richtig großzuziehen (Goldene Morgenröte 2016b). Das entspricht dem GM-Argument, das Frauen vorrangig Mütter und Ehefrauen seien und erst nachrangig ins Erwerbsleben eintreten sollten, womit auch impliziert wird, dass die sozialen Realitäten des gegenwärtigen Systems gegen die Mutterschaft gerichtet und damit widernatürlich seien. Das Frauenbild der GM wird natürlich als ihr Ideal für eine zukünftige nationalsozialistische Gesellschaft ausgegeben, nachdem die Partei an die Macht gekommen sei. Aber in der gegenwärtigen Gesellschaft müssten Frauen der GM zufolge Kompromisse eingehen, ohne ihre Rolle als Mütter völlig beiseite zu schieben. Das bedeutet, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der aktuellen Gesellschaft zwar auch von der GM und den in der Partei aktiven Frauen unterstützt wird, aber gleichzeitig der GM-Ideologie widerspricht und sich die Frauen selbst über ihre Entscheidung beklagen.

In den Augen der GM besteht die Rolle der Frau in der einer Mutter, einer Gastgeberin, einer Partnerin und auch in der eines besonderen Mitglieds der Ge-

sellschaft, weil sie die Fähigkeit und Pflicht hat, auf ihre eigene Weise ihre Ideale, Werte, Institutionen und Traditionen zu verteidigen und vor dem Verschwinden zu bewahren: »Das ist die Art Frauen, die Griechenland früher hervorbrachte, und keine unechten Püppchen ohne Inhalt« (Anastasia S. 2012). Dieser Diskurs zeigt, dass faschistische Vorstellungen des weiblichen Geschlechts und Körpers (Gesundheit, Mutterschaft, Schönheit) nach wie vor das Frauenbild der Partei bestimmen (Mosse 1997). Auf der Grundlage des oben Gesagten ist festzustellen, dass die GM dem Paradigma des historischen Faschismus in Bezug auf die Rolle und Stellung der Frau folgt, die dem Mann nicht ebenbürtig ist, die aber ihrer Natur entsprechend eine »besondere« Rolle spielt und sich vorwiegend dem privaten Raum widmet. Frauen seien aktiv, aber in anderen Bereichen als Männer und es gebe nur wenige Ausnahmen zu dieser Regel.

Bedrohungen für das Frauen-Mutter-Ideal

Nach obigen Ausführungen stellt sich die wichtige Frage, was das Ideal der Mutterschaft bedroht. Die GM kritisiert die Rolle der Frau in den westlichen Gesellschaften. In den Narrativen der Partei ist Kritik am Feminismus, am Konsum, an der Werbung und an der Homosexualität zu finden. Als anschauliches Beispiel dafür sei nochmals auf eine Passage von der Webseite der Antepithesi verwiesen:

»Es ist hauptsächlich auf westliche Vorbilder zurückzuführen, dass sich potenzielle Mütter gegen einen Babybauch und den Verlust der schlanken Linie entscheiden, statt zum Fortbestand ihrer Spezies beizutragen. Paare sind in keiner Weise bereit, ihren unkontrollierbaren Konsum zu reduzieren, noch wollen sie zugunsten eines Kindes Entbehrungen oder Anstrengungen auf sich nehmen. Die Finanzkrise hat die Situation noch verschlimmert.« (Antepithesi 2013a).

Der Feminismus gilt als wichtiger Faktor beim derzeitigen demografischen Problem, nicht nur in Griechenland, sondern in den Augen der GM für die gesamte »weiße Rasse«, weil er den Nährboden für eine Emanzipation von Frauen geschaffen hat, insbesondere in Bezug auf ihren Körper (Kleidung, Abtreibung, Kinderkriegen, sexuelle Beziehungen, Familientypen etc.). Das erklärt ihre völlige Abneigung von feministischen Ideen und Bewegungen (Antepithesi 2014a)

und steht auch im Zusammenhang mit ihrer scharfen Ablehnung von Abtreibungen. Das geht nicht nur aus ziemlich ideologischen Texten auf der Webseite der Partei deutlich hervor, sondern auch aus verschiedenen parlamentarischen Anfragen in Bezug auf demografische Probleme Griechenlands sowie zur (großen) Zahl an Abtreibungen (Goldene Morgenröte 2013). Dementsprechend lautet eine der politischen Positionen der GM, dass Mutterschaft unter ihrer Herrschaft endlich finanziell unterstützt und Abtreibungen verboten würden (Goldene Morgenröte o. D.).

Die Schönheitsindustrie und ihr Einfluss auf den Lebensstil von Frauen ist ein weiterer Diskussions- und Kritikpunkt der Partei. Der GM zufolge sind Frauen inzwischen zu einem materiellen Produkt geworden und interessieren sich nur noch für ihre äußere Erscheinung. Aber obwohl auch die Webseite der Frauenorganisation der Partei starke Kritik an der Kosmetikindustrie übt, sind dort besondere Hinweise auf Rezepte für Schönheitsmasken aus Naturprodukten zu finden. Das bedeutet wohl, dass Frauen zwar Wert auf ihr Äußeres legen, dabei aber auf antikapitalistische Nischenprodukte zurückgreifen sollen. Auch ein Blick auf Presseartikel und die Vorstellung der Kandidatinnen für die Europawahl von 2014 (Goldene Morgenröte 2014) macht deutlich, dass die GM ihre weiblichen Parteimitglieder in der Öffentlichkeit als moderne, junge, gutaussehende Frauen darstellt, die auf sich achten (z. B. geschminkt sind, sich gut anziehen usw.). Ein weiteres Beispiel für diese ambivalente Haltung zur äußeren Erscheinung von Frauen ist die Tatsache, dass im Norden Griechenlands eine Frau als Kandidatin für die Kommunalwahlen von 2014 aufgestellt wurde und die Frauenorganisation der Partei repräsentiert, die früher Model war, an einem von der Zeitschrift Playboy in Griechenland veranstalteten Schönheitswettbewerb teilgenommen hatte und sich für mehrere Männermagazine nackt fotografieren ließ. Allerdings wird all das als Argument eingesetzt, dass sie ihr Leben verändert habe, seit sie bei der GM ist. Insgesamt steht die GM sowohl dem Feminismus als auch dem Kapitalismus sehr kritisch gegenüber, weil beide nach Auffassung der Partei zu einer Art von Emanzipation der Frau beigetragen haben, die diese ihre eigentliche Rolle als Mütter vergessen ließ, was wiederum ernsthafte Auswirkungen auf die Nation als Ganzes habe.

Ein weiteres Thema, das im Parteidiskurs im direkten Zusammenhang mit Frauen und Genderfragen erörtert wird, ist die Homosexualität. Wie Lesselier (1991) ausführte, ist das Geschlecht für die Rechtsextremen kein soziales oder kulturelles Konstrukt, sondern eine von der Natur vorgegebene biologische Tatsache, die in den Bereich der natürlichen und göttlichen Weltordnung gehört. Für die GM ist das Geschlecht nicht sozial konstruiert, sondern »auf dieselbe Weise rein genetisch und biologisch vorbestimmt wie die Rasse« (Antepithesi 2013b). Diese Position wurde als »Gender-Ideologie« bezeichnet (Kováts und Pöimand 2015). Dieser Position entsprechend beziehen die zur Webseite der GM Beitragenden eindeutig Stellung gegen Homosexualität und gegen die den Homosexuellen in der griechischen Gesellschaft gewährten Rechte, wobei argumentiert wird, dass die Neutralisierung des Geschlechts genau wie politische Korrektheit und Menschenrechte den Werten des Landes zuwiderlaufen (Antepithesi 2014b). Eine Stimme auf der Webseite äußert sich so:

»Ich bin heterosexuell und stolz darauf. (...) Ich bin stolz, dass ich nicht unter psychosomatischen Problemen leide (...), dass ich mich nicht entgegen meiner Natur verhalte. (...) Und ich werde mich dafür nicht rechtfertigen oder bei jemandem entschuldigen. Ich bin eine Frau und stolz darauf, dass ich Männer mag; normale Männer – raue Männer. (...) Nicht halb-schwule Männer. (...).« (WF 2007b; Übersetzung ins Deutsche von I.G.)

Die oben aufgeführten »Probleme« (Feminismus, Konsumdenken, Homosexualität), denen sich Frauen der GM zufolge in der modernen Gesellschaft gegenübersehen, würden in einer zukünftigen nationalsozialistischen Gesellschaft beseitigt werden, denn »nationalistische Frauen sind zusammen mit nationalistischen Männern die einzigen gesunden Zellen eines sterbenden Volkes« (Antepithesi 2015). Die GM erklärt weiter, dass Frauen in der idealen nationalsozialistischen Gesellschaft der Zukunft aufgrund ihrer Bedeutung für eine erfolgreiche Nation Verantwortlichkeiten und Pflichten zukämen und dass ihre Tugenden zum Nutzen der Gesellschaft entwickelt würden und ihnen der Platz eingeräumt würde, der ihnen gebührt. Eine nationalsozialistische Frau, die den gegenwärtigen Typ von Frauen ablehnt, die nur an Mode und Unterhal-

tung interessiert seien, werde zwangsläufig zu einer Heldin, heißt es in der Frauenorganisation der Partei (Ioanna 2007). Während die Mutterschaft laut GM also tatsächlich die wichtigste Aufgabe der Frau ist, so ist sie doch nicht das einzige Thema, das in der Parteiideologie angesprochen wird. Jedes Thema, das in der GM als bedrohlich für das weibliche Ideal gilt, wird in den ideologischen Texten der Partei analysiert. In diesem Sinne wird ein ganzes Geflecht aus Themen aufgebaut, darunter Feminismus, Konsumdenken und Homosexualität, die alle auf die eine oder andere Weise die Stellung und die Rolle der Frau in der griechischen Gesellschaft beeinflussen und den von der GM angestrebten Idealtypus der Frau als Mutter gefährden.

2. Mitarbeit von Frauen in der GM und Unterstützerinnen der Partei

Im Mittelpunkt dieses Abschnitts steht, inwiefern sich diese Ideale auf die Stellung von Frauen in der GM widerspiegeln. Die Frauen in der GM werden als gebildet und emanzipiert dargestellt und als fähig, für sich selbst zu sorgen, ohne ihre Rolle als Mütter zu vergessen. Sie nähmen auch mit großem Stolz am täglichen Kampf gegen diejenigen teil, die gegen die griechische Nation seien (Anna K. 2012). Sie seien in der Lage, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, aber gleichzeitig ihren Männern Unterstützung, Partnerin und Weggefährtin zu sein (WF 2008b):

»Wir sind weder dumme Tussis noch Prostituierte. Wir sind Frauen, die bereit sind, selbst über unser Leben zu bestimmen und nicht im Schatten unserer Männer zu leben. Wir sind niemandes Marionetten. Wir sind – und werden immer – die andere Hälfte des Himmels sein. Unser Land braucht uns!« (WF 2008a; Übersetzung ins Deutsche von I.G.).

Der GM zufolge sind Frauen nicht passiv (WF 2007c) und werden das auch in einer zukünftigen nationalsozialistischen Gesellschaft nicht sein, aber ihre Energie wird sich voll und ganz darauf richten, was die Natur von ihnen verlangt und das ist, wie schon gesagt, Mutterschaft und die Gründung einer Familie mit zusätzlicher moralischer und finanzieller Unterstützung des nationalsozialistischen Staates.⁷

Eine der politischen Grundsätze der GM betrifft den Militärdienst von Frauen. Die Partei ist der Auffassung, dass Frauen genau wie Männer Militärdienst leisten sollten, was ein Eckpfeiler für ihre Emanzipation werden könnte. Und zwar sollten alle Männer und Frauen im Alter von 18 Jahren zu einem 14-monatigen Militärdienst eingezogen werden, mit Ausnahme von Müttern. Frauen sollten ihren Dienst allerdings in städtischen Gebieten ableisten, es sei denn sie bitten freiwillig darum, in der Nähe der Grenzen eingesetzt zu werden (Goldene Morgenröte o. D.). Dahinter steckt die Idee, Verwaltungsstellen der griechischen Armee mit Frauen zu besetzen, damit die Männer in militärische Übungslager in ganz Griechenland geschickt werden können. Natürlich sollte es in den Augen der GM auch Frauen erlaubt sein, an diesen Lagern teilzunehmen, wenn sie es wünschen, aber das sei nicht ihre Hauptaufgabe. Das veranschaulicht ein weiteres Mal, was die GM unter der Emanzipation von Frauen versteht, und dass die Parteiideologie vorsieht, Frauen in ihrer Aktivität zu fördern, wobei darauf geachtet wird, dass sie nicht die Rollen von Männern übernehmen und dass eine klare Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern besteht.

Wie über das nationalistische Regime der Metaxas-Diktatur (1936–1941) ausgeführt wurde, sollte man die Freiheit, die Frauen in der Regel in faschistischen Regimen gewährt wird, nicht als Emanzipationspolitik oder feministische Ausrichtung seitens des Regimes begreifen (Alvanou 2017). Den Frauen wurden nicht nur Gelegenheiten eröffnet, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sondern auch zu diesem Bereich beizutragen – allerdings nur auf eine Weise, die im Einklang mit der Rolle der griechischen Frau stand, und in keiner Weise so, dass Geschlechterbarrieren in Frage gestellt wurden. Die Annahme, dass Frauen im

der Partei diskutiert wird. Dort wird der Nationalsozialismus als eine revolutionäre Ideologie beschrieben und als Vorbild in Bezug auf die Stellung der Frau präsentiert (WF 2010b). Es wird zudem behauptet, die aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen würden zum Aufstieg des Nationalsozialismus führen, in dem die Frauen dann wieder gegen derzeit herrschende feministische Ideologien ihren Platz als Mütter der Nation einnehmen würden. Neben dem deutschen Paradigma kommt insbesondere auch das nationalistische Regime während der Metaxas-Diktatur (1936–1941) zur Sprache, und zwar mit einem speziellen Text, der sich der Stellung der Frau widmet, und durch die Verwendung von Archivmaterial (Fotos) aus der Zeit (WF 2007d). Auch das antike Sparta wird als historisches Modell für die Rolle von Frauen in der Gesellschaft verwendet (WF 2010c). Sparta wird sogar als erste nationalsozialistische Gesellschaft bezeichnet (WF 2010b).

⁷ Wie vielleicht zu erwarten, ist das nationalsozialistische Deutschland das wichtigste historische Beispiel, das auf der Webseite

Nationalismus auf irgendeine Weise emanzipiert werden (Ploumidis zitiert in Alvanou 2017), ist überhaupt nicht zutreffend. Auch wenn dieser Eindruck entstanden sein mag, können Frauen in so einem Regime in Wahrheit nur so aktiv sein, wie es die patriarchalischen Obrigkeiten im Rahmen des Nationalismus zulassen und insoweit es ihren Interessen entspricht (Alvanou 2017: 145). Und das gilt auch für die GM und ihr Frauenbild und ihre Frauenideologie. Auch wenn in anderen Fällen – beispielsweise bei der ungarischen Jobbik (Felix 2017: 98-105) – argumentiert wurde, dass Frauen in solchen Parteien alternative Wege der Emanzipation beschreiten bzw. sich zu sogenannten Femi-Nazis entwickeln würden (Mushaben 1996), sollte im Zusammenhang mit der GM unterstrichen werden, dass sie Frauen nur insoweit Handlungsfreiheit einräumt, wie es der Parteiideologie entspricht: So müssten die Frauen in Wahrheit ihre spezifische, ihnen aufgrund der Idealvorstellungen der Partei auferlegte Rolle der Mutter erfüllen.⁸

Bacchetta und Power (2002) haben gemeinsame Elemente bei der Rolle von Frauen in rechtsextremen Gruppierungen identifiziert. Dazu gehören Gender-Essentialismus und eine dualistische Wahrnehmung von öffentlichem und privatem Bereich, wobei Frauen mit den privaten, weniger sichtbaren und häufig untergeordneten Aspekten des täglichen Lebens und der Politik assoziiert werden, während die öffentlichen, sichtbaren und dominanten Räume in erster Linie den Männern vorbehalten sind. Sie stellen jedoch auch fest, dass Frauen trotz der verfestigten traditionellen Strukturen ihrer Unterordnung und der Macht von Männern manchmal politische Ziele auf eine öffentliche, selbstbewusste und aggressive Art verfolgen, die vollkommen im Widerspruch zu den Vorstellungen von einem den Frauen »gebührenden Platz« steht. Blee und Deutsch (2012: 3) weisen anhand einer Reihe von Fallstudien nach, dass die Grenze zwischen Öffentlichem

und Privatem, die ein wichtiger Aspekt in der rechtsextremen Frauenpolitik ist, keineswegs unveränderlich ist: Rechtsextreme Frauen können die Grenzen zwischen diesen Bereichen sowohl übertreten oder gar beseitigen als auch aufrechterhalten. Genau das scheint auch in der GM stattzufinden: Einige Frauen sind ausgesprochen aktiv, werden Kandidatinnen oder gewählte Abgeordnete und nehmen an den Parteiaktivitäten teil. Dennoch unterstreicht die Partei immer wieder, dass Frauen sich vornehmlich auf den privaten Bereich konzentrieren und den öffentlichen den Männern überlassen sollten.

Die Mitwirkung von Frauen in der Partei Goldene Morgenröte

Inwieweit sind Frauen als ordentliche Mitglieder in der GM aktiv, stellen sich als Kandidatinnen zur Wahl oder sind gar Abgeordnete? Eine Analyse der weiblichen Parteimitglieder ist schwierig, weil dafür der Zugang zu den offiziellen Mitgliederdatenbanken der Partei erforderlich ist. Derzeit sind solche Daten aber nicht bekannt. Eine genauere Prüfung der offiziellen Webseite der Partei gewährt jedoch einige Einblicke bezüglich der Beteiligung von Frauen. Eine erste Beobachtung ist, dass Frauen zwar tatsächlich an den Aktivitäten der Partei mitwirken, dass sie aber deutlich in der Unterzahl sind. Beispielsweise ist auf Fotos von einigen der GM-Ortsgruppen lediglich eine Frau unter 20 bis 25 Männern auszumachen. Die einzigen Anlässe, bei denen Frauen zahlenmäßig besser vertreten sind als Männer, scheinen die Treffen der Frauenorganisation der Partei zu sein. Aber selbst hier ist die Zahl männlicher Teilnehmer ziemlich hoch.

Zudem weisen die Aktivitäten der Partei im Einklang mit ihrer Haltung zu traditionellen Geschlechterrollen eine klare Aufteilung zwischen Männern und Frauen auf, wobei Letztere vorwiegend mit der Ausgabe von Lebensmitteln und gesammelter Kleidung an notleidende Griechen sowie mit der Verteilung von Broschüren beschäftigt sind. Es entsteht der Eindruck, dass Frauen die Art von Arbeit ausführen, die bei der GM als »Frauenarbeit« gilt. Natürlich gibt es auch Gegenparadigmen. Beispielsweise wurden einige Frauen verhaftet und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung beschuldigt (Proto Thema 2013), darunter eine Polizeibeamtin aufgrund ihrer

⁸ Der Begriff „Femi-Nazi“ kam in den frühen 1990er-Jahren auf und wurde vom politischen Kommentator Rush Limbaugh in den USA geprägt. Damit war eine imaginäre Gruppe „extremer“ Feministinnen gemeint – in diesem Fall Frauen, die sich aktiv für das Recht auf Abtreibung einsetzten. Der Begriff verbreitete sich schnell und wurde für alle Arten „regelüberschreitender“ feministischer Aktionen übernommen, wodurch eine stereotype Darstellung von Feministinnen entstand. Mushaben verwendet den Begriff dagegen für Frauen in rechtsextremen Bewegungen, die aktiver werden, sich mehr emanzipieren und vom Feminismus beeinflusst sind. <https://edge.ua.edu/chp2/what-is-a-feminazi/>

Beteiligung an Schlägertrupps der GM und Angriffen auf Immigranten. Aus den wenigen vorliegenden Daten geht hervor, dass lediglich zwei der 63 verzeichneten Fälle gewaltsamer Angriffe durch Einzeltäter von Frauen begangen wurden. Bei gewaltsamen Attacken, die von Gruppen ausgeführt wurden, ist die Zahl der beteiligten Frauen jedoch höher (Psarras 2012: 420). Somit kann weder behauptet werden, dass Frauen bei den gewalttätigen Aktionen der GM eine zentrale Rolle spielen, noch, dass sie überhaupt nicht involviert seien.

Und schließlich stellt sich bei näherem Hinsehen heraus, dass bei den aktiveren und prominenteren Frauen in der Partei offenbar die Beziehung zu einer männlichen Führungsfigur eine entscheidende Rolle spielt. Beispielsweise ist eine der beiden weiblichen Abgeordneten, die bei allen vier Wahlen seit 2012 einen Sitz im Parlament gewinnen konnte, die Frau des Parteivorsitzenden. Auch seine Tochter spielt eine wichtige Rolle in der Partei und ihrer Jugendorganisation. Die Frau eines GM-Abgeordneten ist Herausgeberin der nationalistischen Tageszeitung *Empros* und ebenfalls Parteimitglied, während die Frau eines weiteren Abgeordneten die Frauenorganisation der Partei gründete. Generell können die Frauen oder Partnerinnen von männlichen Mitgliedern in die GM eintreten und Aufgaben innerhalb der Parteiorganisation übernehmen. In diesen Fällen ist es nur schwierig zu bewerten, was die Frauen hauptsächlich dazu antreibt, die Partei zu unterstützen: ob sie dies aus familiären/persönlichen Gründen tun, ob sie von der Parteiideologie überzeugt sind, ob beides oder noch andere Gründe ausschlaggebend sind. Bevor man schlussfolgert, dass die GM eine Anziehungskraft auf Frauen ausübt, muss jedoch in diesen Fällen tiefer gegraben und die Möglichkeit eines familiären Einflusses in Betracht gezogen werden, ohne damit andeuten zu wollen, dass Frauen sich von ihren Männern manipulieren lassen.

Ein weiterer Indikator für die Mitwirkung von Frauen in der GM ist, inwieweit sie als Kandidatinnen bei Wahlen aufgestellt werden und als Abgeordnete im nationalen Parlament oder im Europäischen Parlament sitzen. Zunächst ist allerdings anzumerken, dass aus dem Kriterium, als Kandidatin aufgestellt zu werden, noch keine Schlüsse gezogen werden können, da jede

zur Wahl antretende Partei gemäß den geltenden Rechtsvorschriften mindestens zu einem Drittel Kandidatinnen auf ihrer Wahlliste haben muss. Daher kann man aus der Zahl der häufig jungen aktiven Kandidatinnen nicht schließen, dass Frauen allgemein hinter der Ideologie der GM stehen und in Massen der Partei beitreten. Bei den Europawahlen von 2014 waren 14 der 42 Kandidaten weiblich (etwa 33 Prozent), was genau der unteren Grenze der Quotenregelung entspricht. Bei den nationalen Wahlen vom Juni 2012 waren unter den 246 Kandidaten 88 Frauen (etwa 33 Prozent) und bei den nationalen Wahlen vom September 2015 lag die Zahl der Frauen bei 117 von insgesamt 321 Kandidaten (etwa 36 Prozent). Auch hier ist wieder schwer zu ermitteln, ob die Zahl der Kandidatinnen nur wegen der Quotenregelung zustande kam oder ob vielleicht nur keine weiteren Frauen zur Verfügung standen. Auch wenn festgestellt werden kann, dass die Zahl der aufgestellten Frauen von Wahl zu Wahl zunimmt, ist das kein Indiz dafür, dass sich mehr Frauen für die GM interessieren, sondern wiederum auf die Bemühung der Partei zurückzuführen, die geforderte Quote zu erfüllen. In Bezug auf die tatsächliche Zahl an weiblichen Abgeordneten im griechischen und im Europäischen Parlament ist festzuhalten, dass die GM im Vergleich zu anderen griechischen Parteien die niedrigste Zahl an Frauen hat. Im nationalen Parlament sind unter den 18 Abgeordneten gerade mal zwei Frauen und beide von der GM ins Europäische Parlament geschickten Abgeordneten sind Männer. Natürlich wurde schon an anderer Stelle (Kamenou 2017) darauf hingewiesen, dass auch die anderen griechischen Parteien nur wenige weibliche Abgeordnete haben, da aber für die GM keine vergleichbaren Daten aus früheren Jahren vorliegen, ist es schwierig zu ermitteln, ob die Mitwirkung von Frauen in der Partei zugenommen hat.

Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden, dass in der GM zwar Frauen als Mitglieder, Kandidatinnen und Abgeordnete mitwirken, die Partei aber nach wie vor sehr von Männern dominiert wird. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass sich die GM in den Medien (Fernsehen, Radio, Presse), die der Partei die Gelegenheit geben, ihre Ansichten und ihre politische Agenda zu präsentieren, fast ausschließlich von Männern vertreten lässt.

Frauen, die der Goldenen Morgenröte ihre Stimme geben

In der vorhandenen Literatur besteht Einigkeit darüber, dass bei der Unterstützung von rechtsextremen Parteien eine »Geschlechterspaltung« zu beobachten ist (Georgiadou 2008: 480–482; Hartevelde et al. 2015), auch wenn in den letzten Jahren offenbar zumindest hier und da allmählich auch mehr Frauen diese Parteien wählen (Mayer 2013; Spierings 2017). Zudem scheint die Spaltung zwar zu existieren, sie wird aber häufig überbetont. Rechtsextreme Parteien scheinen in Bezug auf das Wählerverhalten einfach eine radikalere Version der Mitte-Rechts-Parteien darzustellen. (Spierings und Zaslove 2015). Aus den unten in → **Tabelle 1** angezeigten Daten aus den Wahlen seit 2012 ist zu entnehmen, dass es bei der GM tatsächlich eine »Geschlechterspaltung« gibt. Die Ergebnisse werden durch eine andere Studie bestätigt, die im Rahmen eines

großen EU-Projekts über das Engagement und die Partizipation junger Menschen im sozio-politischen Bereich⁹ durchgeführt wurde, und auch durch eine Internetumfrage zu den Europawahlen von 2014 (Andreadis et al. 2014).

⁹ MYPLACE ist das Akronym für Memory (Erinnerung), Youth (Jugend), Political Legacy (politisches Erbe) und Civic Engagement (bürgerschaftliches Engagement) und ist ein EU-Forschungsrahmenprogramm (FP7, 2011–2015). Griechischer Projektpartner war die Athener Panteion-Universität für Sozial- und Politikwissenschaften. Leiter des griechischen Teams war Professor A. Koronaïou und die teilnehmenden Wissenschaftler_innen waren A. Sakellariou, E. Lagos, I. Chiotaki-Poulou und S. Kymionis. Das Projekt beinhaltete eine statistische Erhebung mit 1 207 Teilnehmern in Athen, 60 teilstrukturierte Interviews, drei ethnographische Fallstudien (Goldene Morgenröte, die griechische »Indignados-Bewegung« und junge griechische evangelikale Christen) sowie eine Studie zu historischer Erinnerung (Intergenerationen-Interviews und Schwerpunktgruppen). Weitere Einzelheiten zu dem Projekt finden sich auf den Webseiten <http://www.fp7-myplace.eu/> und <https://myplaceresearch.wordpress.com/>.

Tabelle 1

Ergebnisse aus Wahltagsbefragungen und aus geschlechtsspezifischen Umfragen

Befragungen am Wahltag / Umfragen / Parteien	Juni 2012 nationales Wahl-Trend- Barometer	Mai 2014 Wahltagsbefragungen zur Europawahl an den Wahllokalen und Online	Januar 2015 nationale Wahltags- befragungen	September 2015 nationale Wahltags- befragungen
SYRIZA / (Linke Koalition)	Männer: 25 Frauen: 29	26,0 29,0 28,2 28,0	35,0 37,9	32,2 39,2
Nea Dimokratia / Neue Demokratie (Konservative)	Männer: 30 Frauen: 30	23,1 24,0 25,1 26,0	26,3 29,5	26,8 29,1
Chrysi / Goldene Morgenröte	Männer: 10 Frauen: 4	12,5 10 5,7 5,0	8,5 3,8	8,3 4,2
KKE / Kommunistische Partei Griechenlands	Männer: 5 Frauen: 4	6,3 6,0 5,6 6,0	5,6 5,4	7,1 5,6
ANEL / Unabhängige Griechen	Männer: 6 Frauen: 9	3,4 3,0 4,3 5,0	5,0 4,4	3,3 2,8
DIMAR / Demokratische Linke	Männer: 5 Frauen: 8	- -	- -	- -
PASOK / Sozialdemokraten	Männer: 14 Frauen: 11	- -	5,1 4,2	- -
To Potami (Der Fluss) / Linksliberale	Männer: - Frauen: -	5,1 5,0 8,4 8,0	4,8 7,4	3,7 4,9
ELIA (Olivenbaum) / Sozialdemokraten	Männer: - Frauen: -	8,9 9,0 8,0 6,0	- -	- -
Dimokratiki Sympara- taksi / Sozialdemokraten	Männer: - Frauen: -	- -	- -	6,9 5,3

Quellen: Public Issue 2012, Metron Analysis 2014, Metron Analysis 2015a, Metron Analysis 2015b, MYPLACE-Umfrage (die Prozentsätze beziehen sich auf die wahlberechtigten und nicht auf jüngere Teilnehmer), in Europa durchgeführte Online-Panelbefragung, Europawahlen 2014.

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass in der Wählerschaft der GM – im Gegensatz zu den Aussagen in einigen kürzlich erschienenen Studien (Vasilopoulou and Halikiopoulou 2015: 37-49; Kamenou 2017) – nach wie vor eine »Geschlechterspaltung« besteht. Frauen spielen in der GM zwar eine wichtige Rolle, aber eine der ungeklärten Fragen ist, ob sie heute im Vergleich zu früher sichtbarer geworden sind.

In Anbetracht der nur spärlich vorliegenden Daten zur Mitwirkung von Frauen in der GM, wäre es schwierig, ein Erklärungsmuster für diese Mitwirkung abzuleiten. Zumal zu dieser besonderen Fragestellung bisher auch kaum gezielte Forschung betrieben wurde. Auf der Grundlage von Erkenntnissen aus dem gerade erwähnten MYPLACE-Projekt sind zwei mögliche Erklärungen in Betracht zu ziehen: Zum einen ergab die Auswertung der quantitativen Daten, dass es die jungen Wähler der GM (männliche wie weibliche) sind, die sich ideologisch eng mit der Partei verbunden fühlen – sogar enger, als sich die Wähler_innen der griechischen Kommunisten mit ihrer Partei verbunden sahen. Die GM-Wähler_innen gehörten des Weiteren zu den Befragten mit den größeren Vorurteilen gegen Juden, Immigranten, Roma und Muslimen und zu denen, die sich für eine autoritäre Herrschaft aussprachen (Koronaïou et al. 2014). Zum anderen ging aus den qualitativen Ergebnissen der MYPLACE-Interviews¹⁰ hervor, dass die jungen weiblichen Anhänger der GM auf die Frage, warum sie die Partei wählten, sehr ähnliche Ansichten äußerten wie die männlichen Unterstützer der Partei. Eine Teilnehmerin erklärte, dass die Situation mit den Immigranten und Flüchtlingen sie gerade regelrecht wütend mache und bezeichnete sich selbst sogar als Rassistin:

»Ich wurde in den letzten Jahren gezwungen, zu einer Rassistin zu werden. Sie haben mich gezwungen, rassistisch zu werden, weil es nicht richtig sein kann, dass ich Angst habe, mich in dem Land zu bewegen, in dem ich geboren bin, und in den Vierteln, in denen ich aufgewachsen bin.« (Übersetzung ins Deutsche von I.G.)

Sie ging sogar so weit, die Vernichtung von Immigranten vorzuschlagen: »Warum packen sie die nicht einfach auf ein Boot und lassen es irgendwo in der Ägäis sinken?« Die zweite Befragte erklärte, dass sie

die GM gewählt habe, weil die Partei den armen und notleidenden Griechen helfen würde, wobei sie andeutete, die anderen Parteien würden sich nur um Immigranten kümmern. Darüber hinaus war sie wütend auf die früheren Parteien, die »Griechenland zerstörten«. Deshalb habe sie die GM vor allem aus Wut, aber auch aus ideologischen Gründen gewählt, obwohl sie mit den von der GM begangenen Gewalttaten nicht einverstanden sei. Auch die dritte Frau gab an, die GM gewählt zu haben, weil die Partei nur den Griechen helfe und wegen des Immigrantensproblems, aber auch weil die GM eine klare Haltung zu einigen der Griechenland betreffenden nationalen Fragen beziehe, wie dem Verhältnis zur Türkei, zu Albanien und zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Es sieht daher so aus, als sei einerseits ideologische Affinität ein wichtiger Faktor für die Unterstützung der GM, während gleichzeitig aktuelle Ereignisse, auf nationaler und internationaler Ebene, einen Nährboden dafür schaffen, dass derartige Ideologien zum Tragen kommen können (Koronaïou et al. 2014).¹¹

Für eine Schlussfolgerung, warum Menschen, insbesondere junge Leute, Mitglied in der GM werden oder die Partei wählen, reichen die vorliegenden Forschungsdaten nicht aus. Das gilt insbesondere in Bezug auf weibliche Mitglieder, Unterstützerinnen und Wählerinnen, weil es von ihnen so wenige gibt und sie schwer zu erreichen sind. Aus den oben angeführten Erkenntnissen aus dem MYPLACE-Projekt geht hervor, dass junge Frauen die GM wählen, weil sie sich, vor allem aufgrund der als übermäßig empfundenen Migration, in geringerem Maße auch aufgrund der Wirtschaftskrise, mit der Parteiideologie identifizieren können. Dennoch ist weitere Forschung erforderlich, um Schlüsse ziehen zu können, insbesondere über die Unterstützung von Frauen für die Partei.

3. Gegenbewegungen gegen die Goldene Morgenröte

Die Präsenz der GM im Parlament und in der griechischen Gesellschaft hat zu vielen Diskussionen und einem breitgefächerten Aktivismus geführt. Dabei hat aber kaum eine Auseinandersetzung mit den Positionen der GM zur Genderfrage und zur Rolle von Frauen

¹⁰ Von 10 teilstrukturieren Interviews mit GM-Wählern/-Anhängern wurden nur drei mit Frauen aus der Altersgruppe der 24- bis 25-Jährigen geführt.

¹¹ All diese Daten stammen aus der Auswertung der im MYPLACE-Projekt durchgeführten Umfragen.

stattgefunden. Tatsächlich gibt es keine spezifischen Strategien und Initiativen, die sich mit der Mitwirkung von Frauen in rechtsgerichteten griechischen Parteien beschäftigen. Seit dem politischen Durchbruch der Partei hat es lediglich breiter angelegte Strategien gegen und Reaktionen auf die nationalsozialistischen Ansichten und rassistischen Übergriffe gegeben. Daher müssen spezifische Strategien, die auf weibliche Mitglieder, Wählerinnen und Unterstützerinnen abzielen, erst noch entwickelt und umgesetzt werden. In die generellen Gegen-Narrative und andere Aktivitäten sind kaum Narrative eingeflossen, die sich auf Frauen beziehen.

Vor allem in Fernsehshows und im Internet gab und gibt es einige Reaktionen gegen die Ansichten der Partei über und das Vorgehen gegen Frauen. Beispielsweise kam es zu vielen heftigen Reaktionen, nachdem der GM-Abgeordnete Ilias Kassidiaris im Vorfeld der Wahlwiederholung im Juni 2012 während einer Diskussion in einer Fernsehshow zwei Frauen angegriffen hatte: Einem weiblichen Parteimitglied der SYRIZA hatte er Wasser ins Gesicht geschüttet und auf eine Abgeordnete der griechischen kommunistischen Partei sogar eingeschlagen (Tageszeitung *To Vima* 2012). Heftige Kritik kam insbesondere von den anderen Parteien und von politischen Organisationen (z. B. der griechischen Frauengewerkschaft), aber es soll auch nicht verschwiegen werden, dass einige Leute direkt oder indirekt äußerten, der GM-Politiker habe angemessen agiert, weil beide Frauen ihn provoziert und diesen Angriff verdient hätten.¹² Zudem ist festzuhalten, dass Kassidiaris zwar dafür angeklagt, aber vom Gericht freigesprochen wurde, was wiederum Reaktionen einiger Parteien auslöste, z. B. der PASOK, den Sozialisten und der KKE, der griechischen kommunistischen Partei (Real News 2015). Nach diesem Vorfall wurden mehrere Artikel zur Unterstützung der Frauen veröffentlicht, die sich offen gegen die GM geäußert hatten (Maragidou 2017), darunter die oben genannte Abgeordnete der Kommunisten, Liana Kanelli, und die Mutter von Pavlos Fyssas, der im September 2013 vom GM-Mitglied Giorgos Roupakias ermordet wurde (Kathimerini 2013; Baskakis 2015). Andere Artikel von Linksparteien, z. B. von der SYRIZA und der kommu-

nistischen Partei, (Pardali 2013; Haitouni 2013) und antirassistischer Gruppen wie der Sunday School for Immigrants (Makrides 2012) stellten die Einstellung der GM zu Frauen und deren Rolle in der Gesellschaft deutlich heraus, damit Frauen sich bewusst machen können, wofür sie bei der Wahl ihre Stimme geben.

Angesichts des in diesem Beitrag Geschilderten muss man wohl sagen, dass diese öffentlichen Reaktionen nicht von Erfolg gekrönt waren. Laut allen Umfragen ist die GM nach wie vor die drittstärkste politische Kraft in Griechenland, wobei auch die Unterstützung von Frauen allen größeren Umfragen der letzten Jahre zufolge gleichbleibend bei 4 Prozent liegt. Die beständige Unterstützung für die GM seit 2010 lässt uns nach anderen Gründen suchen, mit denen diese Unterstützung im Allgemeinen, aber insbesondere die von Frauen und auch deren Aktivitäten in der Partei zu erklären sind. Gefühle wie Wut, Enttäuschung, Kränkungen und Missgunst oder die Wirtschaftskrise sind nur vorgeschobene Begründungen und wenig dazu geeignet, dieses Phänomen zu erklären. Auch wenn die Anhänger_innen der GM mit Argumenten dieser Art ihr Wahlverhalten rechtfertigen, kratzen diese Erklärungen doch lediglich an der Oberfläche des Problems und lassen Aspekte wie Ideologie und Geschichte außer Acht. Wir dürfen nicht vergessen, dass auch andere europäische Staaten unter ernsthaften Finanzkrisen litten (z. B. Spanien, Portugal und Irland), ohne den Aufstieg und Erfolg einer extremen neonazistischen Partei zu erleben. Die Klassifizierung als Protestwähler_innen ist vielleicht eine »leichte« und bequeme Erklärung, denn sie impliziert, dass die Unterstützer_innen der GM und anderer rechtsextremer Parteien oder faschistischer Gruppierungen alle plötzlich verschwinden werden, sobald die Krise aus der Welt geschaffen ist. Aus einem soziologischen Blickwinkel ist diese Erklärung jedoch eine zu starke Vereinfachung. Wie aus Studien hervorgegangen ist, sind rassistische Ideen in der griechischen Gesellschaft nichts Neues (Coenders et al., 1997). In den 1990er-Jahren war die GM noch eine Randgruppe von Skinheads, und Ansichten dieser Art kamen in allen politischen Parteien vor. Das heißt auch, dass die gegenwärtige Zuwanderung nicht unbedingt die Antwort auf die Frage ist, was den Aufstieg der GM verursachte. Zudem sind, wie eingangs erläutert, faschistische Ideen nichts Neues in Griechen-

¹² Das wurde in einigen Interviews im Rahmen der MYPLACE-Forschung geäußert. Erstaunlich daran war, dass diese Aussagen von jungen Leuten, darunter auch Frauen, gemacht wurden.

land, sondern tief in der griechischen Gesellschaft verwurzelt. Das bedeutet, dass der Erfolg der GM vermutlich auf eine Mischung aus Gründen und Erklärungen zurückzuführen ist. Um weitere Gründe für den Aufstieg der GM ausfindig zu machen, muss daher gründlich untersucht werden, wie diejenigen, die die GM unterstützen und sich an ihren Aktivitäten beteiligen, zur Ideologie der Partei stehen.

Literatur und Quellen

- Alexandrakis, Kostas (2011):** Η οικογένεια σήμερα, χθες και αύριο [Die Familie heute, gestern und morgen], VF, siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2011/12/blog-post_15.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- Alvanou, Maria (2017):** Nationalism and Women in Greece During 1936–1941 and Today: Indicative Historical and Sociological Notes, in: Michaela Köttig, Renate Bitzan und Andrea Petö (Hrsg.): Gender and Far Right Politics in Europe. Cham: Palgrave Macmillan.
- Anna K. (2012):** Η Χρυσαιγίτισσα [Die Frauen der GM], siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2012/10/blog-post_24.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- Anastasia S. (2012):** ΓΥΝΑΙΚΕΣ ΑΝΤΙΚΕΙΜΕΝΑ Ή ΦΡΟΥΡΟΙ ΤΩΝ ΘΕΣΜΩΝ [Frauen – Objekte oder Hüterinnen der Institutionen? siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2012/10/blog-post_11.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- Andreadis, Ioannis; Schmitt, Hermann; Teperoglou, Eftichia; Chadjipadelis, Theodore (2014):** Hellenic Panel Study: European Election Study, siehe <https://www.openicpsr.org/openicpsr/project/100027/version/V12/view> (aufgerufen am 03.10.2017).
- Antepithesi (2016):** Η Γυναίκα ως Ενέργεια [Frauen als Energie], siehe http://antepithesi.gr/index.php?option=com_k2&view=item&id=2244:i-gynaika-os-energeia&Itemid=303 (aufgerufen am 14.11.2017).
- Antepithesi (2013):** Φύλο: γενετικά προκαθορισμένο [Das Geschlecht: Genetisch vorbestimmt], siehe http://antepithesi.gr/index.php?option=com_k2&view=item&id=685:fylo-genetika-prokathorismeno&Itemid=288 (aufgerufen am 14.11.2017).
- Antepithesi (2014):** Κοιτώντας εμπρός [Nach vorne schauen], siehe http://www.antepithesi.gr/index.php?option=com_k2&view=item&id=1694:koiontas-empros&Itemid=303 (aufgerufen am 14.11.2017).
- Antepithesi (2015):** Η Νεολαία της Χρυσής Αυγής Πρωτοπόρα στον Αγώνα για Πνευματική Απελευθέρωση (Μέρος II) [Die Jugend der GM im Kampf um intellektuelle Befreiung (Teil 2)], siehe http://www.antepithesi.gr/index.php?option=com_k2&view=item&id=2155:i-neolaia-tis-xrysis-avgis-protopora-ston-agona-gia-pnevmatiki-apeleftherosi-meros-ii&Itemid=303 (aufgerufen am 14.11.2017).
- Antepithesi (2013):** Η ιδεολογία του φύλου [Die Gender-Ideologie], siehe http://antepithesi.gr/index.php?option=com_k2&view=item&id=1663:i-ideologia-tou-fyλου&Itemid=288 (aufgerufen am 14.11.2017).
- Bacchetta, Paola und Margaret Power (Hrsg.) (2002):** Right-Wing Women: From Conservatives to Extremists Around the World. New York: Routledge.
- Baskakis, Giannis (2015):** Πως οργανώθηκε η δολοφονία [Wie der Mord organisiert wurde], siehe <http://www.efsyn.gr/arthro/pos-organothike-i-dolofonia> (aufgerufen am 11.12.2017).
- Blee, M. Kathleen (1996):** Becoming a Racist: Women in Contemporary Ku Klux Klan and Neo-Nazi Groups, in: Gender and Society 10, Nr. 6, S. 680–702.
- Blee, M. Kathleen und McGee Deutsch, Sandra (Hrsg.) (2012):** Women of the Right: Comparisons and Interplay Across Borders. Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- Bridenthal, Renate, Grossman, Anita und Kaplan, Marion (1984):** When Biology Became Destiny: Women in Weimar and Nazi Germany. New York: Monthly Review Press.
- Chaitouni, Eftychia (2013):** Ο ΝΑΖΙΣΜΟΣ ΓΙΑ ΤΙΣ ΓΥΝΑΙΚΕΣ, ΧΘΕΣ ΚΑΙ ΣΗΜΕΡΑ [Nazismus bei Frauen gestern und heute], siehe <https://www.komep.gr/2013-teyxos-2/o-nazismos-gia-tis-gynaikes-xthes-kai-shmera> (aufgerufen am 03.10.2017).
- De Grazia, Victoria (1992):** How Fascism Ruled Women: Italy, 1922–1945. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Durham, Martin (1998):** Women and Fascism. London: Routledge.
- Ellinas, Antonis und Lamprianou, Iasonas (2016):** How far right local party organizations develop: The organizational buildup of the Greek Golden Dawn, in: Party Politics, siehe <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/1354068816641337>
- Coenders, Marcel, Lubbers, Marcel, Scheepers, Peer (2003):** Majorities' attitudes towards minorities in European Union Member States Results from the Standard Eurobarometers 1997–2000–2003. Niederlande: Universität von Nijmegen, siehe <http://mighealth.net/ew/images/6/66/Rep2.pdf>
- Felix, Aniko (2015):** Old Missions in New Clothes: The Reproduction of the Nation as Women's Main Role Perceived by Female Supporters of Golden Dawn and Jobbik, in: Intersections 1, S. 166–182.
- Felix, Aniko (2017):** Towards an Alternative Emancipation? The New Way(s) of Women's Mobilisation in the Hungarian Radical Right Subculture, in: Michaela Köttig, Renate Bitzan und Andrea Petö (Hrsg.): Gender and Far Right Politics in Europe. Cham: Palgrave Macmillan.
- Georgiadou, Vassiliki (2008):** Η άκρα δεξιά και οι συνέπειες της συναίσεως [Die extreme Rechte und ihre Auswirkungen]. Athen: Kastaniotis.
- Georgiadou, Vassiliki (2013):** Populismus und Extremismus am rechten Rand – Der rasante Aufstieg der Goldenen Morgenröte im Krisenland Griechenland, in: Ralf Melzer und Sebastian Serafin (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, siehe <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10030.pdf>
- Goldene Morgenröte (2016):** Ελένη Ζαρούλια: Ιερό καθήκον, Χρέος και Τιμή η Μητρότητα, [Mutterschaft ist heilige Pflicht, Schuld und Ehre], siehe <http://www.xryshaygh.com/enimerosi/view/elenh-zaroulia> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Goldene Morgenröte (2014):** «Άρωμα γυναίκα» στο ευρωψηφοδέλτιο της Χρυσής Αυγής [Der Duft der Frauen auf der Wahlliste der GM für die Europawahl], siehe <http://www.xryshaygh.com/enimerosi/view/arnwma-gunaikas-sto-eurwpshfodeltio-ths-chrushs-aughs> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Goldene Morgenröte (2013):** Ερώτηση για έγγαμες γυναίκες που προχωρούν σε έκτρωση λόγω οικονομικής κρίσης [Parlamentarische Anfrage zu verheirateten Frauen, die aufgrund der Wirtschaftskrise Abtreibungen vornehmen lassen], siehe <http://www.xryshaygh.com/koinovoulia/view/erwthsh-gia-ta-mnhmonia-pou-fernoun-dhmografiko-marasmo> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Goldene Morgenröte (2013):** Ερώτηση για τα μνημόνια που φέρνουν δημογραφικό μαρασμό [Parlamentarische Anfrage über Memoranden, die zu Bevölkerungsrückgang führen], siehe <http://www.xryshaygh.com/koinovoulia/view/erwthsh-gia-ta-mnhmonia-pou-fernoun-dhmografiko-marasmo> (aufgerufen am 3.10.2017).

- Goldene Morgenröte (o. D.):** Πολιτικές Θέσεις [Politische Thesen], siehe <http://www.xryshaygh.com/kinima/thesis> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Goodwin, Mathew (2011):** *New British Fascism. Rise of the British National Party.* Oxon: Routledge.
- Gori, Gigliola (2004):** *Italian Fascism and the Female Body: Sport, Submissive Women and Strong Mothers.* London: Routledge.
- Harteveld, Eelco et al. (2015):** The gender gap in populist radical-right voting: examining the demand side in Western and Eastern Europe, in: *Patterns of Prejudice*, 49 (1–2), S. 103–134.
- Ioanna (2007):** Ιωάννα της Λωραίνης [Jeanne d' Arc], siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2007/10/blog-post_15.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- Kamenou, Nayia (2017):** On Precariousness and Emancipation: Female Subjectivities and Agency in the Greek Far-Right, Präsentation auf der 13. Konferenz der European Sociological Association in Athen, August 2017.
- Kathimerini (2013):** Ο Λαγός ενημέρωσε τον Μιχαολιάκο μισή ώρα μετά τη φολοφονία του Φύσσα [Lagos informierte Michaloliakos eine halbe Stunde nach dem Mord an Fyssas], siehe <http://www.kathimerini.gr/55044/article/epikairothta/politikh/o-lagos-enhmerwse-ton-mixaloliako-mish-wra-meta-th-dolofonia-fyssabr> (aufgerufen am 11.12.2017).
- Koronaoui, Alexandra; Lagos, Evangelos; Sakellariou, Alexandros; Chiotaki-Poulou Irini; Kymionis, Stelios (2014):** Golden Dawn's young voters and supporters: the problem of popular support for fascism in the context of the economic crisis, Präsentation in der ESRC Research Seminar Series. Right Wing Extremism in Contemporary Europe. Seminar 2: Social and cultural explanations of right wing extremism, Athen, Griechenland.
- Koronaoui, Alexandra; Lagos, Evangelos; Sakellariou, Alexandros; Chiotaki-Poulou, Irini; Kymionis, Stelios (2015):** Golden Dawn, austerity and young people. The rise of fascist extremism among young people in contemporary Greek society, in: Hilary Pilkington und Gary Pollock (Hrsg.): *Radical futures? Youth, politics and activism in contemporary Europe.* Oxford: Willey-Blackwell.
- Koronaoui, Alexandra; Lagos, Evangelos; Sakellariou, Alexandros (2015):** Singing for Race and Nation: Fascism and Racism in Greek Youth Music, in: Patricia Anne Simpson und Helga Druxes (Hrsg.): *Digital Media Strategies of the Far Right in Europe and the United States.* Lanham: Lexington.
- Koronaoui, Alexandra, Sakellariou, Alexandros (2017):** Women and Golden Dawn: Reproducing the Nationalist Habitus, in: *Gender and Education*, 29 (2), S. 258–275.
- Kováts, Eszter und Pöimand, Maari (Hrsg.) (2015):** *Gender as Symbolic Glue.* Budapest: Foundation for European Progressive Studies & Friedrich-Ebert-Stiftung
- Köttig, Michaela, Bitzan, Renate, Petö, Andrea (Hrsg.) (2017):** *Gender and Far Right Politics in Europe.* Cham: Palgrave Macmillan.
- Lesselier, Claudie (1991):** De la Vierge Marie à Jeanne d' Arc: images de femmes à l'extrême droite, in: *L'Homme et la société, Femmes et sociétés* 99-100, S. 99–113.
- Lower, Wendy (2013):** *Hitler's Furies: German Women in the Nazi Killing Fields.* New York: Houghton Mifflin Harcourt.
- Macciocchi, Antonietta-Maria (1976):** *Les femmes et la traversée du fascisme, in: Éléments pour une analyse du fascisme, Band I,* Paris: Union générale d'édition.
- Makrides, Foivos-Stavros (2012):** Τι λέει η Χρυσή Αυγή για τις γυναίκες [Was sagt die Goldene Morgenröte über Frauen?], siehe <https://www.ksm.gr/%CF%84%CE%B9-%CE%BB%CE%AD%CE%B5%CE%B9-%CE%B7-%CF%87%CF%81%CF%85%CF%83%CE%AE-%CE%B1%CF%85%CE%B3%CE%AE-%CE%B3%CE%B9%CE%B1-%CF%84%CE%B9%CF%82-%CE%B3%CF%85%CE%BD%CE%B1%CE%AF%CE%BA%CE%B5%CF%82/> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Maragidou, Melpomeni (2017):** Οι Γυναίκες που τα Έβαλαν με τη Χρυσή Αυγή [Frauen, die gegen die Goldene Morgenröte auftraten], siehe <https://www.vice.com/gr/article/5343yz/oi-gynaikes-poy-tabalan-me-th-xrysh-aygh> (aufgerufen am 14.11.2017).
- Mayer, Nonna (2013):** From Jean-Marie to Marine Le Pen: Electoral Change on the Far Right, in: *Parliamentary Affairs*, 66 (1), S. 160–178.
- Meret, Susi (2015):** Charismatic female leadership and gender: Pia Kjærsgaard and the Danish People's Party, in: *Patterns of Prejudice*, 49 (1–2), S. 89–102.
- Mosse, L. Georges (1997):** *L'image de l'homme. L'invention de la virilité moderne.* Paris Abbeville: Tempo.
- Moser-Verey, Monique (1991):** Les femmes du troisième Reich, in: *Recherches féministes*, 4, Nr. 2, S. 25–44.
- Mudde, Cas (2007):** *Populist Radical Right Parties in Europe.* Cambridge: CUP.
- Mushaben, M. Joyce (1996):** The rise of Femi-Nazis? Female participation in right-extremist movements in unified Germany, in: *German Politics*, 5 (2): 240–261.
- Paraskeva-Veloudogianni, Despoina (2015):** Ο Εχθρός, Το Αίμα, Ο Τιμωρός [Der Feind, Das Blut, Der Rächter], Athen: Nissos.
- Pardali, Katerina (2013):** Ο φασισμός και η Χρυσή Αυγή βλάπτουν σοβαρά ΚΑΙ τις γυναίκες [Faschismus und die Goldene Morgenröte sind auch schlecht für Frauen], siehe <http://www.avgi.gr/article/10811/1231052/o-phasimos-kai-e-chryse-auge-blaptoun-sobara-kai-tis-gynaikes> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Perry, Barbara (2004):** »White genocide«: White Supremacists and the Politics of Reproduction, in: Abby L. Ferber (Hrsg.): *Home-grown hate: Gender and organized racism.* New York: Routledge.
- Pickering-Iazzi, Robin (Hrsg.) (1995):** *Mothers of invention: Women, Italian Fascism and culture.* Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Ploumidis, Spyridon (o.d):** The Fascist Youth EON of I. Metaxas, siehe: http://www.arch.uoa.gr/fi/leadmin/arch.uoa.gr/uploads/drast_hist/fasismos_ekpaid/ploumidispiros.pdf (aufgerufen am 2.5.2018).
- Proto Thema (2013):** Οι γυναίκες-δηλητήριο της ΧΑ: Η Αλβανίδα, η αστυνομικός και η ιδεολόγος [Die giftigen Frauen der GM: Die Albanerin, die Polizeibeamtin und die Ideologin], siehe <http://www.protothema.gr/greece/article/315050/oi-gunaikes-dilitirio-tis-ha-i-alvanida-i-astunomikos-kai-i-ideologos/> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Psara, Aggeliki (2014):** Έμφυλες πτυχές του ελληνικού νεοναζισμού [Geschlechtsspezifische Aspekte des griechischen Neo-Nazismus]. *Archeiotaxio* 14: S. 129–156.
- Psarras, Dimitris (2012):** Η Μαύρη Βίβλος της Χρυσής Αυγής [Die schwarze Bibel der Goldenen Morgenröte]. Athen: Polis.
- Real News (2015):** Έντονες αντιδράσεις για την «αθώωση» Κασσιδιάρη [Heftige Reaktionen auf den »Freispruch« von Kassidiaris], siehe <http://www.real.gr/DefaultArthro.aspx?page=arthro&id=398226&catID=14> (aufgerufen am 14.11.2017).
- Riis-Knudsen, Povl Heinrich (1989):** Εθνικοσοσιαλισμός: Η βιολογική κοσμοθεωρία [National Socialism: The Biological World View]. Athen: Golden Dawn.
- Rogers, JoAnn und Litt, S. Jacquelyn (2004):** Normalizing Racism: A Case Study of Motherhood in White Supremacy, in: Abby L. Ferber (Hrsg.): *Home-grown hate: Gender and organized racism.* New York: Routledge.
- Sakellariou, Alexandros (2015):** Golden Dawn and its Appeal to the Greek Youth, siehe <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/athen/11501.pdf> (aufgerufen am 3.10.2017).
- Skarlatou, Olga (2010):** Πολυτεκνη μητερα σημερα [Die heutige Mutter mit vielen Kindern], WF, siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2010/06/blog-post_2794.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- Spierings, Niels (2017):** What if the angry white man is a woman? The gender gap in voting for the populist radical right, siehe <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/03/21/what-if-the-angry-white-man-is-a-woman/> (aufgerufen am 3.10.2017).

- Spierings, Niels und Zaslove, Andrej (2015):** Gendering the vote for populist radical-right parties, in: Patterns of Prejudice, 49 (1-2), S. 135–162.
- To Vima (2012):** Ο βουλευτής Ηλίας Κασσιδιάρης της Χρυσής Αυγής χαστούκισε τη Λιάνα Κανέλλη σε εκπομπή του Αντέννα (video) [Der GM-Abgeordnete Ilias Kassidiaris schlug in der Talkshow von Antennas TV auf Liana Kanelli ein], siehe <http://www.tovima.gr/politics/article/?aid=461134> (aufgerufen am 14.11.2017).
- Vasilopoulou, Sofia und Halikiopoulou, Daphne (2015):** The Golden Dawn's »Nationalist Solution« Explaining the Rise of the Far-Right in Greece. New York: Palgrave Macmillan.
- Vlachou, Sotiria (2016):** Σωτηρία Βλάχου: Μόνο η Χρυσή Αυγή θα σώσει την Πατρίδα! [Einzig die Goldene Morgenröte wird unser Vaterland retten!], siehe <http://www.xryshaygh.com/enimerosi/view/swthria-blachou-mono-h-chrush-agh-tha-swsei-thn-patrida> (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2011):** Η κρίση είναι ηθική, όχι οικονομική [Es ist eine Moral- und keine Wirtschaftskrise], WF, siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2011/12/blog-post_10.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2010a):** Υπογεννητικότητα και μεταναστες [Niedrige Geburtenrate und Immigranten], siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2010/06/blog-post_07.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2010b):** Η γυναίκα στον Εθνικοσοσιαλισμό [Frauen im Nationalsozialismus], siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2010/08/blog-post_28.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2007a):** Η Πατρίδα γερνά [Unser Vaterland wird alt], WF, siehe <http://whitewomenfront.blogspot.de/2007/10/h.html> (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2007b):** Είμαι ετεροφυλόφιλη και είμαι περήφανη [Ich bin heterosexuell und stolz darauf], siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2007/12/blog-post_11.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2007c):** Γυναίκα και πολιτική [Frauen und Politik], WF, siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2007/10/blog-post_19.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2007d):** Γυναίκες στο καθεστώς της 4ης Αυγούστου [Frauen unter dem Metaxas-Regime (Regime des 4. Augusts)], siehe <http://whitewomenfront.blogspot.gr/2007/08/4.html> (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2007c):** Καν' το όπως στην αρχαία Σπάρτη [Mach es wie im antiken Sparta], siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2010/06/blog-post_7037.html (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2008a):** Women of Today and of Yesterday, WF, siehe <http://whitewomenfront.blogspot.gr/2008/12/blog-post.htm> (aufgerufen am 14.11.2017).
- WF (2008b):** Η Σύντροφος [Der Partner], siehe http://whitewomenfront.blogspot.gr/2008/12/blog-post_6184.html (aufgerufen am 14.11.2017).



श्री १०८

4.4 Länderfallstudie Polen

VON WERONIKA GRZEBALSKA
UND ELENA ZACHARENKO

In Polen setzten sich bei den Parlamentswahlen von 2015 und bei den Europawahlen von 2014 fast nur Parteien des rechten politischen Spektrums durch, sodass derzeit (Stand 2017) elf verschiedene Rechtsparteien im polnischen Sejm und/oder im Europäischen Parlament vertreten sind. Viele sind in Wahlbündnissen organisiert, die kleineren Parteien einen Einstieg in politische Entscheidungsgremien ermöglichen. Auf der politischen Bühne Polens sind vor allem zwei Wahlbündnisse und eine politische Bewegung federführend. Diese Studie richtet ihr Augenmerk vor allem auf die Regierungspartei, die illiberale Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Recht und Gerechtigkeit), die 2016 mit dem Aufbau eines Regimes begann, das »illiberale Demokratie« getauft wurde – ein Regime, in dem demokratische Prozesse wie Parlamentswahlen und ein Mehrparteiensystem damit einhergehen, dass die in der Verfassung verankerte Machtbegrenzung ignoriert sowie Menschen- und Freiheitsrechte eingeschränkt werden (siehe z. B. Zakaria 1997). Mit dem Wahlsieg dieses Bündnisses zogen unter der Führung der PiS Mitglieder verschiedener kleinerer rechtsgerichteter und fundamentalistischer Parteien ins Parlament ein.¹



islang ist es der Partei gelungen, ihre Macht in der Exekutive und Legislative zu konsolidieren; und trotz umstrittener Gesetze, mit denen die Rechtsstaatlichkeit unterminiert wird, liegt sie auch in den Umfragen noch immer vorn. Daneben wird auch die Kukiz'15 näher beleuchtet, eine politische Auffangbewegung, die zur drittstärksten Fraktion im Parlament wurde und die zweite rechtspopulistische Kraft ist, die eine wachsende Unterstützung für sich verbuchen kann. Über die Kukiz'15 konnten 2015 mehrere Mitglieder der rechtsextremen Partei Ruch Narodowy (RN, Nationale Bewegung) ins Parlament einzuziehen. Von dieser und anderen kleinen Rechtsparteien, wie von Janusz Korwin-Mikkos Wolność (Freiheit)², die derzeit nur im europäischen Parlament aktiv ist, wird die Rede sein, wenn es sich thematisch ergibt.

1. Ziele der Frauen- und Genderpolitik

Mehrere Erscheinungen machen deutlich, dass Genderpolitik einer der zentralen Punkte der ab 2016 einsetzenden illiberalen »Transformation der Transformation« ist (Krekó und Mayer 2015): Zu nennen sind da zum einen der von der religiösen Rechten zwischen 2012 und 2015 geführte Krieg gegen die »Genderideologie«, mit dem Genderstudien und Fürsprecherinnen einer Geschlechtergleichstellung verteufelt wurden (siehe z. B. Grzebalska 2015; Graff und Korolczuk 2017), zum anderen die 2016 unternommenen Versuche, das Abtreibungsrecht zu verschärfen, und nicht zuletzt auch die Einstellung der Finanzhilfen für mehrere Nichtregierungsorganisationen (NROs), die sich für eine Stärkung von Frauenrechten einsetzen. Im vorherrschenden Narrativ zu Frauenrechten in Polen ist die Rede von Rückschritten bei Frauenrechten, wobei die illiberale Rechte als frauenfeindliche Kraft dar-

gestellt wird, die die Frauen »zurück an den Herd« drängen wolle. Ein genauere Blick auf die Politik und Ideologie rechtspopulistischer Parteien offenbart jedoch ein etwas differenzierteres Bild über ihre Genderpolitik und deren Rolle in ihren übergeordneten politischen Zielen. Im folgenden Abschnitt stellen wir zunächst die politischen Maßnahmen und Diskurse vor, bei denen es um die Gleichstellung der Geschlechter und um Minderheitenrechte geht. Anschließend erörtern wir, welche Funktion die Ablehnung der »Genderideologie« im rechtsgerichteten Gegenvorschlag zur liberalen Demokratie erfüllt, und schließlich gehen wir auf die sozialpolitischen Maßnahmen der illiberalen Regierung ein, die zumindest einigen Frauen auf die eine oder andere Weise zugutekommen.

Angriffe auf Frauenrechte

Alle illiberalen rechtsgerichteten politischen Kräfte in Polen verunglimpfen offen den Feminismus und das liberale Gleichstellungsparadigma. Von den oben erwähnten Parteien haben nur die PiS und die RN der »Genderideologie« und einer von ihnen geforderten »traditionellen« Geschlechterordnung in ihren Programmen breiten Raum eingeräumt und sich für eine Unterstützung »traditioneller Familienwerte« ausgesprochen. In den Wahlprogrammen sowohl der PiS als auch der RN aus dem Jahr 2014 wird »Genderideologie« als eine vom Westen aufoktroyierte Bedrohung der nationalen Souveränität und des Familienwohls bezeichnet.³ Die Kukiz'15 und die Wolność gehen zwar in ihren Programmen nicht auf Genderfragen und Rechte sexueller Minderheiten ein, haben aber in öffentlichen Reden mehrfach die progressive Gleichstellungspolitik kritisiert. Im Mai 2016 etwa richtete Tomasz Rzymkowski, Mitglied der RN und Abgeordneter in der Kukiz'15-Fraktion, eine parlamentarische Anfrage an das Bildungsministerium in Bezug auf Anti-Diskriminierungs-Workshops an einer der staatlichen Universitäten. Mit dieser Anfrage wurde er für seine Aussage bekannt, Homosexualität sei moralisch und gesellschaftlich schädlich.

Ein weiterer zentraler Konflikttherd sind die reproduktiven Rechte.⁴ Eine Bürgerinitiative von Abtrei-

¹ Zu diesen Parteien zählten die Polska Razem Zjednoczona Prawica, Solidarna Polska, Wolni i Solidarni, Prawica Rzeczypospolitej und Ruch Katolicko-Narodowy.

² Die Partei kandidierte bei den Wahlen 2015 als KORWiN und änderte im Oktober 2016 ihren Namen in Wolność.

³ Eine eingehendere Analyse dieser polnischen Sichtweise liefern Grzebalska (2015) sowie Graff und Korolczuk (2017).

⁴ Weitere Informationen zur jüngsten Kampagne für ein Abtreibungsverbot in Polen finden sich bei Kubisa (2017) und Zacharenko (2017).

bungsgegnern brachte 2016 einen Gesetzesvorschlag ein, der das Recht auf Abtreibung weiter einschränken sollte und Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren für diejenigen vorsah, die einen Abbruch vornehmen ließen oder ihn durchführten. Unterstützt von der Parteiführung der PiS wurde der Entwurf auch vom Parlament gebilligt und zur weiteren Ausarbeitung in die Ausschüsse verwiesen. Obwohl die PiS angesichts einer Welle von Massenprotesten ihre Unterstützung für den Entwurf zurückziehen musste, gehen die Versuche, das Abtreibungsverbot auszuweiten, mit anderen erfolgreichen Beschneidungen reproduktiver Rechte einher. Die Regierung stoppte 2017 den rezeptfreien Zugang zur sogenannten Notverhütung, der »Pille danach«, und verändere das Schulfach »Familienleben« dahingehend, dass es nun auch Verhütungsmittel brandmarkt. Zudem werden die wenigen derzeit gesetzlich geschützten reproduktiven Rechte von Ärzten und Ärztinnen sowie von Apotheker_innen häufig missachtet, wobei diese sich auf die sogenannte Gewissensklausel berufen.

Zugleich nahm die Regierung die für Menschenrechte eintretende Zivilgesellschaft ins Visier und stellte sie als vom Ausland gesteuerte Organisationen dar, die nur für die Interessen ihrer westlichen Geldgeber eintreten und damit eine Gefahr für die nationale Souveränität seien. Polens rechtsgerichtete Akteure verlegen sich zunehmend darauf, den Kampf für Menschenrechte und mehr Demokratie als politisches Treiben zu diffamieren, das nichts mit normalem politischen Handeln zu tun habe und keine sozioökonomischen oder politisch-ideologischen Fragen anspreche, sondern ein Sicherheitsrisiko für das Wohl der Nation sei (Grzebalska und Petó 2017). Die Regierung bezeichnete Menschenrechtsaktivist_innen nicht nur als politische Widersacher, sondern gar als Feinde und beschloss, Frauenrechtsorganisationen die Mittel für zu kürzen. Im Jahr 2016 strich das Justizministerium dem Zentrum für Frauenrechte, dem Verein BABA und der Nobody's Children Foundation, die sich um Opfer verschiedener Arten von Gewalt kümmern, die Finanzierung. Im Oktober 2016 wurden die Büros des Zentrums für Frauenrechte und der BABA-Stiftung wegen angeblicher illegaler Finanzgeschäfte polizeilich durchsucht (tokfm.pl 2017). Die zuvor diesen NROs zugeteilten Mittel gingen stattdessen an religiöse und traditionalistische Organisation. Außerdem führt die Regierung derzeit

einen neues Nationales Programm zur Entwicklung der Zivilgesellschaft ein, um mit staatlicher Förderung einen regierungsnahen zivilgesellschaftlichen Sektor zu schaffen, der parallel zu den bereits existierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen existieren oder diese ersetzen soll.

Gender als »symbolischer Klebstoff«

So, wie sich rechtspopulistische Parteien in Polen durch Angriffe auf das liberale Gleichstellungsparadigma eine wachsende Unterstützung in der Bevölkerung sichern, spielt die Genderfrage eine entscheidende Rolle bei der Etablierung dieser neuen illiberalen Regierungsführung, weil sie als »symbolischer Klebstoff« fungiert (Petó 2015; Grzebalska, Kováts und Petó 2017). Denn zum einen ermöglichte der Krieg gegen die »Genderideologie« rechtsgerichteten Akteuren, breite Allianzen zwischen Gruppen zu schmieden, die sich ansonsten nicht unbedingt zusammenschließen würden, beispielsweise zwischen durchschnittlichen Konservativen und Rechtsextremen oder christlichen Fundamentalisten und panslawischen Kreisen. Indem sie den Begriff »Genderideologie« zu einem Feindbild stilisierten, gelang es den illiberalen Akteuren, verschiedene mit dem liberalen Gleichstellungsparadigma assoziierte Themen zu verbinden und sie als Teil einer globalen Verschwörung zu präsentieren. Trotz heftiger Kontroversen zwischen verschiedenen feministischen Strömungen, beispielsweise zwischen denjenigen, die Gender als eine Identität herausstellen, und denjenigen, die Gender in erster Linie als Konstrukt begreifen, das Machtverhältnisse vorgibt, wurde »Genderideologie« zur Metapher für alle Versäumnisse der neoliberalen Ordnung: für die Krise der Repräsentation, die Vorrangstellung der Identitätspolitik vor materieller Ungerechtigkeit oder die zunehmende Unsicherheit. Drittens haben es die Dämonisierung und Ablehnung von »Genderideologie« der Rechten ermöglicht, einen neuen positiven Gegenvorschlag zur liberalen Ordnung aufzubauen. Dieser Vorschlag speist sich aus dem realen Scheitern des neoliberalen Projekts und seinem nicht eingelösten Emanzipationsversprechen und bietet der klar abgegrenzten Gruppe derjenigen, die denselben nationalen, religiösen und familiären Werten anhängt, Sicherheit und Gemeinschaft.

Unterstützung für Mütter und die sozioökonomischen Rechte von Frauen

Die Angriffe auf das liberale Paradigma der Geschlechtergleichstellung gehen mit einer Gesetzeskampagne zu sozialen und wirtschaftlichen Rechten einher. Direkt nach ihrem Amtsantritt brachte die PiS ihr Vorzeigeprojekt auf den Weg: Das Programm »Familie 500 plus« gewährt Familien ab dem zweiten Kind eine monatliche Transferleistung von 500 PLN (etwa 120 Euro) pro Kind bis zum Alter von 18 Jahren; liegt das monatliche Einkommen einer Familie unter 190 Euro pro Kopf, wird die Pauschale bereits für das erste Kind gezahlt (siehe z. B. Beradi 2016). Das teuerste und umfassendste Umverteilungsprogramm in Polen nach 1989 hat bereits jetzt die Armut in Familien mit Kindern erheblich gesenkt (IBS 2016) und wird von der Mehrheit der Gesellschaft positiv bewertet (laut CBOS 2017 von 77 Prozent). Um dem Erfolg der »schwarzen Proteste« von Frauen von 2016 etwas entgegenzusetzen, führte die Partei zudem rasch eine einmalige Zahlung von 1 000 Euro für Frauen ein, die ein schwerbehindertes oder unheilbar krankes Kind zur Welt bringen. Ab Januar 2017 hat die PiS außerdem den Mindestlohn und den Steuerfreibetrag erhöht sowie das Rentenalter auf 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer herabgesetzt. Weiterhin hat die PiS neue Regelungen in Bezug auf Unterhaltzahlungen eingeführt, von denen alleinerziehende Mütter sehr profitieren, indem sie viele Schuldner dazu anhielt lange überfälligen Zahlungen nachzukommen. Zusätzlich wurde auf einer Parteikonferenz im April 2018, das neue Programm Mutter+ vorgestellt, welches angelegt ist Frauen zu ermutigen mehr Kinder zu bekommen. Eine Frau die mindestens vier Kinder bekommt, hat nun Anspruch auf eine staatliche Grundrente, egal ob sie vorher gearbeitet hat, oder nicht. Schwangere Frauen können außerdem Ermäßigungen auf Gebühren für Medikamente bekommen. Mütter, die kurz nach dem ersten Kind ein zweites Kind austragen, können einen speziellen Geldbonus erhalten und Mütter die studieren sind des Weiteren förderungsberechtigt für Stipendien (TVN24 2018).

All diese Veränderungen sind eingebettet in eine Rhetorik, die Menschenrechte vornehmlich als sozioökonomische Rechte von Familien aus gibt und Gender-

Mainstreaming durch Familien-Mainstreaming ersetzt (Grzebalska und Pető 2017). Im Einklang mit diesen Prinzipien informierte der stellvertretende polnische Außenminister und Gründer der fundamentalistischen Organisation Ordo Iuris, Aleksander Stępkowski, bei einer Podiumsdiskussion auf dem Grundrechte-Forum 2016 in Wien das Publikum darüber, dass sich die polnische Regierung an eine auf Grundrechten basierende Staatsführung halte und die Grundrechte umsetze, indem sie die wirtschaftliche und soziale Teilhabe von Familien fördere, die unter den Auswirkungen des Übergangs nach 1989 litten (EU FRA 2016).

Sämtliche von der PiS eingeführten sozialpolitischen Maßnahmen haben heftige Debatten und berechtigte Kritik ausgelöst, da sie sich ausschließlich auf heterosexuelle Familien konzentrieren und andere Versorgungsgemeinschaften unberücksichtigt lassen. Außerdem wurden mögliche negative Auswirkungen für Frauen ausgeblendet: So gibt es beispielsweise keinerlei Anreize für Männer, sich an der Kinderbetreuung zu beteiligen, und aufgrund fehlender Investitionen in öffentliche Kinderbetreuung könnten Frauen aus dem Berufsleben gedrängt werden⁵ und nicht zuletzt werden Frauen aufgrund der Senkung des Rentenalters im Alter finanziell sicherlich schlecht abgesichert sein. Dennoch sollte man die soziale Bedeutung dieser Maßnahmen in ihrer Gesamtheit – als Neufassung des neoliberalen Gesellschaftsvertrags zwischen Bürgern und Staat nach 1989 – nicht unterschätzen. Die relativ große und stabile Unterstützung von Frauen durch die PiS legt trotz der schwerwiegenden Angriffe auf ihre reproduktiven Rechte nahe, dass die Partei nicht eindeutig als frauenfeindlich einzustufen ist, und dass auch die Aussage, die Partei wirke den Interessen von Frauen entgegen, nicht wirklich wahr ist. Sinnvoll wäre es vielmehr, zwischen dem zu unterscheiden, was Maxine Molyneux (1985) in »praktische und strategische Gender-Interessen« unterteilte. Hierbei ergeben sich die praktischen Gender-Interessen aus den konkreten Bedingungen, denen Frauen im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ausgesetzt sind, die jedoch im Allgemeinen kein stra-

⁵ Während die Erwerbsbeteiligung von Frauen zunächst sank, zeigen jüngste Daten des polnischen nationalen Statistikamtes, dass dieser Negativtrend sich allmählich umkehrt und Frauen auf den Arbeitsmarkt zurückkehren (Gazeta Prawna 2017).

tegisches Ziel beinhalten« (ebd. 183), während die strategischen Gender-Interessen aus der Analyse der untergeordneten Stellung von Frauen theoretisch formuliert werden. Während die PiS zweifellos das (liberale) feministische Verständnis der strategischen Gender-Interessen von Frauen bekämpft, fördert die Partei zugleich einige der praktischen Gender-Interessen von Frauen, wie jene, die mit dem Wohlergehen des Haushalts und der Kinder zusammenhängen. Und in der Regel sind es letztgenannte Interessen, die populistischen und sogar extremistischen Kräften weltweit die Unterstützung und Loyalität von Frauen gesichert haben (siehe z. B. Blee 2012).

2. Frauen und rechtspopulistische Parteien

In diesem Abschnitt wird die Rolle von Frauen im Parteiapparat und als Unterstützerinnen in den beiden rechtspopulistischen Parteien PiS und Kukiz'15 untersucht, die 2015 und (im Fall der PiS auch) 2011 ins polnische Parlament einzogen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Präsenz und Rolle von Frauen in Führungspositionen innerhalb dieser Parteien, ihre Präsenz als einfache Parteimitglieder und die Bedeutung, die ihrer Beteiligung von der Parteiführung beigemessen wird. Darüber hinaus analysieren wir die Unterstützung, die diese Parteien in den Parlamentswahlen 2011 und 2015 von Frauen erhielten, wobei wir insbesondere das sozioökonomische Profil der durchschnittlichen Parteianhängerin beleuchten. Anhand dieser Untersuchung lassen sich Schlüsse ziehen, warum Frauen diesen Parteien beitreten oder sie wählen.

Frauen in Führungspositionen und als einfache Parteimitglieder

Trotz ihrer offenkundigen Ablehnung von »Genderideologie« und offener Unterstützung traditioneller Geschlechterrollen hat die PiS im Wahlkampf 2015 mit Beata Szydło eine Frau als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin aufgestellt, was sich für die Partei auszahlte. Ihre Beförderung zur designierten Ministerpräsidentin kam angesichts der unauffälligen Rolle, die Szydło zuvor im Parteivorstand gespielt hatte, eher unerwartet und sollte vor allem als Versuch gedeutet werden, das Image der Partei im Vorfeld einer stark polarisierten Wahl zu modernisieren und mit einem menschlichen Gesicht zu versehen.

Entgegen manchen Prognosen, Szydło werde als Ministerpräsidentin rasch von Jarosław Kaczyński abgelöst, dem Parteivorsitzenden und Architekten aller politischen Maßnahmen, behielt sie ihr Amt gut zwei Jahre bis zum Dezember 2017, als sie zur stellvertretenden Ministerpräsidentin in der Regierung von Mateusz Morawiecki degradiert wurde. Obwohl ihre Rolle bei der politischen Gestaltung und bei Entscheidungsprozessen Gerüchten zufolge marginal war, bleibt abzuwarten, ob der neue Ministerpräsident als unabhängiger wahrgenommen wird als Szydło. Im Grunde ist zu erwarten, dass nicht nur die Partei-, sondern auch die Regierungsführung fest in den Händen von Kaczyński bleibt und dass jeder Ministerpräsident lediglich seine Beschlüsse ausführen wird. Beata Szydło vermied es beispielsweise tunlichst, ohne vorherige Absprache mit ihrem Parteivorsitzenden politische Entscheidungen zu treffen oder ihre Position zu konkreten Themen kundzutun. Auch deutete Szydłos Wahl der Minister_innen für ihr Kabinett (das nach ihrem Rücktritt als Ministerpräsidentin unverändert blieb) keinerlei Fortschritte im Hinblick auf eine Gleichstellung der Geschlechter in der Partei an: Von den 19 Ministerien gingen ursprünglich nur drei an Frauen. Zwei von diesen waren ohnehin eher »weibliche« Ressorts: Bildung und Familie sowie Arbeit und Soziales; der dritten Ministerin wurde das Ministerium für Digitalisierung zugewiesen (ISP 2015: 21–22).

Auf der anderen Seite bietet die PiS mehreren umstrittenen politischen Hardlinerinnen eine Bühne: darunter Krystyna Pawłowicz (Abgeordnete und ehemalige Richterin am Staatsgerichtshof), Beata Kempa (Abgeordnete und Leiterin der Kanzlei des Ministerpräsidenten) und Anna Zalewska (Abgeordnete und Bildungsministerin). Die Partei hat außerdem für den schnellen Aufstieg einiger Frauen in regierungsfreundlichen Medien gesorgt: Z. B. wurden die Anti-Gender-Autorin Barbara Stanisławczyk zur Vorsitzenden des Verwaltungsrats von Polskie Radio und Marzena Paczuska zur Chefredakteurin der TV-Nachrichtensendung Wiadomości ernannt. Seit langem kooperiert die Parteiführung außerdem mit rechtsstehenden bekannten weiblichen Intellektuellen und fördert diese, darunter die Soziologin Barbara Fedyszak-Radziejowska oder die anti-feministische konservative Historikerin Magdalena Gawin, die zur Staatssekretärin im Kulturministerium ernannt wurde.

Die Kukiz'15 bemühte sich noch nicht einmal, im Wahlkampf oder bei späteren parlamentarischen Aktivitäten seinen paternalistischen Ton zu verbergen. In den Wahlkampfbroschüren tauchten Frauen überhaupt nicht auf (ISP 2015: 14) und im Grundsatzprogramm der Partei ist nirgends die Rede von einer Politik für Frauenrechte oder Geschlechtergleichstellung (Kukiz'15 2015). Ohnehin wird die Bewegung von ihrem charismatischen Anführer dominiert. Im zehnköpfigen Parteivorstand sind zwei niedrige Posten mit Frauen besetzt. Bei dieser Partei kann somit kaum die Rede sein von Frauen in Führungspositionen.

Die Rolle von Frauen in den unteren Rängen der Parteihierarchie rechtspopulistischer Parteien sowie ihre offensichtliche Bedeutung in dieser Parteihierarchie ist an der Anzahl von Frauen auf den Wahllisten für die Parlamentswahlen von 2015 und vor allem an ihren Listenplätzen abzulesen. Die Wahlen zum polnischen Unterhaus, dem Sejm, erfolgen nach dem Verhältniswahlrecht. Seit 2011 ist es nach dem Wahlgesetz für alle Parteien verpflichtend, dass jedes Geschlecht mit mindestens 35% auf den Wahllisten vertreten sein muss (ISP 2015: 7). Natürlich geht es bei dieser Mindestquote in erster Linie um Frauen, da sie in der Regel das unterrepräsentierte Geschlecht sind. Es steht den Parteien frei, nach Erfüllung dieser Quote weitere Frauen auf ihre Liste zu setzen. Auch liegt der Listenplatz der Kandidaten und Kandidatinnen im eigenen Ermessen der Parteien. Als Faustregel gilt: Je höher man auf der Liste steht, umso größere Chancen hat man, gewählt zu werden. Ab dem vierten Listenplatz sinken die Chancen rapide.

Von den Parteien, die die Sperrklausel überwandern, hatten die PiS und die Kukiz'15 die wenigsten Kandidatinnen für den Sejm aufgestellt: Beide kamen auf einen Frauenanteil von 40 Prozent (ISP 2015, PKW 2015), womit sie nur 5 Prozent über der gesetzlichen Mindestquote lagen. Zudem setzte die Kukiz'15 nur 21 Prozent der Kandidatinnen auf einen der ersten drei Listenplätze (PKW 2015); bei der PiS waren es 24 Prozent (ISP 2015: 12). Diese Daten könnten darauf schließen lassen, dass Frauen in diesen Parteien in erster Linie als »Alibifrauen« auf den hinteren Listenplätzen erscheinen, um die Quote zu erfüllen. Allerdings galt dies in den Wahlen von 2011 für alle politischen Parteien Polens (Jankowski und Marcinkiewicz 2016: 8).

Das Verhalten von Wähler_innen des rechten Spektrums scheint darüber hinaus darauf hinzudeuten, dass das Geschlecht der zur Wahl Aufgestellten nicht unbedingt Auswirkungen auf seine bzw. ihre Wählbarkeit hat: Unter den fünf Kandidaten mit den meisten Stimmen bei den Parlamentswahlen von 2015 waren zwei Frauen: Beata Szydło und Małgorzata Wasserman von der PiS (Onet.pl 2015).

Nach dem Wahlsieg der PiS von 2015 bestand ihre Fraktion zu 23 Prozent aus weiblichen Abgeordneten, was fast dem bei 27 Prozent liegenden durchschnittlichen Frauenanteil im Sejm entsprach (ISP 2015: 18) und einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Frauenanteil von 17,2 Prozent nach den Wahlen von 2011 bedeutete (Jankowski und Marcinkiewicz 2016: 3). Aufgrund der Listenzusammensetzung der Kukiz'15 lag der Anteil der Frauen in ihrer Fraktion direkt nach der Wahl bei nur 14 Prozent (ISP 2015:19) und verringerte sich weiter, als drei weibliche Mitglieder die Fraktion und auch die Bewegung Kukiz'15 verließen. Sie bildeten zunächst eine eigene Gruppe im Parlament, bis sich zwei von ihnen 2017 der PiS-Fraktion anschlossen (Gazeta.pl 2017). Damit sind von den 32 Abgeordneten der Kukiz'15-Fraktion nur noch drei Frauen (Stand September 2017), was einem Anteil von rund 9 Prozent entspricht. Dies deutet einmal mehr darauf hin, dass der Einfluss von Frauen auf die interne Gruppendynamik von Kukiz'15 marginal ist.

Obwohl rechte Parteien in den letzten zehn Jahren im Allgemeinen weniger Frauen ins Parlament brachten als linke oder liberale Parteien, bleibt festzuhalten, dass der Unterschied nicht immer erheblich war (2007 betrug der Frauenanteil der PiS-Fraktion beispielsweise 21 Prozent gegenüber 22 Prozent bei der liberalen Bürgerplattform PO [Platforma Obywatelska], die von 2007 bis 2015 an der Macht war) und der Frauenanteil beim Bund der Demokratischen Linken (SLD) nach den Wahlen von 2007 und 2011 mit lediglich 16 bzw. 18,5 Prozent sogar noch unter dem der rechten Parteien lag (Gądek 2011).

Das Wahlverhalten von Frauen

Wahlsieger der Parlamentswahlen von 2015 war die PiS mit 37,6 Prozent aller Stimmen (PKW 2015b). Aus Wahltagsbefragungen geht hervor, dass die Partei mehr Stimmen von Frauen als von Männern erhielt:

39,7 gegenüber 38,5 Prozent (TVN24 2015).⁶ Ähnlich war die Situation bei den Wahlen 2011, als die PiS mit 29,9 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft nach der PO wurde; auch damals war sie bei Frauen überdurchschnittlich beliebt: 30,7 Prozent der Wählerinnen stimmten für die PiS (Wprost.pl 2011). In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass denselben Wählerbefragungen zufolge auch die Bürgerplattform (PO) von mehr Frauen als Männern gewählt wird – 42,4 Prozent im Vergleich zu 39,2 Prozent bei den Wahlen von 2011 und 26,4 Prozent gegenüber 24,1 Prozent bei den Wahlen von 2015. Die sozialdemokratischen Parteien scheinen dagegen bei den Frauen nicht so beliebt zu sein. Diese Präferenzen könnten der Dominanz des politischen Diskurses der Mitte-Rechts- bzw. rechten Parteien Polens zurückzuführen

sein und auf die Unfähigkeit der Linken, dem entgegenzuwirken. Eine Analyse der genauen Gründe für dieses Phänomen würde allerdings den Rahmen dieser Studie sprengen.

Untersuchungen über politische Präferenzen polnischer Wählerinnen lassen auf das folgende vorherrschende sozioökonomische Profil einer PiS-Anhängerin schließen: verheiratet (57,5 Prozent), über 55 Jahre alt (50,9 Prozent), Berufsausbildung (48,1 Prozent), Hausfrau (36,8 Prozent) oder fest angestellt (31,1 Prozent), auf dem Land lebend (38,7 Prozent) und mit einer nach eigenen Angaben durchschnittlichen materiellen Situation (59,4 Prozent) (Political Preferences, 2016). Diese Beschreibung trifft wohl eher auf Frauen zu, die nicht sonderlich von der liberalen feministischen Agenda mit besseren Karrierechancen oder einer stärkeren Repräsentanz im öffentlichen Leben profitierten. Der beschriebene Hintergrund scheint daher zum Profil von Wählerinnen zu passen, die größeres Interesse an der Durchsetzung von pragmatischen Gender-Interessen und weniger Interesse an strategischen Gender-Inter-

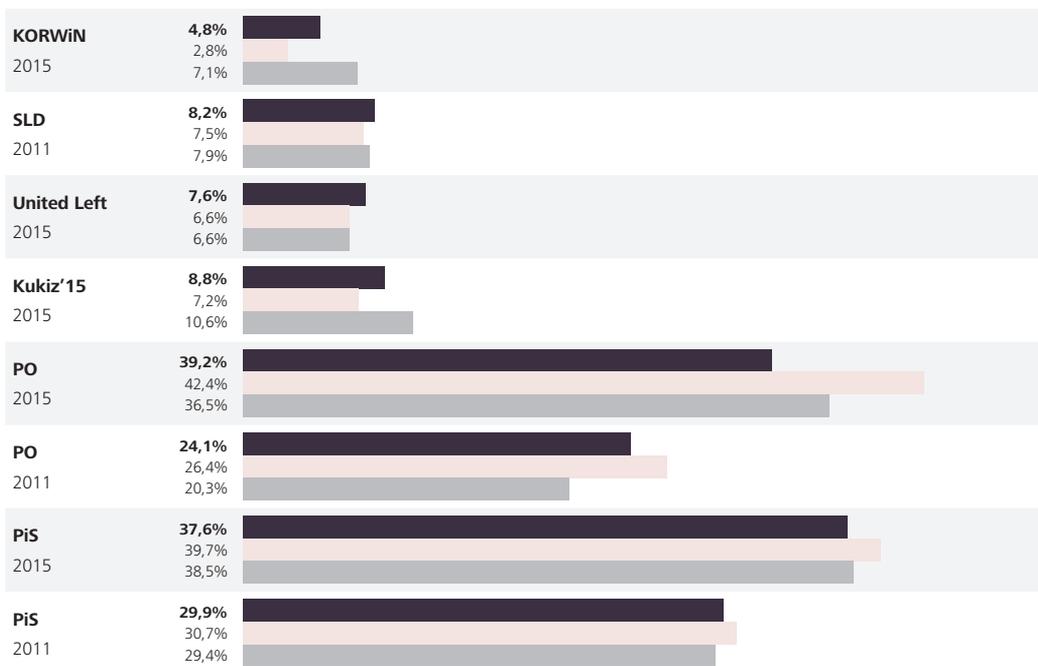
⁶ Die Aufschlüsselung der Daten nach Geschlecht geht aus offiziellen Quellen nicht hervor – die genannten Zahlen beruhen auf Umfragen am Wahltag und entsprechen in der Summe daher nicht immer exakt den Zahlen des Gesamtstimmenanteils, der auf offiziellen Daten des Nationalen Wahlkomitees beruht.

⁷ Wie Fußnote 6.

Tabella 1.1

Prozentualer Anteil der Stimmen von Frauen bei den Wahlen von 2015 im Vergleich zu den Wahlen von 2011 (soweit Daten vorliegen).

Nach Geschlecht aufgeschlüsselte Unterstützung für die Parteien im Vergleich zum gesamten Stimmenanteil



essen haben. Das heißt, sie legen mehr Wert auf bessere soziale Indikatoren für sich und ihre Familien, während rhetorische Auseinandersetzungen über Frauenrechte und Geschlechtergleichheit im Rahmen des liberalen Gleichstellungsparadigmas für sie zweitrangig sind.

Die Kukiz' 15 formierte sich erst 2015 und war daher bei den Wahlen von 2011 nicht vertreten. Im Jahr 2015 konnte sie 8,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen (PKW 2015b), wobei sich der Anteil der Stimmen von Frauen auf 7,2 Prozent und der von Männern auf deutlich höhere 10,3 Prozent belief (TVN24 2015). Zu den Anhänger_innen der Kukiz' 15 liegen keine ausreichenden Daten vor, um aussagekräftige Schlussfolgerungen über ihr sozioökonomisches Profil ziehen zu können (Political Preferences 2016).

Warum unterstützen Polinnen die Rechtspopulisten?

Zwar schneidet die PiS in Bezug auf die Teilhabe und Förderung von Frauen in ihren Reihen und in Führungspositionen besser ab als die Kukiz' 15, aber beide Gruppierungen hinken in diesen Punkten sowohl den liberalen Parteien PO und Nowoczesna als auch der linksgerichteten Razem hinterher. Wenn Frauen wie Barbara Szydło in Führungspositionen anzutreffen sind, vertreten sie häufig lediglich die Parteilinie, statt sich wirklich im politischen Entscheidungsprozess zu engagieren. Zudem sind die weiblichen Mitglieder der gegenwärtigen PiS-Regierung für Ressorts zuständig, die traditionell als »weibliche« Themen gelten (ISP 2015: 21–22), und auf den Wahllisten von PiS und Kukiz' 15 stehen Kandidatinnen meist hinter ihren männlichen Pendanten auf nachrangigen Positionen.

Trotzdem ist es nach der vorangegangenen Legislaturperiode eine signifikante Verbesserung, dass nahezu ein Viertel der PiS-Fraktion aus Frauen besteht, was ein Zeichen dafür ist, dass es für die politische Partizipation von Frauen in dieser Partei beträchtliche Entfaltungsmöglichkeiten gibt. Obwohl die PiS nicht systematisch den Aufstieg von Frauen in der Parteihierarchie fördert und dem Gender-Mainstreaming als politischem Instrument ablehnend gegenübersteht, hat sie es vielen Frauen ermöglicht, auf einflussreiche Positionen zu gelangen, sowohl innerhalb der Partei und den von ihr kontrollierten Institutionen als auch am illiberalen rechten Rand der Zivilgesellschaft. Für

die Kukiz' 15 gilt dies gegenwärtig nicht: Hier spielt die Beteiligung von Frauen kaum eine Rolle und die wenigen aktiven weiblichen Abgeordneten haben die Fraktion verlassen. An der Wahlurne unterscheidet sich der Grad weiblicher Unterstützung zwischen beiden Gruppierungen erheblich. Tatsächlich scheinen deutlich weniger Frauen als Männer die Kukiz' 15 zu wählen, während bei der PiS das Gegenteil zutrifft. Auch bei der KORWiN/Wolność ist der Anteil der Wählerinnen geringer (siehe Tabelle 1). Das könnte darauf hindeuten, dass Frauen stärker für die sozioökonomischen und auf soziale Belange gerichteten Ideen der PiS empfänglich sind als für deren rechtspopulistische Rhetorik.

Angesichts des im vorangegangenen Abschnitt erörterten Eintretens der PiS für die praktischen Gender-Interessen von Frauen und der in diesem Abschnitt präsentierten Daten, die belegen, dass die Partei nach wie von Frauen gewählt wird und Frauen eine politische Karriereplattform bietet, ist es nicht länger abzustreiten, dass das Engagement von Frauen im rechten politischen Spektrum mit einer gewissen Stärkung und Befähigung der Frauen einhergehen kann. Man könnte in der Tat argumentieren, dass die Unterstützung für rechtsgerichtete Gruppierungen alternative Befähigungs- und Fördermöglichkeiten für Frauen bietet, die sich vom neoliberal-feministischen Modell nicht angesprochen fühlen (siehe z. B. Félix 2016). Wie die amerikanische Soziologin Kathleen Blee (2012) bemerkte, können binäre und mit Wertvorstellungen befrachtete Begriffe wie »Rechtspopulismus« irreführend sein, da sie der ideologischen Komplexität der betreffenden politischen Bewegungen nicht gerecht werden (siehe z. B. Gagyí 2016 zu falschen Dichotomien). Ebenso wenig trägt die Etikettierung von Programmen als »frauenfeindlich«, nur weil sie von extremistischen Akteuren stammen, zum Verständnis bei, warum Frauen diese Parteien wählen. Auch die ungarische Historikerin Andrea Pető argumentiert, dass bei dem Engagement von Frauen als Politikerinnen und Aktivistinnen für rechtsgerichtete Parteien »Frauenpower an einer Stelle entstehen kann, an der es angeblich keine Frauenpower gibt« und dass »Frauen als das relativ, aber nicht absolut schwächere Geschlecht auch von der Mitwirkung in einer von Männern dominierten Gruppe profitieren« (Gelnarová und Pető 2016: 77).

Eine tiefere Analyse der zunehmenden Unterstützung von Frauen für eine rechte Politik und die wachsende Zahl von Politikerinnen in der Führung rechter Parteien kann die Schwächen der progressiven Alternative aufzeigen. Eine mögliche Interpretation stammt von Nancy Fraser (2017). Sie vertritt die Ansicht, dass das Aufgreifen feministischer Politik durch den Neoliberalismus einen »progressiven Neoliberalismus« entstehen ließ, der einer Identitätspolitik Vorrang einräumt auf Kosten der Identifizierung allgemeiner Ursachen für die Ungerechtigkeit und soziale Unsicherheit, von der unterschiedliche Gruppen im finanzierten Kapitalismus betroffen sind (siehe Gregor und Grzebalska 2016 zu einer ähnlichen Argumentation in Bezug auf das östliche Mitteleuropa). Daraus folgt, dass eine erfolgreiche progressive Politik über marktorientierten Feminismus und Identitätspolitik hinausgehen muss, wenn sie in einer Zeit, in der sich rechtsgerichtete Strategien den praktischen Gender-Interessen von Frauen zuwenden, die breite Masse der Frauen zurückgewinnen will.

3. Gegenbewegungen und (erfolgreiche) Strategien

Trotz großer Zustimmung aus der Bevölkerung sieht sich die PiS-Regierung in ihren Bemühungen um eine weitere Verschärfung des ohnehin schon strengen polnischen Abtreibungsrechts einer breit gefächerten gesellschaftlichen Opposition gegenüber. Der Widerstand kulminierte am 3. Oktober 2016 im sogenannten schwarzen Protest, als Hunderttausende Frauen und Männer sich schwarz kleideten, die Arbeit niederlegten und landesweit gegen einen Gesetzentwurf demonstrierten, nach dem jegliche Form der Abtreibung ohne Ausnahme verboten werden sollte. Daraufhin zog die Regierung ihre Zustimmung zu dem Gesetz zurück und auch die parlamentarische Arbeit an dem Gesetz wurde kurze Zeit später eingestellt. Dieses Ergebnis wurde auf nationaler und internationaler Ebene weithin als Erfolg gefeiert.

Obwohl der schwarze Protest eine erfolgreiche Strategie für die Mobilisierung der Gesellschaft gegen eine bestimmte Gesetzesinitiative war, kann sie keine längerfristige Lösung gegen die Anti-Gender- und Anti-Abtreibungs-Politik der PiS sein. Tatsächlich wurden seit Oktober 2016 im Parlament mehrere Gesetzesentwürfe eingebracht, die den Zugang zu reproduktiven Gesund-

heitsdiensten einschränken sollten. Einige davon wurden auch verabschiedet und umgesetzt, wie im Juli 2017 das Gesetz zur Abschaffung der rezeptfreien Notfallverhütung. Obwohl sich Protestbewegungen auf lange Sicht nur schwer aufrechterhalten lassen, kam es trotz dieser Entwicklungen zu einer Wiederholung des schwarzen Protests vom Oktober 2016. Im März 2018 sind ungefähr 55.000 Menschen zu einem zweiten schwarzen Protest auf die Straße gegangen.

Während es der Bewegung des schwarzen Protests gelang, Frauenrechte und den Zugang zu reproduktiver Gesundheitsfürsorge in Polen auf die politische Tagesordnung zu setzen, besteht Grund zur Sorge, dass diese Fragen von Oppositionsparteien instrumentalisiert werden könnten, die sich nie zuvor für diese Themen interessierten. Angesichts der Tatsache, dass die stärkste Oppositionskraft, die PO, bestenfalls als Mitte-rechts-Partei einzuordnen ist, besteht kaum Hoffnung, dass ihre Herangehensweise an Frauenrechte zu einer Neuausrichtung ihrer Politik führen wird, die über einige symbolische Akte des progressiven Neoliberalismus hinausgeht. Wie bereits an früherer Stelle in diesem Artikel aufgezeigt, wäre dies vollkommen ungeeignet, um den praktischen Gender-Interessen jener Frauen entgegenzukommen, die gegenwärtig die PiS unterstützen, und sie als Wählerinnen zu gewinnen.

Um gegen die Politik der PiS-Regierung zur Geschlechtergleichstellung und zu reproduktiven Rechten sowie ihren immer noch großen Rückhalt in der Bevölkerung vorzugehen, benötigt das Land eine Opposition, die die Prozesse hinterfragt, die diese Partei an die Macht gebracht haben, und gleichzeitig eine Agenda entwirft, die sich sowohl für die praktischen als auch die strategischen Gender-Interessen von Frauen einsetzt. Ebenso müssen die vorherrschenden Rahmenbedingungen für die Veränderung der Geschlechterordnung einer kritischen Neubewertung unterzogen und strategische Gender-Interessen jenseits des (neo-)liberalen Paradigmas formuliert werden. Ohne eine politische Agenda, die den sozioökonomischen Ungleichheiten in der polnischen Gesellschaft entgegenwirkt sowie umfassende und weitreichende soziale Sicherheitsnetze in Aussicht stellt, wird es der politischen Opposition in Polen nicht gelingen, dem illiberalen, aber durchaus sozial ausgerichteten Kurs der Rechtspopulisten etwas entgegenzusetzen.

Literatur und Quellen

- Blee, Kathleen (2012):** Bolstering Feminist Politics in a Time of Conservative Ascendancy, in: *Queries* 3, S. 112–119.
- CBOS (2017):** Ocena programu ›Rodzina 500 plus‹ po blisko roku od jego wprowadzenia, siehe www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2017/K_036_17.PDF (aufgerufen am 03.10.2017).
- EU FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2016):** Panel debate on rights based governance, siehe http://fundamentalrightsforum.eu/sites/default/files/fra_uploads/panel_debate_on_rights_based_governance.pdf (aufgerufen am 19.12.2017).
- Felix, Anikó (2016):** Towards an Alternative Emancipation? The New Way(s) of Women's Mobilisation in the Hungarian Radical Right Subculture, in: Michaela Köttig, Renate Bitzan, Andrea Pető (Hrsg.): *Gender and Far-Right Politics in Europe*, Cham: Palgrave Macmillan, S. 95–109.
- Fraser, Nancy (2017):** Against Progressive Neoliberalism, A New Progressive Populism, *Dissent Magazine*, siehe https://www.dissentmagazine.org/online_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism (aufgerufen am 29.09.2017).
- Gagyi, Agnes (2016):** Coloniality of power in East Central Europe: External penetration as internal force in post-socialist Hungarian politics, in: *Journal of World-Systems Research* 22 (2), S. 349–372, siehe <http://jwsr.pitt.edu/ojs/index.php/jwsr/article/view/626> (aufgerufen am 15.12.2017).
- Gazeta.pl (2017):** Klub PiS powiększył się o dwie posłanki, siehe <http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,22398661,klub-pis-powiekszyly-sie-o-dwie-poslanki-jedna-zapewniarla-ze.html> (aufgerufen am 21.09.2017).
- Gazeta.pl (2011):** Wybory 2011. Kobiety wolą Tuska, a mężczyźni Palikotą?, siehe http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114873,10440692,Wybory_2011_Kobiety_wola_Tuska_a_mezczyzn_Palikota_.html (aufgerufen am 25.09.2017).
- Gazeta Prawna (2017):** Kobiety wracają na rynek pracy. Wygasa negatywny efekt 500 plus?, siehe <http://serwis.gazetaprawna.pl/praca-i-kariera/artykuly/1061544,kobiety-na-rynku-pracy-500-za-na-dziecko.html> (19.12.2017).
- Gądek, Jacek (2015):** Ile kobiet w Sejmie? Tendencja jest rosnąca, siehe http://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/ile-kobiet-w-sejmie-tendencja-jest-rosnaca/j9hfww?utm_source=wiadomosci_viasg&utm_medium=nitro&utm_campaign=allonet_nitro_new&srcc=ucs&utm_v=2, (aufgerufen am 25.09.2017).
- Gelnarová, Jitka and Pető, Andrea (2016):** On Advocates of Anti-modernist Emancipation: An Interview with Andrea Pető, *Gender, rovné příležitosti, výzkum*, 17 (2), S. 76–80.
- Graff, Agnieszka und Korolczuk, Elżbieta (2017):** Worse than Communism and Nazism Put Together: War on Gender in Poland, in: Roman Kuhar und David Paternotte (Hrsg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 175–194.
- Grzebalska, Weronika (2015):** Poland, in: Eszter Kováts und Maari Pöim (Hrsg.): *Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilisation in Europe*, Budapest: Foundation for European Progressive Studies and Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 83–103.
- Grzebalska, Weronika and Andrea Pető (2017):** The gendered modus operandi of the illiberal transformation in Hungary and Poland, *Women's Studies International Forum*, Volume 68, May–June 2018, Pages 164–172.
- IBS – Instytut Badań Strukturalnych (2016):** Government ›Family 500 Plus‹ Programme, IBS opinion, siehe <http://ibs.org/en/news/government-family-500-plus-programme-ibs-opinion/> (aufgerufen am 02.10.2017).
- Jankowski, Michael und Marcinkiewicz, Kamil (2016):** Are populist parties fostering women's political representation in Poland? A comment on Kostadinova and Mikulska, in: *Party Politics*, S. 1–12.
- Kováts, Eszter und Pöim, Maari (Hrsg.) (2015):** *Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilisation in Europe*, Budapest: Foundation for European Progressive Studies and Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kukiz'15 (2015):** Strategia Zmiany, siehe <http://ruchkukiza.pl/klub-poselski/strategia-zmiany/>, (aufgerufen am 22.09.2017).
- Kubisa, Julia (2017):** Defending Reproductive Rights in Poland, in: *Global Dialogue*, 7(1), siehe <http://isa-global-dialogue.net/defending-reproductive-rights-in-poland/> (aufgerufen am 01.10.2017).
- Molyneux, Maxine (1985):** Mobilization without Emancipation? Women's Interests, the State, and Revolution in Nicaragua, *Feminist Studies*, 11(2), S. 227–254.
- Onet.pl (2015):** Kandydaci, którzy zdobyli najwięcej głosów w wyborach do Sejmu, siehe <http://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/kandydaci-ktorzy-zdobyli-najwiecej-glosow-w-wyborach-do-sejmu/qxv1dj> (aufgerufen am 25.09.2017).
- PKW – Państwowa Komisja Wyborcza (2015):** Informacje o Komitecie Wyborczym Kukiz' 15, siehe http://parlament2015.pkw.gov.pl/komitety/20_komitet_wyborczy_wyborcow_kukiz15 (aufgerufen am 20.09.2017).
- (2015b): Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 2015, siehe http://parlament2015.pkw.gov.pl/349_Wyniki_Sejm (aufgerufen am 22.09.2017).
- (2014): Obwieszczenie PKW z dnia 26 maja 2014 r. o wynikach wyborów posłów do Parlamentu Europejskiego przeprowadzonych w dniu 25 maja 2014 r., siehe <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU2014000692/O/D20140692.pdf> (aufgerufen am 04.12.2017).
- (2011): Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 2011, siehe <http://wybory2011.pkw.gov.pl/wyn/pl/000000.html#tabs-1> (aufgerufen am 25.09.2017).
- Political Preferences (2016):** 12/ 2016, siehe <http://www.journals.us.edu.pl/index.php/PP/issue/view/572/showToc> (aufgerufen am 19.12.2017).
- Pető, Andrea (2015):** Epilogue: »Anti-gender« mobilisational discourse of conservative and far right parties as a challenge for progressive politics, in: Eszter Kováts und Maari Pöim (Hrsg.): *Gender as Symbolic Glue*, Budapest: Foundation for European Progressive Studies and Friedrich-Ebert-Stiftung
- TOKfm.pl (2017):** Policja w Centrum Praw Kobiet - zabrano komputery i dokumenty. »To jest odbierane jako nękanie«, siehe <http://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103454,22469416,policja-w-siedzibach-organizacji-kobietych-to-jest-odbierane.html> (aufgerufen am 28.11.2017).
- TVN24 (2015):** Kobiety wolaly PiS, najmniej głosowało na KORWiN, siehe <http://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/wybory-parlamentarne-2015-kobiety-wolaly-pis,589082.html> (aufgerufen am 22.09.2017).
- WP.pl (2015):** Głosowanie w wyborach parlamentarnych według płci – infografika, siehe <https://wiadomosci.wp.pl/glosowanie-w-wyborach-parlamentarnych-wedlug-plci-infografika-6027736504259201a> (aufgerufen am 25.09.2017).
- Wprost (2011):** Wybory 2011: Platforma, siehe <https://www.wprost.pl/265044/Wybory-2011-Platforma> (aufgerufen am 22.09.2017).
- Zacharenko, Elena (2017):** Reproductive rights as a social justice issue in the EU, in: Eszter Kováts (Hrsg.): *The Future of the European Union – Feminist Perspectives from East-Central Europe*, Budapest: Friedrich-Ebert-Stiftung, siehe www.fesbp.hu/common/pdf/The_Future_of_the_EU.pdf (aufgerufen am 19.12.17).
- Zakaria, Fareed (1997):** »The Rise of Illiberal Democracy«, in: *Foreign Affairs*, 76(6) November, Dezember 1997: 22–43.



पुस्तकालय

4.5 Länderfallstudie Schweden

VON ANN-CATHRINE JUNGAR

Bis zum Einzug der Schwedendemokraten (SD) ins Parlament im Jahr 2010 war Schweden eines der wenigen Länder in Europa, in denen keine Partei der populistischen radikalen Rechten im Parlament saß. Das wurde als europäische »Abweichung« (Demker 2012), als »negativer Fall« (Rydgren 2002) oder »Misserfolg« (Art 2011) bezeichnet. Die Hauptgründe für den späten Einzug der SD ins Parlament sind ihre extrem rassistischen und neonazistischen Wurzeln, der geringe politische Stellenwert einer Anti-Zuwanderungs-Debatte und die starke Konkurrenz zwischen allen Parteien (Jungar 2017).



Die SD gehören zur Parteienfamilie der populistischen radikalen Rechten, die Nativismus, Autoritarismus und Populismus miteinander kombinieren (Mudde 2007, Jungar und Jupskås 2014). Die Partei wurde 1988 gegründet und hat ihren Ursprung sowohl in neonazistischen Subkulturen als auch in den neopopulistischen nationalistischen Bewegungen und Anti-Zuwanderungs-Initiativen der 1980er-Jahre. Im Mittelpunkt der SD-Ideologie stand und steht Nationalismus, aber die Partei forderte von Anfang an auch eine strengere strafrechtliche Gesetzgebung (Wiedereinführung der Todesstrafe), sprach sich für traditionelle Familienwerte aus (Einschränkung des Abtreibungsrechts) und setzt sich neben sozio-ökonomischen Verbesserungen für Rentner und kinderreiche Familien auch für den Tierschutz ein. Auf ihrem Parteitag von 2011 benannten die SD den sozialen Konservatismus als zweites ideologisches Grundprinzip ihres Parteiprogramms.

Der Partei war nur mäßiger Erfolg bei Wahlen beschieden, bevor sie 2010 erstmals die bei schwedischen Wahlen geltende Vier-Prozent-Hürde überwinden konnte. Mit 5,7 Prozent der Stimmen kamen die SD auf 20 Sitze im Parlament. Bei den Europawahlen von 2014 konnte die Partei 9,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und bei den Wahlen zum nationalen Parlament später im selben Jahr sogar 12,9 Prozent. Damit wurde sie hinter den Sozialdemokraten und der konservativen Partei Moderaterna zur drittgrößten Fraktion im schwedischen Parlament. Die nächsten Parlamentswahlen finden im September 2018 statt und in gewichteten Umfragen vom Oktober 2017 lag die Partei bei 17 Prozent (Dagens Samhälle 2018). Dieser rasante Stimmenzuwachs ist auf eine ideologische Mäßigung und auf den kürzlich erfolgten Aufbau einer sehr strukturierten und zentralisierten Parteiorganisation auf nationaler Ebene zurückzuführen. Aber auch die zunehmende Bedeutung der Zuwanderung hat

zum größeren Wahlerfolg der SD beigetragen (Jungar 2017). Um den Einfluss der SD in Grenzen zu halten, versuchten die anderen Parteien es mit der Strategie, die SD als »Paria-Partei« zu behandeln (Jungar 2012, 2015).

1. Frauen- und Genderpolitik

Der Gleichstellung der Geschlechter wird in der schwedischen Politik seit geraumer Zeit Priorität eingeräumt und sie gilt als wichtiger Bestandteil der politischen Kultur und Identität Schwedens. Selbst ohne eine offizielle Quotenregelung liegt der Anteil der Frauen im nationalen Parlament schon seit den 1990er-Jahren bei über 40 Prozent. Etwa die Hälfte der Kabinettsmitglieder sind Frauen. Die aktuelle Minderheitsregierung von Sozialdemokraten und Grünen hat sich von Anfang an selbst als »erste feministische Regierung« bezeichnet und die Gleichstellung der Geschlechter zum obersten Ziel ihrer Politik erklärt. Der schwedische Wohlfahrtsstaat gilt allgemein im In- und Ausland als gendergerecht: Mit einer umfangreichen öffentlichen Kinderbetreuung, einer großzügigen und geteilten Elternzeit sowie einer getrennten Besteuerung von Eheleuten (Individualbesteuerung) erleichtert er die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen. Darüber hinaus wurde die Geschlechtergleichstellung in andere politische Bereiche wie Bildung und Forschung einbezogen.

Die rechtsradikalen Parteien schreiben sich in der Regel essentialistische Geschlechterkonzeptionen und konservative Familienwerte auf die Fahne. Feminismus, die Ehe für alle und gleiche Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare lehnen sie normalerweise ab. Die Schwedendemokraten befinden sich daher in einer Gesellschaft, in der die Gleichstellung der Geschlechter weithin als gesellschaftliche Norm akzeptiert wird, gewissermaßen in einer Zwickmühle. Sie sind zwischen zwei gegensätzlichen Narrativen hin- und hergerissen: dem Narrativ eines traditionalistischen Moralkonservatismus und dem eines »Gender-Exzeptionismus«, wobei letzteres Narrativ die progressive Geschlechtergleichstellung als wesentlichen Teil der »schwedischen Werte« beschreibt (Towns et al. 2014 und Mulinari 2016). Ein derartiger Hintergrund kann einer rechtsradikalen Partei die Gelegenheit eröffnen, sich als eine gegen das Establishment gerichtete Alternative zu

genderpolitischen Maßnahmen und feministischen Perspektiven zu präsentieren. Angesichts der zunehmend als Problem empfundenen massiven Zuwanderung und der damit einhergehenden Islamisierung westlicher Gesellschaften kann sich eine rechtsradikale Partei aber auch als Verteidigerin von liberalen Werten wie der Geschlechtergleichstellung darstellen. Da die Wählerschaft der SD bei Themen wie Geschlechtergleichstellung und gleichgeschlechtliche Ehe liberaler ist als die Partei an sich, ist es für diese strategisch lohnender, selbst auch liberalere Positionen zu beziehen (Backlund und Jungar 2016).

»Gleich, aber anders«

Die beiden ideologischen Säulen der SD sind Nationalismus und sozialer Konservatismus. Die Schwedendemokraten bezeichnen ihren Nationalismus als »offen und nicht rassistisch«. Sie hängen einem demokratischen Nationalismus an, wobei die Nation ethnokulturell als »Kultur, Sprache, Identität und Loyalität« definiert wird (Schwedendemokraten, 2011) und nicht in Bezug auf eine gemeinsame Geschichte einer nationalen Identität oder in Bezug auf Ethnie. Diese Sichtweise beinhaltet, dass man durch Assimilation Teil der schwedischen Nation werden kann. Der soziale Konservatismus wurde 2011 ins Parteiprogramm der SD aufgenommen und spiegelt die Bemühungen der Parteiführung wider, die Partei ideologisch zu mäßigen. Dieser Schritt wurde heftig debattiert und stieß bei den extremistischeren Gruppierungen in der Partei auf Widerstand, da sie das als eine Schwächung und als Mittel wahrnahmen, die nationalistische Anziehungskraft der SD zu mindern. Gemäß der Definition der SD vereint gesellschaftlicher Konservatismus Tradition, Gemeinschaft sowie Recht und Ordnung mit sozialem Bewusstsein. Die SD unterstützen den nordischen Wohlfahrtsstaat, der auf einer über das Steuersystem regulierten Umverteilung basiert. Allerdings vertritt die Partei die chauvinistische Einstellung, dass staatliche Wohlfahrtsleistungen vornehmlich den Einheimischen zugutekommen sollten; die Zuwanderung wird von ihnen als Bedrohung für den Erhalt des Wohlfahrtsstaats erachtet (Schwedendemokraten 2011).

Angesichts der Kombination von Nationalismus und gesellschaftlichem Konservatismus im Parteiprogramm verwundert es nicht, dass die Nation und die Familie für

die SD die grundlegenden Institutionen für die Bewahrung einer stabilen und gut funktionierenden Gesellschaft sind. Während die Schwedendemokraten Zuwanderung und Multikulturalismus als eine Gefährdung für die Gesellschaft ansehen, ist die Familie mit ihren Aufgaben der Versorgung, Reproduktion sowie Erziehung und Bildung in den Augen der Partei das Rückgrat der nationalen Gemeinschaft. Ausgangspunkt der Gleichstellungs- und Familienpolitik der SD ist die Annahme, dass es in bestimmten Bereichen wesentliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt. Die von der Partei nicht näher beschriebenen biologischen Unterschiede sollten der Partei zufolge keine Ungleichstellung nach sich ziehen, da Frauen und Männer dieselben Rechte haben sollten. Nach Auffassung der SD sollte der Staat allerdings in keiner Weise eingreifen und keine Maßnahmen einführen, die sich auf die Lebensweise und Lebensentscheidungen auswirken, die Männer und Frauen aufgrund von biologischen Unterschieden oder gesellschaftlichen Normen fällen. Die Schwedendemokraten bezeichnen ihre Position als »formale Gleichstellung der Geschlechter« (SD 2011).

Dieser soziale Konservatismus entspricht dem liberalen Konzept der Nichteinmischung. Die SD sind gegen Fördermaßnahmen für benachteiligte Gruppen, gegen Geschlechterquoten sowie gegen eine normenkritische und genderbewusste Pädagogik. Die SD halten es gerade aufgrund der geschlechtsspezifischen Unterschiede für wichtig, dass Frauen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen vertreten sind. Allerdings sollte eine ausgewogenere Vertretung von Frauen in der Politik oder in Unternehmen nicht durch eine positive Diskriminierung oder über Frauenquoten herbeigeführt werden, weil dies Männer diskriminiere. Zudem sind in den Augen der SD andere Faktoren, wie persönliche Eigenschaften und Interessen, für die unterschiedlichen Lebensentscheidungen von Männern und Frauen ausschlaggebender als das Geschlecht. Die SD lehnen es nicht grundsätzlich ab, dass Frauen sich für einen traditionellen Männerberuf entscheiden und beispielsweise auch eine Karriere beim Militär machen oder bei der Feuerwehr arbeiten. Allerdings sollten ihrer Ansicht nach für Männer und Frauen dieselben Anforderungen in Bezug auf körperliche Stärke gelten, was indirekt natürlich diskriminierende Auswirkungen hätte. Während Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen Männern

und Frauen für die SD kein Problem darstellen, da die Geschlechter in der Regel ohnehin unterschiedliche Berufe wählen, problematisiert die Partei die Tatsache, dass Jungen in der Schule schlechter abschneiden als Mädchen, was die Partei mit den Worten beschreibt: »Die Schule wird ihrer Aufgabe nicht gerecht, die Kinder auf ihre Zukunft vorzubereiten.«

Familie – die Säule der Nation

Für die SD ist die heterosexuelle Familie sowohl in biologischer als auch in kultureller Hinsicht der Grundpfeiler für die Reproduktion und den Fortbestand der Nation (Townsend 2015, Norocel 2013). In diesem Sinne vertreten die Schwedendemokraten dieselbe moralisch-konservative heteronormative Auffassung von Familienbeziehungen wie andere europäische rechtspopulistische Parteien (Akkerman 2015). Diese Heteronormativität ist deutlich aus der Definition der SD von »Familie« herauszulesen:

»[...] die Kernfamilie ist die Form des Zusammenlebens mit den besten Voraussetzungen für ein stabiles und sicheres Umfeld für Kinder. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass diese Form des Zusammenlebens nicht für jeden funktioniert, und natürlich setzen wir uns für eine uneingeschränkte gesellschaftliche Unterstützung aller Formen von Lebensgemeinschaften ein, die Kinder haben [...] Unserer Auffassung nach ergänzen sich männliche und weibliche Eigenschaften in vielen Fällen, und das ist einer der Gründe, warum jedes Kind das Recht auf eine Mutter und einen Vater in ihrem Leben haben sollte. Unserer Einschätzung nach ist es für die meisten Kinder am unkompliziertesten und besten, bei ihren biologischen Eltern aufzuwachsen, die für sie Mutter- und Vaterfigur sind.« (SD 2011).

Als das beste Umfeld, in dem Kinder aufwachsen und erzogen werden können, ist die heterosexuelle Familie für die SD die grundlegendste Einheit in der Nation. Die Annahme von wesentlichen Unterschieden zwischen Männern und Frauen, die sich gegenseitig »ergänzen«, führt bei ihnen zur Schlussfolgerung, dass Kinder ein Recht auf eine Mutter und einen Vater haben sollten. Der Staat solle zwar alleinerziehende Elternteile unterstützen, aber diese dürften genauso wenig wie gleichgeschlechtliche Paare das Recht haben, Kinder zu adoptieren (SD 2011). Zudem sollte der Staat nicht eingreifen, wie eine Familie die Kinderbetreuung organi-

siert, aber doch unterstützen, dass die Familien frei entscheiden können, ob Mutter oder Vater hier hauptverantwortlich ist und wie die Kinder betreut werden. Dies bringt die SD in ihrem politischen Programm zu Besteuerung und Kinderbetreuung zum Ausdruck. Zur Unterstützung von Familien und der Institution der Ehe hat die SD eine freiwillige Familiensteuer ähnlich dem deutschen Modell des Ehegattensplittings vorgeschlagen (SD Motion 2011/12 SK 411). Die Individualbesteuerung wurde 1971 in Schweden eingeführt und trug entscheidend zur höheren Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt bei. Die zuvor in Schweden geltende progressive Familienbesteuerung war für Frauen ein negativer Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen, weil ihr Beitrag zum Familieneinkommen hoch besteuert wurde. Das Konzept der Individualbesteuerung stand auch im Einklang mit der Forderung der Frauenrechtsbewegung, dass ein eigenes Einkommen und später eine Rente Grundvoraussetzung für Entscheidungsfreiheit und Gleichberechtigung sind.

Den Schwedendemokraten zufolge sollte der Staat unterschiedliche Formen der Kinderbetreuung fördern, einschließlich der Betreuung zuhause. Die derzeitige Regierung unterband die finanzielle Unterstützung der häuslichen Betreuung durch die Kommunalbehörden, unter anderem weil die überwiegende Mehrheit der Betreuungspersonen Frauen waren. Den SD zufolge sollte der Staat auch nicht vorschreiben, wie die Eltern sich den Erziehungsurlaub aufteilen. Derzeit ist festgeschrieben, dass jedes Elternteil mindestens 90 der insgesamt 240 Tage Elternzeit übernimmt (diese 90 Tage werden häufig als »Vätermonate« bezeichnet). Die SD sehen kein Problem darin, dass Frauen 78 Prozent der Elternzeit übernehmen, Männer dagegen lediglich 22 Prozent (Statistiska Centralbyrån 2016). Ebenso wenig problematisiert die Partei, dass diese ungleiche Aufteilung der Elternzeit später bei Männern und Frauen zu Unterschieden in der Höhe ihrer Bezüge und Renten führen.

Die SD wollen die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche verringern und fordern ein strengeres Abtreibungsgesetz, was sie unter anderem mit medizinischen Fortschritten in der Neonatologie begründen. Schweden führte 1975 die kostenlose Abtreibung bis zur 18. Schwangerschaftswoche ein. Nach Auffassung der SD darf Abtreibung nicht das unbestrittene Recht der

Frau sein, sondern es sei auch das ethische Dilemma zwischen dem Recht des ungeborenen Lebens und den Rechten von Frauen zu berücksichtigen und es müsse ein Kompromiss für den Konflikt zwischen diesen beiden Rechten gefunden werden. Die SD wollen das Recht für Hebammen einführen, »aus Gewissensgründen“ die Mitwirkung an Abtreibungen verweigern zu können (Bieler 2013).

Feminismus und Feministinnen

In mehreren Studien über die SD wurde herausgestellt, dass bei ihnen ein »traditionelles« Männlichkeitsideal eine Rolle spielt sowie die Sehnsucht nach einer patriarchalen und heteronormativen Geschlechterordnung, die sie durch den Feminismus bedroht sehen (Mulinari und Nergaard 2014; Norocel 2013). Feminismus und Feministinnen waren häufige Angriffsziele im Anti-Establishment-Kurs der Partei – allerdings nicht in ganz eindeutiger Weise. Trotz anderslautender Aussagen, die Parteivertreter zur Genderfrage machten, sind sie als eindeutig antifeministisch einzustufen. Der Parteivorsitzende Jimmy Åkesson hat sich wiederholt vom Feminismus distanziert und ihn als unnötigen Begriff bezeichnet (Åkesson 2014). Die SD-Sprecherin für Geschlechtergleichstellung, Paula Bieler, definiert sich selbst als »biologisch-essentialistische« Feministin (*särartsfeminist*), womit gemeint ist, dass Männer und Frauen als unterschiedlich gesehen werden, aber trotz ihrer Unterschiede gleich behandelt werden sollten. Zur Erreichung einer Gleichstellung der Geschlechter sollte der Staat sich jedoch nicht in die Entscheidungen von Männern und Frauen einmischen, beispielsweise in Bezug auf die von ihnen gewählten Studienfächer, ihre Berufswahl und die von ihnen gewünschte Verteilung der familiären Aufgaben. Diese »biologisch-essentialistische« Spielart des Feminismus entspricht den Vorstellungen und der Politik der SD zur Geschlechtergleichstellung, positiver Diskriminierung und Frauenquoten. Der Widerstand gegen den Feminismus wurde am deutlichsten von der Jugendorganisation der Partei (*Ungsvenskarna*, Jungschweden) artikuliert, die sich selbst als »nicht-feministischen Verband« bezeichnet, der sich für eine Gesellschaft stark macht, in der »niemandem aufgrund von Geschlecht, Ethnie, Alter oder sexueller Orientierung Vor- oder Nachteile erwachsen« (Edenborg und Jungar 2017). Der Frauen-

verband der Partei, die SD-Frauen, prangerte auf einem Werbeplakat für die Wahlen zum Europaparlament von 2014 einen »extremen Feminismus« an. In der Botschaft auf dem Plakat, die eine politische Werbung der FPÖ nachahmte, hieß es, dass Frauen auch stark und selbstbestimmt sein können, ohne sogenannte Feministinnen zu sein (Nyheter 24, 2014).

Die Feministinnen werden von der SD beschuldigt, nicht zu verteidigen, was in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung in Schweden schon erreicht wurde, indem sie ihre Augen vor den Auswirkungen der Zuwanderung verschließen. Die SD beschäftigen sich schon seit Anfang dieses Jahrtausends in ihrem Parteiprogramm (*Sverigedemokraterna* 2013) mit Gewalt gegen Frauen und der von ihnen als »schwedenfeindlich« bezeichneten geschlechtsspezifischen Gewalt, die von Ausländern ausgeübt wird (Vergewaltigung, Gewalt im Namen der Ehre). Laut SD-Rhetorik ist die Zuwanderung der Hauptgrund dafür, dass die Zahl der Sexualverbrechen gestiegen ist – eine Tatsache, die das Establishment verschweigt. Weitere allgemeine Kritikpunkte der SD an der Regierung und den Feministinnen sind, dass diese nicht zwischen den Gewaltformen gegen Frauen unterscheiden würden. Gegen die sogenannte »Gewalt im Namen der Ehre« müsse mit besonderen Maßnahmen vorgegangen werden, weil sie in »kulturellen und religiösen Normen und Traditionen« verankert sei (SD 2011).

Zudem werden die Feministinnen dafür kritisiert, ausschließlich gut gebildete, weltoffene Frauen aus der Mittelschicht zu präsentieren und sich nicht um die Anliegen der »normalen« Frauen zu kümmern, die in Niedriglohnjobs im öffentlichen Sektor arbeiten oder arme Rentnerinnen sind. Die SD behaupten von sich, anders als die Feministinnen die »normalen« Frauen anzusprechen, die gemäß den traditionellen Geschlechterrollen leben wollen und gegen die staatliche Regulierung für eine ausgewogene Aufteilung der Kinderbetreuung zwischen Vater und Mutter, gegen Bildungsprogramme für ein stärkeres Bewusstsein für die Gleichstellungsproblematik und gegen Frauenquoten in öffentlichen und privaten Unternehmen sind. Der Parteivorsitzende Jimmy Åkesson hat die im öffentlichen Dienst (im Gesundheitswesen und in der Kinderbetreuung) beschäftigten Frauen in den Blickpunkt gerückt und sie als »Heldinnen des Alltags« be-

zeichnet: »Wir können nicht hinnehmen, dass die im öffentlichen Gesundheitswesen arbeitenden Heldinnen des Alltags sich schon in jungen Jahren aufreiben, nur weil Anders Borg [schwedischer Finanzminister von 2006 bis 2014, A. J.] habgierig ist und das Geld lieber in die zunehmende Masseneinwanderung und billige Hamburger investiert« (Åkesson 2013). Mit ihrem Bemühen um Frauen, vor allem Frauen aus der Arbeiterschicht, gehen die SD auf Stimmenfang, um den Anteil von Wählerinnen in ihrer männlich dominierten Wählerschaft zu erhöhen. Die Schwedendemokraten konstruieren einen Gegensatz zwischen den weiblichen Beschäftigten im Sozialwesen und den öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit Immigration und schlagen Reformen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor, beispielweise das Recht auf Vollzeitarbeit, da derzeit viele Beschäftigte nur in Teilzeit eingestellt sind und keine Chance haben, ihre Arbeitsstunden zu erhöhen (Åkesson 2013).

LSBTI*-Themen

Parteien der populistischen radikalen Rechten waren aufgrund ihrer heteronormativen Familienwerte schon immer gegen Rechte für Schwule, Lesben und Transgender. Die Schwedendemokraten haben alle Reformen abgelehnt, mit denen gleichgeschlechtlichen Paaren Rechte eingeräumt wurden, wie das Gesetz von 1995 über die eingetragene Partnerschaft, das 2003 verabschiedete Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und das Gesetz von 2009 über die gleichgeschlechtliche Ehe.

Noch in den späten 1990er-Jahren bezeichneten die Schwedendemokraten Homosexuelle in ihren Parteiprogrammen als »sexuell abweichende Menschen«. Erst im letzten Jahrzehnt positionierte die Partei sich neu. Die zuvor offen feindselige Anti-LSBTQ-Rhetorik wurde durch den Standpunkt ersetzt, Sexualität sei »Privatangelegenheit« (Edenborg und Jungar 2017). Die SD erachten die sexuelle Orientierung als angebot, da »niemand sich seine sexuelle Orientierung aussucht«. Schikane und Diskriminierung gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung sei daher nicht akzeptabel und die Menschen müssten gesetzlich dagegen geschützt werden. Die essentialistischen Ansichten der Partei zu den Geschlechterunterschieden prägen auch ihre Positionen in Bezug auf Transgender-

Themen. Die SD lehnten kürzlich Gesetzesreformen zur Stärkung der Rechte von Transsexuellen ab: Als einzige Partei stimmten sie 2013 gegen die Abschaffung der Zwangssterilisation vor einer legalen Geschlechtsumwandlung und 2016 dagegen, dass der gesetzliche Schutz vor Hassreden auch für Trans-Menschen gilt (Edenborg und Jungar 2017). Wenn die SD sich also in ihrer Haltung gegenüber Homosexualität etwas aufgeschlossener zeigen, gilt das nicht gegenüber Transsexualität.

Der Einsatz rechtspopulistischer Parteien für liberale Grundsätze in sexualpolitischen Fragen tritt vor allem dann zutage, wenn diese Grundsätze im Rahmen eines »Zusammenpralls der Zivilisationen« diskutiert werden und im Gegensatz zu den vermeintlich illiberalen Einstellungen des Islam stehen (Akkerman 2015, Betz und Meret 2009). Es gibt nur wenige Fälle, in denen Vertreter der SD als Verteidiger von Schwulerechten auftraten – und das war immer gegen eine wahrgenommene Bedrohung von Seiten angeblich homophober muslimischer Immigranten (Edenborg und Jungar 2017). In einem 2010 in der Boulevardzeitung *Aftonbladet* erschienenen Kommentar schrieben der Parteivorsitzende Jimmy Åkesson und die stellvertretende Vorsitzende Carina Herrstedt:

Die Tatsache, dass sich in den letzten Jahren immer mehr offen bi- und homosexuelle Menschen den Schwedendemokraten angeschlossen haben, ist Beweis dafür, dass es entgegen gängiger Klischees [dass die SD homophob sind, A. J.] durchaus möglich ist, eine wertkonservative und schwedenfreundliche Haltung mit einem grundlegenden Respekt für sexuelle Minderheiten zu verbinden. Ebenso ist es ein deutliches Zeichen für die großen Ängste vieler Homosexueller vor der Massenzuwanderung und vor der Homophobie durch die zunehmende Islamisierung [...] [H]omosexuelle suchen nach Beschützern der westlichen, demokratischen Grundwerte. Hier übernehmen die Schwedendemokraten eine einzigartige und sehr wichtige Rolle in der Gesellschaft (Åkesson und Herrstedt 2010).

Die Pro-Schwulen-Rhetorik rechtspopulistischer Parteien geht jedoch selten mit konkreten Vorschlägen für mehr LSBTI*-Rechte einher, und das gilt auch für die SD.

2. Frauen als Parteimitglieder und Wählerinnen der SD

Wie andere radikale rechtspopulistische Parteien werden auch die Schwedendemokraten von Männern dominiert. Die Parteiführung und auch die Parlamentsabgeordneten, die Mitglieder und die Wähler der Partei sind mehrheitlich männlich. Seit ihrer Gründung 1988 gab es vier Parteivorsitzende. Der aktuelle Parteivorsitzende Jimmy Åkesson wurde auf dem SD-Parteitag von 2005 gewählt; seine beiden Vorgänger waren ebenfalls Männer. Bei der Parteigründung 1988 wurde jedoch eine männlich/weibliche Doppelspitze eingesetzt – ein Modell, das die Partei sich von der schwedischen Umweltpartei abguckte. Die Idee dahinter war, dass es eine geteilte und zeitlich begrenzte Parteiführung geben sollte, um sich von den »normalen« Parteien und generell dem »Landläufigen« abzugrenzen. Zwischen 1988 und 1991 teilten sich also ein Sprecher und eine Sprecherin die Parteiführung der SD. Dieses Modell wurde dann schließlich nicht als effektiv genug angesehen, sodass die Partei sich 1991 für eine traditionelle Parteiführung mit einem Vorsitzenden entschied.

Parteiführung, Parlamentsfraktion und Parteimitgliedschaft

Der SD-Parteivorstand ist das höchste Entscheidungsgremium der Partei und wird auf dem Parteitag für jeweils zwei Jahre gewählt. Im Verlauf der letzten sechs Jahre war etwa ein Drittel der Vorstandsmitglieder weiblich. Derzeit (Ende 2017) sind fünf der 17 Vorstandsmitglieder Frauen (SD verksamhetsberättelser 2013, 2015 und 2017).

Im Vergleich zum Parteivorstand ist der Frauenanteil in der Parlamentsfraktion erheblich niedriger. Beim ersten Einzug der Partei ins Parlament im Jahr 2010 waren unter den 20 SD-Abgeordneten gerade mal drei Frauen, was einem Anteil von 15 Prozent entspricht. Nach den Parlamentswahlen von 2014 erhöhte sich der Anteil der Frauen in der SD-Fraktion leicht auf 22,5 Prozent: elf der 49 SD-Abgeordneten waren Frauen. Die SD haben von allen Fraktionen im derzeitigen, 2014 gewählten Parlament den niedrigsten Anteil weiblicher Abgeordneter.

Das wirkt sich natürlich auf das Geschlechterverhältnis im Parlament insgesamt aus. Mit dem Einzug der SD hat der Anteil weiblicher Parlamentsabgeordneter

in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen abgenommen. Schweden ist bekannt für seine hohe parlamentarische Repräsentation von Frauen, die teilweise darauf zurückzuführen ist, dass mehrere Parteien seit den 1990er-Jahren auf ihren Wählerlisten informelle, »Zerbrastreifen« genannte Quoten einführten sowie Empfehlungen und Leitlinien formulierten, wie der Anteil von Frauen erhöht werden könnte. Nach den Wahlen von 2006 lag der Frauenanteil im Parlament bei 47 Prozent und sank 2010 mit dem Einzug der SD ins Parlament auf 45 Prozent. Nach den Wahlen von 2014 fiel der Frauenanteil weiter auf 43,6 Prozent.

Die Schwedendemokraten sind die einzige Parlamentsfraktion, die keine spezifischen Ziele, Empfehlungen und Quoten für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter festgelegt hat. Das ist angesichts der Grundsatzposition der SD gegen die von ihr als positive Diskriminierung bezeichneten Maßnahmen nicht verwunderlich.

Derzeit sind neun der 46 SD-Abgeordneten Frauen (20 Prozent). Tatsächlich ist das Europaparlament die einzige repräsentative Versammlung, in der die SD die Geschlechterparität erreicht. Die Partei gehört seit 2014 mit ihren beiden Abgeordneten im Europaparlament der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie an.

Tabelle 1

Anzahl der weiblichen Abgeordneten der einzelnen Parteien nach den Wahlen von 2014.

	Anzahl der Frauen/gesamt	Prozent
Vänsterpartiet (Linkspartei)	12/21	57
Socialdemokraterna (Sozialdemokraten)	52/113	46
Miljöpartiet (Grüne)	12/25	48
Moderaterna (Konservative)	44/84	52
Centern (Zentrumspartei)	9/22	41
Liberalerna (Liberale)	5/19	26
Kristdemokraterna (Christdemokraten)	6/16	38
Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten)	11/49*	22*

*Drei Abgeordnete – zwei Frauen und ein Mann – haben die SD in der laufenden Legislaturperiode (2004–2018) verlassen.

Die SD sind sowohl in Bezug auf ihre Wähler- als auch ihre Mitgliedschaft die am schnellsten wachsende Partei Schwedens. Ihre Mitgliederzahlen stiegen im letzten Jahrzehnt von etwa 1 000 Mitgliedern 2003 auf über 30 000 im Jahr 2018. Von den insgesamt 10 471 Mitgliedern im Jahr 2013 waren 79 Prozent Männer und von den insgesamt 21 083 Mitgliedern 2015 waren 76 Prozent Männer (Jungar 2017). Es liegen kaum Studien über Mitglieder der SD vor, aber da die Partei von den Volksparteien als Paria-Partei angesehen und ausgegrenzt wird, haftet ihren Anhängern und Partei-Aktiven ein soziales Stigma an. Da die SD-Parteimitgliedschaft Probleme bei der Jobsuche und im Sozialleben allgemein mit sich bringen kann, wird geschätzt, dass die Partei früher mehr Aktivisten als formale Parteimitglieder in ihren Reihen hatte (Jungar 2017). Mit den zunehmenden Wahlerfolgen der Partei scheinen die negativen Nebenwirkungen, die mit dem Wählen oder der Mitgliedschaft in der Partei einhergehen konnten, etwas nachgelassen zu haben, dennoch kann die Mitgliedschaft bei den SD nach wie vor zu Problemen im Sozial- oder Arbeitsleben führen. Die Frauenorganisation der SD wurde nach dem Parlamentseinzug 2010 gegründet. Ihr Ziel bestand darin, mehr Wählerinnen und weibliche Mitglieder für die männerdominierte Partei zu gewinnen und in diesem Zusammenhang auch Zugriff auf öffentliche Gelder zu erhalten. Tatsächlich war schon 1988 bei der Gründung der SD mit den *Kvinnor för Sverige* (Frauen für Schweden) eine Frauenorganisation geplant. Obwohl ein Programm ausgearbeitet wurde, scheiterte dieses Projekt schließlich. Der jetzige Frauenverband »SD-Kvinnor« (SD-Frauen) wird als »Ergänzung der Schwedendemokraten präsentiert und soll die Parteipolitik aus einer Frauenperspektive klarer formulieren, vertiefen und weiterentwickeln« (SD Kvinnor <http://sdkvinnor.se/om-sd-kvinnor/>).

Wählerinnen der SD

Auch die Anhängerschaft der SD ist überwiegend männlich: 60 Prozent Männer und 40 Prozent Frauen (Sannerstedt 2015). Die SD-Wählerschaft ähnelt der anderer europäischer rechtspopulistischer Parteien. Sie lehnt Zuwanderung, Integration und Multikulturalismus ab, ist EU-kritisch sowie Politikern gegenüber misstrauischer und mit der Funktionsweise der Demo-

kratie unzufriedener als die Wählerschaft anderer Parteien (ebd.). In der wissenschaftlichen Literatur finden sich viele Erklärungsversuche für das Geschlechterungleichgewicht in der Wählerschaft radikaler rechtspopulistischer Parteien. Im Allgemeinen sind es nicht mehr Männer als Frauen, die zu Nativismus und Autoritarismus neigen und unzufrieden mit der Demokratie sind, aber es wird vermutet, dass migrations- und EU-feindliche Einstellungen eher bei männlichen Wählern eine Rolle spielen, während Frauen ungern Parteien wählen, die in dem Maße von Männern dominiert werden, wie es radikale rechtspopulistische Parteien sind (Haartevelde et al. 2015).

Das Geschlechterverhältnis, also der Anteil von Männern und Frauen, die bestimmten Parteien ihre Stimme geben, unterscheidet sich von Partei zu Partei. Am größten ist die Geschlechterkluft bei den Schwedendemokraten und der konservativen Partei Moderaterna. Bei den Parlamentswahlen von 2010 wählten 5 Prozent der Schweden und 2 Prozent der Schwedinnen die SD. Der Stimmenzuwachs für die SD in der folgenden Parlamentswahl von 2014 spiegelt sich in der Tatsache wider, dass 10 Prozent der Männer und 6 Prozent der Frauen die SD unterstützten. Ein ähnli-

Tabelle 2

Geschlechterverhältnis bei den Parlamentswahlen

Parteien		2010	2014
Schwedendemokraten	Männlich:	5	10
	Weiblich:	2	6
Sozialdemokraten	Männlich:	29	28
	Weiblich:	33	28
Linkspartei	Männlich:	6	8
	Weiblich:	5	8
Grüne	Männlich:	8	7
	Weiblich:	10	10
Konservative	Männlich:	35	24
	Weiblich:	27	20
Liberales	Männlich:	8	7
	Weiblich:	7	6
Zentrumspartei	Männlich:	4	6
	Weiblich:	9	7
Christdemokraten	Männlich:	5	5
	Weiblich:	5	5

Quellen: Für 2010 SCB 2010 und für 2014 Valu 2014 (https://www.svt.se/svts/article2323667.svt/binary/SVT_ValuResultat_riksdagsval_2014_PK_0914.pdf)

ches Ungleichgewicht ist bei der Moderaterna zu erkennen. Im Jahr 2010 lag das Geschlechterverhältnis bei 35 zu 27 und 2014 bei 24 zu 20. Die Sozialdemokraten wurden traditionell überwiegend von Frauen gewählt, was auch 2010 noch der Fall war, als 33 Prozent der Frauen gegenüber 29 Prozent der Männer die Partei wählten. Bei den Parlamentswahlen war das Geschlechterverhältnis mit jeweils 28 Prozent männlichen und weiblichen Wählern ausgeglichen. Auch bei den Christdemokraten und Liberalen war das Geschlechterverhältnis in ihrer Wählerschaft bei den letzten beiden Parlamentswahlen ähnlich ausgeglichen. Zentrumspartei und Grüne werden mehr von Frauen als von Männern gewählt. Im Jahr 2010 wählten 9 Prozent der Schwedinnen und 4 Prozent der Schweden die Zentrumspartei, aber diese Kluft verringerte sich bei den Wahlen von 2014 auf 1 Prozent: 7 Prozent Frauen und 6 Prozent Männer.

3. Reaktionen und Gegenstrategien

Schweden liefert ein anschauliches Beispiel dafür, wie etablierte Parteien versuchen, eine provokante Partei durch die Strategie der Isolierung in Schach zu halten. Die Isolierung der SD erfolgte zunächst in Form von Ignorieren und später in der Konfrontation mit der Partei in Bezug auf ihre wichtigsten Anliegen (Meguid 2005, Downs 2001, Jungar 2017). Zweck der Strategie des Ignorierens ist es, zu verhindern, dass die politischen Bereiche/Anliegen einer solchen Partei in den Vordergrund oder Mittelpunkt rücken. Diese Strategie wurde bis 2006 gegen die SD gefahren. Die Abgeordneten der anderen Parteien weigerten sich, in der Öffentlichkeit mit den Schwedendemokraten zu debattieren. Als die SD aber bei den Wahlen von 2006 einen Stimmenanteil von 2,9 Prozent für sich verbuchen konnten und ihnen damit staatliche Parteienfinanzierung zustand, wechselten mehrere Parteien zu einer Strategie der Konfrontation. Der radikalen Haltung der SD zur Einwanderung begegneten die Parteien mit der Verteidigung von Schwedens großzügiger Einwanderungspolitik und vom Multikulturalismus. Gleichzeitig distanzieren sie sich vom Rassismus und den extremistischen neonazistischen Wurzeln der SD. Monah Sahlin von den Sozialdemokraten ließ sich 2006 als erste aus dem Kreis der Spitzenpolitiker_innen auf eine Debatte mit den SD ein; ihr folgten Abgeordnete der

anderen Parteien. Wenn allerdings alle Volksparteien stark voneinander abweichende Positionen einnehmen, besteht die Gefahr, dass die Anliegen sowie die Sonderstellung (und das Hauptargument) der provozierenden Partei in den Vordergrund rücken und gestärkt werden. Genau das ist im Fall der SD passiert.

Eine Auswirkung davon, dass die Volksparteien eine liberalere Position zur Einwanderung bezogen, war, dass die SD damit das Exklusivrecht hatte, einwanderungskritische Positionen zu vertreten. Die von den anderen Parteien verfolgte Strategie der Isolierung in Form eines »Sperrgürtels«, also die Weigerung, mit den SD aufgrund ihrer extremen Positionen zu verhandeln oder zusammenzuarbeiten, erschwerte es, eine restriktivere Haltung gegenüber der Zuwanderung einzunehmen, ohne sich der Kritik von den anderen Parteien und den Medien auszusetzen, sich an die SD angepasst zu haben (Jungar 2017). Das bedeutet, dass der Strategiewechsel die Parteien teuer zu stehen kam, nachdem sie eine Menge investiert hatten, die SD zu isolieren, um dadurch fundamentale demokratische Werte zu schützen. Die Flüchtlingssituation 2015 wurde zu einem Wendepunkt, da diese rhetorisch als Notwendigkeit für einen Politikwechsel genutzt werden konnte, der dann auch erfolgte. Im Herbst 2015 schloss die Regierung die Grenzen und stellte statt Daueraufenthaltsgenehmigungen nur befristete Aufenthaltserlaubnisse aus. Seitdem befinden sich die Parteien in der Diskussion und vertreten teils restriktivere Ansichten zu Einwanderung, Integration, Bettelei und Sicherheit in den Vororten. Man hoffte, mit dem Kurswechsel die Abwanderung von Wählern zu den SD zu stoppen und sie wieder für die Volksparteien zu gewinnen. Das ist bisher nicht passiert und ist Beweis dafür, dass die SD sich sozusagen den Alleinvertretungsanspruch an der Einwanderungspolitik gesichert hat. Die Anpassung der Volksparteien könnte auch zur Legitimierung der SD beigetragen haben (Arzheimer und Van der Brug 2007). Das trifft allerdings weniger zu, denn die Isolierung der SD hat vielmehr zur Mäßigung der Partei in Bezug auf ihre Ideologie und zu einer geringeren Akzeptanz des Extremismus innerhalb der SD beigetragen. Die Schwedendemokraten standen unter Druck, sich zu mäßigen, um die Isolierung aufzubrechen und mehr Glaubwürdigkeit bei den Wähler_innen und den anderen Parteien zu gewinnen.

Die Bemühungen der Parteispitze um Mäßigung der Partei hat aber vermutlich doch mehr mit der Wahlkampfphase und dem Gewinnen neuer Wähler_innen zu tun. Das steht im Einklang mit der Hypothese, dass Wahlerfolge und eine stärkere Präsenz im Parlament für eine Mäßigung der populistischen radikalen Rechtsparteien sorgen (Minkenberg 2001, Meret 2011).

In Westeuropa, vor allem in den nordischen Ländern, war die sozioökonomische Links-Rechts-Achse bisher maßgeblich für die Strukturierung der parteipolitischen Auseinandersetzung; inzwischen ist jedoch die sogenannte liberal-autoritäre Dimension wichtiger geworden. Die Bedeutung letztgenannter Dimension hat im Zusammenhang mit dem Erfolg der Umweltparteien, insbesondere aber auch mit dem Aufkommen rechtspopulistischer Parteien zugenommen. Die Kernthemen dieser beiden Parteitypen – Weltoffenheit und Umweltschutz auf der einen Seite und Widerstand gegen Zuwanderung und Verteidigung der nationalen Kultur auf der anderen Seite – nehmen einen hohen Stellenwert in der liberal-autoritären Dimension ein. Geschlechtergleichstellung und Feminismus sind natürlich am liberalen Ende der wertorientierten politischen Dimension angesiedelt, während die Unterstützung traditioneller Familienwerte und Widerstand gegen LSBTI*-Rechte mit einer autoritären Standpunkt in Beziehung steht. Diese Grenzen der politischen Auseinandersetzungen kommen vor allem im Zusammenhang mit der Einwanderungsfrage in Bewegung, die für die populistischen radikalen Rechtsparteien an erster Stelle steht.

Es gibt jedoch auch einige Fälle, in denen die anderen Parteien mit der SD über Fragen der Geschlechtergleichstellung in Schweden aneinandergeraten sind. Die aktuelle Regierung bezeichnet sich selbst als feministisch und hat die SD wiederholt kritisiert, dass diese alles ablehne, was für die Geschlechtergleichstellung in Schweden wesentlich war und ist. Die Ministerin für Geschlechtergleichstellung, Åsa Regner, äußerte 2016 in einem Zeitungskommentar: »[D]ass Schweden in puncto Beschäftigung, politischer Macht und Bildung für Frauen besser abschneidet als andere Länder ist auf politische Entscheidungen zurückzuführen, die über einen langen Zeitraum gefällt wurden und an denen die Frauenbewegung maßgeblich mitgewirkt hat« (Regner 2016). Als Beispiele für in diesem Zusammenhang erfolgreiche Maßnahmen nennt sie

kostenlose Schwangerschaftsabbrüche, die Individualbesteuerung, Anti-Diskriminierungs-Gesetze, die Förderung von Beschäftigung unabhängig vom Geschlecht sowie die staatliche finanzierte Kinder- und Altenbetreuung. Die Schwedendemokraten würden mit einer Einschränkung des Abtreibungsrechts, mit der von ihnen vorgeschlagenen Familienbesteuerung sowie ihrem Widerstand gegen politisch festgelegte Quoten und gegen Maßnahmen zur Förderung einer gleichberechtigteren Aufteilung der familiären Verpflichtungen die Uhr zurückdrehen wollen. Abgeordnete der Frauenorganisation der Liberalen haben die SD in ähnlicher Weise als eine »sozialkonservative und patriarchische Partei« bezeichnet, die sowohl die Entscheidungsfreiheit als auch die Stärkung der Rolle der Frau einschränken wolle (Avci et al. 2016). Das Hauptziel der SD besteht laut ihren Kritikern darin, die Frauen an den Herd zurückzudrängen.

Der Durchbruch der Partei Feministische Initiative (Feministiskt initiativ) bei den Wahlen zum Europaparlament von 2014 könnte als Reaktion auf die SD verstanden werden. Die feministische Partei gewann ihren ersten Sitz im Europaparlament zur gleichen Zeit, zu der die SD ihre ersten beiden Mandate fürs Europaparlament gewinnen konnte. Die Feministische Initiative wurde 2005 gegründet. Ihre Grundwerte basieren auf Feminismus, Antirassismus und Intersektionalität. Die Parteigründung ist in erster Linie der Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und den bei ihnen wahrgenommenen Mangel an Engagement für eine progressive Geschlechtergleichstellung und feministische Politik zuzuschreiben. Dass die frühere Parteivorsitzende der Linkspartei (Vänsterpartiet), Gudrun Schyman, der Partei seit 2005 vorsteht, weist auf die auf Protest beruhenden Anfänge der Partei hin. Im Wahlkampf für den Einzug ins Europaparlament 2014 waren der Rassismus und Anti-Feminismus der Schwedendemokraten das Angriffsziel der feministischen Partei. Im schwedischen Parlament ist die Partei nicht vertreten. Abschließend sei festgehalten, dass die Reaktion auf die Schwedendemokraten vorwiegend in Form von Streitereien erfolgte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die SD als populistische radikale Rechtspartei in einer besonderen Lage befindet, weil sie in einem politischen Umfeld aktiv ist, in dem ein liberales Gender-Regime auf breite Unterstützung trifft und als Teil der nationa-

len politischen Identität verstanden wird. In der Einleitung wurde das so beschrieben, dass die SD zwischen rivalisierenden Narrativen hin- und hergerissen ist: einerseits dem traditionalistischen Moralkonservatismus und andererseits dem »gender-exzeptionalistischen« Narrativ der Geschlechtergleichstellung als wesentlichem Teil der »schwedischen Werte« (Towns et al. 2014 und Mulinari 2016). Es wurden zwei mögliche Szenarien dargestellt: Im ersten ist so ein Umfeld fruchtbarer Boden für eine radikale Rechtspartei, sich als Anti-Establishment-Alternative zur staatlichen Politik der Geschlechtergleichstellung und zur feministischen Perspektive des Staates zu präsentieren. Im zweiten Szenario könnte sich die populistische radikale Rechtspartei eine liberale Geschlechtergleichstellung auf die eigene Fahne schreiben – als Teil der schwedischen Identität, um dieses Narrativ letztlich auch gegen »fremde« Kulturen und Religionen, wie den Islam einzusetzen. Die Analyse in dieser Studie zeigt, dass bei den Schwedendemokraten der erste Ansatz überwiegt. Die Partei präsentiert sich als Alternative zum schwedischen Regime der Geschlechtergleichstellung und zum staatlichen Feminismus. Wie andere europäische rechtspopulistische Parteien stehen die SD für eine konservative Familienpolitik und ein strengeres Abtreibungsrecht. Die Partei ist gegen Quoten und andere Formen positiver Diskriminierung, die auf die Herstellung eines ausgewogeneren zahlenmäßigen Verhältnisses von Männern und Frauen in der Politik, Wirtschaft und Bildung abzielen.

Liberale Forderungen, insbesondere mit Blick auf den gesetzlichen Schutz Homosexueller, waren von den SD nur in Verknüpfung mit anti-islamische Politiken und Äußerungen zu hören. Gleichzeitig haben die SD beharrlichen Widerstand gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare geleistet. Da die SD in Fragen der Geschlechtergleichstellung, dem Abtreibungsrecht und der gleichgeschlechtlichen Ehe nicht mit ihren Wählern auf einer Linie sind, verwundert es, dass die Partei sich noch immer nicht in eine liberalere Richtung bewegt hat (Backlund und Jungar 2016). Möglicherweise lässt sich die Folgenlosigkeit dieser Inkongruenz zwischen der Parteipolitik der SD und den Einstellungen ihrer Wähler_innen damit erklären, dass die Geschlechtergleichstellung der SD-Wählerschaft nicht sonderlich am Herzen liegt.

Literatur und Quellen

- Akkerman, Tjitske (2015):** Gender and the Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis of Policy Agendas, in: *Patterns of Prejudice* 49.1–2: S. 37–60.
- Art, David (2011):** Inside the Radical Right: The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Arzheimer, Kai und Carter, Elisabeth (2006):** Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success, in: *European Journal of Political Research* 45(3): S. 419–443.
- Avcı, Gulan und Elving, Cecilia (2016):** SDs mål: Kvinnorna ska stanna i hemmet. *Aftonbladet* 17.10.2016, siehe <https://www.aftonbladet.se/debatt/article23716468.ab> (aufgerufen am 29.11.2017).
- Betz, Hans-Georg und Meret, Susi, Revisiting Lepanto:** The Political Mobilization against Islam in Contemporary Western Europe, in: *Patterns of Prejudice* 43.3–4 (2009): S. 313–334.
- Bieler, Paula (2013):** Sverige är extremt när det gäller aborter, in: *Svenska Dagbladet* 30.04.2013, siehe <https://www.svd.se/sverige-ar-extremt-nar-det-galler-aborter> (aufgerufen am 28.11.2017).
- Dahlström, Carl und Sundell, Anders (2012):** A Losing Gamble. How Mainstream Parties Facilitate Anti-Immigrant Party Success, in: *Electoral Studies* 31(2): S. 353–363.
- Dagens Samhälle. (2018). Dagens Samhälle Polls of Polls.** <https://www.dagensamhalle.se/dagens-samhalle-poll-of-polls>
- Demker, Marie (2012):** Positiv attityd till invandring trots mobilisering av invandringsmotstånd, in: Lennart Weibull, Henrik Oscarsson und Annika Bergström (Hrsg.) *I framtidens skugga*. Göteborg University, SOM Institute.
- Downs, William .M. (2001):** Pariahs in their Midst: Belgian and Norwegian Parties React to Extremist Threats, in: *West European Politics* 24(3): S. 23–42.
- Edenborg, Emil und Jungar Ann-Catherine (2017):** Homonationalism in the Nordic region? PRR Parties and LGBTQ Issues (Kapitel für das von Jungar und Jupskås herausgegebene Buch über die nordischen populistischen radikalen Rechtsparteien).
- Harteveld, Eelco, et al. The Gender Gap in Populist Radical-Right Voting:** Examining the Demand Side in Western and Eastern Europe, in: *Patterns of Prejudice* 49.1–2 (2015): S. 103–134.
- Jungar, Ann-Catherine und Jupskås, Anders Ravik (2014):** Populist Radical Right Parties in the Nordic Region: A New and Distinct Party Family? in: *Scandinavian Political Studies* 37(3): S. 215–238.
- Jungar, Ann-Catherine (2015):** Business As Usual: Ideology and Populist Appeals of the Sweden Democrats, in: Pappas, Taki S. und Kriesi, Hans-Peter (Hrsg.), *Populism in The Shadow of the Great Recession*, Colchester: ECPR Press.
- Jungar, Ann-Catherine (2017):** The Sweden Democrats: Adjusting the Organisation to Electoral Growth and Parliamentary Breakthrough, in: Heinisch, Reinhard und Mazzoleni, Oscar (Hrsg.) *Understanding Populist Party Organization: A Comparative Analysis*, Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Jungar, Ann-Catherine (2017):** Populism i Norden: från marginalen mot den politiska mittfåran. Helsinki: Tankesmedjan Agenda.
- Jungar, Ann-Catherine (2017):** Partiet som kom in från kylan: Sverigedemokraternas parlamentariska genombrott, in: Kjellgren, Tors-ten (Hrsg.) *När skiftet äger rum – vad händer när den politiska dagordningen ändras?* Stockholm: Tiden.
- Meguid, Bonnie M. (2008):** Party Competition between Unequals: Strategies and Electoral Fortunes in Western Europe. Cambridge: New York: Cambridge University Press.

- Meret, Susi (2011):** Party Life Course Effects and Mainstream Left Reactions to Radical Right Wing Populism in Denmark. Vortrag auf dem Triennial-Kongress der Nordic Political Science Association (NoPSA) in Vasa, Finnland, 9.–12. August 2011.
- Mudde, Cas (2007):** Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norocel, Christian Ov (2013):** Our People – a Tight-knit Family under the Same Protective Roof. A Critical Study of Gendered Conceptual Metaphors at Work in Radical Right Populism. Helsinki: Unigrafia.
- Nyheter 24. 2014. SD Kvinnor:** Välj bort Fi:s extrema feminism I EU-valet. (21.05.2014), siehe <https://nyheter24.se/debatt/769221-sd-kvinnor-valj-bort-fis-extremfeminism-i-eu-valet>
- Regner, Åsa (2016):** Synen på jämställdhet är riktigt risig, in: Expressen 18.07.2016.
- Rydgren, Jens (2002):** Radical Right Populism in Sweden: Still a failure, But for How Long? in: Scandinavian Political Studies 25(1): S. 27–56.
- Rydgren, Jens (2010):** Radical Right-Wing Populism in Denmark and Sweden: Explaining Party System Change and Stability, in: SAIS Review of International Affairs 30.1 (2010): S. 57–71.
- Sannerstedt, Anders (2014):** Sverigedemokraternas sympatisörer, in: Mittfåra och marginal. SOM-undersökningen 2013 (2014): S. 445–458.
- Sannerstedt, Anders (2015):** Hur extrema är Sverigedemokraterna? Fragment. Göteborg University SOM Institute.
- Statistiska Centralbyrån (2016):** Kvinnor och män i Sverige. Schwedische Statistik 2016, siehe: https://www.scb.se/Statistik/_Publikationer/LE0201_2015B16_BR_X10BR1601.pdf. (aufgerufen am 28.11.2017).
- Sverigedemokraterna (2011):** Sverigedemokraternas principprogram [Parteiprogramm der Schwedendemokraten].
- Sverigedemokraterna (2011):** Frivillig sambeskattning Motion 2011/12 Sk 411) Sven-Olof Sällström, siehe: https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/frivillig-sambeskattning_GZ02Sk411 (aufgerufen am 28.11.2017).
- Sverigedemokraterna (2013):** Sverigedemokraternas verksamhetsberättelse för perioden 2011–2013, siehe: <https://sd.se/wp-content/uploads/2013/11/Verksamhetsberättelse-för-verksamhetsperioden-2011-2013.pdf> (aufgerufen am 28.11.2017).
- Sverigedemokraterna (2015):** Verksamhetsberättelse 2013–2015, siehe: <https://sd.se/wp-content/uploads/2015/01/Verksamhetsberättelsen-2015-11-10.pdf> (aufgerufen am 28.11.2017).
- Sverigedemokraterna (2017):** Verksamhetsberättelse 2015–2017, siehe: https://sd.se/wp-content/uploads/2015/01/ld_verksamhetsberättelse.pdf (aufgerufen am 28.11.2017).
- Sveriges Radio (2017):** Grafik: Svensk väljaropinion Oktober 2017, siehe: <http://sverigesradio.se/sida/artikel.aspx?programid=83&artikel=6808565> (aufgerufen am 28.11.2017).
- SD Kvinnor (o. D.):** Om SD-Kvinnor, siehe: <http://sdkvinnor.se/om-sd-kvinnor/>
- Sverige. Statistiska centralbyrån (2011). Åttapartivalet 2010:** Allmänna valen: valundersökningen: [Die Wahl der acht Parteien 2010]. Stockholm: Statistiska centralbyrån (SCB).
- Sveriges Television (2014). SVT:s** vallokalsundersökning. Riksdagsvalet 2014, siehe: https://www.svt.se/svts/article2323667.svt-binary/SVT_ValuResultat_riksdagsval_2014_PK_0914.pdf (aufgerufen am 15.01.2018).
- Towns, Ann, Karlsson, Erika und Eyre, Joshua. The Equality Co-nundrum:** Gender and Nation in the Ideology of the Sweden Democrats, in: Party Politics 20.2 (2014): S. 237–247.
- Åkesson, Jimmy und Carina Herrstedt. (2010):** SD – ett parti för hbt-personer. Sverigedemokraternas familjepolitik. Aftonbladet 30.03.2010, siehe: <https://www.aftonbladet.se/debatt/debattamnen/jamstalldhet/article12256370.ab> (aufgerufen am 28.11.2017).
- Åkesson, Jimmy. (2013):** Rede in Almedalen. SD Television 01.07.2013, siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=3EF7OioVMw> (aufgerufen am 28.11.2017).
- Åkesson, Jimmy. (2013):** Ge alla kvinnor rätt till heltid: Villkor i välfärden en valfråga, in: Aftonbladet 01.07.2013, siehe: <https://www.aftonbladet.se/debatt/article17049676.ab> (aufgerufen 09.01.2018).
- Åkesson, Jimmy (2014):** Gespräch mit Jimmy Åkesson, 01.07.2014. SD Television, siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=XQc0AHYBols> (aufgerufen am 28.11.2017).

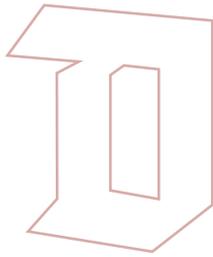


Wagon

4.6 Länderfallstudie Ungarn

VON ANIKÓ FÉLIX

Wie in vielen anderen europäischen Ländern hat sich auch in der ungarischen Politik im letzten Jahrzehnt ein auffallender rechtspopulistischer Ruck vollzogen. Die neue politische Landschaft hatte zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Frauen- und Genderpolitik. Teils aus historischen Gründen, teils aufgrund der fehlenden Tradition einer Geschlechtergleichstellung ist der Begriff Feminismus in Ungarn negativ konnotiert, was an sich schon die Umsetzung von Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung hemmt. Hinzu kommt, dass rechtsgerichtete Akteure neuerdings den Begriff »Gender« als Oberbegriff für verschiedene, auf Gleichstellung abzielende Maßnahmen verwenden, ihm ein negatives Image verleihen und sämtliche Maßnahmen in Misskredit bringen wollen.



er Definition von Mudde und Kaltwassers folgend, die beim Populismus zwischen materieller, politischer und symbolischer Dimension unterscheiden, sind auf der politischen Bühne Ungarns drei Parteien auszumachen, die in die Kategorie eines exklusiven Populismus im rechten politischen Spektrum fallen (Mudde und Kaltwasser 2012). Zwei davon bilden die amtierende Regierungskoalition: die Fidesz und ihr sehr viel kleinerer Koalitionspartner, die Christdemokraten (KDNP). Als drittes ist die Rechtsaußenpartei Jobbik zu nennen, die »Bewegung für ein besseres Ungarn«. Die 1988 gegründete »ungarische Bürgerallianz« Fidesz gewann 1998 erstmals die ungarischen Parlamentswahlen und bildete mit zwei kleineren rechtsgerichteten Parteien eine Koalitionsregierung. Aus den Wahlen von 2010 und 2014 – sowie zuletzt in 2018 – ging sie wieder als stärkste Partei hervor und bildete beide Male zusammen mit der KDNP eine Regierung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Seit 2003 ist Viktor Orbán wieder Vorsitzender der Fidesz¹ und auch derzeit amtierender Ministerpräsident. Die KDNP war von 1990 bis 1998 im Parlament vertreten und dann wieder ab 2006. Seit 2010 ist sie als kleiner Koalitionspartner der Fidesz Teil der ungarischen Regierung. Obwohl die Partei nur von einer kleinen Zahl an Wählern unterstützt wird, hat sie doch eine gewichtige Stimme in Bezug auf Frauen- und Genderpolitik, wie weiter unten noch erläutert wird. Die Jobbik wurde 2003 als weit rechts stehende Partei gegründet. Ihre auf einem Anti-Establishment fußende Ideologie war anfangs durch eine nationalistische, antisemitische und Roma-feindliche Haltung geprägt, aber in den letzten Jahren hat sich die Partei sehr darum bemüht, ihr radikales Image etwas zu mildern, was vermutlich auf Wahlkalkül zurückzuführen ist. Ihre ersten Wahlerfolge konnte sie 2009 mit dem Einzug ins Europäische Parlament und 2010 mit dem Einzug ins ungarische Parlament verzeichnen.

¹ Viktor Orbán war auch schon von 1993 bis 2000 Parteivorsitzender.

Ziel dieser Studie ist die Untersuchung der Gender- und (anti-)feministischen Politik dieser Akteure in den letzten zehn Jahren. Zunächst werden die wichtigsten Initiativen, Maßnahmen und der generelle Rahmen ihrer Frauen- und Genderpolitik analysiert. Anschließend wird sowohl die angebots- als auch die nachfragegeleitete Partizipation von Frauen im Zusammenhang mit den im Mittelpunkt dieser Studie stehenden rechtspopulistischen Parteien untersucht. Es geht also nicht nur um die Rolle von Frauen innerhalb der Partei oder ihre Unterstützung für die jeweilige Partei, sondern auch um feministische Gegenmaßnahmen gegen die Politik dieser Parteien. Diese Untersuchung will einen Überblick und damit ein möglicherweise besseres Verständnis dafür schaffen, welche Rolle die Geschlechtergleichstellung in der Politik dieser Parteien einnimmt und welche Rolle Frauen in den Parteien (und bei deren Unterstützung) sowie im Widerstand gegen ihre Politik spielen.

1. Ziele der Frauen- und Genderpolitik

Die neue ungarische Verfassung, die 2011 verabschiedet wurde und 2012 in Kraft trat, garantiert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die Regierungskoalition aus Fidesz und KDNP folgt diesem Grundsatz mit einer gewissen Widersprüchlichkeit. Einerseits ist von ihr eine starke anti-feministische und genderfeindliche Rhetorik zu vernehmen, auch wenn hier darauf hingewiesen sei, dass die Begriffe »Gender« und »Feminismus« von der Regierungskoalition hauptsächlich dazu verwendet werden, um ihre Kritik an den linksgerichteten und liberalen (Oppositions-)Parteien und an der EU zum Ausdruck zu bringen. Dennoch ließ die Regierung ihrer Rhetorik entsprechende Taten folgen, als sie das Ressort für Geschlechtergleichstellung² auflöste und es 2010 in das übergeordnete Ressort für Chancengleichheit eingliederte. Zwei Jahre später wurde auch dieses Ressort geschlossen (Juhász 2012). Der trilaterale Rat für Gleichstellung³ ist seit 2010 nicht

² Die Abteilung war von der linken Regierung im Ministerium für Soziales und Arbeit eingerichtet worden, um in der Gesellschaft eine Geschlechtergleichstellung zu realisieren.

³ Der Rat wurde 2009 von der damaligen linken Regierung als Beratungsgremium eingerichtet, um Frauen-NROs sowie Experten und Expertinnen zu Genderfragen in die legislative Arbeit einzubeziehen und Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung (Gender-Mainstreaming) zu fördern.

mehr zusammengetreten (Fodor 2013). Die vor den Wahlen von 2010 von der damals linken Regierung verabschiedete »Nationale Strategie für die Förderung der Geschlechtergleichstellung« blieb zwar in Kraft, aber nur auf dem Papier (Juhász 2012). Diese politischen Entscheidungen und Maßnahmen demontierten das zuvor errichtete institutionelle Gerüst für eine auf Geschlechtergleichstellung ausgerichtete Regierungsarbeit. Andererseits richteten die Regierungsparteien ein starkes Augenmerk auf Familien, Mütter und potenzielle Mütter (Fidesz 2010). In dieser Hinsicht brachte die Regierung einige wichtige Initiativen auf den Weg, die Frauen zugutekommen.

Die Widersprüchlichkeit äußert sich auch darin, dass die Maßnahmen, die tatsächlich die Geschlechtergleichstellung voranbringen können, völlig anders etikettiert werden. Fidesz-KDNP definieren ihre Politik als »Familien-Mainstreaming« statt »Gender-Mainstreaming« (Juhász 2012). Was Orbán damit meint, machte er deutlich, als er die Familie gleich am Anfang des Wahlprogramms der Fidesz von 2010 als eine der fünf Grundwerte bezeichnete (Origo 2010).⁴ Auch vor der Wahl von 2014 stellte er die Wichtigkeit der Familie heraus, als er ein »magisches Dreieck« aus Arbeit, Leistung und Familie beschwor, das es zu unterstützen gilt (Félix 2015). Zudem wurde der Begriff Familie in der neuen Verfassung offiziell in einem ausschließlichen Sinn als die Verbindung zwischen Mann und Frau definiert. Weiter heißt es, Grundlage der Familienbande sei die Ehe. Damit sind also nicht nur gleichgeschlechtliche Paare ausgeschlossen, sondern auch andere Formen von Lebensgemeinschaften (Juhász 2012).

Nicht »Gender-« sondern »Familien-Mainstreaming«

Auf politischer Ebene richtete sich die Familienfreundlichkeit fast ausschließlich auf die Erhöhung der Geburtenrate. Im Grundsatzprogramm der Fidesz von 2010 ging es nur in einem der ohnehin wenigen Sätze zur Frauenpolitik um Diskriminierung, und zwar um die Beendigung der Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Und selbst dieser Satz konzentrierte sich ausschließlich auf Mütter. Die Partei versprach, die Rückkehr von Müttern ins Berufsleben mit flexiblen

und familienfreundlichen Arbeitsplätzen, Teilzeitstellen, atypischen Formen der Beschäftigung sowie mit mehr Krippen- und Kindergärtenplätzen zu unterstützen (Fidesz 2010). Eine der ersten Regierungsmaßnahmen war die Wiedereinführung der dreijährigen Elternzeit, die von der links-liberalen Regierung zuvor auf zwei Jahre verkürzt worden war. Darüber hinaus legte sie das Kinderbetreuungsgeld GYED wieder auf, um Mütter leichter wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern (Kováts 2016).

Eins der ersten erreichten Ziele war die landesweite Erhöhung der Kindergärtenplätze, wobei weitere Investitionen in diesem Bereich zu den Wahlversprechen für 2018 gehören (Szikra 2017). Es sei hier festgehalten, dass unter der jetzigen Regierung weit mehr Kindergärten eingerichtet wurden als während der vorhergehenden sozialistischen und liberalen Regierungen. Eine weitere, kurz nach den Wahlen von 2010 umgesetzte, Maßnahme war die Einführung eines neuen Rentengesetzes, das es Frauen erlaubt, nach 40 Arbeitsjahren in den Ruhestand zu gehen. Auch wenn das der schwierigeren Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen schien, wurde das doch nie von der Regierung ausdrücklich so gesagt. Stattdessen wurde die Einführung dieses Gesetzes damit begründet, dass die Rentnerinnen als Großmütter gebraucht würden, die sich um ihre Enkelkinder kümmern, während deren Eltern bei der Arbeit sind. Daneben wurde dieses Gesetz auch mit ziemlich sexistischen Argumenten begründet: »Wir mögen Frauen lieber« (Füstös 2010).

Die Regierung lässt sich in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen auch von demographischen Faktoren leiten. So hat sie beispielsweise niedrigere Steuersätze zur Unterstützung von Familiengründungen beschlossen. In den Genuss dieser Steuervergünstigungen kommen allerdings eher Familien aus der Mittel- oder Oberschicht als die aus den weniger wohlhabenden Schichten. Indirekt ist daraus abzulesen, dass die Regierung sich mehr Mittel- und Oberschichtsfamilien wünscht (Szikra 2017). Außerdem zielt die Regierungskoalition erklärtermaßen darauf ab, Familien zu unterstützen, die der oben genannten in der Verfassung festgehaltenen Definition entsprechen, statt ihre Unterstützung auf die Rechte des Einzelnen zu gründen. Des Weiteren erklärte die Regierung 2018 zum »Jahr der Familie« und eröffnete Ende 2017 ein Institut für

⁴ Die anderen vier von Orbán aufgezählten Werte waren Arbeit, Heim, Gesundheit und öffentliche Sicherheit.

Familienforschung⁵. Vermutlich wird die Arbeit dieses Instituts auf derselben Definition basieren (Magyar Közlöny 2017:142). In einem eher symbolischen Schritt hat die Regierung jedoch kürzlich verkündet, auch Alleinerziehende unterstützen und ein Zentrum für eine gemeinnützige Hilfsorganisation für Alleinerziehende (Egyedülálló Szülők Klubja Alapítvány) finanzieren zu wollen (MTI 2017).

Ähnlich wie im Wahlprogramm der Fidesz ist auch in dem der Jobbik von 2010 (und in diesem Punkt ist das von 2014 nahezu gleichlautend) zu lesen, dass Gleichstellungsmaßnahmen fast ausschließlich auf Mütter gerichtet sein sollten. Die Partei versprach, familienfreundliche Arbeitsplätze zu unterstützen und Frauen durch die Bereitstellung von mehr Teilzeitstellen und Kinderbetreuungseinrichtungen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Darüber hinaus sprach sich die Jobbik in ihrem Programm für eine Gleichstellung von Männern und Frauen und gegen eine ungleiche Bezahlung der Geschlechter aus (Jobbik 2010). Im Parteiprogramm von 2014 war sogar ein eigenes Kapitel über Frauenpolitik enthalten, in dem es hieß: »Männer und Frauen sind ebenbürtige Menschen, aber das bedeutet nicht, dass sie gleich sind« (Jobbik 2014: 38; Originalzitat wurde von A.F. ins Englische übersetzt). Der Parteiauffassung zufolge gibt es zwar keinen biologischen Determinismus, der Frauen auf Hausarbeit reduziert, aber die Partei bezeichnet das Muttersein dann doch als den schönsten Beruf (Jobbik 2014).

Zwei miteinander verheiratete Parteimitglieder, Előd Novák⁶ und Dóra Dúró, veranschaulichten jahrelang eine weitere Widersprüchlichkeit in der Parteilinie. Novák gehörte zu den Stimmen, die innerhalb und außerhalb des Parlaments am meisten Rassismus, Antisemitismus und Homophobie verbreiteten. Von daher war eigentlich zu erwarten, dass er auch ein eher patriarchalisches Verhalten als Vater und Ehemann an den Tag legen würde. Aber Novák und Dúró stellten sich als ein Paar dar, das die Haushaltspflichten und die Kinderbetreuung gleichmäßig aufteilen. Zusammenfassend sei gesagt, dass Bemühungen um eine Geschlechtergleichstellung von der Partei insgesamt nicht grundsätzlich und vollkommen vernachlässigt werden. Aber selbst wenn einige der Aussagen und Handlungen der Jobbik mehr auf eine Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet zu sein scheinen als die der Fidesz/KDNP, so weigert sich die Partei doch entschieden, das als Bemühen um Geschlechtergleichstellung zu bezeichnen. Dúró, die in der Partei am ehesten für Genderfragen zuständig ist, lehnt in ihrer Rhetorik offen alles ab, was mit »Gender« oder »erzwungener Gleichstellung« zu tun hat. Dasselbe gilt für die Einführung von Quotenregelungen jeder Art. Im Einklang mit der Parteilinie argumentiert sie, dass es nur natürlich sei, dass mehr Männer politisch aktiv seien, weil diese Arbeit Männersache sei (Dúró 2012). In Bezug auf die Quotenfrage wurden in der Partei jedoch unterschiedliche Meinungen laut. Obwohl die gesamte Partei dagegen war (Dúró 2013), legte der ehemalige Jobbik-Abgeordnete Tamás Gaudi Nagy zusammen mit einem Abgeordneten der Grünen (LMP) 2011 einen Änderungsvorschlag zum neuen Wahlgesetz vor, um die Zahl der Frauen im Parlament zu verdoppeln.

Ähnlich wie die Fidesz/KDNP definiert auch die Jobbik die Familie als die Gemeinschaft von Mann und Frau und ihren Kindern (Jobbik 2010). Die Partei stimmte der Einführung eines Familienschutzgesetzes zu, schlug aber vor, auch heterosexuelle uneheliche Lebensgemeinschaften in die Definition mit aufzunehmen (Sneider et al. 2011). Ebenso unterstützte sie die Steuervergünstigungen für Familien, wollte aber, anders als die Fidesz/KDNP, auch Familien mit niedrigerem Einkommen einschließen. Das ist insofern besonders bemerkenswert, als die Jobbik zuvor immer eine rassistische Einstellung gegenüber den Roma an den Tag gelegt hatte, die auch mit Geschlechterstereotypen durchsetzt und über diese transportiert wurden und seit Jahren in einem genderspezifischen Rassismus mündeten. Beispielsweise hatte sich die Jobbik ständig über die »Überbevölkerung« der Roma besorgt gezeigt und diese als eins der größten »Probleme« im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsrückgang bezeichnet (Jobbik 2010). Die Partei versprach, der Tendenz, »Kinder wegen des Kindergelds zu bekommen«, Einhalt zu gebieten – eine eindeutig an die Gemeinschaft der Roma gerichtete Botschaft. Zu den von der Partei zur

menfassend sei gesagt, dass Bemühungen um eine Geschlechtergleichstellung von der Partei insgesamt nicht grundsätzlich und vollkommen vernachlässigt werden. Aber selbst wenn einige der Aussagen und Handlungen der Jobbik mehr auf eine Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet zu sein scheinen als die der Fidesz/KDNP, so weigert sich die Partei doch entschieden, das als Bemühen um Geschlechtergleichstellung zu bezeichnen. Dúró, die in der Partei am ehesten für Genderfragen zuständig ist, lehnt in ihrer Rhetorik offen alles ab, was mit »Gender« oder »erzwungener Gleichstellung« zu tun hat. Dasselbe gilt für die Einführung von Quotenregelungen jeder Art. Im Einklang mit der Parteilinie argumentiert sie, dass es nur natürlich sei, dass mehr Männer politisch aktiv seien, weil diese Arbeit Männersache sei (Dúró 2012). In Bezug auf die Quotenfrage wurden in der Partei jedoch unterschiedliche Meinungen laut. Obwohl die gesamte Partei dagegen war (Dúró 2013), legte der ehemalige Jobbik-Abgeordnete Tamás Gaudi Nagy zusammen mit einem Abgeordneten der Grünen (LMP) 2011 einen Änderungsvorschlag zum neuen Wahlgesetz vor, um die Zahl der Frauen im Parlament zu verdoppeln.

⁵ Das Institut soll zu einem besseren Verständnis der demografischen und sozialen Auswirkungen der Regierungsentscheidungen beitragen und die demografische Situation der Ungarn innerhalb und außerhalb der ungarischen Grenzen untersuchen (Magyar Közlöny 2017:142).

⁶ Előd Novák wurde 2016 vom Parteivorsitzenden gezwungen, den Parteivorstand der Jobbik zu verlassen. Daraufhin legte er auch sein Abgeordnetenmandat nieder. Anfang Dezember 2017 kritisierte er die Parteiführung der Jobbik dafür, das Image einer Volkspartei aufbauen zu wollen und ihre Meinung zu einigen Themen zu ändern.

Erreichung dieses Ziels vorgeschlagenen Maßnahmen gehörten, Müttern unter 18 Jahren keinerlei finanzielle Unterstützung zu bewilligen sowie die Familienbeihilfe nur bis zum dritten Kind als Geldleistung zu gewähren und danach nur noch in Form von Steuergutschriften. Damit wollte die Partei der angeblichen Tendenz entgegenwirken, »für Geld zu gebären«, was der Jobbik zufolge bei den Roma häufiger vorkommt (Jobbik 2014). Diesen unverhohlenen rassistischen Ton gegen die Roma hat die Partei in ihrer Kommunikation nach außen abgemildert, um sich politisch als Volkspartei zu etablieren. Ihre Rhetorik gegen Migranten ist allerdings so radikal wie eh und je, wenn nicht gar noch aggressiver.

Mit geringen Unterschieden sind alle untersuchten rechtspopulistischen Parteien überzeugte Abtreibungsgegner. Sie halten den Bevölkerungsrückgang für eins der ernsthaftesten Probleme des ungarischen Staates. Im Jahr 2011 organisierte der damalige Minister für Familie und Jugend, Miklós Soltész von der KDNP, im Rahmen eines Projekts über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Plakatkampagne gegen Abtreibungen. Paradoxerweise wurde dies von dem EU-Programm PROGRESS finanziert, das unter anderem zur Unterstützung von Beschäftigung und Sozialschutz aufgelegt wurde (Grzebalska and Pető 2016). Auf den Plakaten war ein ziemlich weit entwickelter Fötus zu sehen, der seine Mutter ansprach: »Ich verstehe ja, dass du noch nicht bereit bist für mich, aber gib mich bitte zur Adoption frei, LASS MICH LEBEN!« Die eindeutige Haltung der Regierungsparteien war auch an der Tatsache abzulesen, dass sie ihre Zweidrittel-Mehrheit im Parlament dazu nutzten, den Schutz des Grundrechts auf Leben vom Moment der Empfängnis an in die allgemeinen Leitsätze der Verfassung aufzunehmen. Das Abtreibungsrecht hat die Regierung allerdings anschließend nicht verändert. So ist die Aufnahme in die Verfassung wohl eher als symbolische Geste mit Blick auf die konservativere Wählerschaft zu sehen. Die Jobbik hatte die Abtreibungsfrage bereits in ihre Gründungserklärung aufgenommen und seither in ihrem Programm beibehalten. Bevor die Partei sich Ende 2016 für eine Ratifizierung der Istanbul-Konvention⁷ aussprach, hatte sie diese zunächst mit dem Argument

abgelehnt, dass sie »nicht auf die häufigste und brutalste Form häuslicher Gewalt eingeht – die Abtreibung« (Dúró 2015).

LSBTI*

Auch wenn die Homophobie in der ungarischen Gesellschaft in den letzten Jahren etwas abgenommen hat, sind Homosexuelle noch immer keine in der Gesellschaft akzeptierte Gruppe (Závecz Research 2016). Die Einstellung zu LSBTI*-Rechten ist in den einzelnen Parteien jedoch sehr unterschiedlich. Als Ilona Ékes, eine ehemalige Fidesz-Abgeordnete im Parlament, Homosexualität 2009 als Krankheit bezeichnete, die behandelt werden müsse (MTI 2009), stellte die Partei klar, dass dies lediglich die persönliche Ansicht der Abgeordneten sei und nicht dem Standpunkt der offiziellen Parteilinie entspreche. Nur drei Jahre später, in 2012, sprachen sich einige Abgeordnete der Fidesz, darunter auch der Bürgermeister von Budapest, István Tarlós, für eine Gesetzesänderung aus, um den Budapester Pride March in die Außenbezirke der Stadt zu verlegen. In der ungarischen Verfassung gehört sexuelle Orientierung nicht zu der Liste von Merkmalen, die vor Diskriminierung geschützt sind (Országgyűlés Hivatala 2011).

Neben der Gesetzgebung sind weitere Beispiele zu nennen, in denen die Regierung auf homophobische Weise agierte. Einen Tag nach dem Internationalen Tag gegen Homophobie von 2015 wurde Viktor Orbán von Journalisten gefragt, welche Botschaft er an Homosexuelle und Homophobe richten wolle und was die Regierung für nicht-heterosexuelle Paare tun werde. Der Ministerpräsident antwortete, dass Ungarn auf traditionellen Werten basiere und schon immer ein tolerantes Land gewesen sei. Er begrüße es, dass die ungarischen Homosexuellen kein provozierendes Verhalten an den Tag legten, und fügte hinzu: »Wenn sie das täten, würden wir [die Regierung, A.F.] strengere Gesetze einführen, und das friedliche Miteinander wäre vorbei« (Orbán 2015). Die Jahreskonferenz des World Congress of Families⁸

⁷ Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

⁸ Der World Congress of Families ist eine US-amerikanische christliche Organisation, die in ihren Grundsätzen sehr homophob ist und entschieden gegen Abtreibungen eintritt. Sie setzt sich für das Konzept der »natürlichen Familie« ein. Der Congress hat direkte Verbindungen zur russischen Regierung, von der auch einige Vertreter an der Konferenz in Budapest 2017 teilnahmen (Tait 2017).

fand 2017 in Ungarn statt, was im Land sehr umstritten war. Neben radikal-konservativen Politikern aus aller Welt nahmen auch Vertreter der ungarischen Regierung an der Veranstaltung teil und unterstützten sie sogar finanziell und organisatorisch (Budapest Family Summit 2017). Der ungarische Minister für Humanressourcen Zoltán Balog kommentierte die hier von der Regierung gespielte Rolle mit den Worten, das Kabinett nehme an keiner Veranstaltung teil, die Homophobie und Hass verbreite (Balog 2017a).

Während viele westeuropäische rechtsextreme Parteien »den Schutz von Schwulenrechten« dazu nutzen, ihre anti-muslimische und immigrantenfeindliche Haltung zum Ausdruck zu bringen, scheint die Jobbik ihre von Anfang an eingenommene homophobe Position bis heute, also bis zur Erstellung dieser Studie Ende 2017, beizubehalten. Die Jobbik brachte 2012 einen Gesetzesantrag ins Parlament ein, nach dem »Schwulenpropaganda« unter Strafe gestellt werden sollte, um die »öffentliche Moral und die junge Generation« zu schützen (Politics 2012). Aber einige Lokalpolitiker der Jobbik gingen noch weiter: Zwei Bürgermeister untersagten »LSBTI*-Propaganda« in ihren Städten. In der ungarischen Gemeinde Ásotthalom sprach der Bürgermeister, der stellvertretende Parteivorsitzende, neben dem Verbot, Moscheen zu bauen, Burkas zu tragen und zum Gebet zu rufen, auch ein Verbot von »Homosexualität« aus. Zudem hat die Partei Jahr für Jahr im Zusammenhang mit den Gay-Pride-Paraden ihre Homosexuellenfeindlichkeit zum Ausdruck gebracht. Auch wenn die Partei zu einigen Themen ihre radikale Rhetorik etwas gemildert hat, so gilt dies nur sehr eingeschränkt in Bezug auf ihre Homophobie. Ein anschauliches Beispiel dafür ist, dass der Parteivorsitzende Gábor Vona, als er auf die lokale Initiative des Bürgermeisters von Ásotthalom angesprochen wurde, lediglich kommentierte, dass er dem nicht zustimme, aber dass in einer »Volkspartei unterschiedliche Meinungen kein Problem« seien (Vona 2016). Dagegen äußerte Dóra Dúró 2016, dass der Schritt, die Partei zu einer Volkspartei machen zu wollen, bedeute, dass »wir unsere Grundwerte aufgeben«, wobei sie Gay Pride als etwas definierte, das »dem Leben und der Gesellschaft zuwiderläuft« (Dúró 2016).

Framing des (vergeschlechtlichten) Feindes

Abgesehen von einigen Randerscheinungen hatten genderfeindliche Inhalte über Jahre keinen großen Stellenwert in der Rhetorik der ungarischen Parteien des rechten Spektrums. Der Begriff »Gender-Ideologie« tauchte erstmals 2008 in einer Auseinandersetzung um ein Lehrbuch für die Sekundarstufe auf, in dem von einer genderspezifischen Geschichte Ungarns die Rede war, was den Widerstand einiger rechter Politiker hervorrief (Félix 2015). In den folgenden Jahren entwickelte sich im Zusammenhang mit den Estrela- und Lunacek-Berichten⁹ ein genderfeindlicher Diskurs, der aber erst 2017 richtig in Fahrt kam, als sich die gesamte Regierungskommunikation über die »Gender«-Frage vollkommen änderte. Als symbolische Dimension von Populismus wurden »Feministen« und »Gender-Ideologen« von der Regierung als Außerirdische bezeichnet, die eine Bedrohung für das Volk und die Nation darstellen. Auslöser dafür war die Einführung von Genderstudien an der Eötvös-Lóránd-Universität (ELTE) Anfang 2017. Die KDNP wollte diesen Studiengang sofort wieder abschaffen lassen.¹⁰ Die Partei schickte einen offenen Brief an die Universitätsleitung, in dem es unter anderem hieß, dass es nichts als biologische Geschlechter gebe (KDNP 2017a). Des Weiteren kündigte die Regierung an, dass als Gegenmaßnahme an einer anderen Universität das Fach »Familienstudien« eingerichtet werde. Der Minister für Humanressourcen erklärte, die Regierung lehne Theorien über ein soziales Geschlecht ab und bemühe sich stattdessen um ein Verständnis für die sozialen Rollen (Balog 2017b). Die Regierung begründete auch die Nicht-Ratifizierung der Istanbul-Konvention mit dem Gender-Argument: Nachdem die Fidesz/KDNP zunächst verkündet hatten, die Konvention ratifizieren zu wollen (Fidesz 2017b), machte sie doch wieder einen Rückzieher, und zwar mit der Begründung, dass es bei der Konvention nicht um häusliche Gewalt gehe, sondern um Gender-Ideologie und die dahintersteckende Politik – ein »trojanisches Pferd« der Gender-Ideologen, das nicht hinnehmbar sei (SZP 2017).

⁹ Der Estrela-Bericht ist der 2013 von Edite Estrela über sexuelle und reproduktive Gesundheit in der Europäischen Union verfasste Bericht. Der 2014 von Ulrike Lunacek dem Europäischen Parlament vorgelegte Bericht zielte auf die Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität.

¹⁰ Die Genderstudien an der ELTE ist der zweite Studiengang dieser Art in Ungarn und begann im Herbstsemester 2017; der erste wurde an der Central European University (CEU) eingeführt.

Im Jahr 2017 begann die Rechtsregierung einen regelrechten Feldzug gegen George Soros, den US-amerikanischen Investor und Mäzen ungarischer Herkunft, der mit seinen Open Society Foundations zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte finanziert, in dem auch genderfeindliche Rhetorik eine große Rolle spielte. Soros' Gegner behaupten, dieser plane, Migranten nach Ungarn umzusiedeln, wobei die Umsetzung dieses Geheimplans von den Bürokraten in Brüssel vollzogen werde (Orbán 2017). Abgesehen vom antisemitischen Beiklang¹¹ beinhaltete die Kampagne gegen den »Hauptfeind« Soros auch mindestens zwei Aspekte dessen, was die Regierung als unerwünschte Genderpolitik auffasste. Soros ist Gründer der Central European University (CEU), die zuvor schon von der Regierung angegriffen worden war, weil sie als erste Universität in Ungarn Genderstudien als Studiengang anbot. Und zum anderen waren die von »Soros geförderten und finanzierten« Nichtregierungsorganisationen, zu denen auch viel Frauenorganisationen gehörten, Hauptangriffsziel der Propaganda der letzten Jahre. So wird auch hier Gender als »symbolischer Klebstoff« benutzt, um verschiedene Anliegen, die mit einer progressiven Agenda in Verbindung gebracht werden, unter einem Oberbegriff zu vereinen (Grzebalska et al. 2017). Die Regierung steckt all diese Themen in die Schublade mit der Aufschrift »Gender« und eignet sich damit die Deutungshoheit über diesen Begriff an.

Da die Jobbik bei jeder Gelegenheit gegen die Regierung opponiert, war sie an der Anti-Soros-Kampagne nicht so lautstark beteiligt. Obwohl Soros in den Augen der Partei für eine »abweichende Kultur« steht, zeigte sich die Partei in dieser Hinsicht zurückhaltender als die Regierung (siehe z.B. Szávay 2017). So stellte sich die Jobbik zwangsläufig auch gegen den Standpunkt der Regierung bezüglich der CEU und sprach sich dafür aus, die Entscheidung über die von der Regierung beschlossene Änderung des Hochschulgesetzes, die sich offensichtlich direkt gegen die CEU richtete (»Lex CEU«), dem Verfassungsgericht zu übergeben. In ihrer Argumentation hieß es, sie wolle zwar Soros nicht unterstützen, aber auch nicht die Diktatur, die von der Fidesz gerade in Ungarn aufgebaut werde.

Die Jobbik teilte zwar die Meinung der Regierung, dass bestimmte Interessengruppen hinter den Genderstudien steckten, aber sie hielt sich ein Stück weit aus der Debatte raus (siehe z.B. Vona 2017). Diese ambivalente Haltung der Partei war auch auf ihre sich verändernde Rhetorik zurückzuführen, mit der sie sich als Volkspartei etablieren und bei denjenigen Themen gegen die Fidesz positionieren will, bei denen Letztere sich radikaler präsentierte als zuvor.

Beide Parteien benutzen das Bild des »Freiheitskämpfers« gegen das »Diktat« der EU und für die Bewahrung der Souveränität des Landes. Petó und Grzebalska bezeichneten das als den Gebrauch einer »Sprache der Sicherheit« (Grzebalska und Petó 2016). Im Jahr 2017 war die »Migrantenfrage« das Hauptthema dieser Sicherheitssprache. Demnach schützt die Regierung das Land, vor allem die ungarischen Frauen, die angeblich durch die mehrheitlich männlichen Migranten besonders gefährdet sind. Das ist wieder die symbolische Dimension des Populismus: Der männliche Migrant wird symbolisch und buchstäblich als »Vergewaltiger der Nation« beschrieben, während die Migrantin als Parasit dargestellt wird, die das rassifizierte Andere reproduziert (Mulinari und Neergaard 2017). Die Nicht-Ratifizierung der Istanbul-Konvention wurde neben dem Gender-Argument auch mit der typischen Aussage begründet, die »wirkliche Gefahr sind die Migranten« (Fidesz 2017a). Auch in der Jobbik werden Migranten als die ethnisch Fremden gesehen. In ihrer Politik auf nationaler Ebene ersetzte die Partei ihre Roma-feindliche Rhetorik mit einem Anti-Immigranten-Diskurs: Dieselben Anschuldigungen, die sie früher gegen die Roma vorbrachte, wie die Gefahr der »Überbevölkerung« oder »die Ausnutzung von Sozialleistungen« wurden nun auf die Migranten übertragen.

2. Frauen und rechtspopulistische Parteien

Frauen sind in der ungarischen Politik extrem unterrepräsentiert. Das gilt zwar für alle Parteien im Parlament (OCHR 2016), aber die rechtsgerichteten Parteien schneiden in dieser Hinsicht noch schlechter ab. Mit nur zehn Frauen unter den 176 Kandidaten hatte die Fidesz bei den Wahlen von 2010 die wenigsten Frauen aufgestellt. In der Fidesz/KDNP-Regierung ab 2010 saß nur eine Frau in der Regierung, während es 2017 nicht eine einzige Ministerin gab. Der Anteil der

¹¹ George Soros ist amerikanisch-ungarischer Multimilliardär jüdischer Abstammung und Ziel vieler Verschwörungstheorien. Er wird häufig als stereotypes Beispiel für einen Juden genannt, der die Welt beherrschen will.

Frauen in der Fidesz-Fraktion lag in den Jahren zwischen 2010 und 2014 bei 8,8 Prozent und in der Fraktion der KDNP bei 5,4 Prozent im Jahr 2010 – gegenüber dem Durchschnitt von 9,1 Prozent im gesamten ungarischen Parlament. Nach den Parlamentswahlen von 2014 sank der Frauenanteil bei der Fidesz auf 6,8 Prozent, bei der KDNP lag er bei 6,2 Prozent, während der Anteil im gesamten Parlament sich leicht auf 9,5 Prozent erhöhte. Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, dass ausschließlich die Fidesz/KDNP und die Jobbik im Gegensatz zu allen anderen ungarischen Parteien Politikerinnen ins Europaparlament schickten.

Frauen in Führungspositionen

Eine bedeutende und seit vielen Jahren in der Fidesz aktive Politikerin ist Ildikó Pelczné Gáll. Sie war Vizepräsidentin des ungarischen Parlaments und ab 2014 jahrelang die einzige ungarische Vizepräsidentin im Europäischen Parlament. Im Jahr 2017 wurde sie zum Mitglied des Europäischen Rechnungshofs ernannt. Die Fidesz/KDNP schickte Lívia Járóka ins Europaparlament, um Pelczné Gáll als Vizepräsidentin zu ersetzen. Mit Járóka bekleidet erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments eine Angehörige des Volkes der Roma ein Vizepräsidenten-Amt (Járóka 2017). Mehrmals wich Pelczné Gáll in ihrem politischen Handeln von den Positionen ihrer Partei ab, so im Jahr 2015, als sie nicht einverstanden war mit der offiziellen Fidesz-Entscheidung, die Istanbul-Konvention nicht zu ratifizieren. In Bezug auf Flüchtlinge vertritt sie allerdings die Parteilinie. Beispielsweise stimmte sie im Europäischen Parlament gegen den Bericht über die Situation von Migrantinnen und Asylbewerberinnen in der EU (Kocsis 2015). Eine weitere wichtige Politikerin der Fidesz ist Katalin Novák, Staatssekretärin für Familie, Jugend und Internationale Angelegenheiten im Ministerium für Humanressourcen. Ende 2017 wurde sie zu einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Fidesz gewählt, löste damit Pelczné Gáll in diesem Amt ab und war während des Wahlkampfes 2018 sehr aktiv. Laut Quellen innerhalb der Fidesz könnte sie im Wahlkampf von 2018 das Gesicht der Partei werden (Csuhaj 2017). Mit den meisten ihrer Erklärungen und Handlungsweisen unterstützt sie durchwegs die Standpunkte der Regierungsparteien. Sie ist in der Partei die Hauptverantwortliche für Frauenfragen

und in diesem Zusammenhang erklärte sie beispielsweise, dass es in Führungspositionen mehr Frauen geben sollte und dass Frauenpolitik die gemeinsame Verantwortung von Männern und Frauen sei (Novák 2016). Diese beiden Frauen sind auch Vertreterinnen neu gegründeter Frauenorganisationen auf nationaler Ebene. Diese Organisationen beschäftigen sich mit Frauenfragen im Sinne der Regierungspolitik (Fidesz 2016).

Nach der Gründung der Jobbik im Jahr 1999 waren über ein Jahrzehnt lang gar keine Frauen in den Führungspositionen. Als die Partei sich allmählich auf nationaler Ebene durchsetzen konnte, tauchten die ersten Frauen an der Parteispitze auf, aber ihre Zahl blieb immer klein. Bei den Wahlen von 2010 waren unter den 176 Einzelkandidaten der Partei 14 Frauen, von denen drei ins Parlament gewählt wurden. Damit lag ihr Anteil an der 47 Abgeordnete zählenden Fraktion bei 6,4 Prozent, also auch unter dem Durchschnitt (Ilonszki – Kurtán, 2011:110). Die bekannteste Abgeordnete ist Dóra Dúró, die ihre politische Karriere auf nationaler Ebene als Sprecherin der Partei begann. Obwohl ihr Ehemann Előd Novák 2016 vom Parteivorstand Vona aus der Jobbik gedrängt wurde, ist Dóra Dúró mit relativ gefestigter Position nach wie vor aktiv in der Partei. Eine Analyse der von den Jobbik-Abgeordneten im Parlament gehaltenen Reden ergab, dass sich die weiblichen und männlichen Abgeordneten in der Diskussion über die Roma deutlich voneinander unterscheiden. Während die weiblichen Abgeordneten mehr über eine »Sozialisierung der Zigeuner« und über ihre Bildung und Ausbildung sprachen, fokussierten sich die männlichen Abgeordneten vorwiegend auf Themen im Zusammenhang mit »Zigeunerkriminalität« (Félix-Fokasz-Tóth 2014). Dóra Dúró präsentiert das weibliche Gesicht der Partei. Sie erscheint in Frauenzeitschriften, in denen sie sich nicht nur an die Wählerinnen der eigenen Partei wendet, sondern versucht, darüber hinaus neue Unterstützerinnen für die Partei zu gewinnen (Dúró 2017). Ganz anders sieht das Profil von Krisztina Morvai aus. Obwohl sie nie der Partei angehörte, wurde sie von der Jobbik 2009 als Präsidentschaftskandidatin ins Rennen geschickt und 2014 an die Spitze der Kandidatenliste für die Europawahl gesetzt. Seit ihrer Wahl ins Europäische Parlament ist sie eine der unverblümtesten und radikalsten euroskeptischen Stimmen. Derzeit sitzt sie

als einzige Ungarin im Ausschuss des Europaparlaments für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Anfangs kamen ihre extremen Einstellungen der Jobbik sehr entgegen, aber seitdem die Partei 2017 begann, sich ein etwas weniger radikales Image zu geben, scheint die Partei nicht mehr so glücklich mit Morvais politischer Arbeit.¹² Aufgrund von Auseinandersetzungen mit der Partei Ende 2017 erklärte Morvai, dass sie ihre politische Karriere mit Ablauf ihres Mandats im Europäischen Parlament 2019 beenden werde. Bis dahin wolle sie als Unabhängige weiter Mitglied des Europäischen Parlaments bleiben (Morvai 2017b). Morvai ist nicht die einzige Frau, die bei der Parteiführung in Ungnade gefallen ist. Eine weitere zum radikaleren Flügel der Partei gehörende Abgeordnete, Hegedűs Lorántné, wurde 2016 gebeten, nicht mehr für den Parteivorstand zu kandidieren. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie sitzt daher keine einzige Frau im Vorstand der Jobbik.

Die Motivation von Frauen, sich in rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien zu engagieren, scheint viele verschiedene Hintergründe zu haben. Aber im Fall der Jobbik zeichnen sich doch zwei Muster ab, die aus der Forschung zu Gender und Rechtsextremismus bekannt sind. Zum einen sind es oft männliche Verwandte, die Frauen zur Mitarbeit in Parteien bewegen. Das trifft zum Teil auf Hegedűs Lorántné zu, deren Mann eine bekannte Führungsfigur in der rechtsextremen Szene ist und früher für die Rechtsaußenpartei MIÉP, Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei, im Parlament saß. Auch der Mann von Dóra Dúró war jahrelang ein bekannter Jobbik-Abgeordneter. Allerdings hatte sie ihre politische Laufbahn schon zuvor und aus eigenem Antrieb begonnen. Beide gehörten zu den Parteimitgliedern der ersten Stunde, weshalb sie ihre Karriere auf ihrer langjährigen Mitgliedschaft aufbauen konnten. Ein anderer von Frauen häufig genannter Beweggrund für einen Parteieintritt ist eine »dramatische Wende« in ihrem Leben (Blee 1996). Das war der Fall bei Krisztina Morvai, deren Radikalisierung ihren Anfang nahm, nachdem 2006 eine Demonstration gegen den Ministerpräsidenten der Mitte-Links-Koalition gewalttätig aufgelöst wurde. Wie sie später erklärte, führte

diese Erfahrung dazu, dass sie ihren Platz in der »nationalen radikalen Szene« fand (Félix 2010). Bei den Frauen in der Fidesz/KDNP scheint der Grund für ihr politisches Engagement eher in der Identifikation mit konservativen Werten und dem Glauben an die traditionelle Familie zu bestehen. Die Frauen, die heute Führungspositionen in der Partei einnehmen, können auf eine lange Geschichte und erfolgreiche Karriere in der Partei zurückblicken. Als sie vor langer Zeit der Fidesz beitraten, bediente sich die Partei noch weit weniger einer genderfeindlichen Rhetorik und führte weniger genderfeindlicher Maßnahmen ein.

Wahlverhalten und Motive

Die einzige ungarische Partei, die von mehr Männern als Frauen gewählt wird, ist die Jobbik – ein Muster, das sich in Europa bei vielen rechtsextremen Parteien findet (Krekó und Kovács 2017). Bei den Wahlen von 2010 betrug der Anteil der Jobbik-Wählerinnen lediglich 35 Prozent. Bis zu den Wahlen von 2015 hatte dieser Anteil leicht um drei Prozent zugenommen. Mit einem Anteil von 68 Prozent haben die Grünen (LMP) den größten Anteil an Wählerinnen zu verzeichnen, während die Sozialistische Partei¹³ und die Fidesz/KDNP mit 59 bzw. 57 Prozent dazwischen liegen (→ Tabelle U1).

In den Parlamentswahlen von 2010 hatte die Jobbik mit einem Durchschnittsalter von 38 Jahren die jüngsten Wähler_innen, während die Sozialistische Partei vor allem von älteren Menschen gewählt wurde, die im Schnitt 55 Jahre alt waren. Im Jahr 2017 änderte sich der Wählerstamm der Fidesz. Die Partei verlor an Unterstützung unter den besser Gebildeten und in der Hauptstadt Budapest (Integrity Lab 2017). Trotzdem steht die Fidesz allen Umfragen zufolge mit 27 Prozent an Zustimmung noch immer an erster Stelle in der Wählergunst (Závecz Research September 2017).

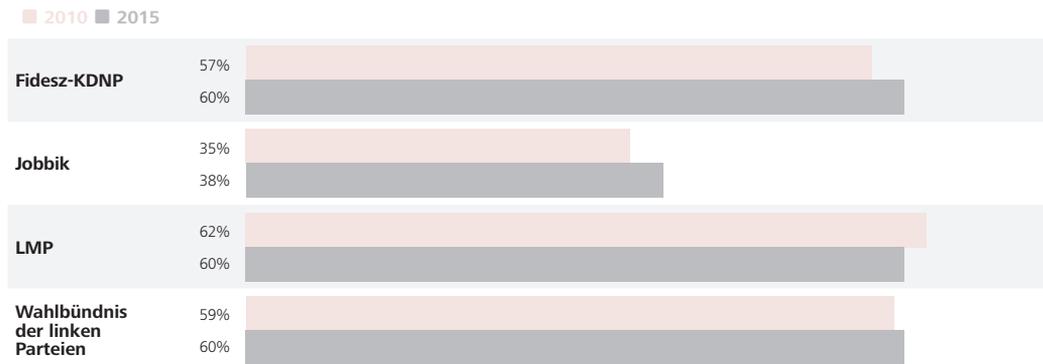
Die meisten Jobbik-Wähler_innen kommen aus der Mittelschicht, sind gut ausgebildet und haben einen höheren sozialen Status (Bernát et al. 2013). Aber auch die Wählerschaft dieser Partei hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Die Kluft zwischen den Geschlechtern ging zwischen April und August 2017 leicht zurück – von neun auf sechs Prozent. Das ist vielleicht darauf zurückzuführen, dass die Partei sich ein neues Image als

¹² Zudem kam es 2016 zu einem Streit zwischen Morvai und dem Parteivorstand, nachdem sie Vona öffentlich einen undemokratischen Führungsstil vorgeworfen hatte (Morvai 2016).

¹³ Die Sozialistische Partei ging 2014 ein Wahlbündnis mit anderen linken Parteien ein

Tabelle U1

Anteil der Wählerinnen 2010 und 2015



Quellen: Laut Kovács und Krekó 2017 auf der Grundlage der Europäischen Sozialstudie (ESS)

Volkspartei zugelegt hat, was sie für neue Wähler und vor allem Wählerinnen attraktiver macht, die vermutlich von den linken oder liberalen Parteien gewechselt sind. Auch die Altersstruktur der Anhänger änderte sich: Die Popularität der Jobbik ging bei den jüngsten Wählern zurück und nahm dafür bei den älteren Wählern zu. Außerdem konnten sie ihre Position in der Hauptstadt erheblich verbessern (Závecz Research 2017).

Wirft man einen Blick auf die Erfolgskriterien und die Motivation der Fidesz-Wähler, so scheint es, dass die Ablehnung der linken Parteien ein maßgeblicher gemeinsamer Nenner ist (Republikon 2015). Bei der Jobbik galten ihre Anti-Establishment-Haltung und ihre unangepassten Einstellungen als die stärksten Merkmale der Partei, welche die Partei aber ab 2016 etwas abschwächte (Kovács and Krekó 2017). Aus einer kürzlich durchgeführten Umfrage geht hervor, dass 34 Prozent der Jobbik-Wähler_innen eine nationalistischen Gesinnung hegen und 26 Prozent Anhänger von Ordnung und Stabilität sind; 11 Prozent der Wähler vertreten aber auch liberale Ansichten und 10 Prozent bezeichnen sich als konservativ. Der relativ hohe Anteil an Liberalen ist vermutlich eine Folge der neuen Imagekampagne der Partei. Von den Wähler_innen der Fidesz legen 20 Prozent großen Wert auf Ordnung und Stabilität, 17 Prozent sind überzeugte Nationalisten, während die größte Gruppe mit 26 Prozent Konservative sind (Republikon 2017a). Eine weitere Umfrage offenbarte, dass 2017 in der Selbsteinschätzung von Jobbik- und Fidesz-Wähler_innen keine signifikanten Unterschiede bestanden, wenn sie sich selbst in die

Links-Rechts-Skala einordnen sollten. Hier ordneten sich die Fidesz-Anhänger nur leicht weiter rechts ein (Republikon 2017b). Der Trend der sich verändernden Profile der Wählerschaften setzte sich dementsprechend auch bei beiden Parteien bis zu den Parlamentswahlen im April 2018 fort. Die Jobbik verlor die Stimmen einiger radikalerer Wähler, konnte aber dafür Wähler_innen der Fidesz sowie der linken Parteien dazugewinnen können. Die Fidesz ihrerseits versuchte, die Wähler der Jobbik für sich zu gewinnen, die aufgrund des weniger radikalen Parteiprofils von der Jobbik abwanderten.

Den meisten Umfragen zufolge besteht kein signifikanter Unterschied zwischen Frauen und Männern in der Akzeptanz von autoritären Strukturen, der Befürwortung von Ordnung oder Populismus (Montgomery 2015). Demzufolge finden populistische Parteien im gleichen Maße Anklang bei Frauen wie bei Männern. Andere Umfragen ergaben jedoch, dass Frauen in ihren Werten »rechtsorientierter« sind als Männer (Krekó and Kovács 2017). In Bezug auf die Fidesz/KDNP können daher die Maßnahmen für Mütter und Familien eine erhebliche Auswirkung auf die Frauen haben, denen diese Initiativen zugutekommen. Bei der Jobbik ist die Situation komplexer. Obwohl die Partei als Männerpartei gilt, war sie von einer ausgedehnten Subkultur umgeben, in der auch Gruppierungen zu Worte kamen, die sich zuvor kein Gehör verschaffen konnten. So bot die Partei auch bestimmten Frauengruppen neue Möglichkeiten. Aus quantitativen Erhebungen von 2012 in der Gruppe der 15–29-Jährigen ging hervor, dass sich die Profile von jungen männlichen und

weiblichen Jobbik-Anhängern bis auf geringfügige Unterschiede sehr ähneln. Zwei Erkenntnisse trafen jedoch ausschließlich auf junge Frauen zu. Zum einen unterstützen Mädchen, die sich erwachsener fühlen, mit größerer Wahrscheinlichkeit die Jobbik. Das könnte man so interpretieren, dass eine bestimmte Untergruppe an jungen Frauen das politisch rechte Spektrum als einen Raum begreift, in dem sie sich wie Erwachsene verhalten können (Félix und Gregor 2014). Bei der zweiten Erkenntnis ging es um Frauen, die stolz auf das eigene Land bekundeten, sich dabei aber keiner abschottenden chauvinistischen Argumente bedienen. Diese Einstellung wurde als »positiver Nationalismus« bezeichnet, wobei diese »positiv-nationalistischen« Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit der Fidesz ihre Stimme geben als der Jobbik.

In einer qualitativen Studie über Frauen im rechts-extremen Spektrum wurden drei Typen von Frauen identifiziert, die sich in den letzten Jahren der rechts-extremen Subkultur rund um die Jobbik angeschlossen hatten (Félix 2017). In der Regel waren diese Frauen keine Jobbik-Mitglieder und nicht in der offiziellen Parteipolitik engagiert. Der erste Typ ist die »Kulturbehalterin«, deren Aktivität auf dem zunehmenden Konsumenten-Ethnozentrismus beruhte. Einige dieser Frauen konnten in der Subkultur ziemlich beachtliche Karrieren als Geschäftsfrauen machen. Der zweite Typ ist die »Kämpferin«, die sich den rechtsextremen militärischen Organisationen anschloss. Trotz der maskulinen Identität dieser Organisationen können ihnen auch Frauen beitreten, die sich in der Bewegung dann häufig als Gleichberechtigte fühlen. Der dritte Typ wurde als »spirituelle Frauen« bezeichnet. Diese Frauen nutzen die rechtsextreme Ideologie und vermischen sie mit Spiritualismus, um ein Gefühl weiblicher Überlegenheit zu erzeugen (Félix 2017). Alle drei Typen spielten eine wichtige Rolle bei der Propagandaverbreitung und Rekrutierung neuer weiblicher Parteimitglieder und Wählerinnen. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Rechtsaußenpartei mit ihrer subkulturartigen Struktur paradoxerweise Frauen mehr Raum zur Identifizierung und Einbindung bot als die etablierten rechten Parteien, auch wenn Frauen unter den Anhängern nur eine ziemlich kleine Gruppe ausmachen. Da die Jobbik sich seit 2017 weniger radikal gibt, wird diese Subkultur wohl an Kraft verlieren und etwas von der Partei abrücken. Das könnte auch dazu führen, dass

sich der Typ Frau ändert, der die Jobbik unterstützt, aber noch sind die Auswirkungen nicht einschätzbar.

3. Gegenbewegungen und Gegenstrategien

Feministische soziale Bewegungen haben gegen die Anti-Abtreibungskampagne protestiert und setzen sich nach wie vor mit Protesten für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention ein, aber ihr Einfluss ist eher gering. Die relative Schwäche der feministischen Organisationen in Ungarn hat mehrere Ursachen. Zum einen hängt der mäßige Erfolg bei der Mobilisierung mit der generell schwachen Zivilgesellschaft in Ungarn zusammen. Die kürzlich begonnene Kampagne der Regierung gegen Nichtregierungsorganisationen (NROs), die als »Feinde« bezeichnet werden, trägt nicht gerade zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Zudem ist der Feminismus aufgrund seiner Nähe zum Kommunismus negativ konnotiert, was durch die genderfeindliche Mobilisierung noch verstärkt wird. Gleichzeitig wird eine Reihe an konservativen Frauenorganisationen und anderen NROs, die sich auf die Familie konzentrieren und die Genderfragen im Einklang mit dem derzeitigen offiziellen politischen Kurs diskutieren, mit Unterstützung der Regierung immer stärker (Petó 2017).

Viele Politiker_innen der linken und liberalen Parteien beteiligen sich von Zeit zu Zeit an den Protesten gegen häusliche Gewalt oder äußern sich zu spezifischen Problemen. Meistens sind das allerdings Reaktionen auf die Maßnahmen und/oder die Rhetorik der Regierungsparteien. Am lautesten und sichtbarsten sind die Aktionen gegen häusliche Gewalt und Sexismus. Als 2013 ans Licht der Öffentlichkeit gelangte, dass ein damaliger Fidesz-Abgeordneter seine Frau verprügelt hatte, gab jede linke und liberale Partei eine Erklärung ab oder protestierte mit anderen Aktionen gegen häusliche Gewalt. Beispielsweise erschienen weibliche Abgeordnete der kleinen Linkspartei Demokratikus Koalíció mit aufgemalten blauen Augen im Parlament, die als Symbole häuslicher Gewalt getragen wurden. Zwei kleine liberale Parteien (Együtt und PM) vergaben Preise an die »brutalsten und dämlichsten« Politiker. Der Hauptpreis ging an den Abgeordneten, der seine Frau geschlagen hatte (Nagy 2013). Zudem fordern die linken und liberalen Parteien oft im Schulterschluss mit gemeinsamen Erklärungen die Ratifizierung der Istanbul-Konvention.

Ein anderer Schwerpunkt des Protestes waren die sexistischen Äußerungen einiger rechtsgerichteter Politiker im Parlament. Eine der wirkungsvollsten Reaktionen war die von Bernadett Szél, der Mitvorsitzenden der Grünen (LMP) und Spitzenkandidatin der Partei für die Wahlen von 2018 (LMP 2017). Sie sprach offen über Sexismus im Parlament und anschließend in vielen anderen Foren auch über den positiven Effekt des Quotensystems bei den Grünen (z.B. Szél 2016). Darüber hinaus hat die LMP einige Empfehlungen ausgesprochen, die nicht einfach als Reaktionen auf rechtsgerichtete Parteien anzusehen sind, sondern als eigene Initiativen für eine Gleichstellung der Geschlechter. Dazu gehört beispielsweise der Vorschlag, die Kluft zwischen den Löhnen und Gehältern von Männern und Frauen zu verkleinern (Országgyűlés Hivatala 2015). Deshalb lässt sich sagen, dass die LMP die Partei ist, die am überzeugendsten gegen die antifeministische Rhetorik der rechtsgerichteten Parteien Stellung bezieht. Dass kann damit zu tun haben, dass die LMP im Gegensatz zu den ungarischen Sozialisten nicht als eine aus dem früheren kommunistischen Regime mit seiner staatlich verordneten feministischen Politik hervorgegangene Partei gilt.

Ein nicht unerhebliches Problem ist, dass es meistens ausschließlich Frauen sind, die sich in der Politik für eine Gleichstellung der Geschlechter einsetzen. Und schließlich ist auch festzuhalten, dass selbst von der sogenannten progressiven Seite frauenfeindliche Äußerungen zu vernehmen sind. Jüngstes Beispiel ist der Vergleich, den der Vorsitzende der Sozialisten, Gyula Molnár, zwischen dem früheren Spitzenkandidaten der sozialistischen Partei und der LMP-Kandidatin zog, als er sagte, der Kandidat der Sozialisten habe einige Vorteile: Er sei vom Lande, habe seine Stadt erfolgreich geführt und außerdem sei er großgewachsen (Molnár 2017). Dieser Auspruch folgt einem ableistischen und sexistischen Muster, das Frauen disqualifiziert: Anstatt beide Kandidat_innen aufgrund ihrer Qualifikationen und Fähigkeiten zu beurteilen, brachte Molnár körperliche Eigenschaften in die Diskussion, als es darum ging die LMP-Kandidatin – als einzige Frau – mit den anderen Spitzenkandidaten zu vergleichen.

In den letzten Jahren waren fast alle rhetorischen und legislativen Maßnahmen der rechtspopulistischen Fidesz/KDNP-Regierung von der Vorstellung geprägt,

dass Frauenpolitik mit Familienpolitik und Frausein mit Mutterschaft gleichzusetzen ist. In diesem Sinne hat die Regierung einige mutterfreundliche Initiativen ergriffen. Wie die Fidesz lehnt auch die Jobbik Etiketten wie »progressiv« oder »feministisch« ab, obwohl einige ihrer Initiativen so definiert werden könnten. Somit gilt hier nicht die Annahme »je weiter am rechten Rand, desto größere Anti-Feministen«. Da sich die Jobbik sehr um ein weniger radikales Image bemüht und sich gleichzeitig in Opposition zur Regierung positioniert, konnte sie zudem bei den kürzlich auftauchenden »Genderfragen« keine so eindeutig genderfeindliche Stellung beziehen wie die Regierung. In einigen Fragen, wie beispielsweise hinsichtlich der LSBTI*-Rechte, ist die Partei allerdings fast genauso radikal wie zuvor.

In beiden Parteien ist die Zahl der Politikerinnen in Führungspositionen extrem niedrig. Dennoch ist festzuhalten, dass die Frauen, die es in die Parteispitze geschafft haben, auch tatsächliche eine bedeutende Rolle in der Parteipolitik spielen und nicht nur »Dekoration« sind. Sie sind hauptsächlich für Frauenpolitik zuständig und können diese Politik den Wählerinnen erfolgreich vermitteln. In der Regel folgen diese führenden Politikerinnen den Leitlinien des Parteiprogramms, aber manchmal sind sie auch im Streit mit der eigenen Partei, wie beispielsweise über die Gesetzgebung zu häuslicher Gewalt. Das lässt sie bei den Wählerinnen noch unabhängiger und glaubwürdiger erscheinen.

Nichtsdestotrotz ist zu berücksichtigen, dass viele Frauen sich bei den Wahlen nicht nur aus rationalen Gründen für eine Partei entscheiden. Manchmal spielen auch andere Faktoren eine Rolle, wie etwa die Ablehnung linker Parteien oder eine genauso abschottende Haltung, wie Männer sie haben. Der mäßige Erfolg der feministischen Bewegungen und Gegenstrategien der linken Parteien sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass Linke und Feministinnen in Ungarn auf Ablehnung stoßen. Im Grunde wird schon der Begriff »Feminismus« an sich abgelehnt, den viele Menschen mit linksliberalen Parteien oder gar dem Kommunismus assoziieren, selbst wenn sie einige der feministischen Anliegen unterstützen. Ein weiteres Problem ist, dass die progressiven Parteien und feministischen Bewegungen keine eigene schlüssige Agenda zur Frauenpolitik vorantreiben, sondern meistens nur auf die Initiativen der rechten Parteien reagieren. Dieses Pro-

blem ist in letzter Zeit noch akuter geworden, seit in der Regierungspropaganda jeglicher »Gendergedanken« als feindlich abgestempelt wird.

Literatur und Quellen

- Balog, Zoltán (2017a):** Semmifajta homofób és egyéb gyűlöletkeltő dologban nem veszünk részt, siehe http://hvg.hu/itthon/20170510_balog_csaladok_vilagkongresszusa (aufgerufen am 01.09.2017).
- Balog, Zoltán (2017b):** Női lélek - Nőként élek - Nőnapi Konferencia - Balog Zoltán, miniszter köszöntője, siehe https://index.hu/belfold/2017/03/08/a_kormany_csaladtudomanyi_szakot_indit_az_elte-s_gender-szak_ellen/ (aufgerufen am 03.10.2017).
- Bernát, Anikó; Juhász, Attila; Krekó, Peter und Molnár,Csaba (2012):** The roots of radicalism and anti-Roma attitudes on the far right, siehe <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.423.2311&rep=rep1&type=pdf> (aufgerufen am 01.10.2017).
- Budapest Family Summit (2017):** Budapest Demographic Forum 2, Demography and Family – Making families strong again! 25. Mai 2017, siehe <https://www.budapestfamilysummit.com/en/may-25-thursday/> (aufgerufen am 13.09.2017).
- Csuhaj, Ildikó (2017):** Orbánt újraválasztják - Gulyás alelnök marad a Fidesznel, siehe <http://www.atv.hu/belfold/20170918-november-12-en-lesz-a-fidesz-tisztujito-kongresszusa-gulyas-alelnok-marad> (aufgerufen am 05.09.2017).
- Dúró, Dóra (2012):** Ezért nem kell női kvóta, siehe https://alfahir.hu/d%C3%BAr%C3%B3_d%C3%B3ra_ez%C3%A9rt_nem_kell_n%C5%91i_kv%C3%B3ta-20111214 (aufgerufen am 13.09.2017).
- Dúró, Dóra (2013):** Nem a megalázó női kvóta a megoldás a hölgyek érdekképviseletére, siehe <https://www.jobbk.hu/hireink/nem-megalazo-noi-kvota-megoldas-holgyek-erdekkepveletere> (aufgerufen am 07.12.2017).
- Dúró, Dóra (2015):** Az Isztambuli Egyezmény elfogadásáról, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=TVZORm2FuPs> (aufgerufen am 10.09.2017).
- Dúró, Dóra (2016):** Devianzvonulás, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=9JT661ynaQY> (aufgerufen am 10.09.2017).
- Dúró, Dóra (2017):** Dúró Dóra elárulta, miért a terepmintás bikinit választotta, siehe <http://www.borsonline.hu/aktualis/duro-dora-elarulta-miert-a-terepmintas-bikinit-valasztotta/135554> (aufgerufen am 11.09.2017).
- EP (2017):** Krisztina Morvai, siehe http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96661/KRISZTINA_MORVAI_home.html (aufgerufen am 22.01.2018).
- Félix, Anikó (2010):** Élettörténet szerepe a szélsőjobboldali beállítódás kialakulásában, siehe https://www.academia.edu/3706725/%C3%89lett%C3%B6rt%C3%A9net_szerepe_a_sz%C3%A9ls%C5%91jobboldali_be%C3%A1ll%C3%ADt%C3%B3d%C3%A1s_kialakul%C3%A1s%C3%A1ban (aufgerufen am 17.11.2017).
- Félix, Anikó; Fokasz, Nikosz und Tóth, Gergely, HAS-ELTE Peripato Research Group (2014):** The Reality of Mass Media and the Rise of Jobbik in Hungarian Political Life: Roma/Gypsy Topics in the Hungarian Dailies and Parliamentary Speeches between 2002 and 2014. European Sociological Association (ESA) Research Network 18 Sociology of Communications and Media Research. Erhältlich bei der ESA.
- Félix, Anikó und Gregor, Anikó (2014):** Do you need a team? Examining Jobbik and its young supporters from gender approach, in: Nagy, Á. und Székely, L. (Hrsg.): Másodkézből –Magyar Ifjúság 2012. Budapest: Iszt Alapítvány-Kutatópont, S. 263–291 (auf Ungarisch).
- Félix, Anikó (2015):** Old Missions in New Clothes: The Reproduction of the Nation as Women’s Main Role Perceived by Female Supporters of Golden Dawn and Jobbik, in: Intersections I, S. 166–182.
- Félix, Anikó (2017):** Towards an Alternative Emancipation? The New Way(s) of Women’s Mobilisation in the Hungarian Radical Right Subculture, in: Michaela Köttig, Renate Bitzan, Andrea Pető (Hrsg.): Gender and Far Right Politics in Europe. Cham: Palgrave Macmillan, S. 95–109.
- Fidesz (2010):** Nemzeti ügyek politikája, siehe http://static-old.fidesz.hu/download/481/nemzeti_ugyek_politikaja_8481.pdf (aufgerufen am 25.09.2017).
- Fidesz (2016):** Megalakult a FICSÁK és a Nőiszem, siehe <http://www.fidesz.hu/hirek/2016-01-15/megalakult-a-ficsak-es-a-noiszem/> (aufgerufen am 05.09.2017).
- Fidesz (2017a):** A nőkre jelenleg a bevándorlás és az azt támogató politikai erők jelentik a legnagyobb veszélyt, siehe <http://www.fidesz.hu/hirek/2017-01-31/a-nokre-jelenleg-a-bevandorlas-es-az-a-z-tamogato-politikai-erok-jelentik-a-legnagyobb-veszelyt/> (aufgerufen am 12.09.2017).
- Fidesz (2017b):** A Fidesz támogatja az isztambuli egyezmény kihirdetését, siehe <http://www.fidesz.hu/hirek/2017-02-01/a-fidesz-tamogata-az-isztambuli-egyezmeny-kihirdetese/> (aufgerufen am 12.09.2017).
- Fodor, Éva (2013):** The policy on gender equality in Hungary update 2013, siehe [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2013/493017/IPOL-FEMM_NT\(2013\)493017_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2013/493017/IPOL-FEMM_NT(2013)493017_EN.pdf) (aufgerufen am 25.09.2017).
- Füstös Móni (2010):** Megszavasták, hogy negyven év munka után nyugdíjba mehetnek a nők, siehe https://index.hu/belfold/2010/12/20/bevezethetik_a_diszkriminativ_nyugdij_torvenyt/ (aufgerufen am 05.09.2017).
- Grzebalska, Weronika, Kováts, Eszter und Pető, Andrea (2017):** Gender as symbolic glue: how »gender« became an umbrella term for the rejection of the (neo)liberal order, siehe <http://politicalcritique.org/long-read/2017/gender-as-symbolic-glue-how-gender-became-an-umbrella-term-for-the-rejection-of-the-neoliberal-order/> (aufgerufen am 01.10.2017).
- Grzebalska, Weronika und Pető, Andrea (2016):** How Hungary and Poland have silenced women and stifled human rights, siehe https://www.huffingtonpost.com/the-conversation-global/how-hungary-and-poland-ha_b_12486148.html (aufgerufen am 25.09.2017).
- Illés, Zoltán (2013):** Illés: Attól, hogy ön szép, abból még nem következik, hogy okos, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=od5pii2Zqgc> (aufgerufen am 05.09.2017).
- Ilonszki Gabriella und Kurtán Sándor (2011):** Látszat és valóság: A 2010-ben megválasztott parlamenti képviselők arculata, in: Enyedi, Zolt, Szabó, Andrea und Tardos, Róbert (Hrsg.): Új képlet: A 2010-es választások Magyarországon. Budapest: DKMKA, S. 95–122.
- Integrity lab (2016a):** Női politikusok a közvélemény szemében, siehe <http://integritylab.hu/wp-content/uploads/2016/08/n%C5%91i-politikusok.pdf> (aufgerufen am 01.10.2017).

- (2016b): Miért nincs több nő a magyar politikában? siehe <http://integritylab.hu/wp-content/uploads/2016/11/mi%C3%A9rt-van-kev%C3%A9s-n%C5%91-integrity-lab.pdf> (aufgerufen am 25.09.2017).
- (2017): Így alakult át a Fidesz tábor, siehe <https://24.hu/kozelet/2017/05/15/kihattraltak-a-fidesz-mogul-a-diplomas-szavazok/> (aufgerufen am 25.09.2017).
- Járóka, Livia (2017):** Livia Járóka MEP, siehe http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28141/LIVIA_JAROKA_home.html (aufgerufen am 22.01.2018).
- Jobbik (2010):** Radikális változás, siehe <https://www.jobbik.hu/sites/default/files/jobbik-program2010gy.pdf> (aufgerufen am 25.09.2017).
- (2014): Kimondjuk, megoldjuk, siehe https://www.jobbik.hu/sites/default/files/cikkcsatolmany/kimondjukmegoldjuk2014_netre.pdf (aufgerufen am 30.09.2017).
- (2017): Jobbik decides: MPs sign proposition to bring »Lex CEU« before Constitutional Court, siehe http://www.jobbik.com/jobbik_decides_mps_sign_proposition_to_bring_lex_ceu_before_constitutional_court (aufgerufen am 12.09.2017).
- Jobbik IT (2015):** A női küldetésről, siehe <https://www.jobbikit.hu/hirek/noi-kuldetesrol> (aufgerufen am 11.09.2017).
- Juhász, Borbála (2012):** Orbán's politics – A gender perspective, siehe http://fesbp.hu/common/pdf/Nachrichten_aus_Ungarn_1_2012.pdf (aufgerufen am 30.09.2017).
- Kathleen M. Blew (1996):** Becoming a Racist: Women in Contemporary Ku Klux Klan and Neo-Nazi. Groups, in: Gender and Society 10, (6), S. 680–702.
- KDNP (2017a):** A Kereszténydemokrata Néppárt (KDNP) közleménye (2. rész), siehe http://os.mti.hu/hirek/124401/a_keresztenydemokrata_neppart-kdnp_kozlemenye-2_resz (aufgerufen am 30.09.2017).
- Kocsis, Andrea (2015):** Pelczné nem érti, miért szavazta le a pártja a nőket védő egyezményt, siehe http://hvg.hu/itthon/20150304_Pelczne_nem_erti_miert_szavazta_le_a_part (aufgerufen am 05.09.2017).
- Kováts, Eszter (2016):** »Ungarn«, in: Eigenmann, L.; Holl, Y.; Kováts, E.; Menge, J.; Nink, K.; Rosenplänter, A.; Salles, A.; Schildmann, C.: Auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 58–61, siehe <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12367.pdf> (aufgerufen am 22.01.2018).
- Krekó, Péter und Kovács, Mónika (2017):** Tesztoszteronpárt-e még a Jobbik?, in: Kovács, Mónika (Hrsg.): Társadalmi nemek - Elméleti megközelítések és kutatási eredmények. Budapest: ELTE Eötvös Kiadó, S. 219–236.
- Kováts, Eszter, und Soós, Eszter Petronella (2014):** Félelem a dominó-elvtől? A gender-ellenes európai mobilizáció jelensége. Francia esettanulmány és magyar kilátások, in: Társadalmi Nemek Tudománya Interdiszciplináris Folyóirat (2), S. 106–124.
- Kövér, László (2015):** Nem akarjuk a genderőrületet, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=yS-s962SjJQ> (aufgerufen am 09.10.2017).
- LMP (2017):** A Lehet Más a Politika Országos Politikai Tanácsa 2017. október 7-i ülésén kinyilvánítja, siehe http://hvg.hu/itthon/20170930_Hivatalos_Szel_Bernadett_az_LMP_miniszterelnokjelolte (aufgerufen am 01.10.2017).
- Magyar Közlöny (2017):** 153.szám, siehe <http://www.magyarokzlonny.hu/dokumentumok/0c0d5b3b0979956b3874148589f49c17e5008b94/megtekintes> (aufgerufen am 09.10.2017).
- Medián (2010):** Kik szavaztak a párokra? siehe <http://www.origo.hu/itthon/valasztas2010/felmeresek/20100412-kik-szavaztak-a-parkokra-median-felmeres.html> (aufgerufen am 30.09.2017).
- Molnár, Gyula (2017):** Három is. Vidéki volt, sikeres városvezető, ráadásul: magas, siehe <http://24.hu/belfold/2017/10/12/molnar-gyula-szerint-botkaban-az-a-jo-hogy-magas/> (aufgerufen am 13.10.2017).
- MTI (2009):** Még a Fidesz sem állt ki Ékes Ilona mellett, siehe https://index.hu/belfold/2009/08/30/meg_a_fidesz_sem_allt_ki/ (aufgerufen am 1.9.2017).
- MTI (2017):** <http://magyaridok.hu/belfold/egyszulos-csaladokat-tamogato-kozpont-nyilik-budapestben-2476522/> (aufgerufen am 07.12.2017).
- Morvai, Krisztina (2016):** Dr. Morvai Krisztina - Magyarország élőben, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=47XranCVO2w> (aufgerufen am 30.08.2017).
- Morvai, Krisztina (2017a):** Mit jelent a »gender« és félünk kelle-tőle? - Morvai az EP-ben, siehe https://www.youtube.com/watch?v=KpxjkZG3_A (aufgerufen am 15.09.2017).
- Morvai, Krisztina (2017b):** Dr. Morvai Krisztina EP képviselő sajtóközleménye (videóval), siehe https://www.morvaikrisztina.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=1478:2017-12-01-13-37-11&catid=114:egyeb-emberi-jogi-temak&Itemid=314 (aufgerufen am 07.12.2017).
- Montgomery, Kathleen A. (2015):** Women's resistance to the radical right: lessons from post-Communist Hungary, in: Patterns of Prejudices 49 (3), S. 225–148.
- Mudde, Cas und Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2013):** Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America, in: Government and Opposition 48(2), S. 147–174.
- Nagy, József (2013):** A vakkomondorosé a Vak Komondor Díj, siehe <http://belfold/2013/10/14/a-vakkomondorose-a-vak-komondor-dij/> (aufgerufen am 14.12.2017).
- Novák, Katalin (2016):** Magyarországon a családpolitika nagyon szorosán kapcsolódik a nőpolitikához, siehe <http://www.origo.hu/itthon/20160317-novak-katalin-ensz-nopolitika.html> (aufgerufen am 05.09.2017).
- OHCHR (2016):** Hungary: Gender discrimination concealed under conservative family values, siehe <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20028&LangID=E> (aufgerufen am 15.09.2017).
- Orbán, Viktor (2015):** Hálás vagyok a magyar homoszexuálisoknak, siehe https://index.hu/video/2015/05/18/orban_halas_vagyok_a_magyar_homoszexualisoknak/ (aufgerufen am 01.09.2017).
- Orbán, Viktor (2017):** Mi magyar Magyarországot akarunk, siehe <https://kdnp.hu/mi-magyar-magyarorszagot-akarunk> (aufgerufen am 12.09.2017).
- Origo (2010):** A családától a rendig - nyilvános a Fidesz programja, siehe <http://www.origo.hu/itthon/valasztas2010/kampanynaplo/20100312-a-fidesz-2010es-valasztasi-programja.html> (aufgerufen am 07.12.2017).
- Országgyűlés Hivatala (2011):** Eine offizielle deutsche Übersetzung der ungarischen Verfassung findet sich unter: http://www.pestlerloyd.net/Grundgesetz_Ungarns_2011.pdf (aufgerufen am 12.01.18)
- Országgyűlés Hivatala (2015):** Módosító Javaslat <http://www.parlament.hu/irom40/04730/04730-0510.pdf> (aufgerufen am 14.12.2017).
- Pap Szilárd István (2017):** Ellenzéki képviselők követelik a nők elleni erőszak megfékezéséről szóló egyezmény ratifikálását, siehe <https://merce.hu/2017/10/31/ellenzeki-kepviselok-kovetelik-a-nok-elleni-eroszak-megfekezeserol-szolo-egyezmeny-ratifikalast/> (aufgerufen am 13.12.2017).
- Pető, Andrea (2003):** Napasszonyok és holdkisaasszonyok. A mai magyar konzervatív női politizálás alaktana. Budapest: Balassi Kiadó.
- (2012): Far Right Movements and Gendered Mobilisation in Hungary, in: Queries 1(7), S. 130–135.
- Pető, Andrea und Vasali, Zoltan (2014):** The »laboratory« called Hungary: A challenge for understanding protest movements, siehe <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/andrea>

pet%C5%91-zolt%C3%A1n-vasali%E2%80%98laboratory%E2%80%99-called-hungary-challenge-for-understanding (aufgerufen am 30.09.2017).

Pető, Andrea (2017): »Resistance Alone Is Not Enough« – Women’s Rights and Illiberal Democracies, siehe https://www.socialeurope.eu/resistance-alone-not-enough-womens-rights-illiberal-democracies?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter (aufgerufen am 30.09.2017).

Politics (2012): Jobbik submits amendment aimed at banning »gay propaganda«, siehe <http://www.politics.hu/20120412/jobbik-submits-amendment-aimed-at-banning-gay-propaganda/> (aufgerufen am 30.09.2017).

Republikon (2015): A Fidesz szavazói, siehe <http://republikon.hu/elemzesek,-kutasok/151008-a-fidesz-szavazoi.aspx> (aufgerufen am 30.09.2017).

- **(2017a):** Alig érezte meg a Fidesz a tüntetëshullámot, siehe <https://24.hu/belfold/2017/04/27/alig-erezte-meg-a-fidesz-a-tunteteshullamot/> (aufgerufen am 30.09.2017).

- **(2017b):** A Fidesz szavazói már a jobbikosoktól is jobbra állnak, siehe <http://republikon.hu/elemzesek,-kutasok/170904-kvk.aspx> (aufgerufen am 30.09.2017).

Sneider, Tamás et. al (2011): Módosító Javaslat, siehe <http://www.parlament.hu/irom39/05128/05128-0012.pdf> (aufgerufen am 15.09.2017).

SZP (2017): Démonizálja a nőket védő egyezményt Németh, siehe <https://hirtv.hu/ahirtvhirei/demonizalja-a-noket-vedo-egyezmenyt-nemeth-szilard-1395549> (aufgerufen am 07.12.2017).

Szávay, István (2017): »Miről szól valójában a CEU-ügy?« siehe <https://www.youtube.com/watch?v=WuasNFJqys> (aufgerufen am 12.09.2017).

Szél, Bernadett (2016): »Kvótánő vagyok, nem szégyellem« – Szél Bernadett LMP-elnök a Mandinernek, siehe http://mandiner.hu/cikk/20160617_kvotano_vagyok_nem_szegyellem_szel_bernadett_interju_mandiner (aufgerufen am 12.09.2017).

Szika, Dorottya (2017): A Fidesz lemond ezekről a rétegekről – Szikra Dorottya szerint enyhíteni kell a nőkre nehezedő nyomást, siehe <http://168ora.hu/itthon/a-fidesz-lemond-ezekrol-a-retegekrrol-szika-dorottya-szerint-enyhiteni-kella-nokre-nehezedo-nyomast-4588> (aufgerufen am 30.09.2017).

Tait, Robert (2017): Hungary’s prime minister welcomes US »anti-LGBT hate group«, siehe <https://www.theguardian.com/world/2017/may/26/hungary-lgbt-world-congress-families-viktor-orban> (aufgerufen am 10.12.2017).

Újhelyi, István (2015): Nagyon harcias, a női egyenjogúság mellett álló képviselő vagyok!, siehe https://www.youtube.com/watch?v=m7AE3_-CUN4 (aufgerufen am 30.03.2015).

Vona, Gábor (2016): Az ászotthalmi rendelet rossz, siehe

https://www.youtube.com/watch?v=fTCMFLfg9_E&=t=321s (aufgerufen am 15.08.2017).

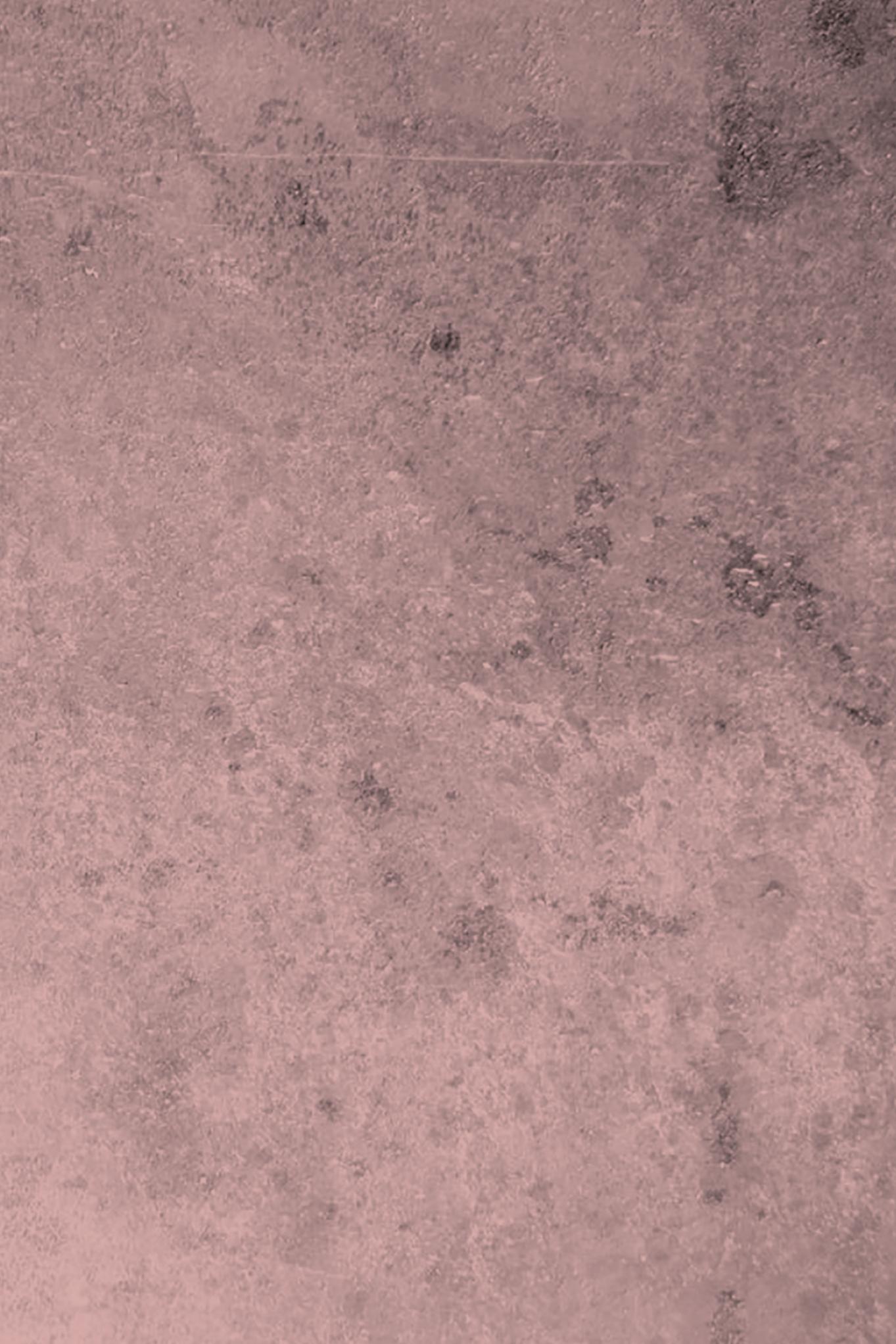
Vona, Gábor (2017): Gender képzés helyett..., siehe http://www.echotv.hu/video/118839/Gender_kepzes_helyett (aufgerufen am 10.09.2017).

Závecz Research (2017): Megállt a Jobbik visszaesése, stabilan vezet a Fidesz, siehe <http://www.zavecztresearch.hu/megallt-jobbik-visszaesese-stabilan-vezet-fidesz/> (aufgerufen am 30.09.2017).

Závecz Research (2016): Idegenellenesség Magyarországon, siehe http://index.hu/tudomany/2016/11/17/soha_nem_latott_merte-ku_az_idegenellenesseg_magyarorszagon/ (aufgerufen am 17.11.2017).

0

5



Author_innen

Anikó Felix ist Soziologiedoktorandin an der Soziologiefakultät der Eötvös-Loránd-Universität Budapest. Sie hat ihren Abschluss von der ELTE, wo sie den Masterstudiengang in Minority Politics abgeschlossen hat. Ihre Forschung befasst sich mit Rechts-Außen-Extremismus aus geschlechtsspezifischer Sicht. Sie war in verschiedene Forschungsprojekte involviert, hat Artikel veröffentlicht und die Ergebnisse bei internationalen Konferenzen vorgestellt. Sie war bei Projekten zu den Themen Roma-Bevölkerung, Aktivismus von Jugendlichen, Holocaustaufklärung und soziale Medien dabei. Sie ist am Tom-Lantos-Institut als Programmmanagerin für jüdisches Leben und Antisemitismus tätig; hier koordiniert sie Forschungs- und Aufklärungsprojekte.

Enrico Glaser ist Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung. Seit 2008 berät er zur Auseinandersetzung der Jugendhilfe mit Neonazismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Weronika Grzebalska ist Soziologin und Vorstandsmitglied der polnischen Fachgesellschaft Geschlechterstudien. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt auf den Themen Militarismus, nationale Sicherheit und rechte Politik aus einer kritischen, geschlechtsspezifischen Sicht betrachtet. Ihre Doktorarbeit, die sie aktuell an der Hochschule für Sozialforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau fertigstellt, untersucht den jüngsten Prozess der gesellschaftlichen Militarisierung in Polen vor dem Hintergrund der breitgefasteren Krise von neoliberaler Gouvernamentalität. Weronika hat einen Masterabschluss (M.A. cum laude) in Soziologie von der Universität Warschau. Sie ist Autorin von „Plec powstania warszawskiego“ [Geschlecht des Warschauer Aufstands] (IBL 2013). Ihre Arbeiten erschienen unter anderem in *Gendered Wars*, *Gendered Memories* (Geschlechtsspezifische Kriege, geschlechtsspezifische Erinnerungen) (Routledge 2016), und *Gender: War* (Geschlecht: Krieg) (Macmillan Interdisciplinary Handbooks 2017), *Women's Studies International Forum and Baltic Worlds*. Seit 2015 erforscht sie außerdem illiberale Politik und neokonservative Mobilisierung, und trug zu *Gender as symbolic glue* (FESGFEPS 2015) und *Solidarity in Struggle* (FES 2016) bei. Sie ist Stipendiatin der Claussen-Simon-Stiftung im Rahmen des Programmes „Trajectories of Change“ der ZEIT-Stiftung.

Elisa Gutsche ist Referentin im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Juristin und Politikwissenschaftlerin hat die SPD-Bundestagsfraktion mehrere Jahre als Referentin für die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Migration und Integration beraten. Sie war als Strategieberaterin tätig und hat für die Europäische Kommission und eine Gewerkschaft gearbeitet. Sie engagiert sich im Organisationsteam des Barcamp Frauen, hält Vorträge und publiziert regelmäßig zur politischen Partizipation junger Frauen und zum Rechtsextremismus in Sachsen.

Marius Hellwig hat in Freiburg und Wien Geschichte und Islamwissenschaft studiert. Für die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung beschäftigt er sich mit völkischem Nationalismus und Rechtsextremismus im ländlichen Raum.

Ann-Cathrine Jungar ist Dozentin der Politikwissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Södertörn Universität Stockholm. Sie hat einen Dokortitel von der Fakultät für Politikwissenschaften der Universität Uppsala. Sie war Forschungsleiterin am Forschungszentrum für das Baltikum und Osteuropa (Center of Baltic and East European Studies) sowie Studienleiterin an der Hochschule für das Baltikum und Osteuropa. Sie hat Arbeiten zu den Themen Parlamentarismus, Regierungskoalition und nationale Parlament veröffentlicht. Ihre aktuelle Forschung behandelt rechten Populismus in Europa mit besonderem Schwerpunkt auf die nordischen Länder. Gegenwärtig leitet sie zwei Forschungsprojekte zu den Themen Populisten in der Regierung und Jungmitglieder der rechtsradikal-populistischen Parteien. Auch Arbeiten von ihr zu den Themen Regierungskoalitionen, nationale Parlamente, Referenden, Geschlechterfragen und Europeanisation wurden veröffentlicht. Ann-Cathrine Jungar wird häufig als Sachverständige von nationalen und internationalen Medien interviewt und sie veröffentlicht außerdem gemeinverständlich dargestellte Forschungsergebnisse. Sie war 2014 als eine der 50 einflussreichsten Forscher und Forscherinnen in Schweden nominiert.

Björn Klein ist Historiker und Autor der 2012 veröffentlichten Monographie „First, unshackle ourselves from fear, for it alone is our omnipresent enemy – Homosexualität in den USA 1948–1963“. Bis Oktober 2016 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Graduiertenkolleg „Dynamiken von Raum und Geschlecht“ der Georg-August-Universität Göttingen. Er wurde im Frühjahr 2018 am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Universität Göttingen promoviert. Im Feld der historischen Transgender Studies hat er die Selbstentwürfe von vier Schriftsteller_innen in New York City um 1900 untersucht und dazu versucht Transpraktiken jenseits von Geschlecht und Sexualität sichtbar werden zu lassen. Im September 2018 erscheint im Transcript-Verlag der Sammelband *Doing Space while Doing Gender - Vernetzungen von Raum und Geschlecht in Forschung und Politik*, mit jeweils einem Aufsatz von ihm zur Praktik der „Female Impersonation um 1900“ und zur „Transsektionalität“ (mit Felix Kramer). Björn Klein lebt in Berlin.

Christèle Marchand-Lagier ist Dozentin der Politikwissenschaften und Forscherin an der LBNC (EA 3788) und FR Agor@nTIC, die zu der Universität Avignon in Südfrankreich gehören, sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Cherpa (EA 4261), das zum Institut der Politikwissenschaften Aix-en-Provence gehört. Als Expertin im Bereich Wahlsoziologie hat sie 2017 ein Buch über die Analyse der

Front-National-Wähler geschrieben: *Le vote FN pour une sociologie localisée des électorats frontistes*, De Boeck supérieur. Sie war auch Co-Autorin von *Les faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique*, Presses de Science Po, das im November 2015 unter der Federführung von Sylvain Crépon, Alexandre Dezé und Nonna Mayer veröffentlicht wurde. Seit Jahren entwickelt sie Forschungsansätze zur zunehmenden Anzahl der Nichtwähler. Um festzustellen, ob das Wahlverhalten bzw. die Wahlverweigerung mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage im Zusammenhang stehen, arbeitet sie mit Geografen und IT-Fachleuten zusammen. Ihr Wirkungsbereich ist Südfrankreich, insbesondere die Stadt Avignon. Sie ist von 2016 bis 2020 Teil eines gemeinsamen Forschungsprojekts der ANR unter der Bezeichnung ALCoV (*Analyses Localisées Comparatives du Vote: défiance, abstention et radicalisation politique dans la France contemporaine*) unter der Leitung von Eric Agrikoliansky (Professor der Politikwissenschaft an der Universität Paris-Dauphine).

Simone Rafael ist studierte Publizistin und Kunsthistorikerin und Chefredakteurin von „Belltower.News– Netz für digitale Zivilgesellschaft“ der Amadeu Antonio Stiftung. Daneben entwickelt sie Ideen gegen Rechtsextremismus im Internet in Form von Kampagnen, Argumentationstrainings und Projektarbeit und berät Organisationen, Medien und Zivilgesellschaft zum Umgang mit Hassrede und rechtspopulistischen Argumentationen.

Judith Rahner studierte Gender-Studies, Musik- und Erziehungswissenschaften und ist Leiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung. Sie ist seit vielen Jahren in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig und berät Organisationen, Zivilgesellschaft zum Umgang mit Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus.

Jan Riebe, Diplom-Sozialwissenschaftler. Referent der Amadeu Antonio Stiftung im Themenbereich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Antisemitismus. Zudem ist er Autor des Buches „Im Spannungsfeld von Rassismus und Antisemitismus. Das Verhältnis der deutschen extremen Rechten zu islamistischen Gruppen“.

Alexandros Sakellariou lehrt Soziologie an der Fernuniversität Patras und forscht an der Pantion-Universität Athen. Er hat Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Philosophie-Hochschule Athen (BA) und Soziologie (MA) an der Pantion-Universität Athen studiert, wo er auch seinen Dokortitel an der Fakultät für Soziologie erwarb. Er verfügt über langjährige Erfahrung im Bereich der Forschung bei großen EU-Projekten, seit 2011 arbeitet er zum soziopolitischen Engagement junger Menschen, deren Wohlbefinden, sowie Radikalisierung, um nur einige Themen zu nennen. Sein wissenschaftliches Interesse gilt den Bereichen Religions- und Jugendsoziologie, Rechtsextremismus, Radikalisierung und qualitative Forschungsmethoden. Er ist Mitglied im Netzwerk gegen Rechtsextremismus

der Friedrich-Ebert-Stiftung Athen. Seit 2015 ist er Co-Autor eines nationalen Berichts über den Islam in Griechenland im *Yearbook of Muslims of Europe* (Brill) und Autor des Griechenlandberichts über Islamophobie im Projekt *European Islamophobia Report* (EIR).

Rachel Spicker ist Sozialwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung und im Verein Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern. In der Fachstelle und als politische Bildnerin arbeitet sie zu den Themen Rassismus, Sexismus und Antifeminismus sowie geschlechterreflektierten Präventionsansätzen bezüglich Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.

Elena Zacharenko ist Politikwissenschaftlerin, Politikfachverständige und selbstständige Beraterin mit langjähriger Erfahrung bei der Beeinflussung der EU-Politik in den Bereichen Rechte und Entwicklung durch internationale gemeinnützige Organisationen. Ihre Schwerpunkte liegen auf den Themen Sexual- und Fortpflanzungsgesundheit und -rechte, Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte. Sie hat eine Studie über die Mobilisierung gegen Abtreibung in Europa und ihren Einfluss auf die EU-Politik verfasst, die 2016 veröffentlicht wurde, sowie ein Kapitel über „Fortpflanzungsrechte als soziale Ungerechtigkeit in der EU“ in der Veröffentlichung der FES „The Future of the European Union: Feminist Perspectives from East-Central Europe“.

Impressum

1. Auflage 2018

ISBN 978-3-96250-179-2

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Autor_innen:

Anikó Felix, Enrico Glaser, Weronika Grzebalska, Elisa Gutsche, Marius Hellwig,
Ann-Cathrine Jungar, Björn Klein, Christèle Marchand-Lagier, Simone Rafael,
Judith Rahner, Jan Riebe, Alexandros Sakellariou, Rachel Spicker, Elena Zacharenko

Redaktion:

Dr. Stefanie Elies, Elisa Gutsche, Susan Javad, Björn Klein, Jonathan Menge • Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktionelle Betreuung: Stephanie Tröder • Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien
ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2018 • Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
www.fes.de

